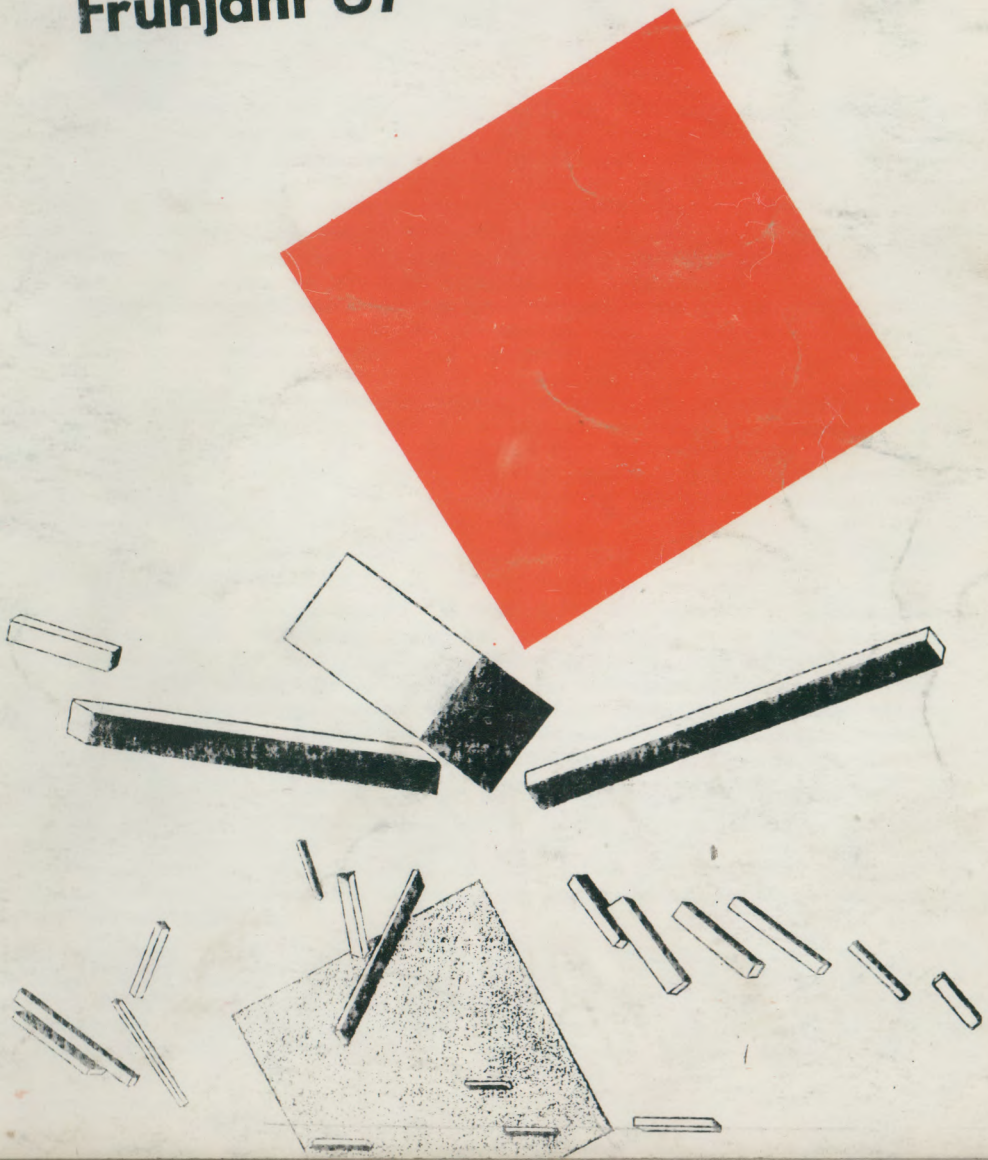
Wildcat

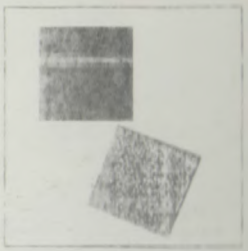
Frühjahr 87

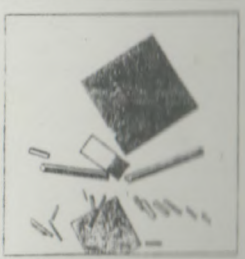
Nr. 41



Inhalt:

1 Editorial
3 Die Hafenfront - Zum Streik in Genua
10 Der Eisenbahnerstreik in Frankreich - ein Versuch autonomer Organisierung
21 Eine neue internationale (Studenten-?) Bewegung
35 Autos & Subsistenz. Materialien und Thesen zur Klassenzusammensetzung in Argentinien und Brasilien
49 Materialien zum Libanon
58 Belfast, November '86 - Ein Reisebericht
65 Thesen zur Flüchtlingsfrage
73 Flugblatt zu Palästina
74 This is not a love song
77 Kritikpapier von Berliner Frauen
Buchbesprechung: "Der Chemische Knebel"





Schon wieder Hausdurchsuchung bei der "Stadtzeitung" in Karlsruhe! Am 10. April hat der Staatsschutz unter dem wiederholten Vorwand, nach einem Schild zu suchen, das letzten Sommer bei einem Sklavenhändler abmontiert worden ist, das Büro in Karlsruhe durchsucht. Beschlagnahmt haben sie Broschüren, Ordner, Infos. Für "wildcat"-Abonnenten und - Weiterverkäufer besonders ärgerlich ist, daß sie auch Adressenlisten und Versandausdrucke haben mitgehen lassen. Pfiffigerweise bringen wir die "wildcat" jetzt doch noch rechtzeitig zum Karfreitag raus und hoffen, sie erreicht Euch auch alle.

In der Redaktion hat sich einiges geändert (dazu werden wir in der nächsten Nummer genaueres schreiben). Es folgen jetzt drei Adressen, an die sich Leute aus der jeweiligen Region wenden sollen, wenn sie Kontakt aufnehmen, diskutieren, Infos usw. wollen. Bestellungen, Abos usw. richtet an die Berliner Adresse. Die Karlsruher Adresse benutzt bitte nicht mehr für "Zeitungsangelegenheiten"!

"Sisina" Postfach ... ... 5000 Köln 30
"Info" Postfach 35 31 3300 Braunschweig
"Sisina" Postfach 360 527 1000 Berlin 36

Bestellungen, Abos usw. macht Ihr nach wie vor durch Überweisung, ab jetzt aber auf folgendes Postgiro-Konto: Postgiroamt Berlin Kto-Nr. 31502-109 "Sonderkonto Zeitung".
WICHTIG: Bezahlung von ALT-Schulden macht weiterhin auf das alte Konto beim Postgiroamt Karlsruhe, Nr. 1257 03-755
Das ist noch alles im Umbruch, wir hoffen, daß bis zur nächsten oder übernächsten Nummer noch ein paar regionale Adressen dazukommen.
Verantwortlich i.S.d.P. ist diesmal: J. Kuri

Das Titelbild stammt aus der "Suprematischen Geschichte von zwei Quadraten in sechs Konstruktionen" von El Lissitzky, Rußland 1920.
Der Text zum Titelbild heißt: "Ein Schlag - alles fliegt auseinander"

Liebe Leute !

Tut uns echt leid, daß viele Seiten dieser Nummer so vollgestopft sind. Wir mußten die Zeitung diesmal woanders drucken lassen (nur das Titelbild haben wir selber gedruckt, wie Ihr seht) und hatten so viele Artikel, daß mit nem schönen Lay-out über 100 Seiten rausgekommen wären; aber schon bei 80 Seiten zahlen wir bei nem Verkaufspreis von 2,50 (wovon wir im Durchschnitt vielleicht 1,70 kriegen) drauf. Also sorry!

Die Konzentration dieser Nummer auf internationalistische Themen war im November von uns nicht so geplant gewesen. Dann haben sich aber die Ereignisse und Kämpfe im Ausland überschlagen: Studenten, Eisenbahner, Hafenarbeiter. Wir finden es wichtig, daß wir zu all diesen Sachen authentische Berichte von ausländischen GenossInnen veröffentlichen. Andererseits sind wir natürlich auch nicht glücklich damit, daß die Debatten, Erfahrungen und (kleinen?) Kämpfe hier diesmal ganz rausfallen (dazu siehe auch weiter unten).

Mit den Beiträgen zu den **Schülerunruhen** und der Betonung ihres internationalen Charakters wollen wir zeigen, daß sie nicht als isolierte Phänomene begriffen werden können. Äußerlich mag es in den einzelnen Fällen bei kurzen und heftigen, schnell wieder zusammenbrechenden Mobilisierungen geblieben sein. Wir halten sie aber für Vorboten einer neuen politischen Klassenzusammensetzung, und wir konnten in Frankreich und in Spanien sehen, daß die Regierungen sehr bald gezwungen waren, die Bewegungen im Kontext eines neuen Kampfzyklus der Klasse zu sehen. Natürlich sind das noch Thesen, und es wird darauf ankommen, wie sich diese Ansätze weiterentwickeln - die Aufnahme durch die SchülerInnen und StudentInnen in Hannover und Frankfurt war aber schon recht vielversprechend.

In der Darstellung des **französischen Eisenbahnerstreiks** versuchen die französischen GenossInnen herauszuarbeiten, wie sich in ihm eine neuer Ansatz von Klassenautonomie entwickelte - und wie daher auch ein Bezug auf die autonome Haltung der Studenten selbstverständlich war. Hier wie auch in dem Interview mit einem **Hafenarbeiter** aus **Genua** wird aber auch sichtbar, wie schwierig es ist, den Kampf auszuweiten. Der pauschale Korporativismus-Vorwurf gegenüber solchen Kämpfen hat dabei oft nur die Blüm'sche "Solidarität" zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen im Sinn, die Forderung, daß die miesesten Bedingungen für alle gelten sollen!

Die Bilder aus den metropolitanen Klassenkämpfen gleichen sich jedenfalls wieder, ebenso wie die Bilder aus Chile, Südafrika, den Philippinen oder Südkorea. In den Diskussionen der nächsten Zeit - sei es zur Flüchtlingspolitik, zum Papst- und Reagan-Besuch oder zur IWF-Tagung in Berlin im September 88 sehen wir die Chance, einen revolutionären Internationalismus zu entwickeln, der nicht im Gegensatz zwischen "fortschrittlicher" Nationalstaatlichkeit und Yankees hängen bleibt, sondern seinen Standpunkt von den Kämpfen der Klasse aus entwickelt.

Diese Debatte muß auch dringend aus den sterilen Winkeln hie Subsistenz-Mythen, dort Fortschrittsideologien à la "Junge Nationalstaaten" rauskommen. Ein Genosse, der mehrere Monate in Südamerika war, versucht durch Materialien und Thesen zu Klassenzusammensetzung und Kämpfen in Argentinien und Brasilien einiges dazu beizusteuern. **Autos und Subsistenz** sehen wir als ersten Beitrag zu der in Nummer 39 angekündigten Aufarbeitung.

Aus aktuellem Anlaß haben wir auch noch die "Materialien" zur Situation im **Libanon/Palästina** aufgenommen, auch wenn sie noch sehr fragmentarisch bleiben. Ebenso wie die Mobilisierung gegen den US-Überfall auf Libyen 1986 schnell wieder zusammenbrach und zu keinen intensiveren Diskussionen über den revolutionären Prozeß im arabischen Raum bzw. im ganzen Mittelmeerraum führte, scheint auch die

Mobilisierung gegen den "Lagerkrieg" im Libanon sehr kurzfristig zu bleiben. So wie sich die dortigen revolutionären Kräfte trotz intensiver sozialer Konflikte in einer traumatischen Defensive befinden, so fällt es auch der hiesigen Linken schwer, zwischen sozialen Vernichtungskriegen wie dem Iran-Irak-Krieg oder dem libanesischen Söldnerkrieg und einem von den Medien ausgeschlachteten Organisationsdschungel noch ihre "Solidarität" unterbringen zu können.

Aber wenn in dieser Nummer Beiträge zur Entwicklung der Kämpfe hier fehlen, dann hat dies noch einen anderen Grund. Nach der Mobilisierung der letzten beiden Jahre und der daraufhin einsetzenden Repression steckt die Bewegung zur Zeit in einer politischen Krise - worüber auch die äußerlichen Mobilisierungserfolge zur Volxzählung nicht hinweghelfen können. Diese Krise betrifft die Frage, wie wir hier mit unseren Kämpfen weiterkommen können, wie wir eine Militanz entwickeln, die nicht in die Sackgasse der isolierten militärischen Konfrontation mit dem Staat gerät, anders ausgedrückt: wie wir hier zum Faktor in der Klasse werden können. Die Befürchtung, der Bewegung könne wie Ende der 70er Jahre eine reformistische Anti-Repressionskampagne aufgedrängt werden, hat sich vorerst zwar nicht bestätigt. Aber an den meisten Orten geht es jetzt erstmal darum, unsere bisherigen Erfahrungen aufzuarbeiten und unsere Politik, unsere praktischen Eingreifmöglichkeiten zu diskutieren, bevor wir wieder zu größeren und gemeinsamen Mobilisierungen kommen können.

Diese politische Krise betrifft auch uns als Redaktion - politisch wie persönlich. Die Zeitung war von 1980 bis 1983 das Organ einer Gruppe, diente der Aufarbeitung und Darstellung ihrer Erfahrungen und der politischen Konsequenzen daraus. Die Entwicklung der "wildcat" zur überregionalen Zeitschrift ging über die Kräfte der Karlsruher Gruppe. Das konnten wir auch nicht dadurch auffangen, daß nun schon seit längerem Leute aus verschiedenen Städten mitarbeiten. Die Zeitung war in letzter Zeit nicht mehr wie früher der Ort, an dem eine kollektive Praxis aufgearbeitet und theoretisch/analytisch vertieft und begründet wird. Es gelang zwar noch teilweise, Erfahrungsberichte von Gruppen aufzunehmen, was aber fehlte, war die Weiterentwicklung revolutionärer Theorie/Praxis (wir dürfen uns nichts vormachen und die Länge einzelner Artikel damit verwechseln). Deshalb hat nun innerhalb der Redaktion eine Diskussion darüber eingesetzt, wie wir unsere Praxis als kollektives Projekt auf die Beine stellen und ob die Zeitung dafür ein Mittel sein kann, oder ob wir sie erstmal einstellen, bzw. noch seltener erscheinen sollen, um erst einmal unsere Probleme zu lösen. Dies ist keine Diskussion und kein Problem, das nur uns betrifft - wir wollen daher diese Kontroverse auch über den Kreis der Redaktion hinaus führen.

Unserer (derjenigen, die diese Nummer gemacht haben) Ansicht nach, muß die Zeitschrift in Zukunft auf zwei Beinen rennen: a) (wieder) Ort kollektiver Ausarbeitungen werden, b) sich der Debatte in der Bewegung öffnen. Zu b) sind diesmal zwei Teile drin: 1) **Thesen zur Flüchtlingsfrage** (aus dem Umkreis der "Autonomie"), die in einer etwas kürzeren Fassung bereits als medico-Papier erschienen sind und wichtige Kontroversen unter den Flüchtlingsinitiativen ausgelöst haben. 2) **Diskussionsbeitrag einer Berliner Frauengruppe** zum Frauenarbeits-Artikel in der Nr.40.

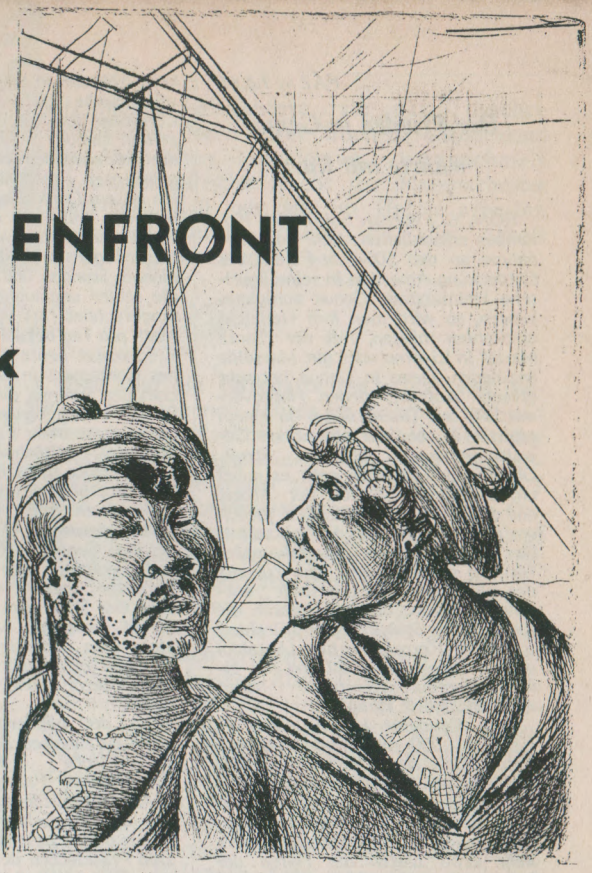
Und schließlich haben wir noch einen Reisebericht zu **Nord-Irland** drin; auch der könnte eine Anregung für "Öffnung" sein, daß GenossInnen auch mal solche "einfachen" Sachen aufschreiben und mitteilen.

Als eine Möglichkeit der Diskussion wollen wir in den nächsten Wochen in verschiedenen Städten zwei **Diskussions-Versammlungen** machen, die eine zu dem Buch über Fabrikguerilla in Mailand, die andere zu den 81er Riots in England. Dabei geht es uns weniger darum, Spezialwissen über diese Länder zu verbreiten, sondern die gemeinsamen Probleme herauszustellen und zu diskutieren.

Hamburg, Stadtteil-Laden Brigittenstr. WA 3.5. 12 Uhr; Riots 15.5. 20 Uhr;
Braunschweig, "Haus" Wolfenbütteler Str. 14, WA 1.Mai; riots 16.5. (Uhrzeit s. Plakate)
Köln, Weißhausstr. 20, WA 2.Mai 18 Uhr; riots 17.Mai 18 Uhr;
Freiburg, "Willi", Wilhelmstr., WA 28.4.; riots 18.5.
Sowie in Berlin und evtl. noch in anderen Städten, das geben wir mit Plakaten bekannt.

DIE HAFENFRONT

zum Streik in Genua



Vor zwei Wochen wurde ein überaus harter Kampf der Genueser Hafenarbeiter mit einem Abkommen beendet, das beide Seiten als für sich vorteilhaft bezeichnen. Die Hafenarbeiter konnten wohl das Vorhaben der Hafenverwaltung, bestimmte Arbeiten am Kai an Subunternehmer zu vergeben, zunächst zurückschlagen. Alles weitere wird sich zeigen. Gerade wenn wir die internationalen Entwicklungen im Transportwesen betrachten, wird deutlich, daß der Streik wohl eher ausgesetzt denn beendet ist. Und wie sagt ein alter Hafenarbeiter-Spruch: der Kampf wird aufm Kai und nicht aufm Papier entschieden! Das Folgende ist eine Zusammenstellung von Materialien zu diesem Streik. Genauso gut könnte es über die Kämpfe der Hafenarbeiter in Spanien, den USA, Holland oder anderswo gehen, nach Italien haben wir halt die besseren Diskussionszusammenhänge. Wir haben zunächst mal nur Materialien zusammengestellt und hoffen, damit Stoff für die Diskussion mehrerer wichtiger Fragen zu liefern:

Welche Rolle können solche defensiven Kämpfe für die neue politische Klassenzusammensetzung spielen? Was sind überhaupt "alte", was "neue" Kämpfe - oder ist nicht schon die Frage so falsch gestellt? In welchem Zusammenhang stehen Arbeitererrungenschaften und Umstrukturierung, Arbeiterwiderstand und Krise? Wie können überhaupt Kämpfe im Transportsektor aussehen, der im letzten Jahrzehnt mit am stärksten umstrukturiert worden ist und heute in einer tiefen Krise steckt? Welche Rolle spielt dabei das Arbeiterwissen für Kämpfe?

Solche Fragen könnten ein Anfang sein, um die unterschiedlichen Erfahrungen zusammenzubringen in einer Situation, wo die "Fabrikisierung" immer weiterer Bereiche Kämpfe neuer Art hervorbringt. Es wäre kurzsichtig, erst auf die Homogenisierung all dieser Kämpfe zu warten, um dann mit der Initiative zu beginnen; politisch kurzsichtig, weil wir uns den Zugang zu einer ganzen Reihe explosiver Widersprüche abschneiden, theoretisch kurzsichtig, weil wir den Reichtum und die Komplexität des "modernen Proletariats" nicht verstehen würden. Im Gegenteil haben wir wertvolle Erfahrungen in den Sektoren, die von diesem Prozeß erfaßt werden, Erfahrungen, die wir in Initiativen, Vorschläge und Organisation umsetzen müssen.

Es folgen also erstmal:

* ein Artikel aus der FAZ, der ganz gut die Zusammenhänge aufzählt und zum anderen in etwa einen Geschmack davon gibt, wie die Pressehetze in Italien gegen den "Korporativismus" der Hafenarbeiter ausgesehen haben mag;

* ein Artikel von Sergio Bologna aus Manifesto vom 31.1.87;

* ein Interview, das Turiner Genossen mit einem Hafenarbeiter aus Genua gemacht haben anläßlich einer Diskussionsveranstaltung im März.

FAZ v. 7.2.87

Der Frieden in Genua währte nur kurz

ROM, 6. Februar. Sollte sich Kolumbus entschließen, 1992 zur Teilnahme an den 500-Jahr-Feiern der Entdeckung Amerikas in seine ligurische Heimatstadt Genua zurückzukehren, so wird man ihm vielleicht empfehlen müssen, mit der "Santa Maria" in Livorno oder gar Marseille anzulegen. Denn in Genua herrscht offener Aufruhr, liegen Hafenverwaltung und Dockarbeiter in einem erbitterten, bis zur physischen Gewaltanwendung gehenden Streit. Oberflächlich gesehen geht es dabei um die Reorganisation der Arbeit auf den Kais, in Wirklichkeit jedoch um die Kontrolle des Hafens selbst. Der Ausgang des Machtkampfes wird für die wirtschaftliche Zukunft der ligurischen Hauptstadt entscheidend sein, die schon durch die Krise in der Stahlindustrie (Finsider) sowie im Kernreaktorbau (Ansaldo) schwer angeschlagen ist und mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit kämpft.

Vom Genueser Hafen leben offiziell 41 000 direkt oder indirekt Beschäftigte und in Wirklichkeit eine ganze Stadt. Doch der hat in den letzten Jahren schon alleine aus geographischen Gründen an Bedeutung eingebüßt. Im Transatlantikverkehr etwa bieten die Häfen der Nordseeküste derart hohe Einsparungen an Transportzeit - und damit Kosten -, daß selbst die oberitalienische Industrie ihre Waren lieber via Antwerpen, Rotterdam oder gar Hamburg nach Nordamerika verschifft. Aber auch dort, wo Genua durch seinen Standort begünstigt wäre, im Mittelmeerraum und auf der südostasiatischen Route durch den Suez, hat der Hafen seine traditionelle Vormachtstellung an Livorno, Marseille und Barcelona abtreten müssen und ist zur nahezu vollständigen Bedeutungslosigkeit abgesunken.

Schuld daran sind die extrem hohen Kosten des Genueser Hafens, verursacht durch unnötig lange Wartezeiten und überhöhte Gebühren. Und dieser Mißstand geht in erster Linie auf das Konto der 3400 Genueser Schauerleute. Die haben sich, anders als in anderen Häfen, in einer autonomen, nach Art mittelalterlicher Zünfte straff gegliederten Gesellschaft zusammengeschlossen, der "compagni unica dei lavoratori portuali" (Culmv). Und diese - statt der Hafenverwaltung -, bestimmt in eigener Verantwortung die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, Zeitpunkt wie Dauer des Einsatzes sowie schließlich die Höhe der Entlohnung bei der Löschung der Fracht auf den Kais - und all dies ohne jede Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit. Während in Hamburg zum Beispiel sechs Hafenbarbeiter einen Container löschen, sind dafür derzeit in Genua 19 Mann im Einsatz, die sich außerdem pro Stück - statt geleisteter Arbeitsstunden - bezahlen lassen. Dank dieser Politik arbeitet ein Mitglied der Culmv im Durchschnitt nur zwischen neun und zehn Tagen pro Monat zu sechseinhalb Stunden und bekommt dafür die schier unglaubliche Summe von umgerechnet fast 900 (neunhundert) Mark pro Tag bezahlt.

So kostet heute die Anlandung eines Containers in Genua ein Vielfaches der Summe, die im benachbarten Livorno gefordert wird. So nehmen immer mehr Frachter Kurs auf billigere Mittelmeerhäfen. Die Schauerleute focht das wenig an; sie beantworteten das sinkende Frachtaufkommen mit immer höheren Lohnforderungen. Und während Reeder ihre Genueser Kontore schlossen und Spediteure ihre Belegschaft reduzierten, versank der Hafen, welcher der Stadt einst Reichtum und Macht beschert hatte, in einem Meer von Schulden, so daß für dringend erforderliche Investitionen zur Modernisierung kein Geld mehr da war.

Als der Niedergang fast nicht mehr aufzuhalten schien, berief der sozialistische Ministerpräsident Craxi seinen Parteifreund Roberto D'Alessandro, der bei Fiat, Pirelli und Zanussi Erfahrungen als Industriemanager gesammelt hatte, 1984 zum Präsidenten des "Consorzio autonomo del porto" (Cap), der Genueser Hafenverwaltung. Er wurde mit der Sanierung beauftragt. Zur Erleichterung der Aufgabe griff der Staat - zum Leidwesen der europäischen Konkurrenz - tief in die Tasche. Er übernahm nicht nur die aufgelaufenen Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 300 Millionen Mark, sondern garantierte auch die Finanzierung eines zusätzlichen Container-Terminals in Genua sowie einen neuen Container- und Stückguthafen im nahen Voltri, in Gesamthöhe von mehr als einer halben Milliarde Mark. Dadurch soll Genua bis zum Ende dieses Jahrzehnts zum größten Mittelmeerhafen ausgebaut werden mit einer Million Container Jahreskapazität.

Unter D'Alessandros energischer Führung ist es bereits gelungen, durch Rationalisierung des Hafenbetriebs, die Einfrierung der Gebühren sowie eine aggressive Werbekampagne Frachtquoten zurückzugewinnen. Im Zeitraum 1983 bis 1985 stieg das Frachtaufkommen um 34,2 Prozent auf 8,4 Millionen Tonnen, die Zahl der abgefertigten Container um 44 Prozent auf 324 000 Einheiten. Doch gemessen am Frachtvolumen von Livorno oder Barcelona ist dies noch immer verschwindend wenig, und diese Politik kann keinesfalls die Hafenverwaltung aus der Verlustzone herausführen. Dafür bedürfte es einer drastischen Umorganisation des Hafenbetriebs, insbesondere der Brechung des kostentreibenden Monopols der Culmv-Schauerleute.

Ende Januar wurde nach langem Ringen mit der Culmv in Rom zwischen den Beteiligten ein Vertrag unterzeichnet, abgesegnet von den drei nationalen Gewerkschaftsverbänden einschließlich der zögernden kommunistisch kontrollierten CGIL, in der 92 Prozent der Culmv-Schauerleute organisiert sind. Als wesentliche Neuerung sieht er vor, daß die Arbeiten im Hafen auf zehn unabhängig operierende Untergesellschaften unter Beteiligung der Culmv aufgeteilt werden, die Verantwortung für die Löscharbeiten jedoch an die Hafenverwaltung übertragen wird. Gleichzeitig sollen die zur Frachtlöschung eingesetzten Arbeitsgruppen auf neun Mann reduziert werden, ihre Entlohnung auf Basis der geleisteten Arbeitsstunden erfolgen, und von den 2400 Beschäftigten der Hafenverwaltung sowie 3400 Schauerleuten insgesamt 1800 Mann durch vorzeitige Pensionierung abgebaut werden.

Doch der Friede währte ganze 48 Stunden. Dann legten die Culmv-Schauerleute unter Führung ihres "Konsuls", des kommunistischen Parteimitglieds Paride Batini, schrittweise die Arbeit nieder. Insbesonde ihr charismatischer Wortführer, Batini, ein ehemaliger Weltergewichtsboxer, der sich vorzugsweise in telegener schwarzer Ledermontur präsentiert, widersetzt sich einer Lösung auf der Basis des von ihm selbst unterzeichneten Vertrags, dessen Annahme er jetzt von einem Referendum seiner Schauerleute (mit vorhersehbarem Ausgang) abhängig machen will. Die CGIL zeigt sich zunehmend über den Ungehorsam der eigenen Basis beunruhigt, möchte den Schauerleuten jedoch offenbar keinen Diktatfrieden aufzwingen. Ob dabei Geldzuwendungen an die Kommunistische Partei aus der prall gefüllten Kriegskasse der Culmv mit eine Rolle spielen, bleibe dahingestellt. Das Durcheinander ist jedenfalls total und der Hafen nicht mehr funktionsfähig. Während der Hafenpräsident D'Alessandro schwört, daß er nicht klein beigeben werde und die Staatsanwaltschaft gegen den rabiaten "Konsul" und seinen Stellvertreter ermittelt, wächst der Unwille der Spediteure sowie der im Hafen tätigen Unternehmer. 62 Schiffe mit 14 000 Containern an Bord haben laut dem Präsidenten des lokalen Spediteursverbandes, Giulio Batistelli, seit Dezember andere Häfen als Genua anlaufen müssen. Batistelli ist mit seiner Geduld am Ende. "Wenn die sich nicht sofort einigen", so droht er, "treten wir Hafenbenutzer ab kommenden Montag in den Streik. Hier geht es inzwischen um die Zukunft einer ganzen Stadt."

GENUA WEINT, ABER MARSEILLE LACHT AUCH NICHT

(Sergio Bologna in "Manifesto" vom 31.1.87)

In der grotesken Pressekampagne gegen die Genueser Hafenarbeiter haben es die Zeitungen akkurat vermieden, irgendwelche Informationen über andere europäische Häfen zu geben. Beginnen wir also in der Nachbarschaft, in

Marseille.

Hier hatte die Gewerkschaft seit einiger Zeit die Umstrukturierung der Teams und die Begrenzung des closed shop akzeptiert; der Hafen hatte 1985 sein finanzielles Gleichgewicht wiedererlangt und hatte das Privileg, zum Umschlagplatz der "Rund-um-die-Erde"-Container zu werden. Aber so wie sie gekommen waren, sind diese Linien auch wieder gegangen, da ja nichts es einem großen Reeder verbietet, einen Hafen als Umschlagplatz zu nehmen, ihn auf die Einhaltung bestimmter Zeiten und auf bestimmte Investitionen zu verpflichten und ihn dann wieder sitzenzulassen. Die Selbständige Hafenverwaltung von Marseille hat deshalb im Oktober 1986 300 Entlassungen verlangt. Die Gewerkschaft, also die CGT, hat mehr aus Gründen allgemeiner Politik denn aus Prinzip Nein gesagt. Es war das Jahresende der Eisenbahnarbeiter, die Seeleute sind gegen das Überwechseln der französischen Schiffe unter Billigflaggen in Streik getreten, und folglich wurde das soziale Klima im Transport brandheiß. Die Selbständige Hafenverwaltung von Marseille hatte sich überlegt, einen privaten Subunternehmer mit der Durchführung von Arbeiten zu beauftragen, die den Hafenarbeitern vorbehalten sind. Das war der Funke, der den Streik auslöste; er begann am 5.Januar und dauerte 9 Arbeitstage, wobei die Villa der Hafenverwaltung mehrmals besetzt wurde.

Die Faschisten der Front National und die Gaullisten haben mit Unterstützung der Presse begonnen, die Stadt gegen die Hafenarbeiter aufzuhetzen und haben drei Demonstrationen gegen sie organisiert, bis Chirac, der auf nationaler Ebene das schlimmste befürchtete, sie dazu brachte aufzuhören. Nach zwei Wochen wurde dann ein Abkommen geschlossen, das nochmals das ausschließliche Recht der Hafenarbeiter anerkennt, daß nur sie im Hafen arbeiten dürfen. Daraufhin haben sie die Arbeit wiederaufgenommen.

Barcelona.

Hier sind die Hafenarbeiter schon seit Februar vergangenen Jahres im Kampf - und mit ihnen alle spanischen Hafenarbeiter, die in der Coordinadora organisiert sind, einer Basisgewerkschaft, die weder zur sozialistischen UGT noch zu den kommunistischen Comisiones Obreras gehört. Es ist der längste Arbeitskampf seit Francos Tod, vergleichbar mit dem Streik der englischen Bergarbeiter. Die Gründe? Immer die gleichen. Privatisierung der Häfen, das heißt, Terminals werden zum ausschließlichen Gebrauch großen Reedereien oder Speditionen überlassen, Abschaffung des Statuts, daß nur Hafenarbeiter im Hafen arbeiten dürfen - das alles war in einem Dekret vom Mai 1986 enthalten, dem sowohl der Erlaß der italienischen Regierung als auch nach dessen Scheitern der von D'Alessandro nachgebildet war. Felipe Gonzalez hat das ganze Prestige seiner Regierung in die Auseinandersetzung mit den Hafenarbeitern geworfen und hat seine Zustimmung erteilt, daß in Barcelona wie auch in anderen Häfen eine private Gesellschaft namens Contenemar mit eigenen Arbeitern unter Polizeischutz arbeiten konnte - auf einem isolierten Teil des Hafens, der mit einer Mauer aus Containern vom übrigen Hafen abgetrennt war.

Im Dezember fanden die gewerkschaftlichen Wahlen in den Häfen statt und die Coordinadora, die vorher 80% der Stimmen hatte, erhielt nun 90% - die sozialistische Gewerkschaft nicht einmal 4%.

Rotterdam

ist der größte Hafen der Erde und Modell für alle anderen Häfen: hier hat die Hafenbehörde keine einzige operative Funktion mehr, alles wird von Privaten erledigt, von Aktiengesellschaften, an denen zum Teil die staatlichen Eisenbahnen oder die Post beteiligt sind. Tatsächlich gibt der Hafen, also die Kommune von Rotterdam Kredite oder Kreditgarantien an Firmen, die im Hafen investieren. So wurde auch das Delta Terminal finanziert, eine futuristische Anlage auf einer künstlichen Insel mitten in der Hafeneinfahrt. Aber es gibt keine Kunden. In Rotterdam ist die Um-

strukturierung gelaufen und nochmal gelaufen, sagen wir, sie ist hausgemacht und permanent. Aber den Gewerkschaften ist es 1985 gleichwohl gelungen, ein Abkommen zu unterzeichnen, das Entlassungen bis 1990 ausschließt. Auch Rotterdam ist Umschlagplatz der großen "Rund-um-die-Erde"-Linien, es ist, wie man sagt, ein main port. Eine dieser Linien ist Ende 1986 zusammengebrochen, obwohl sie sehr weitgehend staatlich unterstützt wurde, und hat ihre regelmäßigen Container-Transporte eingestellt. Um einen Vergleich zu machen: das ist ungefähr so, wie wenn in der Welt des Personal Computers Apple zusammenbrechen würde. Habt Ihr in den Zeitungen auch nur eine Zeile davon gelesen? Ich nicht. Aber wie auch immer, die Einstellung der Linien hat dem Hafen von Rotterdam auf einen Schlag mehr Containerumschlag entzogen, als Genua in einem Jahr macht. In dieser Situation hatten also die Betreiber eine Überkapazität. Sie haben das Abkommen mit den Gewerkschaften aufgekündigt und sofortige Entlassungen verlangt. Ende Januar hat daraufhin der Streik begonnen...

Wir könnten nun Europa verlassen und uns den US-Häfen an der atlantischen Küste zuwenden, wo nach fünfzehn Jahren zum ersten Mal wieder die Docks von den Hafenarbeitern blockiert worden sind, die gegen Entlassungen kämpfen, aber so langsam würde es langweilig, und ich käme noch in den Ruf, im spätoperaistischen Delirium zu liegen.

Warum habe ich also all das erzählt? Um zwei Dinge klarzumachen. Erstens, wenn wir über Häfen und Handelsschiffahrt diskutieren, müssen wir den internationalen Zusammenhang im Auge haben. Dieser ist heute von einer großen Unordnung, von Preisstürzen und Firmenzusammenbrüchen durch die scharfe Konkurrenz gekennzeichnet (der Vorsitzende von Hapag Lloyd sprach von einem "Blutbad"). Die monopolistische Konzentration führt zur Außerkraftsetzung der Verhaltensregeln und sogar der technischen Standards, zur Automatisierung und Reduzierung des Personals bis hin zum Absurden wie zum Beispiel, wenn sie sieben (7) Mann zum Ausladen eines Schiffes von 40 000 Tonnen schicken, das vielleicht sogar gefährliche Fracht geladen hat. Eine Situation von riesiger Überkapazität an Schiffen und Hafenterminals. Wenn es also auch wahr ist, daß das italienische Hafensystem überholt und potenziert wurde, so wird man doch wohl noch fragen dürfen, auf Grundlage welcher Voraussagen zum Beispiel über das Verkehrsaufkommen an der ligurischen Küste Konstruktionspläne für Containerterminals von anderthalb Millionen Containern im Jahr aufgestellt werden? Anstatt über die Notwendigkeit von Personalabbau und von verschlechterten Arbeitsbedingungen könnte man auch über Sinn und Logik gewisser Investitionen reden....

Der zweite Grund ist ... daß wir über die Grenzen der Umstrukturierung diskutieren müssen... Was bedeutet es, daß die Umstrukturierung der Dienstleistungen begonnen hat? Daß es bei Post und Eisenbahn 100 000 Entlassungen geben wird? Wenn das so ist, müssen wir der Situation ins Auge sehen und brauchen entweder neue soziale Abfederungen anstelle der alten oder eine neue Beschäftigungspolitik.... Irgend etwas aber muß getan werden, denn die BRD und die USA zeigen, daß das neoliberale Modell, das die alten direkt produktiven Arbeiter durch die neuen Tertiären und High-Tech-Arbeiter ersetzen wollte, gescheitert ist....

Das folgende ist die Abschrift eines Interviews mit einem Genossen der CULMV (Compagnia Unica dei Lavoratori Merci Varie) aus dem Hafen von Genua. Die Fragen sind rausgelassen. Die Überschrift bezieht sich auf den berühmten Film, um die Pressehetze gegen die mafiahaften Genueser Hafenarbeiter zu ironisieren.

Von einem können wir ausgehen: in den italienischen Häfen arbeiteten vor vier Jahren 20 000 Arbeiter, heute 14 000 Arbeiter. Wenn die Unternehmer, die Kunden und die Politiker die Umstrukturierung beschließen, spüren diejenigen als erste deren Auswirkungen, die ihren Lohn zum Leben brauchen. Das ist offensichtlich. Nur - und das ist jetzt so eine Art Vorrede - sehen wir in letzter Zeit mit neuem Interesse diese neuen Formen der Herausbildung des politischen Willens, wo nicht mehr der Unternehmer und der Arbeiter die Sache ausfechten sollen, sondern die Stadt, die anderen, die ganze Welt mit Interesse die

Sache der Arbeitenden verfolgen und nun auf einmal entdecken, daß alles gut funktionieren muß. Dies ist die neue Art, mit gesellschaftlichen Konflikten umzugehen; also genauer gesagt, auf diese Art scheint es gar keine gesellschaftlichen Konflikte mehr zu geben.

D'Alessandro versteht ohne Zweifel sein Handwerk: denk doch mal an die Vorstellung seines "Blauen Buchs", an seine Beziehungen zur Presse, zur Macht. Das Industrie-Dreieck, die Großindustrie schickt ihn durch Craxi nach Genua.... (Auch die KPI hängt wirtschaftlich in Genua drin, nicht nur durch ihre "roten" Kooperativen.) Als D'Alessandro in Genua ankam, war die KPI einer der stärksten Befürworter des Blauen Buchs und der neuen Hafenprojekte; sehr wahrscheinlich deshalb, weil den Kooperativen ein größerer Anteil beim Ausbau des Hafens zugesichert worden war. Auch deshalb entstand 1982 ein Konsens zur Wiederherstellung der Normalität im Hafen; eine privilegierte Beziehung zwischen D'Alessandro und der Regierung bildete sich heraus, die zu einem konstanten Kapitalzufluß nach Genua führte, um den neuralgischen Hafensektor wieder in Ordnung zu bringen.

Früher wäre es einfach gewesen, geradezu klassisch: es gibt einen Klassenkampf, jemand will seine Pfoten in den Hafen stecken .... Heute ist es schwierig für einen Hafenarbeiter, nicht so sehr "zur Stadt(bevölkerung)" zu reden, sondern zu den Genossen. Es wird schwierig zu behaupten, daß im Hafen ein Klassenkampf läuft und warum ich - deshalb - im Hafen notwendigerweise von der Verteidigung des Alten rede, der sogenannten Privilegien, und daß sich im Hafen die Radikalität, der Antagonismus in der Form des Widerstands ausdrücken.

D'Alessandro ist es in drei Jahren, von 1984 bis 1987, gelungen, die Wiederherstellung der Ordnung im Hafen unumkehrbar zu machen. Drei Jahre lang hält so was wie ein Pakt zwischen Produzenten, also dem Autonomen Konsortium des Hafens (CAP) und der Compagnia Lavoratori Merci Varie (CULMV) unter Ausschluß der Gewerkschaft. Das sind drei Jahre sozialen Burgfriedens, mit neuen produktiven Regeln und Ordnungen, die akzeptiert werden. Man arbeitet mehr, man arbeitet im Prämiensystem, die CULMV findet Gefallen an der Perspektive, nicht nur bei den Lohnverhandlungen im Hafen, sondern auch bei der Machtaufteilung in der Hafenregion eine Hauptrolle zu spielen.

Paride Batini ist ein alter KPI-Militanter, der sich durch seine Ehrlichkeit und seinen Mut das Vertrauen der Hafenarbeiter erworben hat. Angesichts der drohenden Marginalisierung der CULMV, akzeptiert Batini in diesen Jahren die Umstrukturierung von D'Alessandro, die also ohne besondere Brüche, mit der Zustimmung aller Seiten ins Werk gesetzt wird. In dieser Periode fährt die CULMV sogar mit einem eigenen Standpunkt zur Umstrukturierung auf und bringt das Rote Buch der METIS (einer Beratungsfirma) heraus.

Auch durch die Mechanismen der Tariffestsetzung wird die CULMV manchmal bevorzugt, damit der Konsens erhalten bleibt. Der Konsens wird also bezahlt, und er scheint eine Art Fortsetzung des Arbeiterwiderstands im Hafen zu sein, oder wenn ihr so wollt, der Forderungsdynamik, der Errungenschaften der Hafenarbeiter. Wir müssen jedenfalls eines bedenken: der Arbeiterwiderstand hat effektiv den Hafen von Genua aus dem Markt geworfen. Bis 1981 haben wir keinen einzigen Mann aus den Teams genommen, wir haben bis zum äußersten jeden Arbeiter politisch verteidigt, und das haben wir so gut gemacht, daß es dann keine Schiffe mehr gab, die Schiffe fuhren in andere Häfen. Wir haben nicht ausreichend damit gerechnet, daß die Schiffe nun andere Routen hatten, und daß die geografische Lage nicht ausreichte, um den Marktanteil zu verteidigen.

Seit 1970 hat sich die Politik der italienischen Häfen in Genua abgespielt. 1970 haben ein paar Heißsporne damit begonnen, die Forderungen der Hafenarbeiter in Italien zu verändern. Und das war ein dermaßen wichtiger Prozeß, daß er auch ins Ausland exportiert wurde (siehe die Genossen von der Coordinadora in Spanien).

Nur ... - wenn du die Kosten deines Arbeitstages steigerst, um die Zeiten von Nicht-Arbeit abzudecken: das dreizehnte Monatsgehalt, das vierzehnte Monatsgehalt, die Sozialversicherung usw., und wenn du damit auf recht hohe Gesamtkosten kommst und andere das dann benutzen, um mit niedrigeren Kosten den Umschlag zu kriegen, dann bricht eben in Genua der Umschlag steil zusammen, während das andernorts nicht der Fall ist ...

Wenn du in Genua zum Beispiel die Beschäftigung verteidigst und Teams von 18 Mann aufstellst, während sie in Livorno Teams von 7 Mann nehmen, dann fährt das Schiff nach Livorno. All das kommt von

unseren Errungenschaften, vom Kampf für den garantierten Lohn bis heute - es war nicht der Paternalismus und Klientelismus der früheren CAP, die das ermöglicht hätte.

"Seit 1970 wurde die italienische Hafenpolitik in Genua gemacht"

Ich bin davon überzeugt, daß D'Alessandro bereits bei seiner Ankunft 1984 den heutigen Bruch vorausgesehen hat. KPI und Gewerkschaft haben zwar damit gerechnet, dachten aber, die Arbeiterreaktion kontrollieren und lenken zu können. Alle hatten vergessen, daß das zumindest im Hafen von Genua seit 1970 nicht mehr so ist, weil im Moment der Auseinandersetzung, des Konflikts, die Arbeitervertretung außerkraftgesetzt wird, weil die Arbeiter andere als ihre offiziellen Führer anerkennen, weil andere Delegierte die Versammlungen übernehmen und leiten ... Obwohl die Gewerkschaft außerordentlich fähige Kader im Hafen hat, ist sie von der Beziehung zwischen den Produzenten an den Rand gedrückt worden. Das erklärt auch ihre Schwierigkeiten, ihr Deplaciertsein heute; die CULMV ersetzt die Gewerkschaft, indem sie auch Verhandlungsmacht ist; die CULMV, meine ich, in ihrem physischen Protagonismus der Treffen. zwischen D'Alessandro und Batini ...

Das Hafenarbeiterkollektiv (Collettivo Operaio Portuale) hatte bereits 1977 den Gipfel seines Einflusses erreicht. 1977 haben wir lokal die Macht übernommen, haben unser Spiel getrieben mit Konsuln und Vizekonsuln. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß das Flugblatt "Weder mit den Roten Brigaden noch mit dem Staat" im Gefolge der harten Pressekampagne und der öffentlichen Meinung die Krise unserer Arbeiterorganisation provoziert habe. Das ging sicher nicht von diesem Flugblatt aus. Es ist aber sicherlich so, daß 1977/78 die unmittelbare Konfrontation mit dem Terrorismus für viele von uns zur Gelegenheit wurde, umfassend über die eigenen Bedingungen, über das eigene Leben nachzudenken. Diese Jahre werden so - ohne große Berechtigung - zu Jahren der aufgezwungenen Entscheidungen, der Eile, der Entscheidungen fürs Leben. Ich wiederhole, der Terrorismus ist nur der zufällige und äußerliche Anlaß, wenn es wahr ist, daß kein einziger Hafenarbeiter je wegen Mitgliedschaft in den Roten Brigaden verhaftet worden ist. In jenen Jahren also entscheiden sich viele Genossen für den Eintritt in die politisch-gewerkschaftliche Karriere. Von 1978 bis 1981 verfällt das Hafenarbeiterkollektiv so langsam. Insbesondere die Krise wirkt sich in einer spezifischen finalen Episode aus: ein Austritt aus dem Delegiertenrat als Wille zur Macht. In Wirklichkeit mußten wir immer konstatieren, daß sich unser politischer Kampf der Gewerkschaftsdebatte bedienen mußte, um Wirkung zu zeigen, um zu zählen.

Vor 1970/71 war die Lage im Hafen sehr rückständig: die Trennung zwischen "Teilhabern" und "Hilfsarbeitern" (Festangestellten und Prekären;d.Ü.) war mittelalterlich; die Zugehörigkeit zum Kommunismus war rein ideologisch und hatte nichts mit dem Verhalten zu tun. 1971, als wir den garantierten Lohn von 7 700 Lire erkämpften, haben viele von uns gedacht, daß diese Errungenschaft wenig oder gar nichts sei im Vergleich zu dem, was wir erreichen hätten können. Dies hat einen großen Ruck nach vorne im Bewußtsein der Hafenarbeiter bedeutet.

Ich würde nicht ganz der These zustimmen, daß alle unsere Errungenschaften - im Gegensatz zu denen der Metallarbeiter - gerade deshalb erreicht worden seien, weil wir in einem Sektor handeln, der unheilbar in der Krise steckt; das heißt, jemand hätte bewußt unseren Kampf toleriert, um den Hafen verfaulen zu lassen und heute um so härter zuzuschlagen. Ich würde aber unsere Kraft auch nicht überschätzen, unsere politische und Verhandlungsmacht: schließlich sind wir kaum 15 000 Arbeiter in ganz Italien ... Die Wahrheit liegt eher in den Sachen, die heute endlich kapiert werden, das heißt in der wahnsinnig schnellen Umstrukturierung des Trans-

"Der Arbeiterwiderstand hat effektiv den Hafen von Genua aus dem Markt geworfen"

portwesens. In diesem Kontext haben wir unsere Schlacht gekämpft und uns dabei des unersetzbaren Instruments der CULMV bedient, indem wir hinter ihr entstanden sind, oder besser indem wir ihr vorausgegangen sind und sie als Alternative zur Gewerkschaft benutzt haben. Und heute ist gerade dieses Arbeiterinstrument der CULMV Ziel des politischen Angriffs gegen uns.

Im Dezember 83 haben wir ein anderes Moment von Arbeiterkampf erlebt: wir haben 13 Tage lang die Einfahrten der Häfen in ganz Italien blockiert, weil wir keinen Lohn mehr gekriegt hatten. Deine Arbeitstage garantierten dir nicht mehr die Errungenschaften, die du erkämpft hattest und in der Zwischenzeit hatten sie dich sogar für diese Errungenschaften verant-

wortlich gemacht, denn sie hatten der Gewerkschaft die Verwaltung der Fonds übertragen (und nicht mehr der öffentlichen Institution). Niemand hat darüber gesprochen. Niemand erinnert sich mehr daran, und dennoch war es eine beinahe militärische Auseinandersetzung, nur die dokumentarischen Fotos können noch belegen, wie das damals war. Bei dieser Gelegenheit zum Beispiel haben wir als CULMV gekämpft - die Gewerkschaft hatte uns als "Autonome" rausgeschmissen - und haben gewonnen.

Nach zwei, drei Jahren Waffenstillstand war es nicht unbedingt denkbar, daß das CAP plötzlich versuchen würde, die CULMV zu überspringen. Im Blauen Buch hatte es wohl einige Hinweise auf die Umstrukturierung der Arbeit gegeben, die konnte man aber sowohl gegen als auch mit den Arbeitern durchsetzen. Es war eine bewußte politische Entscheidung, ohne den Konsens der Hafenarbeiter vorzugehen. Als 1985 das Blaue Buch von D'Alessandro rauskam, stimmte die CULMV

"Der ganze Sinn der Operation liegt darin, wieder kommandieren zu können"

dem nicht gleich zu, was Parteien und Gewerkschaften übrigens sofort getan haben. Im Blauen Buch sind bereits einige "Dekrete" zur Verkleinerung der Teams enthalten- aber gleichzeitig sind einige Kompensationsmechanismen vorgesehen, um die Verluste der CULMV am Kai durch höhere Beteiligung am Gewinn auszugleichen. Die CULMV stimmt als letzte zu, legt sich aber gleichzeitig mit dem Roten Buch ein eigenes Managerinstrument zu. Und ich wiederhole, zwischen diesen beiden Konzepten gibt es keinen substantiellen Unterschied oder Inkompatibilität; verschieden sind lediglich die Vorgaben und die der CULMV zugedachte Rolle.

Das Blaue Buch jedenfalls sieht ein klassisches rigides Industriemodell vor, das noch über die fortgeschrittensten Beteiligungsmodelle hinausgeht, ein Modell, das Kommando produziert und für die Lohnabhängigen viel Lohn, aber auch viel Verknechtung. Das Rote Buch will im Innern einer modernen Struktur die CULMV aufrechterhalten, welche die ganze Struktur von technischer Leitung und Kommando ersetzt und auf sich die Funktionen der Leitung und Organisation der Arbeit am Kai vereinigt, wobei durch Partizipation und Konsens noch höhere Rentabilität erreicht werden soll. Das integrierte operative System geht so weit, die Solidarität bei der Verwaltung des Lohns vorzuschlagen. Aber jedenfalls bliebe die CULMV der einzige Verwalter des Arbeiterlohns.

Hier möchte ich an ein sehr typisches Beispiel erinnern. In den Tarifverhandlungen 1984 hatten wir auch die Cassa Integrazione als Ersatz für den Lohn eingeführt, aber wir wollten dabei eine rotierende und namentliche Kurzarbeit, die so zum Lohn beiträgt - also nicht die Cassa Integrazione als versteckte Entlassung, wie sie sie in den Fabriken anwenden.

Garantierter Lohn plus erarbeiteter Lohn plus Kurzarbeitergeld: das ist der Zement, der die CULMV zusammenhält, ihre Stärke, der Grund ihrer Geschlossenheit: jeder kann seinen eigenen Lohn aufbauen und ihn nach oben oder unten verändern, je nachdem wieviel er arbeitet; die Vielfalt in der Einheit, wer mehr arbeitet, kriegt ein bißchen mehr als die anderen, alle zusammen beteiligen sich aber am Zustandekommen und an der Verteidigung des Lohns. Uns scheint das ohne weiteres eine kommunistische, ja warum nicht, eine marxistische Logik zu sein.

Heute ist es paradoxerweise nicht mehr möglich, die Dinge beim Namen zu nennen. Es ist nicht mehr möglich, den Klassenkampf, den Kampf um die Macht, das zu nennen, was er ist, Klassenkampf. Wenn wir obsolet gewordene Strukturen verteidigen - wie das ja inzwischen von allen behauptet wird - dann ist alles, was du als Klasse verteidigst, obsolet; und dementsprechend sind Klassenkonflikte von Anfang an Niederlagen und auch reaktionär, korporativistisch: das ist das skandalöse Wort, Korporativismus ist parasitär.Und das wird dann auf die unmöglichsten Arten hingestellt, zum Beispiel als Konflikt zwischen konkurrierenden Managements usw.

Als D'Alessandro mit seinen Dekreten 30% der Arbeiter entlassen wollte, haben diese mit einem steilen Zusammenbruch der Leistung geantwortet. Im Hafen können sie niemals Tabula rasa machen. Die selbstbestimmten, autonomen Verhaltensweisen reproduzieren sich in der "Aufrufhalle". Der ganze Sinn der Operation liegt darin, wieder kommandieren zu können. Und da niemand von uns je kommandiert hat, wollen wir genau das verhindern.

Wenn sie in Genua durchkommen, werden sie die Arbeit auch in den anderen Häfen so organisieren.

★

DER EISENBAHNERSTREIK IN FRANKREICH -

Der Streik der französischen Eisenbahner, der vom 18. Dezember letzten Jahres bis Mitte Januar diesen Jahres in ganz Frankreich den Schienenverkehr behindert und lahmgelegt hat, hat die Frage der autonomen Organisierung von Arbeiterkämpfen neu gestellt: mit der Diskussion über das, was dieser Streik erreicht hat, und was er im Bewußtsein der französischen Arbeiter verändert hat, wo seine Grenzen lagen und warum.

Zu der Frage, inwieweit dieser Streik korporativistisch angelegt war, wo bereits in den Zielen und der Zusammensetzung die gewerkschaftliche Okkupation und letztlich das Ende vorprogrammiert war, oder inwieweit er in seinen Teilen von autonomer Organisierung vorwärtstreibend gewesen ist, gibt auch ein Artikel in "Courant Alternatif" vom März 87 einigen Aufschluß ("Eine Bilanz des Streiks bei der SNCF"):

Der Artikel schlüsselt zunächst die beiden verschiedenen Koordinationen, die sich während des Streiks gebildet haben, nach den Unterschieden in der Zusammensetzung auf: während die eine zugbegleitendes und Bahnhofs-Personal zusammenfaßt, sowohl in der Zusammensetzung wie auch in den Forderungen, bezieht sich die andere - wie z.B. die ADC Paris-Nord - ausschließlich auf das fahrende Personal.

Erstere hofften, den Streik auf alle Eisenbahner-Kategorien, und zwar national, ausweiten zu können. Sie versuchten so, eine nationale überkategorielle Koordination mit einer Forderungsplattform einzurichten, die eine einheitliche Erhöhung des Grundlohns um 700 Francs, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Personalstärke und die Abschaffung der leistungsbezogenen Beurteilung umfaßte. Diese Koordination zeichnete sich durch extremes Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften aus, verweigerte ihnen die Teilnahme an der Koordination und beanspruchte die Teilnahme an den Verhandlungen mit der Direktion der SNCF.

EIN VERSUCH AUTONOMER ORGANISIERUNG

Die "Fahrenden" haben einige ihrer eigenen Forderungen durchsetzen können. Aber es konnte nichts von den Grundproblemen, die alle Eisenbahner betreffen, geregelt werden. Dazu hätte es der Überwindung der Kategorien und eines einheitlichen Kampfes bedurft.

Diese Einheit ist der springende Punkt. Die Streikenden haben die Arbeit wieder aufgenommen, ohne in der Hauptsache etwas erreicht zu haben. Ihre finanzielle Situation erlaubt ihnen nicht, den Kampf sofort wieder aufzunehmen, aber der Wille dazu bleibt zurück. Wichtig ist, daß die, die diesen Willen haben, nicht in ihren Jobs, an ihrem Ort isoliert bleiben, sondern Kontakt halten mit anderen Zentren, schon allein um den Informationsfluß zu gewährleisten, der sonst bei den Gewerkschaften stecken bleibt.

Wir haben im folgenden einen Artikel französischer GenossInnen leicht gekürzt übersetzt, der sehr detailliert die Entwicklung des Streiks und der Streikenden nachzeichnet. Breiten Raum nimmt dabei die Erörterung der Rolle der französischen Gewerkschaften ein, denen es letztlich gelungen ist, sich die Schwächen und Fehler der autonomen Organisierungs-Versuche zu Nutze zu machen. Zu der Frage, welche Rolle dieser Streik für zukünftige autonome Kämpfe spielt, schreiben die GenossInnen:

> "Es geht nicht darum, die Strategen zu spielen, oder den Streik wiederaufzunehmen, um angesichts einer Wiederholung Rezepte zu finden. Was uns nicht daran hindert, zu verstehen zu versuchen, warum und wie diese Grenzen (der Autonomie) gewirkt haben. Es wäre außerdem ein sinnloses Spiel, Regeln für andere Kämpfe daraus machen zu wollen...
>
> Es ist das erstemal in Frankreich, daß sich eine Bewegung dieser Breite auf völlig autonome Weise auslöst, wobei sie sich gleichzeitig mit autonomen Organismen direkter Demokratie ausstattet, um die Führung des Kampfes zu sichern. Mehr noch, die Bewegung hat versucht (selbst wenn sich dies nur teilweise realisiert hat), diese Basisorganisation durch weitere autonome Strukturen auf regionaler und nationaler Ebene zu verlängern. Man kann darin den Entwurf einer vollständig autonomen Kampforganisation sehen, die die Organisierung des gesamten sozialen Lebens durch Komitees andeutet, die vollständig auf Basisversammlungen beruhen, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse selbst in die Hand nehmen und auf einen Schlag alle Strukturen ausschalten, von denen sie in dieser Gesellschaft beherrscht werden. Die Tatsache, daß die Studentenbewegung in ihrem Bereich versucht hat, dieselben Organismen zu wählen, zeugt von einer tiefgreifenden Tendenz in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft. Die üblichen Vermittlungsorgane haben sich als ausgesprochen unwirksam erwiesen. Nicht die Entwicklung autonomer Organismen hat sie unwirksam gemacht, sondern diese Organismen sind aufgrund dieser Unwirksamkeit entstanden... Sie haben die Verbindung hergestellt zwischen der alltäglichen Arbeit und früheren Kämpfen. Der Streik und seine Aktionsformen haben den Schleier zerrissen, der die tatsächliche Lage zugedeckt hat.
>
> Im Verlauf des folgenden Artikels haben wir all die verschiedenen Aspekte unterstrichen, die der dialektischen Bewegung, aus der die Autonomie entsteht, widersprechen, ihr eine große Mannigfaltigkeit von mehr oder weniger unvollkommenen Formen geben. Das ist immer so. Alles ergibt sich aus Notwendigkeiten, und es gibt keine Überwindung, wenn nicht andere Notwendigkeiten die Suche jenseits dessen, was schon erreicht ist, beschleunigen. Es sind die Arbeiter selbst, die, in neuen Zusammenstößen bekanntes wiederfindend, dieselben Wege oder andere als Antwort auf ihre eigenen momentanen Bedürfnisse benutzen werden, einfach deshalb, weil sie vor sich dieselben - oder andere - Repressions- und Herrschaftskräfte, dieselben Lücken, dieselben Widersprüche, dieselben Enttäuschungen wiederfinden werden. Der gewaltige Beitrag des Eisenbahnerstreiks genauso wie der Studentenbewegung ist, jeden Ausgebeuteten daran zu erinnern: was sie getan haben, können wir auch selbst tun, wenn es nötig ist."

1. Man braucht keine Gewerkschaft, um einen Streik in Gang zu bringen und ihn zu organisieren.

Der Beginn des Streiks

Am 10. November brachte ein 31jähriger Lokführer des Abschnitts Paris-Nord (140 Fahrer und 38 Lehrlinge, die für die Vorortdienst eingeteilt sind) eine Unterschriftenliste in Umlauf, die er selbst aufgesetzt hatte (die Lokführer sind normalerweise nicht an den "kleinen Gewerkschaftsstreiks" beteiligt). Er schlägt vor, sich in einen unbegrenzten Streik zu begeben ("ein für alle mal die Brocken hinzuschmeißen") für eine Reihe von Forderungen, die sich auf Arbeitsbedingungen und Löhne beziehen (genaues dazu weiter hinten). Die Liste trägt zweihundert Unterschriften.

Davon inspiriert, verfassen dann einige Fahrer desselben Bahnhofs Anfang Dezember ein Flugblatt, das sie mit ADC SNCF (Agents de Conduite, begleitendes Zugpersonal) unterschreiben, in dem sie erneut die Forderungen darstellen und erklären, ab dem 18. Dezember 0 Uhr in einen unbefristeten Streik zu treten, falls diese nicht erfüllt würden. (In dem Flugblatt fordern sie, den alten Lohnrahmen beizubehalten unter Erhöhung der Punktzahlen, die Beförderung allein nach Betriebszugehörigkeit, 13. Monatsgehalt, allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, kostenlose Benutzung aller Züge für alle Eisenbahner. Sie erklären, daß sie durch Nicht-Anwendung des Lohnrahmens um 58 Punkte betrogen worden seien, was bedeutet, daß sie 2 000 Francs im Monat weniger verdienen, als es nach dem Rahmen vorgesehen wäre.) Sie fordern die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Bewegung auf - betonen aber gleichzeitig, daß sie selbst für ihre Sache eintreten können, wenn die Gewerkschaften das nicht tun -,und geben zwei Telefonnummern an, unter denen sie zu erreichen sind. Das Flugblatt sagt weiter: "Wenn du einverstanden bist, mach mehrere Kopien hiervon, und verteile sie in deiner Umgebung und in anderen Bahnhöfen". Innerhalb kürzester Zeit verbreitet sich das Flugblatt in ganz Frankreich. Die ersten Kontakte mit den Gewerkschaften werden aufgenommen: die CGT und die autonome FGAAC behandeln sie mit Mißachtung. Die weitgehend minoritäre CFDT macht den Anfang und schickt am 12. Dezember einen "Beobachter" zu einer Versammlung von 40 ADC lern, auf der beschlossen wird, die Aktion fortzusetzen. In Anbetracht dessen legt die CFDT für den 18. Dezember die Vorankündigung eines regionalen Streiks vor. Um nicht hintanzustehen, legt die FGAAC ihrerseits eine Streikankündigung für die Dauer von 48 Stunden vor allein für den Bahnhof von La Chapelle. Wie vor jedem Streik üblich, empfängt die Direktion eine Delegation von zwei Gewerkschaften am 16. Dezember: 3 Nicht-Gewerkschafter sind darunter. Ohne Ergebnis. Eine neue Versammlung des ADC Paris-Nord beschließt die Arbeit ab dem 18. Dezember niederzulegen. Der Streik beginnt wie vorgesehen in Paris-Nord. Von den ersten Morgenstunden an ist die Streikbeteiligung 100%. Am Ende des Tages hat sich der Streik über das gesamte Eisenbahnnetz im Norden ausgebreitet, ohne daß irgendeine Gewerkschaft dazu aufgerufen hätte. Während des Tages machen die Lokführer von Paris-Nord ihre Runde durch alle Pariser Bahnhöfe. Am Freitag, den 19., springt der Streik auf die anderen Netze über, und am Sonntag, den 21., wird er von fast allen 18 000 Lokführern der SNCF getragen. Praktisch alle Züge werden gestoppt: 95% des ADC sind im Streik. Ein einziger Bahnhof von insgesamt 94 (der von Le Havre) befindet sich noch nicht im Streik. Der Güterverkehr ist gleich null, Städte- und Vorortverkehr ist fast völlig erlegen, und auf den großen Linien stark eingeschränkt.

2. Die Gründe des Streiks: wie die Überlebenszwänge eines Systems selbst die Grundlagen seines Funktionierens zerstören.

"Nicht der Streik der Studenten und Schüler hat den der Eisenbahner heraufbeschworen", verkündet ein Streikender aus Paris-Nord, "dies ist eine Bewegung, die viel weiter zurückreicht." Über 230 000 Eisenbahner in Frankreich, Zug- und Bahnhofspersonal. Unter dem Zugpersonal 18 000 Lokführer und verschiedene andere (vor allem Schaffner). Aufgrund der Prämien zum Ausgleich der nachteiligen Arbeitsbedingungen sind die Löhne des Zugpersonals vergleichsweise höher als die des Bahnhofspersonals, das in den Reisebahnhöfen, den Umschlagbahnhöfen, den Stellwerken usw. arbeitet.

Ob unter einem kommunistischen Minister, dann einem sozialistischen, oder zuletzt unter einem Gaullisten , die Politik hat sich nicht verändert: die Löhne

sind seit 20 Jahren um ungefähr 2.000 Franc monatlich bei den ADC'lern gesunken (die Löhne sind nicht um 2 000 Franc gestiegen, wie es nach dem alten Lohnrahmen eigentlich hätte geschehen müssen. Anm. d. Übs.) und sind seit 1982 bei der SNCF wie im öffentlichen Dienst insgesamt eingefroren, die Prämien sind Stück für Stück beschnitten worden, und man spricht von einem Stellenabbau von 8 200 für das Jahr 1987. In dieser Krisenperiode werden diejenigen am leichtesten als Privilegierte bezeichnet, deren Arbeitsbedingungen sich in Wirklichkeit Stück für Stück verschlechtern (zwischen 1979 und 1983 ist die Umstellung auf einen Fahrer pro Zug gelaufen). Diese Verschlechterung wird vielleicht ein bißchen illustriert durch die Tatsache, daß die durchschnittliche Lebensdauer eines ADC'lers aufgrund der nervlichen Anspannung und des völlig durcheinandergebrachten Lebensrhythmus 57 Jahre beträgt (im Gegensatz zu 72 Jahren in der französischen Gesamtbevölkerung). Sie ist der Grund für eine Reihe von Unfällen im Sommer 85. Bei der Eisenbahn ist die Sicherheit "immer eine der Achsen der Arbeitsorganisation gewesen". Bis jetzt war sie ebenso akzeptiert wie aufgezwungen, ein Konsens , der einem Gemeinschaftsgeist und einem "Berufsethos" entspringt, der mit aller seiner Zwiespältigkeit sorgfältig gehegt wird. Aber im Wettstreit mit anderen Transportmitteln und im Hader mit der technischen Entwicklung muß die SNCF die Modernisierung und Taylorisierung in Angriff nehmen. Schnell stößt sie auf diesem Gleis auf eine doppelte Schranke: sie zerstört langsam die Grundlage des Konsens, besonders bei den Jugendlichen (von 1980 bis 1982 hat die Hälfte der eingestellten Jugendlichen die SNCF verlassen); sie reduziert die Sicherheit immer mehr, die Grundlage jeden Transportes ist. Die Unfallserie im Sommer 85 beweist, daß eine Grenze erreicht war. Um dieses lebenswichtige Problem zu lösen und ihr Image in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, ließ die SNCF im Herbst 85 eine ausgedehnte Kampagne vom Stapel: jeder Angestellte sollte sich neuen Sicherheitsprüfungen unterziehen... Ein vollkommen spontaner Streik breitete sich innerhalb von 2 Tagen, von der Alpenregion ausgehend, in ganz Frankreich aus; er hörte genauso plötzlich wieder auf, als die Direktion ihr Kontrollprojekt zurücknahm. Dieser Blitzstreik, der zu kurz war, um die Formen seiner Autonomie zu entfalten, zeigt den Eisenbahnern, daß sie alle gemeinsam außerhalb der Gewerkschaftsorganisation handeln können, und daß sie dann durch eine klare Forderung, die alle jenseits der üblichen Uneinigkeiten vereinigt, die Direktion mit entschlossener Kraft zum zurückweichen zwingen können. Aber eine Schlacht reicht nicht, um den Kurs, der für die Politik der SNCF notwendig ist, zu stoppen. Indirekt versucht die Direktion, die durch den Streik beseitigten formalen Kontrollen wieder einzuführen (striktere Auslegung der Fahrtenbücher, systematische medizinische und psychologische Untersuchungen). Seit einiger Zeit ist ein neuerlicher Lohnstopp in der Diskussion zwischen Direktion und Gewerkschaft. Hinter der stufenweisen Lohnerhöhung steckt eine Verstärkung der Kontrolle der Hierarchie über die Arbeit der Eisenbahner. Man weiß wohl, daß eine Lohnsteigerung gemäß der "Leistung" diese bemäntelt.

Parallel dazu fängt die Direktion an, "Initiativgruppen für den Fortschritt" einzurichten, die den Qualitätszirkeln in der Industrie entsprechen; das ist ganz augenscheinlich die andere Seite der Medaille vom "leistungsbezogenen Anteil". Parallel zur Geschwindigkeitserhöhung der Züge, der Streichung der Beifahrer durch die allgemeine Einführung der Ein-Mann-Züge, der Einführung strikterer Einhaltung der Fahrzeiten sind die Beförderungsabstände beträchtlich größer geworden; schon die Arbeitsplatzbewertung durch die Vorgesetzten spielt eine Rolle bei der Lohnhöhe, da sich daran ja die Zulagen festmachen, deren Höhe je nach Art der zugeteilten Arbeiten variiert. Außerdem wird bei den Fahrern die Automatisierung immer weiter vorangetrieben: sie breitet sich auf die Metro-Züge aus und ist für die TGV verstärkt im Gespräch gewesen. Dagegen haben die Gewerkschaften nichts weiter organisiert als die üblichen Aktionstage, und außerdem akzeptieren sie im großen und ganzen die Politik der Geschäftsleitung bezüglich der Arbeitsbedingungen, wobei sie nur die Ausschmückung der Einzelheiten oder den Austausch von Einschränkungen gegen Geld im Auge haben.

Ein Beispiel für diese Politik und die Haltung der Gewerkschaften gibt der Streik der Schalterbeamten, die die Reservierungen vornehmen, denen man eine Prämie für Datenerfassung per Computer zugestanden

hatte, und die die Direktion wieder streichen wollte: die CFDT deckt den Streik, aber um den 15. rum, zu Beginn der großen Ferienreisewelle, leitet die CGT Manöver ein, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen. Die Ablehnung des neuerlichen Lohnstopps steht im Zentrum der Forderungen, die die ADC'ler aufgestellt haben. Während des gesamten Streiks wollten Regierung und Geschäftsleitung der SNCF glaubhaft machen, daß sie "nichts mehr weiter tun könnten" als das, was sie bereits vorgeschlagen hätten, da sie dies der Wirtschaftspolitik und vor allem der Lohnpolitik schuldig seien.

Das Projekt des neuen Lohnrahmens versucht, die Lohnsteigerung noch abzuschwächen, die normalerweise ein Eisenbahner im Lauf seiner Karriere erwarten kann. Diese Schiene, die parallel zu den normalen Lohnzuwächsen die faktische Blockierung der Grundlöhne kompensieren konnte, ist nun abgeschnitten durch die Reduzierung der Prämien. Von dem Moment an, wo der Lohn nicht mehr automatisch mit dem Dienstalter wächst, sondern von der Entscheidung der Vorgesetzten abhängt, kann man diese indirekten Erhöhungen gemäß den wirtschaftlichen Erfordernissen schwanken lassen. In Wirklichkeit steht etwas ganz anderes im Zentrum der Konfliktualität: für die Regierung ist es wegen der ökonomischen und sozialen Konsequenzen äußerst wichtig, weder den Eisenbahnern noch den Studenten nachzugeben. Das französische Kapital befindet sich in einem Prozeß von Intensivierung der Arbeit durch Restrukturierung und Flexibilisierung. Den Forderungen der ADC'ler nachgeben hieße, im Herzen des Produktionsprozesses zu akzeptieren, daß die Arbeiter die Ausbeutungsbedingungen, die von der Geschäftsleitung auferlegten Veränderungen im Arbeitsablauf, verweigern.

3. Die Gewerkschaften und der Streik

Die CGT ist die wichtigste Gewerkschaft in der SNCF, aber mit unterschiedlichem Einfluß, je nach den Kategorien und Örtlichkeiten. Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften trägt sie ihre ablehnende Haltung zum Streik offen zur Schau. Dies entspricht ihrem Prinzip, alles was sich außerhalb ihrer selbst und ebenso an der eigenen Basis abspielt mißtrauisch zu beobachten. In mehreren Depots (wie in Ivry) startet sie eine Gegenpropaganda, während der Streik im Norden bereits läuft, macht die Wandzeitungen schlecht, die zum Streik aufrufen und geht selbst soweit, "Arbeitswachen" aufzustellen, um die ADC'ler vom Streik abzuhalten. Aber die Bewegung ist zu stark, als daß diese Gewerkschaft die anderen von ihrem Versuch, den Streik mitzumachen, abhalten könnte: ihre eigene Basis ist schon im Streik, und der Streik der ADC'ler hat sich praktisch über alle Eisenbahnnetze ausgedehnt (75 von 94 Bahnhöfen sind dicht), als die CGT in einer totalen Kehrtwendung eine Streikankündigung für die Zeit vom 20. bis 24.12 vorlegt.
"Streik-Verwirrung", lautet die Schlagzeile von Le Monde am 21. Dezember. Ein Beispiel für die zweideutige Position der Gewerkschaften und besonders der CGT kann der Gare de Lyon liefern (ein weiterer großer Pariser Bahnhof - 2 000 Eisenbahner aller Kategorien), wo die CGT ziemlich einflußreich ist. Dort fängt der Streik am 18. an, als die ADC'ler von Paris-Nord Kontakt zu den ADC'lern und Schaffnern der großen Linien dieses Bahnhofs aufgenommen haben. Die CGT bringt ab 19. Dezember zusammen mit CFDT und FGAAC ein Flugblatt heraus, das die ADC'ler aufruft, den Streik fortzusetzen und das im wesentlichen die Forderungen von Paris-Nord aufnimmt. Im Anschluß an ihre Kehrtwendung organisiert die CGT am Dienstag, den 22., verschiedene Versammlungen, in denen sie den Streik einstimmig befürworten läßt. Es wird während des ganzen Streiks im Gare de Lyon unterschiedliche Versammlungen geben, ohne Kontakte untereinander und ohne abgesicherte Koordinierung. Die CGT kann verkünden, daß sie "für demokratische Versammlungen" ist, unter der Bedingung, daß diese Demokratie die Macht des Apparats unangetastet läßt, ihm die vollständige Informationskontrolle sichert und die Streikenden auf passive Ausführende reduziert: den in Manipulation bewanderten Bürokraten können die "Verantwortlichen" (es wird dort nichtmal Streikkomitees geben) die größtmögliche Ausdrucksfreiheit zugestehen, Abstimmungen organisieren usw..., bei allem sicher, die Entscheidungen hinbiegen zu können, wenn das notwendig sein würde.

Aber im Augenblick, selbst wenn sie, wie in diesem Fall, wo sie sich der Kontrolle der Organisation des Kampfes sicher sind, der starken Strömung an der Basis folgen können, können sie keine Wiederaufnahme der Arbeit ins Auge fassen. Und dies wird bis in die letzten Streiktage hinein andauern.

4. Die Vollversammlung der Basis und die Streikkomitees wollen die Kontrolle behalten.

In "Lutte Ouvriere" vom 27.12.86 findet man folgende Überlegung zum Streik: "Dieser Streik, das sind die Eisenbahner von Paris-Nord, die ihn gewollt, vorbereitet, organisiert, ausgeweitet haben... Von Bahnhof zu Bahnhof haben die Eisenbahner den Streik ausgeweitet..."

Es sind wohl die Arbeiter von Paris-Nord, eine Gruppe von Gewerkschaftern und Nicht-Gewerkschaftern der ADC, die außerhalb der Gewerkschaften den Streik gewollt, vorgeschlagen und angefangen haben. Es sind nicht sie, die ihn "organisiert und ausgeweitet" haben. Paris-Nord ist auf seine Weise organisiert, und diese Organisierung hat sich niemandem als Modell aufgezwungen; sie haben etwas derartiges nie vorgehabt. Es war eine Organisationsform, die ihrer Situation und ihrer Zahl angepaßt war. Sie brauchten keine Streikkomitees zu ernennen, weil ihre Beständigkeit und die Teilnahme aller selbst ein Streikkomitee gebildet haben: ihre Zahl autorisierte das, sonst wäre es schwieriger gewesen.

Streikomitees, lokale, regionale Koordinationen,... werden unter Kontrolle der Basis zuerst an den Orten eingesetzt, wo im Verlauf vergangener Kämpfe bereits Erfahrungen damit gemacht wurden. Es gab auch aktive Militante, sowohl gewerkschaftlich organisierte als auch nicht organisierte, Militante aus politischen Gruppen der extremen Linken oder auch Unorganisierte, die sich zusammengefunden haben, um die Kämpfe voranzutreiben. Der Streik in der SNCF ist "eine Geschichte in Episoden" und die Elemente der früheren Kämpfe finden sich im aktuellen Kampf wieder.

Im Dezember 1978 gab es auf dem Rangierbahnhof von Villeneuve Saint Georges (400 Eisenbahner) einen zehntägigen Streik wegen der Ruhetage; ein Streikkomitee wurde eingesetzt. Im November 81 dann ein 14 tägiger Streik im Innendienst des Bahnhofs von Ivry (80 Eisenbahner) wegen einer Lohnfrage, wieder mit Streikkomitee. Im Mai 1984 bildeten sich mehrere lokale Streikkomitees in Paris und Umgebung für die 35-Stunden-Woche. In der Gegend von Rouen bildet sich schon 1979, anläßlich der Ankündigung, daß die zweiten Fahrer auf den Zügen abgeschafft würden, ein "Komitee der einheitlich organisierten Eisenbahner", das sowohl Gewerkschafter wie auch Nichtgewerkschafter umfaßt, mit dem Ziel, sich an der Basis zu organisieren, um einen lang anhaltenden Streik der Eisenbahner vorzubereiten. Aber der Streik fand nur 1983 im regionalen Netz statt und allein ein lokaler Zusammenschluß blieb übrig. Dieser Zusammenschluß, "la cote 135", der etwa 100 Eisenbahner des Depots umfaßt, wird im "wilden" Streik von 1985 eine Rolle spielen.

Die Versammlungen werden die Basis dieser Selbstorganisation sein, aber es wird sehr schnell zu einem Bruch kommen: die ADC`ler auf der einen Seite und der Rest der Eisenbahner auf der anderen; es gibt nur wenige gemeinsame Versammlungen. Diese Situation ist mehr das Produkt der realen Situation als das von gewerkschaftlichen Manövern; sie äußert sich in einer Organisation des Streiks in Berufs-Kategorien, die versuchen wollen, sich zu treffen, ohne sich immer erst formell verabreden zu müssen. Die auf einen Bereich beschränkten täglichen Versammlungen drücken eine tatsächliche Kontrolle der Basis über ihre gefaßten Beschlüsse und die Delegationen aus, seien dies gewählte, zwischengewerkschaftliche oder von Gewerkschaftsbüros ausgesuchte Streikkomitees. Bis zum Schluß sind es die Versammlungen, die darüber entscheiden, ob die Arbeitgeber-Vorschläge akzeptiert oder abgelehnt werden (die Gewerkschaften wagen nicht, ihre üblichen Vorschläge zur Wiederaufnahme der Arbeit zu machen und sind an vielen Stellen zum Schweigen gezwungen), die über die Aktionsformen entscheiden. Diese "Vollversammlungs-Demokratie" hatte nichts Starres an sich, eine A.G. aus Paris- Nord zum Beispiel beschloß, die Gleise nicht zu besetzen, gerade nachdem sie selbst auf den Gleisen waren, um die Abfahrt eines Zuges zu verhindern.

5. Koordinierungsversuche der autonomen Basisorganisation, die aber nur teilweise gelingen.

Die oben geschilderte Situation offenbart ein extremes Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften. Dieses äußerte sich schon zu Beginn des Streiks eindeutig in dem Willen, unabhängig von den Gewerkschaften in den Streik zu treten und Forderungen aufzustellen; außerdem in der Arbeit der Versammlungen, die selbst unter gewerkschaftlicher Kontrolle in ihren täglichen Beratungen ihren Willen durchsetzten.

Das Mißtrauen dehnte sich auf zwei Bereiche aus:
- Koordination zwischen den Basis-Organismen
- Verhandlungen mit der Direktion über die Forderungen

Diese beiden Probleme hängen zusammen: die Koordinationsorgane waren, um den Willen der überwiegenden Mehrheit der Streikenden zum Ausdruck zu bringen, die besseren Gesprächspartner. Diese Situation wird jedoch nicht erreicht (und dann hätten sich viel komplexere Probleme eines direkten Zusammenstoßes mit der Macht auf einem höheren Niveau gestellt).

Was koordinieren und wie ? Die Antwort ergibt sich aus dem Charakter der Versammlungen selbst und aus ihrer Funktionsweise. Wir haben die Versammlungen vom Gare de Lyon und vom Außenposten Paris-Nord gesehen. Im Bahnhof von La Mouche in Lyon mit über 520 ADClern gibt es 30 Streikbrecher: ein Streikkomitee wurde gebildet, zusammengesetzt aus Nichtgewerkschaftern, Autonomen, CFDT und FO; ein Delegierter der CGT sagte: "Die bissigsten sind oft die Burschen, die man vorher nie gesehen hat (Anspielung auf die Gewerkschaftsversammlungen). Ich befürchte schon lange, daß die Unorganisierten uns ihr Diktat aufzwingen werden." Im Rangierbahnhof von Bourget nehmen an den Versammlungen höchstens 30 Streikende teil, in der Mehrzahl Militante der Gewerkschaften. In Paris-Südwest (660) gibt es zwei Versammlungen - eine der CGT (60 Leute), in der anderen der ganze Rest (ungefähr 600 mit einer Teilnahme zwischen 60 und 100 Leuten an den Versammlungen, die ein Streikkomitee von 10-20 Mitgliedern kontrollieren.) Am 27. Dezember setzt in Longueau eine Versammlung nach einstimmigem Beschluß von 101 Anwesenden (von 260) den Streik fort.

Seit dem 1. Januar, als die Eisenbahner aus dem Urlaub zurückkommen, hat sich die Teilnahme an den Versammlungen beinahe verdoppelt. Von den streikenden ADClern nahmen zwischen 50 und 75 % an den Versammlungen teil. Aus der Vielfalt von Situationen werden Vorschläge entwickelt, die aus den Versammlungen und aus der Persönlichkeit derer kommen, die diese Vorschläge machen, aber auch aus der jüngsten Geschichte. Andere Faktoren sind ebenfalls von Bedeutung: frühere Erfahrungen mit lokalen Gewerkschaftsbürokraten und, vielmehr noch, deren Verhalten seither oder zu Beginn des Streiks.

Während die ADC-Versammlung von Paris-Nord es ablehnt, ein Streikkomitee zu bilden und sich beharrlich weigert zu delegieren (weil sie das kann), tauchen anderswo Streikkomitees sehr unterschiedlicher Art auf, je nach Charakter und Zusammensetzung; trotz ihrer Unterschiede scheinen sie jedoch einen gemeinsamen Punkt zu haben: die Fortsetzung des Streiks. Ein anderes Extrem in Paris-Nord ist, daß es keine Streikkomitees gibt, weil die Gewerkschaften die Sache unter Kontrolle haben: das scheint in Caen der Fall zu sein, wo die CGT in der Mehrheit ist, ebenso wie im Gare de Lyon in Paris. Die Streikkomitees können sich nach Berufskategorien organisieren wie im Norden, um eine regionale Koordination der ADC zu bilden, wobei sie die anderen Eisenbahner-Kategorien links liegen lassen. Andere Komitees koordinieren sich regional, um eine lokale, alle Dienstgrade umfassende Koordination zu bilden, wie in Rouen, Lyon ... Überdies gibt es nur eine Versammlung auf Stadtebene und ein Streikkomitee, die nicht an den Kategorien orientiert sind.

Im Netz Paris-Südwest hat sich eine große Regionalkoordination gegründet, die am Dienstag, den 24.12., 60 Delegierte aller Dienstgrade umfaßt. Die Fragen der Koordinierung im Streik stellen sich also auf Basisebene. Die andere Ebene der (nationalen) Koordination läuft auf zwei voneinander getrennte Strukturen raus. Als erste Koordination entsteht die der ADC; die ADCler von Paris-Nord und von Sottevile-Rouen berufen sie für Donnerstag, den 26.Dezember, ein. 29 Bahnhöfe sind vertreten: 15 aus dem Nordnetz, 9 aus dem Westen, 2 aus dem Südosten, 2 aus dem Osten und 1 aus dem Südwesten (Ivry). Auf diesem Korrdinationstreffen wird auch ein Forderungskatalog an die Direktion der SNCF aufgestellt; die nationale Koordination "fordert die anderen Sektoren der SNCF auf und ermutigt sie, es ihr gleich zu tun und sich der Koordination zu bedienen, um ihre gerechten Forderungen zu verteidigen". Dies ist zwar die Festschreibung der Berufsklassenstrukturen, aber es kann auch einfach Ausdruck der Basiskontrolle sein: jeder verteidigt das, was er kennt; dies ist nicht a priori ein Hindernis für die Organisierung von autonomen Strukturen, die,

selbst wenn sie berufsklassenbezogen sind, ein bestimmtes Niveau haben; man kann darüber endlos diskutieren; Fakt ist, daß sie sich an solchen Strukturen orientieren, an denen sich auch die Koordinationen - und sogar die Gewerkschaften - orientieren.

Ein zweites Treffen der Koordination der ADC findet am darauffolgenden Sonntag, den 28. Dezember, am Gare de l'Est in Paris statt: 37 Bahnhöfe haben dorthin ausdrücklich bevollmächtigte Delegierte entsandt, andere "Beobachter". Dieses wird die einzige Generalversammlung dieser Koordination sein. Sie ernennt einen siebenköpfigen Ausschuß (Gewerkschafter und Nichtgewerkschafter); in der Folgezeit tritt nur noch dieser Ausschuß zusammen. Die Grenzen dieses autonomen Gebildes sind sofort offensichtlich, weil er trotz seines allgemeinen Charakters und der Entschlossenheit der Streikenden den gewerkschaftlichen Einfluß im dynamischsten Sektor des Streiks nicht überwinden kann.

Die nationale Koordination der ADC hat, obwohl sie formal nur etwa ein Drittel der Bahnhöfe repräsentiert hat, eine entscheidende Rolle im Streik der ADC gespielt, weil sie in ständigem Telefonkontakt mit 60 Bahnhöfen stand.

Es gibt eine doppelte Grenze im Aufbau der autonomen Koordination, die sich folgendermaßen darstellt: sie stellt gegenüber der Direktion keine einzige Forderung nach Teilnahme an den Verhandlungen auf; sie versucht keine zentrale Koordination aller Berufsklassen aufzubauen: diese nationale Koordination der ADC scheint eine doppelte Entwicklung durchgemacht zu haben: einerseits hat die CFDT einen gewissen Einfluß genommen und andererseits hat eine Bürokratisierung eingesetzt... Diese Situation könnte die Tatsache erklären, daß sie sich nicht entfaltet.

Seit Beginn des Streiks hat die CFDT ganz geschickt versucht, die Koordination der ADC zu beeinflussen. Nach den beiden nationalen Versammlungen dieser ADC-Koordination hat es keine weiteren gegeben: sie wird ersetzt durch die Delegierten-Versammlung, eine Art ständigem Ausschuß, der über Telefon Kontakte und Informationsfluß aufrechterhält... Die Entwicklung des Streiks, der die Anwesenheit aller auf den Bahnhöfen erfordert, die Schwierigkeit, Delegierte aus ganz Frankreich zu Versammlungen zusammenzubringen, haben sicher dazu beigetragen, daß die Koordination diese Form angenommen hat. Darauf deutet auch hin, daß auch die zweite Koordination, die fast im selben Moment entstanden ist, ihre Beschränkungen hat: sie will auf Anhieb eine überkategorielle Koordination sein und nicht, wie die Koordination des ADC, eine von Berufsklassen - so kommt es zur Konfrontation zwischen einer Koordination auf Berufsspartenbasis mit einer überkategoriellen auf regionaler Basis.

Die zweite Koordination ist von Anfang an politisch ausgerichtet: Gewerkschaften und Medien haben der Tatsache ein großes Echo verschafft, daß Militante von "Lutte Ouvriere" sie von der Koordination Paris-Südwest aus initiiert haben, und daß der Wortführer dieser Koordination ein regionaler Gewerkschaftsfunktionär und gleichzeitig wohlbekanntes Mitglied von "Lutte Ouvriere" ist. Die Gewerkschaften spielen mit dem Mißtrauen der Eisenbahner gegenüber politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, um diese Koordination in Mißkredit zu bringen. (Politische Militante anderer Gruppen der extremen Linken waren auch in der Koordination der ADC präsent.)

Nach einer am 26. 12. in Paris von der Regional-Koordination des Netzes Paris-Südwest organisierten Demonstration beschließt diese Koordination auf einer Versammlung am Pariser Gewerkschaftshaus, sich selbst als provisorische nationale Koordination einzusetzen, und ernennt einen 23köpfigen Ausschuß; sie ruft zu einer Strukturierung des Streiks in Form der überkategoriellen Versammlungen auf, mit Streikkomitees usw..., und zu einer überkategoriellen nationalen Koordination. Bei einer weiteren Versammlung am 29. 12. in der Mutualité nehmen 200 Eisenbahner aus 50 verschiedenen Sektoren (Depots, Rangierbahnhöfe, Werkstätten, Bahnhöfe ...) teil, die 10 000 Streikende repräsentieren: nur die Delegierten von etwa 20 Sektoren haben ein formelles Mandat. Zu einer weiteren Versammlung am 2. 1. kommen Delegierte aus 60 Sektoren, die 12 000 Streikende repräsentieren, darunter kaum 30 Bevollmächtigte. Diese Zahlen zeigen, daß diese Koordination es noch weniger als die der ADC schafft, einen bedeutenden Teil des Streiks zu repräsentieren. Sie fordert

jedoch unverhohlen eine Teilnahme an den Verhandlungen und stellt die Forderung nach 700 Francs monatlich für alle (zweifellos ein Versuch, die am schlechtesten bezahlten Kategorien des stationären Personals zu erreichen) und nach Bezahlung der Streiktage auf. Dies konnte die beiden Koordinationen nur noch mehr trennen, die sich nicht einmal auf bestimmte Aktionsformen einigen können und sich zum Teil gegenseitig überbieten. Die einzige gemeinsame Demonstration findet in Paris am 7. 1. statt und bringt etwa 4 000 Eisenbahner zusammen.

6. Die komplexen und widersprüchlichen Beziehungen zu den Gewerkschaften

Man kann im relativen Scheitern dieser Koordination die Wirkung der gewerkschaftlichen Offensive sehen (unterstützt durch die Direktion der SNCF), eine autonome Organisierung zu zersetzen, deren Wachstum sie total aus dem Streik herauskatapultiert hat. Man muß die Frage andersrum stellen: weil die Autonomie nicht über die Versammlungsebene hinauskommt, kann die Gewerkschaftsoffensive schnell an Boden gewinnen, indem sie sich auf die Schwachpunkte der Koordination stürzt. Dies soll nicht heißen, daß die Gewerkschaften nicht gegen die Koordinationen vorgegangen wären, wenn diese ihre Macht erfolgreicher etabliert hätten, aber dann wäre der Gegensatz Gewerkschaften - Basis eindeutiger explodiert, und zwar auf einem solchen Niveau, daß dadurch vieles verändert worden wäre. Natürlich, die Gewerkschaften wollen, indem sie den Streik "unterstützen", versuchen, seine autonomen Orientierungen umzubiegen, dies ist der tiefere Sinn jeder gewerkschaftlichen Unterstützung.

Aber wenn die Dinge sich derart entwickeln konnten, dann deshalb, weil der Kampf trotz Basiskontrolle eine Etappe nicht überwunden hat, die die Rolle der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft für alle deutlich klarstellt. ...

In einer anderen trotzkistischen Zeitschrift, "Rouge" vom 6.1.87 (deren Militante an bestimmten Brennpunkten eine ähnliche Rolle spielen wie "Lutte Ouvriere" in Paris-Südwest), ist das Verhältnis zwischen Streikenden und Gewerkschaften gut beschrieben: "Die Streikkomitees sind nur in dem Maße antigewerkschaftlich, wie die Gewerkschaften gegen den Streik sind. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Gewerkschaftsorganisationen, die das Spiel der Streikkomitees und allgemein der Vollversammlungen oder der übergewerkschaftlichen Massenversammlungen mitspielen oder antreiben, dort an Autorität und Mitgliedern gewinnen". Ebenso wie in der Studentenbewegung können sich die gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen nur dadurch in die Bewegung einmischen, daß sie sich die Forderungen der Basis zu eigen machen und sich in deren Bedingungen fügen: sie mögen anfangs ihre eigene Identität und Funktion leugnen und eine Autonomie anschieben helfen, die potentiell danach strebt, sie zu beseitigen, um so sicherer, je mehr sie sich entfaltet. Die Streikenden sind in demselben Widerspruch gefangen: sie sind mit vollem Recht stolz auf ihre Bewegung, die sie außerhalb der Gewerkschaften selbst in Gang gebracht und entwickelt haben, aber man muß alsbald feststellen, daß sie die Gewerkschaften brauchen, um mit der Direktion zu verhandeln; sie geben ihnen in dem Maße eine Macht zurück, wie ihre eigene Aktion potentiell darauf hinsteuert, sie zu beseitigen. Diese beiden Beobachtungen ergänzen sich, denn es handelt sich um einander bedingende Erscheinungen. Die Dinge liegen nicht deshalb so, weil die Eisenbahner sich dessen nicht bewußt wären. Die Erklärungen bringen übereinstimmend dieses Dilemma zum Ausdruck. Wenn die Koordination der ADC "direkte Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der Direktion der SNCF zur Erfüllung der ursprünglichen Hauptforderungen der Bewegung" verlangt, drückt sie damit zur gleichen Zeit den Willen der Basis wie auch die Feststellung aus, daß es keine andere Handlungsmöglichkeit gibt. Ein Eisenbahner drückt dasselbe noch deutlicher aus: "Wir sind eine Mehrheit von Nicht-Gewerkschaftern... Wir haben kein Vertrauen mehr in die Gewerkschaftsorganisationen, aber sie sind die einzigen, die formal das Recht auf Verhandlungen haben. Man muß also mit ihnen zusammen vorgehen." (Brief eines Eisenbahners in La Vie du Rail, 15.1.87).

7. Die Festigung des Streiks

Die Entwicklung des Streiks kann man nicht losgelöst sehen von den Versuchen, ihn zu beenden. Diese Versuche werden mit dem Bestreben von Regierung, Polizei und Direktion zusammenkommen, soviel Züge und Ersatztransporte wie möglich wieder in Gang zu setzen, und mit den

Bemühungen der Gewerkschaften, Raum für Verhandlungen zu finden, um dann mit Zugeständnissen die Wiederaufnahme der Arbeit durchzusetzen. In der Darstellung der Strukturen des Streiks haben wir gesehen, von welchen Voraussetzungen her sie disponieren, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Am 22. 12. findet das erste Treffen zwischen Gewerkschaften und Direktion der SNCF statt. Über die wirklichen Probleme wird überhaupt nicht geredet, und jeder tut so, als sei er um die Lohnfrage äußerst besorgt. Es ist schwerlich zu glauben, daß die Gewerkschaftsführer hoffen konnten, mit derart lächerlichen Angeboten auf ein solches Wogen an der Basis antworten zu können (1% im Juni; 0,7% im Oktober; ein Bonus von 250 Francs plus 2,8%, was 380 Francs für die unterste Stufe wären). Nicht erstaunlich, daß die Versammlungen dieses einstimmig ablehnen: "Dafür sind wir nicht in den Streik getreten". Nichts zum Lohnrahmen, nichts zu den Arbeitsbedingungen. Erstes Eingreifen der Bullen, um die Belegschaft aus den Stellwerken in Lyon abzuführen. Am 23. 12. greifen sie in Chambery ein, um die blockierten TGV freizumachen. Am 24. 12. empfängt die Direktion der SNCF die Gewerkschaften eine nach der anderen zu Verhandlungen. Am 26. 12. gründen die Kader der CGC ein "Koordinationskomitee von SNCF-Angestellten, die bereit sind, die Arbeit wieder aufzunehmen". Die Regierung spielt auf Zeit und erhärtet ihre Position. Der Direktor der SNCF, Dupuy, sendet mittags über Radio einen Aufruf zu Wiederaufnahme der Arbeit als Vorbedingung für jegliche Verhandlung. Das hat augenblicklich einen wahrhaften Sturm der Entrüstung von Seiten der Basis und der Gewerkschaften zur Folge.

Am 27. 12. weicht der Direktor der SNCF vor der Entschlossenheit der Streikenden zurück. Während des Wochenendes verstärkt sich der Streik noch: überall, wo es nötig ist, werden Gleise und Stellwerke besetzt und Streikposten vor den Zügen aufgestellt. Das ist die sofortige Antwort auf die "Provokation" in der Rede von Dupuy und auf den Versuch der SNCF, die Züge von Höheren Angestellten, Rentnern, für dienstuntauglich Erklärten fahren zu lassen... An diesen Aktionen beteiligen sich Eisenbahner aller Berufsklassen.

Am Montag, den 29. 12., vergrößern die aus den Ferien zurückgekehrten Eisenbahner die Reihen der Streikenden und verstärken noch die Bewegung. Die Direktion setzt nun systematisch Bullen ein, um die Gleise freizumachen, und erfindet, unterstützt durch Radiosendungen, die Wiederbelebung des Verkehrs, um die Aufnahme der Verhandlungen am folgenden Tag zu rechtfertigen. Die wenigen Züge, die verkehren und von höheren Angestellten gesteuert werden, sind leer. Die Streikenden sind wütend über das, was sie im Radio hören, und blockieren weiter die Gleise. Abends verkünden Radio und Fernsehen, daß der Besoldungsschlüssel "ausgesetzt" ist. Dies verstärkt die Wut, denn "wir wollen die Zurücknahme".

Hier beginnt sich der Streik zu wenden. Im Lauf der folgenden Woche wird sich die Bewegung intensivieren und ihren stärksten Moment erreichen; die CRS-Bullen greifen jetzt überall ein als Antwort auf die Stärke der Bewegung. Die Regierung und die Direktion der SNCF toben in den Medien gegen die Sabotage und werben bei den wütenden Fahrgästen für sich.

Am Dienstag, den 30. 12., wird von der Regierung ein Vermittler ernannt. Eine neue Zusammenkunft zwischen Gewerkschaften und Direktion in der "Tarifkommission" ergibt nichts als Brosamen: zwei Urlaubstage mehr, 15 freie Sonntage statt 14, Neugestaltung der Schichten, eine Zusage, die Wohnheime zu verbessern. In vielen Bahnhöfen, die von der CRS besetzt sind, herrscht beinahe Belagerungszustand.

Am Mittwoch, den 31. 12., gibt eine erneute Zusammenkunft von Gewerkschaften und Vermittler kurz vor Mitternacht bekannt, daß der Besoldungsschlüssel zurückgezogen ist, aber noch immer, ohne das Wort Zurücknahme auszusprechen. Ein neuer Besoldungsschlüssel soll später mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Dies löst natürlich wiederum wütende Reaktionen aus. Die SNCF kann nun nicht weiterhin Informationen über die Wiederaufnahme des Verkehrs ausstreuen: Sie erkennt, daß der Minimalverkehr nicht mehr gesichert ist. Die Stimmen sind überall einhellig für die Fortsetzung des Streiks.

Bis zum folgenden Wochenende gehen die Zusammenstöße weiter und intensivieren sich. Für die Streikenden ist die Blockade der Gleise und der Stellwerke durch die Anwesenheit der Bullen schwieriger geworden; die Aktionen verlagern sich auf Sabotage von Material (Loks, Züge, Gleise ...). Oft ist es die Aktion einer starken entschlossenen Minderheit, die mit der schweigen-

den Zustimmung der Älteren zusammentrifft, die sich noch "Eisenbahnergeist" bewahrt haben. An diesen Aktionen sind die anderen Eisenbahnerkategorien nicht beteiligt.

Die Situation ist von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich. Der Verkehr liegt im Süden vollkommen lahm, beinahe vollständig im Norden, in der Bretagne, der Basse Normandie, im Südwesten. Am 2. 1. rollt kein einziger Zug, ein Beschluß der Versammlungen und der SNCF, die ihre höheren Angestellten für das Wochenende des Ferienrückreiseverkehrs eingeteilt hat.

8. Die Wende des Streiks: "Wenn sie unsere Aktion in die Hand nehmen, werde ich den Streik beenden."

Ab Freitag, den 2. 1., versuchen die Gewerkschaften, die nicht mehr gewagt hatten, zur Aufnahme der Arbeit aufzurufen, auf lokaler Ebene in die Offensive zu kommen und den Streik zu stoppen. Die FGAAC ist die erste Gewerkschaft, die offen kapituliert. Der Generalsekretär der CFDT, Maire, appelliert an die Regierung, "die Verhandlungen wieder aufzunehmen, damit der Streik an diesem Wochenende sicher ein Ende nimmt und Montagmorgen die Züge wieder fahren können". In Rennes ruft die CFDT zur Arbeitsaufnahme auf. Die CGT ruft in scheinbarer Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Basis dazu auf, "den Streik zu verstärken", indem sie sogleich den Inhalt dieser Verstärkung erklärt: "Sich lieber anstrengen, eine Massenaktion zu verbreitern, als die Stellwerke besetzen"; am 2. 1. versucht sie, abstimmen zu lassen, daß die Streikenden die Züge wieder in Gang setzen, unter der Bedingung, daß sie selbst das Vorgehen organisieren und dies durch an den Zügen angebrachte Transparente signalisieren. Sie erhält einen zweifachen Korb von Streikenden und Direktion.

Am 4. 1. verbreitet die Direktion der SNCF über die Medien ihre Kampagne zur Wiederaufnahme der Arbeit: sie gibt bekannt, daß 10 von 94 Bahnhöfen für die Arbeitsaufnahme gestimmt haben, und daß der Verkehr zu 70% wieder normal läuft. In Wirklichkeit nehmen einige Bahnhöfe, die unter dem Druck der Gewerkschaften für die Wiederaufnahme gestimmt haben, den Streik am nächsten Tag wieder auf, und es gibt wohl nur 2 oder 3 Bahnhöfe, die wieder arbeiten (ein einziger laut "Lutte Ouvriere"). Die Streikenden beginnen darüber nachzudenken, daß der Streik lange andauern kann ohne zu irgendeinem Ergebnis zu führen, und die Streiks, die in anderen Sektoren von der CGT angeführt werden, können ihnen kein Vertrauen einflößen; sie wissen wohl, daß das von ihrer Bewegung abgetrennt ist, und daß es ein Manöver ist, das es auf die schwächsten Sektoren des Streiks abgesehen hat.

Am 9. 1. ruft der Bevollmächtigte der CGT seinerseits zur Arbeitsaufnahme auf, obwohl es eine Mehrheit von 199 zu 110 für den Streik gibt (nach "Lutte Ouvriere").

Wie ein Streikender, den wir hier zitiert haben, erklärt hatte: "Wenn sie unsere Aktion in die Hand nehmen, werde ich den Streik beenden". Genau das geschieht und beschleunigt die Wiederaufnahme. Zahlreiche Lokführer werden erklären, daß sie lieber wieder arbeiten, als der CGT zu folgen, die im Wissen, daß der Streik zu Ende geht, zur Ausweitung im öffentlichen Sektor aufruft. Dennoch ist noch die Mehrheit im Streik (70 bis 90% bei den ADC-lern). Am 5.1. sind nur 500 Züge von 10 000 zu normalen Zeiten in Umlauf. Dem Gefühl von Blockierung entspricht eine neue Entwicklung von Aufruhraktionen, "Sabotage"; die Zwischenfälle mehren sich. Am 7.1. kappen die Streikenden in Vierzon die Stromversorgung und besetzen das Treibstofflager. In Toulouse ist das Lokdepot besetzt, die Gleise über mehrere hundert Meter mit Schmiere überzogen, der Busbahnhof ist besetzt, in Bretigny sind 100 Loks außer Gefecht gesetzt worden. Die Liste dieser Aktionen, die völlig unterschiedlich und in ganz Frankreich verbreitet sind, ist endlos.

Am 8. 1. kündigt die SNCF Zusagen zu einer schnellen Untersuchung der Arbeitsbedingungen und die Verbesserung der Schichtpläne an, eine Erhöhung der Prämien zwischen 2 und 7%, die Beförderung von 5 800 Angestellten anstatt den für 1987 vorgesehenen 5 000, die Einrichtung medizinischer Untersuchungen für die ADC'ler und die Verteilung der Lohnausfälle wegen Streik auf 4 Tage monatlich.

Parallel dazu stiftet "die Ausdehnung" des von der CGT lancierten Streiks mehr Verwirrung als sonst etwas: Ende Dezember hat die CGT ihre große allumfassende Offensive gestartet, um sich in die Bewegung einzuklinken; das ist die übliche Taktik: den Streik in den Sektoren verbreitern, von denen man entweder weiß, daß man sie unter Kontrolle hat, oder daß diese Ausdehnung scheitert. In diesem Moment ist es offensichtlich, daß es den

spontanen Bewegungen auf der Fährte des Eisenbahnerstreiks an Breite gefehlt hat. Die Gewerkschaften werden die von ihnen lancierten Bewegungen, wenn auch mit mehr Schaden als vorgesehen, in traditionellem Rahmen aufrechterhalten. Abgesehen vom Metro-Streik in Paris, der außerdem unterbrochen wurde, wurden für Anfang Januar Streikvorankündigungen (EDF, PTT ...) lanciert.

Andererseits ist die Ausdehnung der Konflikte ein riskantes Spiel, das den harten Konflikt genausogut wieder aufflackern lassen wie zudecken kann. Abgesehen von der EDF und der Pariser Metro sind die Streiks wenig zusammenhängend; die Stromunterbrechungen bei der EDF behindern den Zugverkehr überhaupt nicht (solche Unterbrechungen sind sonst die beste Unterstützung der Eisenbahnerstreiks gewesen), sondern bewirken im Gegenteil feindliche Reaktionen, die der Eisenbahnerstreik ganz und gar nicht erwecken wollte. Der Versuch der CGT (und der PCF), die soziale Situation auszunutzen, verschiebt die Gesamtheit der Konflikte auf das Terrain politischer Konfrontation. Wir können die Analyse eines engen Beraters von Balladur über den Eisenbahnerstreik zitieren: "Wir haben alle denkbaren Dummheiten begangen. Glücklicherweise hat die CGT die Bewegung auf den Teppich zurückgeholt. Von da ab, wo die Zentrale von Krasucki den Streik bei der SNCF verpolitisiert hat, waren wir gerettet: die Eisenbahner haben sich aufgrund dessen abgesetzt". (La Lettre de l'Expansion vom 26. 1. 87) Das mit dieser Ausweitung angestrebte Ziel ist erreicht: der EDF-Streik geht zu Ende, der der Metro-Arbeiter zerfasert, und die Eisenbahner finden sich noch isolierter wieder mit dem Gefühl der völligen Ohnmacht, trotz der Stärke, die ihre Bewegung repräsentiert hat. Nach und nach nehmen die Depots die Arbeit wieder auf. Am 12. 1. arbeiten 55 von 94, und die Hochburg des Streiks, Paris-Nord, stimmt für "Aussetzung" des Streiks. Binnen 48 Stunden "normalisiert" sich die Lage bei der SNCF.

Eine der wichtigsten Bewegungen in Frankreich seit Mai 68 geht zu Ende. ★

EINE NEUE INTERNATIONALE

"Paris, Madrid - FFM zieht" skandierten vor ein paar Tagen Demonstranten in Frankfurt, und bezogen sich damit auf eine internationale Entwicklung, die sich bereits seit etwa einem Jahr abzeichnet. Die **französischen Unruhen** Ende November, Anfang Dezember 86 und die Proteste der **chinesischen** Studenten kurz darauf haben diesen neuen Kampfzyklus nur pressewirksam an die internationale Öffentlichkeit gebracht; bereits zuvor hatten die Studenten in **Südkorea** sich äußerst militant zu Wort gemeldet.

Auf den ersten Blick scheinen die Anlässe und Ziele der Studenten in Ländern wie Frankreich, **Spanien, Mexiko** auf der einen und China, Südkorea auf der anderen Seite ganz verschieden zu sein. Richten sich die Kämpfe der ersten gegen eine kapitalistische Hochschulreform, so beziehen sich die Kämpfe in Ostasien gegen staatliche Diktatur und Unterdrückung.

(STUDENTEN-?) BEWEGUNG

Aber in beiden Fällen geht es gegen die "Modernisierung" der gesamten Gesellschaft des Kapitals, die sich nur in verschiedenen politischen Hüllen vollzieht. Über die Kämpfe der Studenten in **Kasachstan** gegen eine von Moskau installierte Regionalregierung wie auch die Studentenproteste in **Pakistan** wissen wir sehr wenig. Die Unruhen in **Algerien** waren eine gegen die Regierung gerichtete Mischung von Studentenunruhe und Lebensmittelrevolte. Die islamische Mobilisierung an den **türkischen** Unis drückt einerseits die Existenz einer neuen Bewegung nach dem Militärputsch aus, enthält aber andererseits wohl auch die Ambitionen des reaktionären Klerus auf eine diktatorische Lösung nach iranischem Vorbild. Die im Anschluß an die französischen Unruhen einsetzenden Proteste in **Belgien** waren gegen die gleichen Modernisierungspläne gerichtet. In allen Fällen geht es um Zulassungsbeschränkungen, Studiengebühren und die Leistungsorientierung des Studiums.

Die Krise 80/82 war zunächst der kapitalistische Hebel, um die Fabriken umzustrukturieren und die Sozialleistungen zu kürzen. Danach setzt der Umstrukturierungsdruck im öffentlichen Sektor ein (Post, Bahn, Verwaltung) und erreicht nun auch die Ausbildung. Hier geht es um zwei Sachen: die Rationalisierung der "Ausbildungs"arbeit (siehe die aktuellen Tarifauseinandersetzungen der Lehrer in Italien) und um das "Produkt", die "Auszubildenden". Die Ausbildung als vorfabrikliche Vergesellschaftung der Arbeit wird in einer neuen Rationalisierungswelle an die Profitinteressen angebunden. Dies erfordert überall den unmittelbaren Eingriff des Staats: er erläßt Rahmengesetze, innerhalb derer sich dann die "Privatisierung der Ausbildung" vollziehen soll.

Die Kämpfe richten sich damit in zweierlei Hinsicht auch gegen das Arbeitsdiktat. Zum einen gegen die ausschließlich produktive Orientierung der Ausbildung selbst, zum anderen gegen die mit dem staatlichen oder finanziellen Ausschluß von der "höheren Bildung" durchgesetzte Prekarisierung während und/oder nach der Ausbildung. Soviel zur objektiven Seite.

Auch subjektiv haben die "Studentenunruhen" eine ganze Menge mit einer neuen internationalen Klassenstärke zu tun. In Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich, Nordamerika hat sich im letzten Halbjahr ein neues Spannungsfeld zwischen "Abwehrkämpfen" der alten Klassenbastionen (Stahlarbeiter, Hafenarbeiter, Bergarbeiter) und einem Arbeiterkampf aus neuen, "diffusen" Sektoren (GesundheitsarbeiterInnen, TelefonarbeiterInnen, LehrerInnen, Unentlohnte) aufgebaut. Und vor diesem Hintergrund erhalten die Studentenkämpfe Gewicht, hier finden sie KampfgenossInnen (siehe Frankreich, oder auch China: unter den in der Presse erwähnten Festgenommenen befanden sich nur Arbeiter). Die studentischen Kämpfe drücken das neue Niveau des Klassenkampfs nur öffentlicher und gleichzeitiger aus. Sie genießen schon von ihrer gesellschaftlichen Funktion her eine größere öffentliche Beachtung - während Streiks und Arbeiterkämpfe gezielt totgeschwiegen werden, was ihre Zirkulation durch den medialen copycat erschwert. Außerdem ist für die vielen Studenten der ersten Generation die Ausbildung kein isolierter Ort: seien es die Arbeiter- und Bauernkinder in Südkorea oder die "Beurs" in Frankreich; für sie ist der Verwertungsprozeß schon familiär allgegenwärtig. Und nur die Erfahrung einer neuen Angriffskraft der ArbeiterInnen kann erklären, warum die korporativen Tendenzen dieser Studentenkämpfe nicht durchschlagen, sondern sich im Gegenteil sehr intensive gesamtgesellschaftliche politische Lernprozesse abspielen, warum überall die kollektive Aktion auf der Straße gegen eine individuelle, durch Verhandlungen abgesicherte Karriereperspektive gesetzt wird.

Da die einzelnen Ereignisse vom Dezember 86 einigermaßen bekannt sein dürften, bringen wir hier nur eine kurze Chronologie, vor allem aber wei tergehende Überlegungen, die die Studentenrevolte in einen größeren Zusammenhang stellen. Aus der Fülle von gesammeltem Material bringen wir eine zusammenfassende Übersetzung von einem Artikel, den ein in Paris lebender italienischer Genosse für "Wobbly/Collegamenti" geschrieben hat.

Am 12. November nimmt der Senat das Universitätsreformprojekt des Ministers Devaquet an. In der Parlamentsdebatte hatte sich der Minister mehr mit seinen liberalen Freunden als mit der Opposition herumzuschlagen gehabt, die sein Projekt als zu zögerlich kritisierten und es in Richtung eines größeren "Liberalismus" verändern wollten. Daß es keinerlei reformistische Vermittlungsstrukturen mit den Studenten gibt, scheint die Regierung nicht zu beunruhigen, im Gegenteil! Jede Gelegenheit wird benutzt, um für den "Liberalismus" zu trommeln, um die Selektion und die soziale Ungleichheit zu erhöhen; erst vor kurzem wurde die Steuer auf große Erbschaften abgeschafft, man spricht davon, die Lohnstrukturen zu verändern, um Verdienste besser zu entlohnen; in den mittleren und großen Unternehmen ist die präventive Zustimmung der Behörde vor Entlassungen abgeschafft worden, den Unternehmern soll freie Hand bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit gegeben werden, den Emigranten wird das Leben noch schwerer gemacht, indem Aus- und Einbürgerung restriktiver gehandhabt werden sollen, die "Versehen" der Bullen und die Arroganz der Kontrollen vervielfachen sich, wofür die terroristische Attentatswelle vom September eine Massenlegitimation verschafft haben.

Das Gesetzesinitiative von Devaquet besteht aus folgenden wesentlichen Punkten:

1) die Universitätsdiplome sollen nicht mehr national gleich sein, sondern jede Fakultät nach amerikanischem Vorbild ihr eigenes Diplom ausstellen, so daß eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Unis entsteht;

2) die Selektion soll verschärft werden; nach zwei Jahren an der Uni muß eine Zwischenprüfung abgelegt werden; einzelne Unis sollen Aufnahmeprüfungen machen können;

3) die Studiengebühren sollen erhöht und je nach Numerus Clausus stärker differenziert werden;

4) in den Verwaltungsgremien sollen die alten Barone wieder das Entscheidungsmonopol bekommen.

In dieser Situation bewegt sich die traditionelle Linke sehr defensiv und bürokratisch: auf der einen Seite beruft die UNEF-ID (größte Studentengewerkschaft, von Sozialisten und Trotzkisten kontrolliert) ihre "Generalstände" an der Sorbonne für den 22. November ein, auf der anderen Seite ruft die FEN (Nationale Gewerkschaft des Erziehungswesens) für eine nationale Demonstration gegen die Erziehungspolitik der Regierung auf.

Am 17. November beginnt der Streik an der Uni von Villetaneuse - einem Kaff irgendwo im Nebel nördlich von Paris -, ohne daß dem irgendjemand besondere Bedeutung beigemessen hätte; denn alle denken, daß die UNEF-ID bei der Eröffnung ihrer Generalstände einige Unis im Streik vorweisen können will, damit sie mit dem Minister verhandeln können.

In Nanterre scheinen die erst vor kurzem in die Sozialistische Partei übergewechselten Ex-Trotzkisten der UNEF-ID noch am 20., kurz bevor auch diese Uni in den Streik tritt, äußerst vorsichtig und besorgt zu sein: wir müssen aufpassen, ein Streik in dieser Situation kann gefährlich sein, vor allem an einem symbolischen Ort wie Nanterre, wir müssen uns das nochmal gut überlegen.

Wie gewöhnlich haben sie nichts kapiert.

So werden die "Avantgarden" also vom Lauf der Dinge überrollt. Die Vollversammlung von Nanterre beschließt noch am selben Nachmittag den Streik. Die Fakultäten beteiligen sich unterschiedlich: Sprachen und Gesellschaftswissenschaften fast vollständig, in Wirtschaft und Jura fast niemand, dort gehen sogar einige Seminare in aller Ruhe weiter, gleichzeitig zur Entwicklung der Bewegung.

Beim Zusammentreten der Generalstände am 22. sind bereits 8 Unis im Streik. Le Monde beginnt, Besorgnis über eine Bewegung auszudrücken, die sich wie ein Ölfleck ausweitet, und den institutionellen Rahmen zu verlassen droht. Die Generalstände der UNEF-ID werden zu einem unerwarteten Erfolg und fallen praktisch mit der Bildung einer ersten nationalen Koordination der streikenden Unis zusammen. Ein allgemeiner Streik wird proklamiert und für eine Demo am 27. aufgerufen.

Die von der UNEF veranstaltete Demo am 23. wird zur ersten offiziellen Gelegenheit für die Studenten, aus den Unis raus auf die Straße zu gehen. Es sind viele: insgesamt vielleicht 100 000.

Am 25. November sind 50 von 78 Unis im Streik. Mehrere tausend Gymnasiasten gehen spontan auf die Straße und fallen ins Quartier Latin ein: seit dem 25. vergeht kein Tag mehr, an dem nicht einige tausend Schüler und Studenten zwischen der Sorbonne, dem Boulevard St. Michel und dem Boulevard St. Germain demonstrieren - ohne offiziellen Aufruf, aus Freude, mit Verabredungen für den nächsten Tag, so daß sich die Zahl der Eingeladenen ständig erhöht.

Zwei verschiedene Bewegungen verflechten und vermischen sich auf der Straße:
An den Unis sind die Studentengewerkschaften in gewissem Maß präsent, die Mechanismen der "Beteiligung" lösen kein besonderes Interesse aus, funktionieren aber; insgesamt sind die Studenten politisch vorsichtiger und überlegter. Ein Teil dieser Generation ist stark von "liberalen" Werten beeinflußt; Individualismus und Sozialdarwinismus haben zum Teil Breschen geschlagen in einer Umgebung, die bereits aus dem Umstand, an der Uni zu sein, in einem gewissen Maß mit Selektion hat um-

gehen müssen. Sie kämpfen gegen einen Minister, den viele von ihnen als unfähig, als "Techniker" darstellen, der aus der Forschung komme und auf politischer Ebene ein Dilettant sei.
Die Schüler sind sehr viel spontaner, sowohl auf den Demos als auch in ihrer Art, die Dinge wahrzunehmen; unter ihnen gibt es keine gewerkschaftlichen Strukturen, dafür haben die antirassistischen Mobilisierungen viel Einfluß gehabt. Das Gefühl für die Gemeinschaft ist stärker; die Generation ist insgesamt nicht sehr erfaßt worden von den Mythen des individuellen Fortkommens; im Gegenteil scheint sich ein Kollektivgeist abzuzeichnen, wie man ihn schon lange nicht mehr gesehen hat. Der Altersunterschied zu den Studenten wird durch den sozialen Unterschied verschärft: die massive Präsenz von Jugendlichen nicht privilegierter Herkunft ist möglicherweise die bessere Schaltstelle mit weiten Sektoren der Lohnarbeit. Die Anwesenheit der LEP (technische Berufsschulen) wird, auch wenn sie zahlenmäßige bescheiden war, auf politischer Ebene bemerkt werden.

Alle sind sich einig in der Ablehnung der Gewalt, und auch im Falle von faschistischen Provokationen sieht man darin etwas, das zur Niederlage der Bewegung beiträgt, wie ein fremdes Land, von dem man sich nicht verführen lassen darf. Diese Geisteshaltung macht es möglich, daß sie der Polizei gegenüber nicht feindlich auftreten, es kommt sogar zu einigen spontanen Annäherungsversuchen. Mit der Ablehnung der Gewalt einher geht die Ablehnung der Politik und ihrer Spielchen, was es sowohl der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, wie auch den trotzkistischen Grüppchen und allgemeinen der extremen Linken unmöglich macht, die Bewegung zu beeinflussen.

Auf der Demo sind die Schüler in der Mehrheit; es sind dermaßen viele, daß die Polizeiketten auf dem Weg zum Parlamentsgebäude überrannt werden und sich zurückziehen müssen. Danach geschieht etwas, das seit dem 6. Februar 1934 nicht mehr vorgekommen war und das eine gewisse psychologische Einwirkung auf das Land hat: die Demonstranten ziehen vor die Nationalversammlung und umzingeln das Gebäude. Sie verlangen, den Minister zu treffen. Le Pen kommt gerade rechtzeitig heraus, um ausgepfiffen und ein bißchen verspottet zu werden.

Vor allem unter den Schülern, aber auch unter den Studenten ist der Anteil der Frauen sehr hoch (etwas weniger in den Koordinationsorganismen), aber bemerkenswert ist auch die Teilnahme der nordafrikanischen Jugendlichen der zweiten Generation: diese Demos signalisieren wahrscheinlich auf sichtbare Art und Weise das Herauskommen aus einem Zustand der ethnischen Absonderung. Und schließlich muß auch erwähnt werden, daß sich die Bewegung über ganz Frankreich ausgedehnt hat, die Demos liefen in fast jeder Stadt, in der Provinz genauso wie in den "überseeischen Territorien".

Am 28. wird die Gesetzesvorlage in den Ausschuß zur Diskussion über drei Punkte zurückverwiesen, die parlamentarische Diskussion wird verschoben. Gleichzeitig demonstrieren etwa 20 000 Schüler in der Nähe der Nationalversammlung. Die Strategie der Regierung wird an diesem Punkt klarer: am 30. erklärt Chirac im Fernsehen, die Bewegung sei das Produkt eines "Mißverständnisses", was mit der ungenauen Kenntnis des Reformtextes zusammenhänge; er spricht "mit dem Herzen in der Hand" und schlägt vor, die am meisten umstrittenen Punkte zu ändern, um so das Wesentliche zu retten.

Die Studenten nehmen die Rede von Chirac als Beleidigung auf und reagieren durch den Versuch, die Bewegung auszuweiten; von den Streiks geht man zu Besetzungen verschiedener Fakultäten über; gleichzeitig gehen weitere Unis in den Streik - darunter die erst neulich gegründete von Reunion in der Karibik. Die Debatte in der Bewegung wird dichter, es kommt zu ersten Spannungen mit Nicht-Streikenden und an der Sorbonne mit dem Wachpersonal. Die Bewegung verlangt nun ohne jeden Abstrich, daß die Gesetzesvorlage zurückgezogen wird. Zu diesem Zweck wird eine Delegation nominiert, die den Minister am Ende der Demo <vom 4. Dezember> treffen soll. Ihr Auftrag ist präzise: die Vorlage soll ohne Verhandlungen zurückgezogen werden.

Am Donnerstag, dem 4. Dezember überflutet eine Demonstration von 8 Kilometern Länge, mehr als 500 000 Menschen, die Straßen von Paris; gleichzeitig laufen -zig andere Demos in ganz Frankreich. Der Enthusiasmus ist auf seinem Gipfel, der Minister wird sich nicht weigern können, angesichts dieser Zahlen die Vorlage zurückzuziehen. Aber je größer die Erwartungen sind, um so härter die Wut über einen Gegner, der die Demo verniedlicht und von einigen Zehntausend Personen spricht. Die Studenten hatten sich gesehen, hatten sich gezählt, aber sie hatten den Zynismus der Politiker nicht mitgezählt. Die Reaktion wird hart.

Gegen 19.30 Uhr kommt die Delegation von ihrem Treffen mit dem Minister zurück, der gerade die Forderungen zurückgewiesen hat. Mehrere Hunderttausend Menschen warten auf dem Invalidenplatz. Im selben Moment fangen die Bullen zu schießen an. Die Zusammenstöße weiten sich schnell aus. Zu Beginn versucht der Ordnerdienst, sich zwischen die verzweifelten Demonstranten und die Bullen zu werfen, verdrückt sich dann aber. Viele von ihnen streifen sich die Armbinde ab und beteiligen sich an den Kämpfen. Die Studenten sind technisch nicht vorbereitet, aber der Wind weht gegen die Bullen und bläst das Tränengas auf sie zurück.

Erst spät in der Nacht, nach 23.30 Uhr, wird der Platz geräumt. Es bilden sich Kleingruppen, die Richtung Quartier Latin ziehen. Die Kämpfe gehen bis 1 Uhr weiter,

als in der Nähe der Sorbonne die letzten Schüsse der Polizei die letzten Demonstranten überzeugen, sich aufzulösen. Die Motorrad-Kommandos der Bullen fangen nun an, die Viertel zu durchkämmen und machen Jagd auf Passanten und auf einige Studenten von außerhalb. Einigen Hundert Demonstranten gelingt es, ins Jussieu (Uni in Paris) reinzukommen, nachdem sie mit dem Rektor verhandelt haben, um vor den Bullen Zuflucht zu suchen. Drinnen halten sie eine Versammlung bis zum Morgen ab.

Der 4. Dezember wird entscheidend für die Bewegung. Eine dumpfe Wut gegen die Regierung tritt an die Stelle der apolitischen Haltung. Man sucht nicht mehr den Dialog mit der Polizei, sondern sieht sie als das, was sie von Natur her ist: als Feind. Alle verstehen jetzt, daß es nicht reicht, viele zu sein, zu singen und zu demonstrieren ... es ist keinerlei Zusammenkunft nötig, um die Demo vom 5. Dezember gegen die Polizeigewalt zu verabreden. Diese Demo besteht in ihrer Mehrheit aus Studenten, sie ist entschlossen und läßt sich nicht von der Lust auf Fights hinreißen.

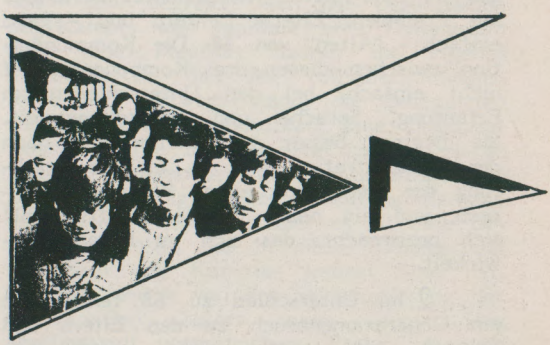
In der darauffolgenden Nacht fegen die Motorrad-Kommandos durch die Straßen um die Sorbonne und erschlagen Malik Oussekine, einen braven Jungen ohne Flausen im Kopf, algerischer Herkunft. In jeder Hinsicht die falsche Person. Der Mord an ihm wird zum Symbol für die Verbissenheit der Regierung gegenüber den Studenten, die Emigranten der zweiten Generation, die Ungeschütztesten in gesellschaftlicher und menschlicher Hinsicht; zum Exempel, zu was der "Liberalismus" an der Macht führen kann.

Am 6. findet eine Demo vor der Sorbonne statt, auch diesmal war kein Aufruf dazu nötig. Die Gesichter sind hart. Die Spannung läßt sich mit Händen greifen. Die Zusammensetzung hat sich verändert. Relativ weniger Schüler und Studenten, viele ältere Gesichter. Es sind viele, die 68 nicht vergessen haben.

Der Zug beginnt schweigend; dann beginnen die Slogans, die diesmal direkt gegen die Regierung gehen. Auf der Place d'Italie muß der Ordnerdienst eine Gruppe von Bullen bitten, sie sollen sich aus der Sichtweite der Demonstranten entfernen. Die nationale Koordination überwindet die Schranken des studentischen Korporativismus und gibt einen Appell an die Bevölkerung heraus - der vielleicht naiv ist, aber eine große Wirkung auf die gesellschaftliche Vorstellungskraft hat - , sie solle eingreifen und ihre Ablehnung der Polizeigewalt zeigen. Effektiver Adressat dieser Botschaft sind die Gewerkschaften, die nicht mehr ausweichen können und einen einstündigen Streik für Montag, den 8. ausrufen. Die Gewerkschaften hatten vorher dem Reformpaket zugestimmt, ihr Streikaufruf hat nun einen solchen Erfolg, daß die Führung erschrickt. Um 13 Uhr gibt Chirac bekannt, daß die Gesetzesvorlage zurückgezogen wird. Am Tag darauf verkündet er eine "Pause" in den Arbeiten des Parlaments und verschiebt die Reformen der Aus/Einbürgerung, das Vorhaben, private Knäste einzurichten und die Abschaffung der Kostenübernahme bei Abtreibung auf bessere Zeiten. Die Bombe, die im Zusammenkommen der Studentenbewegung mit der Frauenbewegung mit den jugendlichen Immigranten der zweiten Generation und den keimenden Spannungen in der Arbeiterklasse bestanden hätte, ist entschärft.

Auf der Demo am 10. sind mehr als 200 000 Menschen jeden Alters und Herkunft: Schüler, Studenten, Rentner, Lehrer, Arbeiter, Gewerkschaftsbürokraten, Gruppen von Jugendlichen aus der Umgebung von Paris usw. Im Lauf von zwanzig Tagen hat sich die Stimmung total verändert: die Bewegung, die weder Slogans, Schriften, Flugblätter noch Plakate hatte, läßt keinen Meter Raum entlang des Umzugs weiß, überall werden Flugblätter verteilt, innerhalb und außerhalb der Demo, -zig Flugis von kleinen Gruppen, die sich in diesen zwanzig Tagen gebildet oder wiederzusammengefunden haben gehen von Hand zu Hand und werden aufmerksam gelesen.

Am Tag danach das letzte Beispiel der Tugenden der direkten Demokratie: die nationale Koordination der Studenten proklamiert die Selbstauflösung und schließt ihre Sitzung mit dem Singen der Internationale. Der Kampf hat sich gelohnt, die ursprünglichen Ziele der Bewegung sind erreicht worden, es ist also unnütz, eine Struktur aufrechtzuerhalten, die zu einer Bürokratie außerhalb des Kampfes würde, der sie hervorgebracht hat. Natürlich stehen hinter dieser Selbstauflösung auch die Ängste der verschiedenen Studentengrüppchen, Konkurrenten beim Versuch zu haben, die Früchte des Kampfs einzuheimsen, aber das Beispiel wird einige Tage danach von den Eisenbahnern aufgegriffen.



Aber welches sind die Charakteristika, die Motive, die Stärken und die Schwächen dieser Bewegung? Ein Blick auf das Gesamte muß sich auf einige Schematisierungen beschränken.

1. In Frankreich gibt es aktuell ungefähr 1 200 000 Studenten und 1 700 000 Oberschüler (von denen 817 000 auf Gymnasien gehen und 888 000 auf Berufsfachschulen). Jetzt geht ein Drittel von ihnen auf die Straße. Der Massencharakter der Bewegung ist von Anfang an das Merkmal, das am stärksten einschlägt. Sie besteht aus drei Generationen: die Jungen von den Gymnasien, die immer die zahlreichsten und spontansten sind; die Studenten, deren Beteiligung auf der Straße unterschiedlich ist und von der Situation abhängt; nach dem Mord an Malik Oussekine gab es eine dritte Komponente, bestehend aus Freunden, Eltern, Lehrern und - ganz einfach - "Alten" von '68. Die Kommunikation zwischen diesen drei Komponenten ist nicht einfach, bei den Unterschieden an Erfahrung, Sprache und Vorstellungswelt. Sie beginnt besser zu funktionieren nach der Demonstration vom 4., als die Erfahrung der Repression einige Barrikaden einreißt und ein neues "Gemeinschaftsgefühl" sich breitmacht, das sich im Kampf entwickelt.

2. Im Unterschied zu '68 fehlt ganz ein Generationenbruch zu den Eltern und Lehrern. Sie werden nicht wegen ihrer Rolle und ihrer Werte angefochten. Man kann sogar sagen, daß die Bewegung die allgemeine Sympathie von Lehrern und Eltern genießt, und in einigen Fällen auch eine aktive Solidarität. Das erklärt, wie die Bewegung die ganze französische Gesellschaft und vor allem die Lohnabhängigen berührt, die zahlenmäßig die Mehrheit sind.

Es handelt sich offensichtlich um einen sozialen Sektor, der keine "direkte" Verhandlungsmacht besitzt, in dem Sinn, daß, wenn er in Streik tritt, er keinen Mechanismus der Produktion oder Distribution blockiert. Seine Kraft ist direkt proportional zu seiner Wirkung auf die öffentliche Meinung im allgemeinen und im besonderen auf die Arbeiter. Der entscheidende Grund für seinen Sieg ist in der Tat die Furcht, die Agitation könne sich auf andere wichtige Sektoren der Gesellschaft ausweiten, die in diesem Augenblick schwer kontrollierbar sind. Die zeitliche Nähe des Sozialabbaus zu dem neuen Klima, zu dessen Schaffung die Studenten beitragen, ist ein wertvolles Indiz, um zu verstehen, welche und wie viele Spannungen sich im Lauf der letzten Jahre in der französischen Gesellschaft akkumulieren: Eisenbahner, Hafenarbeiter, Arbeiter des städtischen Transports, Elektriker, Postarbeiter und Lehrer haben sich in diesen letzten beiden Monaten gerührt, möglicherweise wegen dem nicht ungünstigen Kräfteverhältnis, in dem sie sich befanden. Im Privatsektor und allgemein in der Industrie liegen die Dinge schwieriger, aber die Spannungen sind gleichermaßen wahrnehmbar. Und es ist nicht gesagt, daß das schon das Ende war.

Aber wenn man sich fragt, warum sich gerade die Studenten gerührt haben gefolgt von den Eisenbahnern, Transportarbeitern im Personenverkehr, Lehrern etc. und nicht andere, und warum gerade jetzt und nicht vorher oder nachher, liegt die Antwort womöglich in der Tatsache, daß in diesem Moment all diesen Sektoren, die in der Lage waren sich zu rühren (und wo die Schwäche der Gewerkschaft nicht die Mobilisierung verhindert), klar wird, daß der Regierungsangriff nicht nur das Einkommen betrifft, sondern ein Ensemble von Garantien, die bestimmte Lebensbedingungen charakterisieren. Für die Studenten mag es die relative Sicherheit sein, am Ende des Studiums einen Arbeitsplatz zu finden, die in Frage gestellt wird; für die Eisenbahner ist es die Einführung des Leistungslohns, die den einzelnen Arbeiter der Willkür der Vorgesetzten aussetzt, für die Lehrer ist es der Verlust der Autonomie im Lehramt, die die Grundlage ihres Status ist etc. Es handelt sich also um ein Moment und um Sektoren, die mehrheitlich einem Angriff ausgesetzt sind, der Reduktion der öffentlichen Ausgaben, Verschlechterung der Lebens und Arbeitsbedingungen, Verschärfung der Selektion und der Hierarchie, und die erhöhte Unsicherheit gegenüber der eigenen Zukunft. Und all dies im Austausch mit nichts: es wird nur durch Zwang und Macht durchgesetzt.

3. Die von den Medien verschleierte Bedeutung der Existenz und des Anwachsens einer Bewegung, die keine eigene Ideologie und Identität entwickelt, mit der sie sich präzise gegen die sie umgebende Gesellschaft abgrenzt. Die Medien spekulieren damit, daß die Bewegung kein Gedächtnis hat und größtenteils unerfahren ist... Die rechte und regierungstreue Presse hat die Bewegung insgesamt angegriffen, während die linke Presse, vor allem die der Sozialistischen Partei, der Bewegung mehr von der Seite kommt, ihr schmeichelt, Widersprüche zwischen der Mehrheit und den radikaleren Teilen aufzureißen versucht, vor allem nach den Straßenkämpfen vom 4. Dezember.

Die Vorstellungswelt und die Werte der Bewegung sind ausreichend beschrieben worden, an dieser Stelle will ich nochmal hervorheben, daß es sich um eine ganze Generation handelt, die auf europäischer Ebene wenige wirkliche Unterschiede hat, dieselbe Musik hört, dieselben Probleme hat, dieselben Sachen studiert, sich auf dieselbe Art langweilt, dieselbe Unsicherheit gegenüber der Zukunft hat und dieselbe Lust zusammenzusein, in Mailand, Berlin, London, Barcelona, Brüssel. Es geht dabei aber nicht nur um metropolitane Probleme: die Bewegung hat sich auf eine bis dahin unbekannte Art kapillar bis ins letzte Provinznest ausgedehnt, und das sagt viel über die Wurzeln der Probleme.

4. Die Begrenztheit der Ziele zeigt sowohl die Stärke als auch die Schranken der Bewegung, wie auch ihre "gewerkschaftliche" Form und das Fehlen einer allgemeinen Reflektion über die Gesellschaft. Der studentische Korporativismus, der einerseits der Bewegung ihren inneren Zusammenhalt gibt, schließt sie andererseits nach außen ab. Wie sonst soll man die Selektion durch Ordner am Eingang der besetzten Fakultäten interpretieren, die nach dem Studentenausweis fragen und Nicht-Studenten den Zutritt verwehrt haben? Wie sonst das Bündnis, das sich in einigen Situationen gebildet hat zwischen Universitätsbürokratie und der neuentstandenen Bürokratie der Ordnerdienste, "um die Ordnung aufrechtzuerhalten"?

Schließlich läßt sich leicht der Zusammenhang sehen zwischen dem Korporativismus und der Begrenztheit auf spezifisch studentische Themen einerseits und dem Fehlen politischer Slogans auf den ersten Demos andererseits. Wie stark ist dann der Kontrast mit den letzten Tagen, in denen Flugblätter, Lieder, Reden aller Art entstehen, Zeichen einer intellektuellen Neugierde und einer politischen Empfänglichkeit, die sehr weit führen können.

5. Die Organisationsformen. Es gab keine eigentliche "Versammlungs"-Ideologie; aber gerade die Beschränktheit der Ziele hat die Entwicklung von Strukturen direkter Demokratie begünstigt, wo die Delegation von Macht - und die Notwendigkeit, diese zu delegieren um verhandeln zu können - sehr begrenzt war. Die Organisation des Kampfs war kapillar: jedes Gymnasium oder jede Fakultät hatten ihr eigenes Streikkomitee, das den Vollversammlungen Rede und Antwort stand, die Delegierten waren jederzeit abberufbar. Eine Organisationsform, die in sich eine umstürzlerische Ladung gegenüber der parlamentarischen Demokratie trägt, deren Bedeutung niemand unterbewerten konnte; aber es ist eine Organisationsform, die in dieser Gesellschaft außerhalb des Kampfes keinen Sinn hat, und dies wurde von der Selbstauflösung der Koordination sofort nach dem Sieg wirkungsvoll unterstrichen. Etwas, das die Vorstellungskraft der Arbeiter stark berührt hat und wenn möglich der Glaubwürdigkeit

der unvergänglichen Gewerkschaften einen weiteren Schlag versetzt hat.

Aber sich über die direkte Demokratie zu freuen, soll nicht heißen, die Augen vor ihren Begrenztheiten zu verschließen; das waren insbesondere zwei:

a) die Kraft der Bewegung manifestiert sich auf der Straße, und da gibt es auch die größten Möglichkeiten, politisch zu lernen, während an den Orten von Studium und Leben (Gymnasium und Uni) die größten Schwächen auftreten. Die Besetzungen sind schwach, schlecht durchgeführt, oft nur symbolisch und gewöhnlich auf sich selbst eingegrenzt.

b) trotz des Scheiterns der verschiedenen Gruppen und Parteien kommt es zu einer schnellen Bürokratisierung. Die neue Bürokratie konstituiert sich um einige notwendige Funktionen herum, wie zum Beispiel das Aufstellen von Ordnerdiensten in den Fakultäten und auf den Demos. Oder zum Beispiel, wie sich die nationale Koordination von öffentlichen Tagungen zu immer geheimeren Treffen entwickelt hat.

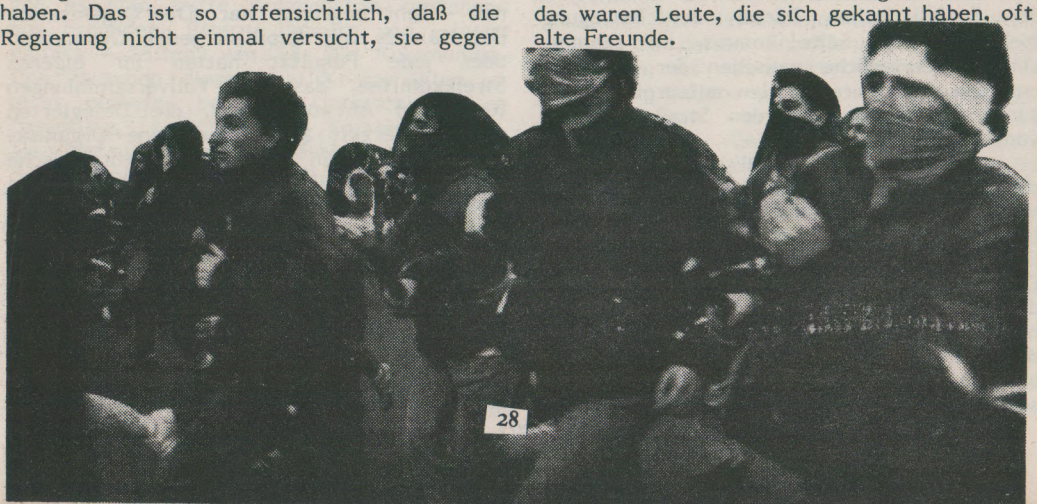
Die Manipulierungsversuche durch die Gruppen und Parteien hat es gegeben, sie haben aber nur wenig bewirkt. Beispiele sind die verschiedenen Abrechnungen zwischen trotzkistischen, kommunistischen und sozialistischen Gruppen, die aber wenig mit der Entwicklung und den Ereignissen zu tun haben.

6. Die Frage der Gewalt und all ihre Implikationen. An erster Stelle - und zum ersten Mal in Europa - ist zu sagen, daß die Attentatsserie vom September in Paris in keiner Weise die Entwicklung der Bewegung oder die Sympathie der Gesellschaft behindert hat. Die Attentate sind augenscheinlich das Produkt einer anderen Logik und von anderen Kräften, die nichts mit den gesellschaftlichen Bewegungen zu tun haben. Das ist so offensichtlich, daß die Regierung nicht einmal versucht, sie gegen die Bewegung zu benutzen. In gewisser Weise funktionieren sie als Impfstoff für die Studenten, die während ihres ganzen Kampfes die Gewalt als etwas fremdes wahrnehmen, eine Falle, in die man besser nicht fällt, oder ein Instrument der Regierung zur Unterdrückung und Kriminalisierung.

Aber die Verweigerung der Gewalt schließt die Radikalisierung nicht aus, im Gegenteil! Es sieht fast so aus, als sei das Feld von einem falschen Problem geräumt, und nun werden die Aktionen an ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Wirkung gemessen und nicht an der Dosis von Gewalt, die sie enthalten.

Und gerade gegenüber etwas Fremdem wie der Polizeigewalt radikalisiert die Bewegung nach dem 4. Dezember ihre Positionen und weitet ihre Kampfinteressen gegen Devaquet auf andere Probleme wie den Rassismus, die Aus-/Einbürgerung usw. aus.

Die Rolle der Ordnerdienste ist die ganze Zeit über eher eine Art "Indikator" der einzuschlagenden Richtungen, der einzulegenden Pausen. Und manchmal sind sie dazu da, die Wut der Demonstranten einzudämmen, mehr auf jeden Fall, als daß sie eine "Miliz" gewesen wären, die die Bewegung verteidigt. Sicherlich eine bizarre Rolle für jemand, der an den Demos der 70er Jahre teilgenommen hat, aber sie erklärt sich aus den spezifischen Charakteristiken dieser Bewegung. An diesem Punkt ist es interessant, die Funktion von Quartiersbanden, von autonomen oder libertären Gruppen zu erwähnen, die mangels stabiler Organisationsstrukturen der verschiedenen Fakultäten oder Gymnasien eine wichtige Rolle im Knochenbau dieser Ordnerdienste spielten. Ihre Anwesenheit erklärt unter anderem, daß es nicht zu Zusammenstößen zwischen entschlosseneren Demonstranten und dem Ordnerdienst gekommen ist: das waren Leute, die sich gekannt haben, oft alte Freunde.



7. Die tieferen Motive für den Ursprung der Bewegung, die über die auslösenden Gründe hinausgehen.

Es sind die Dinge, über die wir seit einigen Jahren am Diskutieren sind, und die wir bis zum Überdruß kennen, dennoch müssen wir kurz auf sie zurückzukommen: die tödliche Langweile des Alltags, in der die Studenten zu leben gezwungen sind, und die genauso tödliche dessen, was sie studieren müssen. Die Unsicherheit gegenüber der eigenen Zukunft, die ständig steigt, während die Selektion zunimmt. Der tägliche Zwang zur Gemeinschaft, das gemeinsame Teilen desselben Schicksals - das formt eine Art kollektiver "Identität": eine Identität, die die Existenz einer wirklichen Gemeinschaft verlangt, die den Übergang zu einer "konfliktualen" Gemeinschaft fördert, die sich verdichtet und konsolidiert, indem sie sich erkennt und auf ihre Weise als Katalysator und Bezugspunkt funktioniert für die anderen Gruppen von Jugendlichen, die nicht notwendigerweise Gymnasiasten sind oder Studenten. Eine Veränderung im täglichen Leben, das dazu anregt, sich weiter zu öffnen. In Italien insbesondere haben wir eine Dynamik dieser Art 1977 kennengelernt.

Und noch etwas: die Explosion des Wunsches nach Gleichheit, der Kampf gegen die Selektion, der Wille zur Vergesellschaftung, die Entdeckung einer anderen Art und Weise zusammen zu sein (als die "Normalität"), die Möglichkeit, eine wahre Identität im sozialen Konflikt zu finden. Gegenüber diesen Elementen werden die auslösenden Motive relativ unbedeutend: wichtig ist die Dauer und Tiefe des Kampfes, die Möglichkeit, sich selbst zu entdecken und sich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu verbinden.

Genau hier finden wir einen Erklärungsschlüssel, den man auf die ganze Welle von Jugend- und Studentenkämpfen anwenden kann, die zum Teil recht unterschiedliche politische und gesellschaftliche Systeme erschüttert haben und erschüttern. Es gibt in der Tat fast überall zwei gemeinsame Elemente:

- die Unfähigkeit der Regierungen, zu begreifen, zu kontrollieren und zu antizipieren;

- die Bedürfnisse und Forderungen, die die Studenten bewegen.

EINE INTERNATIONALE FRAGE

Um die internationale Dimension der Sache zu verstehen, müssen wir ein paar Jahre zurückgehen: 1983 veröffentlichte die OECD die Bilanz eines zwischenstaatlichen Treffens ihrer Mitgliedsländer, bei dem die Delegationen auf höchster Ebene zusammengesetzt waren, oft direkt die betreffenden Minister. In diesem Text werden die Tendenzen der 80er Jahre und die größten Probleme analysiert, außerdem werden einige mögliche Lösungen ausgemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den letzten Jahren verschiedene Regierungen auch von Ländern, die nicht Mitglied der OECD sind, dem Rechnung getragen und im großen und ganzen eine ähnliche Bildungspolitik verabschiedet haben. Folgende Tendenzen und Lösungsmöglichkeiten wurden gesehen:

1. Angesichts der Zunahme der Personen mit höherer Schulbildung wird es in den nächsten zehn Jahren zu einem Ansteigen der intellektuellen Arbeitslosigkeit und zu einer Dequalifizierung der Anstellung im Verhältnis zur Schulbildung kommen;

2. die bestehenden Beziehungen zwischen der Universität und den Unternehmen müssen verstärkt werden, das Studium muß stärker auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet werden; der staatliche Anteil an der Finanzierung des Studiums muß verringert, die private Unterstützung erhöht werden;

3. in Mitteleuropa ist eine Tendenz zur Restriktion des Zugangs zur Universität festzustellen; die Zulassungspolitik und die diesbezüglichen Unterschiede in den jeweiligen Ländern bzw. im Land selbst werden analysiert; die auf die Zulassung folgende Selektion nimmt tendenziell zu;

4. der Zusammenhang zwischen den Finanzierungsmodalitäten und der Zulassungspolitik und offensichtlich der Art und der Ebene von Selektion wird unterstrichen. Als Stimulus zum Engagement der Jugendlichen wird eine Beteiligung an den Kosten erwogen, also eine Erhöhung der Studiengebühren, was zum Teil konterkariert wird von Stipendien, die neuen Schichten von Kunden (Kader permanenter Ausbildung usw.) den Zugang zur höheren Bildung erlaubt.

Unnötig zu sagen, daß die soziale und ideologische Selektion dadurch verstärkt wird.

Wenn wir nun einen - auch nur flüchtigen - Blick auf die Bewegungen der letzten Monate werfen, finden wir fast immer im Zentrum den Kampf gegen die Selektion und die Erhöhung der Studiengebühren, sowie die Forderung nach freierem Zugang zum Studium, das als eine Möglichkeit zur Flucht vor der immer massenhafteren Arbeitslosigkeit vor allem der Jugendlichen gesehen wird (die Arbeitslosigkeit steigt tatsächlich sehr stark prozentual zur höheren Schulbildung). Der prinzipielle Punkt sind dabei die öffentlichen Ausgaben und die Frage, ob der Bildungsetat zugunsten anderer Ausgaben gesenkt wird.

Wenn wir eine schematische Unterteilung in große Gruppen vornehmen, können wir verschiedene ähnliche Merkmale ausmachen:

1. die Bewegungen in Westeuropa und allgemeiner in der OECD: Italien, Spanien, Belgien, Kanada, Griechenland.

a) in Italien hatte die Bewegung 1985 kein präzises Ziel (wie die Reform Devaquet in Frankreich), sondern sie hat sich sehr klar gegen die Dequalifizierung der Studienabschlüsse und gegen den Zustand des "Parkens", in dem sich die Studenten befinden, ausgesprochen. Die immer geringere Bindung des Studienabschlusses an die Möglichkeit, Arbeit zu finden, macht sehr direkt die soziale und Arbeitsmarkt-Selektion zum Thema und nicht nur die in der Schule oder der Universität. Verschiedene gescheite Köpfe haben dieses Unbehagen und seine Ursachen analysiert und sind dabei zu Formulierungen gelangt, bei denen sich Marx im Grabe umdreht. Aber abgesehen vom literarischen Esprit von Professor Asor Rosa und Genossen, ist eine gewisse Fähigkeit interessant, die Spannungen vorherzusehen und ihren Ausbruch zu antizipieren. Anders läßt sich auch die Bereitschaft der Gewerkschaft nicht erklären, von Beginn der Bewegung an Strukturen zur Verfügung zu stellen und Konsens zu organisieren. Ein Versuch der politischen Bevormundung, der sich nicht mehr in den traditionellen Formen abspielen kann angesichts des Mißtrauens der Studenten und Schüler gegenüber den Parteien und Gewerkschaften, hat den Minister der Opposition dazu gebracht, die eigene Jugendorganisation in eine Bande von farbigen bösen Buben zu verwandeln und die Überbleibsel der sozialen Bewegungen in die eigene Partei aufzunehmen - natürlich nach ihrem politischen Tod und nachdem er sich ihnen energisch widersetzt hatte, solange sie lebendig gewesen waren. Aber die Anstrengung hat sich gelohnt und in den letzten Monaten sind die Themen, die die Bewegung Ende 85 mobilisiert hatten, von den Solidaritätsveranstaltungen der jugendlichen Parteibürokratien mit den französischen Genossen und dem Geschiebe um den Religionsunterricht in der Schule verdunkelt worden.

b) In Spanien hat die Bewegung eine Massenhaftigkeit und Radikalität angenommen, die in anderen Ländern unbekannt geblieben sind. Von 1 500 000 in den öffentlichen Schulen eingeschriebenen Schülern und Studenten (wenn wir die der privaten Institute dazuzählen, insgesamt 2 Millionen) sind mehr als eine Million auf die Straße gegangen. Die auslösenden Gründe sind: die Erhöhung der Studiengebühren, das selektive Eingangsexamen, der Wegfall der September-Examen ("zweite Möglichkeit"), was unmittelbar den Grad der Selektion erhöht, der Numerus Clausus. Die Forderungen: Abschaffung des selektiven Eingangsexamens, Einfrieren der Studiengebühren und deren progressive Reduzierung bis zur Kostenfreiheit, Abschaffung des Numerus Clausus, Erhöhung des Bildungsetats und Senkung der Militärausgaben. In einer zweiten Phase kam die Forderung nach einem allgemeinen "Ausbildungslohn" hinzu (besser gesagt einem regelrechten Arbeitslosengeld) für alle Schüler und Studenten, deren Familie ein Einkommen unter 100/150 000 Pesos im Monat haben.

Die Bewegung ist vor allem aus Gymnasiasten zusammengesetzt und hat die weniger begünstigten Schichten der Gesellschaft erreicht. Dies erklärt die große Sympathie, die lange Zeit die Bewegung begleitet hat und die Unterstützung, die sie bei allen Gewerkschaften gefunden hat. Natürlich fehlen auch hier nicht die Versuche von Manipulation, vor allem von Seiten der Comisiones Obreras und der UGT, welche die Sindicato de Estudiantes de Ensenanza Media (das heißt, die gemäßigste Fraktion der Bewegung) gesponsort haben, und die Gruppen der extremen Linken haben die Coordinadora unterstützt, einen plenaren Organismus in den Gymnasien. Die organisatorischen Formen sind größtenteils denen der französischen Bewegung ähnlich, aber die stärkere Politisierung führt schnell zu weniger Einigkeit und zu einer Reihe von Polemiken zwischen den zwei größten Organismen. Die Radikalisierung fällt also auf weniger günstigen Boden.

Die Regierung versuchte, die Spaltung der Bewegung zu forcieren - zum Teil gelang ihr dies - und die Auseinandersetzung dadurch zu beenden, daß sie auf die Ermüdung der Schüler und Studenten und auf einen massiven Polizeieinsatz setzte. Zudem hoffte sie, daß sich die öffentliche Meinung im Lauf der Zeit weniger um die Sache kümmern würde. Trotzdem hat die Bewegung einige Erfolge: Ausdehnung der kostenlosen Schulbildung bis zum 17. Lebensjahr und auf die Universität für Familien mit einem Einkommen bis zu 141 000 Pesos (das betrifft zumindest nach Angaben des zuständigen Ministers ungefähr 80% der Studenten); eine Erhöhung der Stipendien um 25% in 1987 und um 40% im kommenden Jahr. Insgesamt eine Erhöhung der Bildungsausgaben um 40 Milliarden Pesos.

c) In Kanada entwickelt sich die Bewegung in den zehn Tagen nach dem 22. Oktober 86; sie erreicht 28 Universitäten im ganzen Land unter der Führung einer studentischen Vereinigung gewerkschaftlichen Typs. Auch hier sind die auslösenden Motive: der Angriff auf die Kostenfreiheit des Studiums, die Begrenzung des Zugangs zur Universität, die Erhöhung der Einschreibgebühren, die Reduzierung der Stipendien. Das Ganze endet mit einem Sieg der Bewegung: die Gebühren werden nicht erhöht, es werden keine Zugangsbeschränkungen eingeführt; bei den Stipendien begnügen sie sich mit einem Versprechen der Regierung.

d) In Griechenland hat es in den letzten Jahren kontinuierlich Bewegungen an den Unis gegeben und es verwundert nicht, daß es massenhafte Mobilisierung gegen ein Reformprojekt gibt, das in vielen Punkten dem von Devaquet ähnelt. Was aber interessant ist, sind die gesellschaftlichen Rückkopplungen und das Klima, in das sich die Bewegung einfügt. Im Verlauf einiger Monate sah sich die sozialistische Regierung einem Generalstreik und einer Mobilisierung von einer Breite gegenüber, wie man sie seit dem Sturz der Militärjunta icht gesehen hatte.

e) In Belgien breitete sich die französische Seuche ziemlich schnell und praktisch zu den gleichen Fragen aus: im Mai war die Reduzierung der staatlichen Ausgaben für die Universitäten beschlossen worden. Diese Reduzierung sollte auf die nächsten zehn Jahre verteilt und von einer Erhöhung und Differenzierung der Studiengebühren begleitet werden, einer Reduzierung der staatlichen Forschungsförderung und einer Kürzung der sozialen Leistungen für die Studenten (Unterkunft, Mensa usw.). Die Bewegung war gekennzeichnet von einer starken Unsicherheit gegenüber der Zukunft und sehr studentisch geprägt; sie organisierte sich in lokalen Universitätskomitees und in einer nationalen Koordination... auf den Demos in Löwen und Brüssel waren ungefähr 12 000 Menschen; fast 170 wurden nach Zusammenstößen mit der Polizei festgenommen.

2. Eine zweite Ländergruppe, in der es in den letzten Monaten eine Studentenbewegung gegeben hat, sind afrikanische Länder, insbesondere Marokko, Madagaskar, Sierra Leone, Senegal. Die Informationen über die Entwicklung, die soziale Zusammensetzung, die Organisationsformen dieser Bewegungen sind aber ziemlich rar, und die Studenten haben in diesen Ländern von ihrer Zahl her nicht das Gewicht und die gesellschaftliche Bedeutung wie die 1 200 000 Studenten in Frankreich (in Senegal gibt es zum Beispiel 115 000 Studenten). Dennoch geht von diesen Bewegungen ein interessantes Signal aus: auch in diesen Ländern ging es um die Erhöhung der Studiengebühren, die Verschärfung der Selektion, die Verschlechterung der Lebensbedingungen (die bereits jetzt nicht sonderlich sind). Wir müssen aber bedenken, daß es in diesen Ländern bereits ein gesellschaftliches Privileg ist, an der Uni zu sein, und daß diese sich herausbildende neue Technokratie insgesamt sich in einem Kampf für die Anerkennung als Elite über dem Rest der Bevölkerung befindet. Schließlich dürfen wir auch das Gewicht des Kampfes gegen die Korruption und für die Rationalisierung der gesellschaftlichen Systeme nicht vergessen, bei dem "Kapitalismus" und "Sozialismus" nur zwei Gesichter einer militärischen oder neokolonialen Bürokratie sind.

3. Zwei Länder, die sich von den anderen in der Dritten Welt, Westeuropa und Nordamerika unterscheiden:

a) In Mexiko waren etwa 500 000 Studenten auf den Straßen gegen die Erhöhung der Studiengebühren und die Verschärfung der Selektion; ihre Forderungen sind denen ihrer französischen und spanischen Kollegen sehr ähnlich. Aber genauso verschieden ist die allgemeine Situation: eine der höchsten Auslandsverschuldungen der Welt, eine Korruption, die alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betrifft, die politische Macht in den "demokratischen" Händen einer Einheitspartei, die mit ihrem mafiahaften Klientelsystem jede auch nur kleine Veränderung verhindert, Niedriglöhne, die kaum das Überleben ermöglichen, eine Universität mit 350 000 Studenten in einer der größten und chaotischsten Metropolen des Planeten, und schließlich das Gewicht der 300 Toten in den Studentenbewegungen 1968, die niemand vergessen hat und die noch immer der Regierung Angst machen.

b) In Algerien hatte die Polizei zwischen dem 9. und dem 11. November an der Universität von Constantine besonders hart eingegriffen. Daraufhin waren die Studenten und die ganze Stadt auf die Straße gegangen und haben alles, was irgendwie etwas mit der Regierung zu tun hat, angegriffen und geplündert (öffentliche Gebäude usw.). Die Repression war sehr hart, gleichzeitig aber nahm die Regierung die vorgesehene obligatorische Einführung politischer und religiöser Erziehung an den Schulen zurück. Es gelang der Regierung, die Bewegung zu zerschlagen , indem sie eine Übereinkunft mit den Studenten erreichte und die Eingeknasteten freiließ. Im Gegenzug hatte sie freie Hand mit den anderen Jugendlichen, die sich an den Unruhen beteiligt hatten.

Die Regierung wollte hinter der Revolte von Constantine die Hand islamischer Fundamentalisten, marxistischer Extremisten, der Opposition und - selbstverständlich - ausländischer Agitatoren sehen. Aber viel banaler: man braucht nur die Lebensbedingungen zu betrachten, das Fehlen von Perspektiven für die jungen Studenten und Arbeitslosen, die Zersetzung des gesellschaftlichen Lebens, in dem das einzige neue Element das Wachsen des religiösen Fundamentalismus darstellt. Das politische System bietet weder Alternativen noch Auswege an: die einzige Art, sich kollektiv auszudrücken, ist die Revolte. So war es auch in Tizi-Ouzu 1983 gewesen.

Schließlich gibt es eine Reihe von Ländern, in denen die Studentenbewegungen sich mit politischen Bewegungen zusammengeschlossen haben, die eher traditioneller Art waren, so daß es nicht richtig wäre, auch die zu dieser Kampfwelle zu zählen. Das ist zum Beispiel der Fall in Salvador, wo die Bewegungen auf spezifische Art an den Staatsstreich des Militärs gebunden war. Es ist genauso der Fall in Korea, wo die Studenten seit mehreren Jahren die Speerspitze einer Bewegung gegen die Diktatur, für die Vereinigung von Nord und Süd und gegen die amerikanische Einmischung sind; hier wäre es schwierig, zwischen ihren spezifischen Forderungen und den allgemeinen Demonstrationen unterscheiden zu wollen.

Und das ist auch der Fall in Peru, wo die Repression der Regierung auf die Studenten losgegangen ist im Rahmen des Antiguerilla-Kampfes des Sozialisten Garcia.

4. Schwieriger zu beurteilen ist die Revolte in Alma Ata. Die Informationen kommen hier nur von einer Seite, deshalb müssen wir zwischen den Zeilen lesen und mehr auf das achten, was sie nicht sagen oder wo sie sich widersprechen. Ganz weglassen können wir die Hetze und die Desinformation des KGB gegen die Studenten: sie seien eine Bande Besoffener gewesen, alles Mafiosi aus dem Umkreis des abgesetzten Sekretärs Kunaev, aufgewiegelt von den islamischen Fundamentalisten usw.

Natürlich gibt es solche Machtkämpfe und ebenso ein Wiedererwachen des islamischen Fundamentalismus, aber das scheinen nicht die Motive der Revolte gewesen zu sein. Die Tatsachen sind viel einfacher und verweisen auf viel tiefere Wurzeln: die übliche Verschwörungstheorie trägt zu ihrer Erklärung nicht bei.

Einige tausend Studenten gingen mit Plakaten und Transparenten auf die Straße. Sie protestierten eher gegen den neuen von oben eingesetzten Sekretär, als daß sie den alten unterstützten: es handelte sich um die x-te Amtsverletzung der Zentralregierung. Einige Lehrer begleiteten sie (und haben sich damit jahrelange Gefängnisstrafen eingehandelt). Die Zusammenstöße dauerten zwei Tage; da die Studenten nicht bewaffnet waren, läßt sich das vernünftigerweise nur damit erklären, daß die Polizei den Protest nicht vorausgesehen hatte. Denn normalerweise kommt man in der Sowjetunion nicht mal dazu, auf die Straße zu gehen. Es gab wahrscheinlich etwa 30 Tote. Und wahrscheinlich hat sich ein Gutteil der Stadt mit den Demonstranten solidarisiert.

Die Motive unter anderem: Nationalitätenprobleme in Kasachstan, wo die Kasaken in ihrem Mutterland in der Minderheit sind und die Russen knapp die Mehrheit bilden; materielle Probleme wie Nahrungsmittelversorgung, Knappheit an Konsumgütern, hohe Preise; vor allem aber die Probleme der Jugendlichen: soziale Aufsplitterung, Frustration, Mangel an Perspektiven - wie in jeder anderen sowjetischen oder westlichen Metropole.

Die Situation in der UdSSR ist natürlich wesentlich komplexer, als daß wir sie auf die Fragen der Revolte von Alma Ata reduzieren könnten; aber die Tatsache, daß diese ausgebrochen ist und daß sie einiges andere an den Tag gebracht hat, ist wichtig für das Verständnis, daß auch in diesem Staat nicht alles durch die Repression

gelöst oder auf die Rückständigkeit zurückgeführt werden kann. Und im übrigen läßt sich das auch am Spektakel ablesen, das der Kreis um Gorbatschow veranstaltet.

5. "La Cina è vicina" (China ist nahe) hatte Bellocchio provokativ vor zwanzig Jahren gesagt. Heute, nachdem die ideologischen Rauchwolken sich verzogen haben, merken wir, daß dieser Satz wahr zu werden beginnt. Die Bewegung dehnt sich in wenigen Tagen von Schanghai nach Peking, Kanton, Nanking und in die anderen großen Städte aus. Von den ersten Tagen an überrascht, wie sehr politische Überbestimmungen fehlen, wie spontan sich die Bewegung entwickelt und wie sehr die Herrschenden überrascht werden. In einem Staat, in dem die Studenten extrem konzentriert sind und wo in jeder Gruppe, Kameradschaft oder Abteilung einige Parteijugendliche sind, entschlüpfen nur wenige Dinge der Überwachung und wenn, dann müssen sie sehr tiefe Wurzeln haben. Und in diesem Fall haben sie das auch: die Lebensbedingungen der chinesischen Studenten sind mit die schlechtesten der ganzen Bevölkerung. In China haben alle ein eher niedriges Einkommen, aber die anderen können das durch eine Zweitarbeit aufbessern, das können die Studenten nicht aufgrund der verrückten Rhythmen des Studiums - also haben sie keinen Ausweg. Die Unterkünfte sind kollektiv und im allgemeinen ohne Heizung; das Essen reicht nicht aus und ist minderwertig; die Selektion nach Leistung, politischer Zuverlässigkeit und - nach dem neuen Kurs von Deng - auch sozialer Zugehörigkeit ist sehr stark. Viel-

leicht erinnert sich noch jemand an rassistische Angriffe vor einiger Zeit auf afrikanische Studenten in China, die höhere Stipendien und bessere Bedingungen haben.

Die Bewegung forderte mehr Demokratie und Meinungsfreiheit; wobei es bei der ersten darum geht, die Delegierten direkt zu wählen, die bisher von oben eingesetzt worden waren.

Ich möchte jetzt nicht zu lange auf die Ereignisse eingehen, darüber haben ja die Medien ausführlich berichtet, ich möchte nur hervorheben, daß die Funktionalisierung durch die verschiedenen Fraktionen der KPCh erst in einer zweiten Phase einsetzten; die Antwort war wie überall: Verleumdungen und Repression. Es gibt aber einige interessante Neuheiten auch in Bezug auf die 78/79er Bewegung: diesmal bilden sich keine Führer heraus, die von der Macht als Prügelknaben benutzt werden können; die schriftliche Produktion bleibt auf ein Minimum beschränkt, um keine Spuren zu hinterlassen. Die Studenten machen sich keine Illusionen, aber die Informationen zirkulieren - beinahe zu gut -,da sich in den Industriestädten viele junge Arbeiter den Demos anschließen. Und genau an diesem Punkt beschließt die Partei, kurzen Prozeß zu machen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich überall die Studenten zusammengefunden haben als Angehörige derselben sozialen Schicht mit ähnlichen Problemen, ähnlicher Kultur, ähnlichen Vorstellungen; sie haben ihre eigene Identität erfahren - insbesondere im Kampf und durch den Kampf - und das hat es in einigen Ländern ermöglicht, daß Jugendliche aus anderen gesellschaftlichen Schichten dazugestoßen sind. Der Einfluß der französischen Bewegung, den die Medien verbreitet haben, hat die Studenten in vielen anderen Ländern angeregt. In einigen Fällen war das ziemlich offensichtlich, wie Spanien, Belgien, China, Mexiko. Die Welle hat sowohl "demokratische" und "sozialistische" wie auch monarchistische und republikanische Staaten im Westen und im Osten erreicht: das beweist die Breite der auf der Tagesordnung stehenden Probleme und daß sie unter verschiedenen Flaggen und Regimes existieren. Die gesellschaftlichen und nationalen Unterschiede, die 1968 noch beträchtlich waren, sind heutzutage nicht viel mehr als Archaismen und regionale Besonderheiten auf einem Weltmarkt, der immer stärker integriert wird und einem Arbeitsmarkt, der ihm auf dem Fuß folgt; eine Welt, in der die kapitalistische Produktionsweise überall vorherrscht. Wir leben in einer Welt, die immer kleiner wird und immer mehr zusammenhängt: die Studenten sind hier, um uns daran zu erinnern.

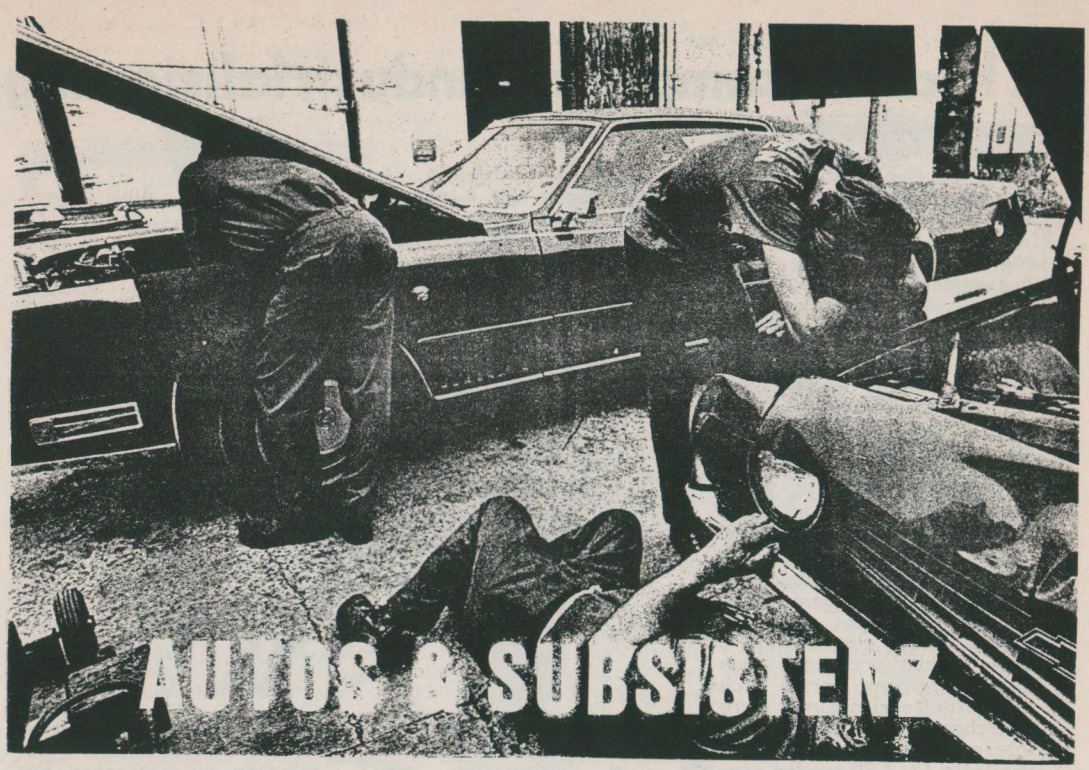
UNTER DER LAST DES KAFFEES.
Landarbeiter und Migration in Brasilien

VIDEO

Brasilien ist das klassische Land des Kaffées. Noch heute ist es der größte Kaffee-Exporteur der Welt, auch in den Tassen deutscher Verbraucher landet ein guter Teil des "Santos-Kaffees". Doch unter welchen Bedingungen Kaffee angebaut wird, wie die Kaffeewirtschaft organisiert ist, wie die Armut der Landarbeiter, die den Kaffee anpflanzen und ernten, mit der Kaffeewirtschaft zusammenhängt, das wird hierzuland ausgeblendet.
"Früher wohnten wir in Minas Gerais. Wir bauten Kaffee, Reis, Mais und Bohnen an. Wir wohnten auf der Fazenda des Großgrundbesitzers, 18 Jahre lang. Dann nahm er sich das Recht, uns innerhalb von 24 Stunden zu entlassen und von diesem Ort zu vertreiben." Eine Frau erzählt aus ihrem Leben - eine typische Geschichte. Die Kaffeewirtschaft in Brasilien ist hochmodern, sie hat die alte Mischung von Subsistenzwirtschaft und Marktproduktion verdrängt und damit die Landarbeiter zu reinen Lohnarbeitern gemacht, deren Lohn zum Überleben kaum reicht.

Der Film ist 1984 entstanden. In seinem Mittelpunkt stehen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kaffee-Arbeiter, und die nach der langen Repression durch die Militärs überall entstehenden Organisationsversuche, sei es im Wohnviertel, in den Gewerkschaften oder in den kirchlichen Basisgemeinden, die die Bewegung der Landlosen unterstützen. Er präsentiert aber auch eine Reise durch die ganze Welt des Kaffees in Brasilien: von Santos, dem alten Kaffeehafen, über die Betriebe, in denen der Kaffee verarbeitet wird, bis zu den Gegenden, die von den endlosen Reihen der Kaffeebäume geprägt sind.

Video, U-Matic und VHS, 45 min.
kriegen könnt Ihr ihn über:
Sisina Postfach 360 527 1000 Berlin 36



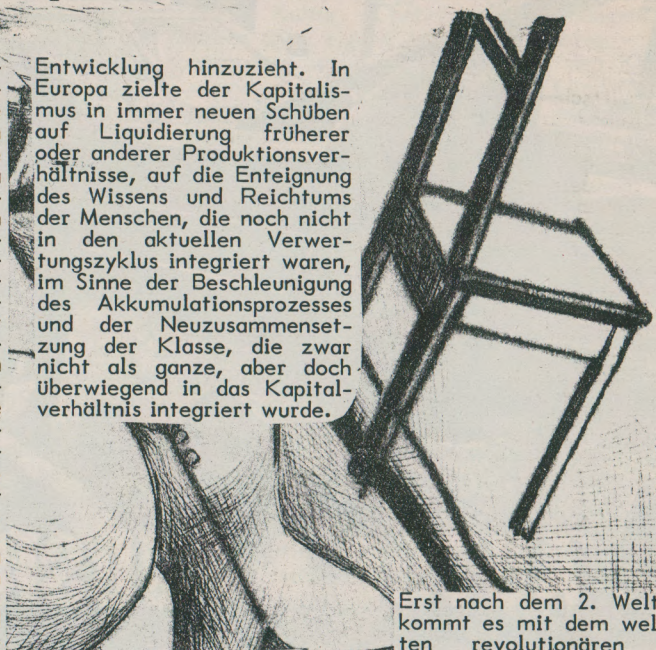
Materialien und Thesen zur Klassenzusammensetzung in Argentinien und Brasilien

Zwei neue Aspekte sind in den Internationalismusdiskussionen der letzten Jahre in den Vordergrund gerückt: Zum einen sind die Riots, die sich häufig an den IWF-Diktaten entzündet haben, zum Bezugspunkt geworden. Zum anderen bestand ein vor allem theoretisches Bedürfnis nach neuen Ansätzen, die die Klassenkämpfe in den drei Kontinenten außerhalb der Entwicklungslogiken des Kapitals interpretieren könnten. Vor allem der Widerstand gegen die Lohnarbeit, der sich aus den alten und meist bereits vernichteten Subsistenzverhältnissen nährte, hat durch die Ausarbeitungen der "Autonomie" eine Neubewertung erfahren.

Beide Aspekte bekommen ihre Brisanz aber nur dann, wenn man sie nicht als ausschließliche Erklärungsmomente für das nimmt, was in den drei Kontinenten abgeht. Gerade im Zusammengehen von subsistenzbegründeten Erfahrungen, von Landvertriebenen und Fabrikarbeitern, von Arbeitslosen und im sogenannten informellen Sektor Arbeitenden, von Landbesetzern und großstädtischen Riots liegt sowohl die soziale Basis für die spektakulären Ausbrüche von Randale wie für eine umfassendere revolutionäre Perspektive dieser Länder.

Der vorliegende Artikel über Automobilarbeiter in Südamerika will nicht die Fabrikarbeiterkämpfe in den drei Kontinenten überbewerten, sondern deutlich machen, daß selbst ein relativ geschlossener gesellschaftlicher Sektor wie die Fabrik nicht zu trennen ist von allen, buchstäblich allen anderen Orten, wo sich in den drei Kontinenten Klassenkampf entwickelt hat. Nicht nur lebensgeschichtlich, sondern auch im Zustandekommen langandauernder revolutionärer Zusammenhänge verbindet sich das Wissen, das der Praxis in der Subsistenz wie in der Fabrik, im großstädtischen Slum wie in den Landbesetzungen entstammt.

1. Klassenkampf und Industrialisierung



Zwischen 1870 und 1910 haben (nicht nur) die südamerikanischen Länder ihre höchsten Einwandererquoten aus Europa. Ohne die Auswanderung aus Europa hier als Ausweitung des Kapitalismus näher untersuchen zu können, kann als Ausgangspunkt konstatiert werden, daß damit in den ehemaligen Kolonialländern sowohl strategische Stützen für die zukünftige imperialistische Entwicklung geschaffen werden, aber auch eine technisch wie politisch neue Klassenzusammensetzung zustande kommt: Aus Landarbeitern aus Andalusien, Kleinbauern aus dem Mezzogiorno und aus Galicien, Facharbeitern aus deutschen, italienischen und englischen Industriezentren formt sich eine Arbeiterklasse mit stark anarchosyndikalistischem und internationalistischem Bewußtsein. 1917-20 fanden eine Reihe zeitweise erfolgreicher Aufstände (zur Schaffung von freien Arbeiterrepubliken) statt. In den 20er Jahren werden die Strukturen polizeilich und militärisch, ab 1930 ökonomisch (mit dem Mittel der Weltwirtschaftskrise) zerschlagen. Allein von den Einwanderern nach Argentinien der Zeit 1870-1910 kehren 60% dieser "metropolitan" gewordenen Klasse nach Europa zurück, im Unterschied zur Einwanderung etwa in die USA. Für viele Regionen Europas war diese Aus- und Rückwanderung bis in die 30er Jahre nicht nur das beabsichtigte Ventil zur Entschärfung oder Unterbindung von Klassenkampf, sondern revolutionäres Ferment.

Wenn man sich auf die südamerikanischen Metropolen in diesem Zeitraum beschränken könnte, fiele die Herausarbeitung der neuen Merkmale der Klasse nicht schwer. Kompliziert und widersprüchlich wird das Bild, wenn man die kontinentalen Ausmaße der kapitalistischen Entwicklung hinzuzieht. In Europa zielte der Kapitalismus in immer neuen Schüben auf Liquidierung früherer oder anderer Produktionsverhältnisse, auf die Enteignung des Wissens und Reichtums der Menschen, die noch nicht in den aktuellen Verwertungszyklus integriert waren, im Sinne der Beschleunigung des Akkumulationsprozesses und der Neuzusammensetzung der Klasse, die zwar nicht als ganze, aber doch überwiegend in das Kapitalverhältnis integriert wurde.

In Südamerika oder überhaupt in den drei Kontinenten war das Ziel des Kapitals bis weit in die 50er Jahre hinein eher - schlagwortartig gesagt - die Errichtung von Montagehallen für importierte Industrieteile, und ansonsten Unterwerfung, Ausgrenzung , Vernichtung oder ein äußerliches Funktionabelmachen von andersartigen Kulturen und ländlichen Klassen. Ein Interesse an einer Neuzusammensetzung dieser Kulturen und Klassen bestand nur partiell.

Die Spaltung der südamerikanischen Klasse - Metropolenproletariat/Gauchos/Indios - wurde nie durch ein keynesianisches Konzept einer "great society" ernsthaft angegangen, auch wenn es in den 30er und 40er Jahren zahlreiche derartige "populistische" Versprechungen gegeben hat, und Verbindungslinien der Kämpfe hat es bis Ende der 40er Jahre immer nur als synchrone Kampfkonjunkturen, aber kaum auf organisatorisch-handelndem Gebiet gegeben.

Erst nach dem 2. Weltkrieg kommt es mit dem weltweiten revolutionären Aufschwung zu konkreten Perspektiven des Zusammenschmelzens der Klasse über ihre traditionellen Einteilungen hinweg ; die entstehenden "jungen Nationalstaaten" sind ein Ausdruck des von unten zusammenwachsenden neuen Klassenbewußtseins, allerdings ein gebremster und bereits erstarrter Ausdruck. Kuba ist das große Beispiel für die revolutionäre Eroberung der Macht in Mittel- und Südamerika.

Genau in dem Moment wird die Automobilindustrie als "leading sector in development strategies" als strategische Vorwegnahme von Seiten des Kapitals in Brasilien, Mexiko und Argentinien eingesetzt. Vorwegnahme insofern, als die Arbeiterklasse durch diesen Sektor über frühere Spaltungen hinweg ausgedehnt und relativ egalitär homogenisiert wird. Unter "Development strategy" ist die Verwertung des kulturen- und klassenspezifischen Wissens um eigene produktive und reproduktive Zusammenhänge zu verstehen.

Im Rückblick war die Weltwirtschaftskrise die letzte Karte, mit der das Kapital die Ausdehnung seiner Verwertungszyklen angesichts der Resistenz der ländlichen Massen und der traditionellen Arbeiterzentren durchzusetzen versuchte. Was folgte, war der Aufbau der Schwerindustrie und einer ganzen Palette anderer Industriezweige auf dem Rücken oder im Angriff auf die ländlichen Massen in den Ländern der drei Kontinente. Cirka 15 Jahre hat es gedauert, bis die Resistenz auf dem Land in Aufstände und sozialrevolutionäre Bewegungen (im Nordwesten Brasiliens) umgeschlagen ist. Es ist dieselbe Zeit, in der die gespaltene Basis dieser Industrialisierung in ein revolutionäres organisiertes Zusammengehen der Migranten aus verschiedenen Landesteilen und Kulturen in den neuen Suburbs (Sao Paulo und Buenos Aires) mit den Kernen der traditionellen Arbeiterklasse (erste Regierungszeit Perons) mündet.

Seit Jahrhunderten lebten in der armen Bevölkerung des brasilianischen Sertao (der riesigen Steppe) millenaristische Mythen und Legenden freier Republiken. Die Gauchos Argentiniens haben sich als die Schicht, aus der die Sozialrebellen kommen, nur mühsam einen halbwegs anerkannten Platz in der Gesellschaft erobern können. Verarmung und Migration trieb diese Mythen in die Vorstädte, oder in die entstehenden aufständischen Bauernligen, und verband dieses Bewußtsein mit dem Arbeiterwiderstand. Nicht ohne Widersprüche: Das Verhalten und die Entscheidungen der argentinischen KP, die für die Koalition mit der Bourgeoisie plädierte und sich gegen die politischen Bewegungen aus den Vororten stemmte, ist weltweit ein Beispiel für die Angst vor sozialrevolutionären Bewegungen, für die massenfeindliche Parteinahme zugunsten des Kapitals.

Der Aufschwung, den die Arbeiterklasse organisatorisch und in der Eroberung wichtiger Stellungen in der Gesellschaft nimmt, wird schlicht an der Statistik deutlich: 1941 sind in Argentinien 500 000 Personen gewerkschaftlich organisiert, 1951 über 3 Millionen (d.h. die Mehrheit der Lohnabhängigen), der Lohnanteil am BIP steigt von 38,7% (1946) auf 46,9% (1952), die Arbeiterklasse benutzt das peronistische Entwicklungsmodell zur Aneignung von Lohn und gesellschaftlicher Macht.

1957 öffnet Brasilien, 1959 Argentinien die Tore für das transnationale Kapital. Zunächst dringen im Automobilsektor nicht die drei großen US-Multis, sondern die schwächeren und kleineren sowie die europäischen Automobilfirmen ein. Statt Montagehallen werden seit der Öffnung der Grenzen und der Beschränkung der Importe von Inustriegütern komplette Industrien im Automobilsektor hochgezogen, und die Zuliefererindustrie (Komponenten dürfen ebenfalls nicht mehr importiert werden) wird mit transnationalem Kapital aufgebaut oder an den bereits bestehenden Zyklus angeschlossen. Die Wachstumsraten sind enorm: In Argentinien hängt 1966 bereits einer von 19 Jobs mit der Automobilindustrie zusammen (in den 70er Jahren ist es einer von sieben). Bereits Anfang der 60er Jahre ist der Sektor in beiden Ländern der dynamischste und mächtigste.

Dennoch stürzt die "neue Arbeiterklasse" bereits wenige Jahre nach Beginn des Auto-Booms das Kapital in die Krise. Weiter unten sollen diese Fabrikkämpfe im einzelnen dargestellt werden.Das Verständnis dieser Fabrikkämpfe ist unerläßlich, um die heutige Realität dieser Länder zu begreifen. Sie markieren den Wendepunkt, das Scheitern der kapitalistischen Entwicklungsmodelle in der Peripherie, und stehen an der Basis der sogenannten Schuldenkrise, der militärischen Reaktionen und der aktuellen Verarmungs- und Hungerstrategien. Sie beziehen sich in Ursache und Wirkung nicht allein auf den Automobilsektor, sondern umfassen die proletarische Konstitution in diesen Ländern. Daher folgt im nächsten Abschnitt eine Schilderung von Landarbeiterkämpfen, die deren unmitelbare Nähe zu dem Proletariat der Großstädte belegt.

Es gilt festzuhalten, daß die Unterschiede in der Industrialisierung, in den Arbeitsverhältnissen und den Fabrikarbeiterkämpfen zwischen Zentrum und Peripherie erheblich sind. Ende der 20er Jahre hatte Argentinien aufgrund der starken Mittel- und Facharbeiterschicht mit Europa vergleichbare Lohn- und Lebensstandardverhältnisse. Arbeiter konnten einmal im Jahr mit dem Schiff nach Europa fahren, dazu langte der Industrielohn. Argentinien wird zu der Zeit in verschiedenen Wirtschaftsdaten häufig mit Australien verglichen. Heute brauchen die Unterschiede zwischen Australien (US-Standard) und Argentinien als peripherem Land gar nicht erst benannt zu werden. Ein Arbeiter der Automobilindustrie in einem peripheren Land hat sich nie ein Auto kaufen können, er ist tendenziell vom Hunger oder von lebenslanger Armut bedroht.

Während in den 60er Jahren die Automobilindustrie in den weitindustrialisierten Ländern stabile, große Kernbelegschaften als Zentren reformistischer Arbeiterbewegungen anstrebte, haben dieselben Transnationalen zur Kontrolle der Klasse in Mexiko, Brasilien und Argentinien (den drei "entwickeltsten" Ländern Mittel- und Südamerikas) eine Strategie des Hire and Fire, der zwangsweisen Rotation ge-fahren, wie sie nur aus den USA vor dem New Deal be-kannt ist.

Tatsächlich steht diesen Arbeitern das Kapital als eine sehr viel äußerlichere, feindliche Instanz gegenüber. Die Massenarbeiter in den IndustriegÜrteln von Sao Paulo und Buenos Aires produzieren Gebrauchsgüter für die Mittelschicht, die ihnen damit im wahrsten Sinne des Wortes das alltägliche Leben auch außerhalb der Fabriken zerstört. Und der Lohn langt häufig kaum für das öffentliche Transportmittel. Ihre antikapitalistische Kraft liegt bisher eindeutig **in** den Montagezentren beziehungsweise in den Klitschen der Zuliefererindustrie.

Es fällt auf, daß eine andere verwundbare Angriffsfläche des Automobilzyklus, die Spritproduktion, bisher in keiner Weise direkt in diese Kämpfe einbezogen wurde. Wenn die Zuckerrohrarbeiter, die den Alkohol, den Sprit brasilianischer Autos zu Hungerlöhnen und in Knochenarbeit produzieren, ihren Lohnkampf einbinden würden in einen umfassenden Angriff auf die Akkumulationsstrategie des Kapitals mittels der Autoindustrie, würden sie in Kürze den gesamten Autozyklus destabilisieren. Ebenfalls sind die Riots bisher nicht gegen die kapitalistischen Produktionszentren vorgegangen. Aber es scheint, daß sich das Kapital vorbereitet auf mögliche Angriffe an diesen ebenfalls verwundbaren Seitenflächen: das scheint ein Kernpunkt der derzeitigen Internationalisierungsstrategie zu sein.

Bevor die Fabrikkämpfe in der Autoindustrie in ihrer Zusammensetzung und ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang (in den Ländern Argentinien und Brasilien) deutlicher herausgearbeitet werden, soll zunächst an den Landbesetzungen und Landarbeiteraufständen in Brasilien der enge Zusammenhang der Klasse über die traditionelle Trennung Land - Stadt hinweg dokumentiert werden. Gerade in den am weitesten industrialisierten Landesteilen hat es die heftigsten Landarbeiterkämpfe gegeben, getragen von einem Proletariat, das inzwischen auch Fabrikerfahrung hat und in der Mehrheit in den Slums der Klein- und Großstädte lebt. Durch diesen Sprung von der Geschichte der Industrialisierung zur Beschreibung von Landarbeiterkämpfen wird die Umgebung, in der sich die Automobilarbeiter heute bewegen, deutlich.

2. Landbesetzungen & Migration

BRASILIEN

Wir treffen Palmira in einem Tal, das seit 1977 von Landarbeitern besetzt gehalten wird. Das Tal war Anfang der 70er Jahre eines der berühmt gewordenen Guerillagebiete, in denen mehrmals das Heer zurückgeschlagen worden war, bevor der Widerstand militärisch liquidiert wurde.

Die Fahrt geht von Sao Paulo aus nur wenige Stunden südwärts, meist durch Waldgebiet, bis wir den Ort erreichen. 200 oder 300 Kilometer - das ist keine Entfernung in Brasilien, und für die Guerilla hatten solche Gebiete vor allem in ihrer Entstehungszeit exemplarische Bedeutung. Hierhin konnte sie ausweichen, hier konnte sie im relativ überschaubaren Rahmen das Konzept der "befreiten Gebiete" angehen, ohne dadurch die Unterschiede der Guerilla-Ansätze völlig abzustreifen (Bewaffnung der Arbeiterkämpfe, oder der antiimperialistischen Stadtguerilla, oder der Einkreisungskonzepte der Städte durch das Land).Je mehr die Guerilla in den Städten Brasiliens zurückgeschlagen wurde, desto mehr wandelten sich die Zentren des Landarbeiterwiderstands von logistischer Unterstützung zu strategischen Zielen, bis auch sie fielen.

Die Bevölkerung des Tals setzt sich heute aus folgenden Teilen zusammen:

1. Ältere Landarbeiterfamilien, die in der Gegend seit jeher in verstreuten Siedlungen gewohnt haben, und über ein Netz von Information, von latenter Organisierung und jederzeit möglichen kleinen bewaffneten Formationen verfügen. Viele von ihnen haben zeitweise in Sao Paulo oder in anderen Gebieten als Saisonarbeiter malocht.

2. Migranten, die aufgrund politischer und sozialer Zusammenhänge mit den Besetzungsaktionen in das Tal gekommen sind.

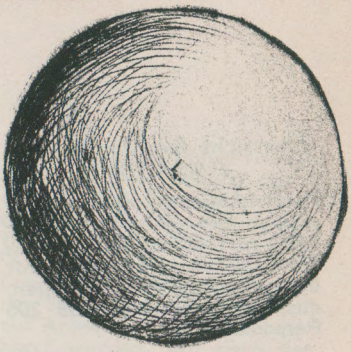
3. Die Kinder und Jugendlichen dieser beiden Gruppen, die neue kollektive Aktivitäten im Tal aufbauen.

4. Von Großgrundbesitzern rekrutierte Landarbeiter, die sich an den Grenzen der besetzten Ländereien festgesetzt haben, dort in armseligen Hütten wohnen und bewaffnete Aktionen gegen die ansässige Bevölkerung starten.

Palmira erzählt von den Stationen ihres Lebens: Sie ist ungefähr 40 Jahre alt. Vor 20 Jahren mußte ihre Familie das Häuschen in dem Bundesstaat Minas Gerais verlassen, in dem sie vorher ruhig hatten wohnen können. Sie hatten bis dahin im dortigen Kaffeeanbaugebiet als Saisonarbeiter gearbeitet und sich nebenbei selbst etwas anbauen können.

Die Vertreibung (im Rahmen der "Grünen Revolution", der Rationalisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft, als Angriff auch auf die organisierten Ar-beiter vor Ort, die an die Stadtränder, in die Slums mobilisiert werden) führt Palmira nach Sao Paulo, dort macht sie ein paar Jahre Fließbandarbeit, bis sie nicht mehr kann. Anschließend arbeiten sie und ihr Mann dicht vor Sao Paulo bei einem Bananenanbau und -vertrieb, einem industriell organisierten Unternehmen, in dem die Arbeiter ebenfalls aufs härteste ausgebeutet werden.

In den Jahren- es muß Anfang der 70er Jahre gewesen sein - entstehen in dem Unternehmen, wo Palmira arbeitet, neue politische Strukturen, Zusammenhänge, die sie, ihren Mann, später auch ihren Schwager und andere Familienangehörige und Bekannte von ihr in dieses Tal bringen. Sie verstehen aufgrund ihrer Lebensgeschichte noch etwas von der Landwirtschaft, siedeln sich in dem Tal an und beginnen erneut mit einer Art Subsistenzwirtschaft. Ihr Ziel ist aber, mehr zu produzieren,



für den Verkauf und um eine Ernährungsstruktur aufzubauen, die der armen Bevölkerung in den Slums zugute kommt. Dabei hatten sie mit zwei Hauptschwierigkeiten zu kämpfen: erstens versuchen sie, neue gemeinschaftliche Formen zu entwickeln, ein kollektives Zentrum zu bauen, eine gemeinsam verwaltete Infrastruktur zu schaffen - d.h. über das Verstreute der früheren ländlichen Lebensformen hinauszukommen, und zweitens müssen sie dabei den Angriffen von außen standhalten, den vom Großgrundbesitzer angeheuerten Mörderbanden, den staatlichen Eingriffen. Immer wieder stehen sie wieder vor den Zerstörungen dessen, was sie aufgebaut haben, werden selbst mit Waffen angegriffen, können nur in Gruppen zu zwanzig Leuten gemeinsam aufs Feld hinausgehen und schaffen es bisher nicht, über die karge Subsistenz hinauszukommen. Neue Kräfte aus Sao Paulo - dort gibt es viele, die sofort kommen würden - wählen sie nach politischen und persönlichen Kriterien aus.

"Wir halten hier aus, auch wenn wir massakriert werden: Viele haben schon resigniert. Aber wir werden weitermachen. Das ist es schon, das ist meine Geschichte", endet Palmira.

Übersicht über Landbesetzungen 1986:

Nach Angaben der organisierten Bewegung der Landlosen gibt es zur Zeit 42 Gebiete, wo besetzt wird, mit insgesamt 11 655 Familien, das sind mehr als 58 200 Personen.

Region Süden: 6 878 Familien

Region Südosten: 2 645 Familien

Region Zentrum West: 1 508 Familien

Region Nordosten: 87 Familien.

Viele Landbesetzungen sind natürlich statistisch nicht erfaßt. Die Konzentration im industrialisierten Süden Brasiliens fällt auf, das heißt in den Gebieten, in denen die Landbevölkerung vor allem durch den Sojaanbau arbeitslos und dem Hunger ausgeliefert wurde. Im Nordosten sind zum einen die Gewaltverhältnisse noch sehr viel grausamer, und außerdem fällt der gesamte Bereich im Amazonasgebiet hier raus, wo es sich um Landnahme und Urbarmachung handelt.

Guariba/Ribeirao Preto

Sommer 84: Als die Landbesitzer nicht auf die Forderungen der Landarbeiter eingehen, bricht in der Stadt für ein paar Stunden der Aufstand los: "Die Nacht in Guariba, 300 km von Sao Paulo entfernt, war hell vom Widerschein des Feuers. Für die Städter, die das Feuer von den Fenstern der höher gelegenen Häuser genossen, war es nur ein Brand einer Zuckerplantage, wie er in dieser Jahreszeit schon mal vorkommt. Aber für die Angestellten der landwirtschaftlichen Betriebe, die ihn löschen sollten, und für die Grundbesitzer, die sich im nächstgelegenen Betrieb versammelt hatten, hießen diese Flammen etwas anderes. Sie waren es gewohnt, die Botschaften in der Sprache der 'Boias Frias' zu entschlüsseln. Wer immer das Feuer gelegt hatte, es war die Arbeit eines Experten, der Wind und den Schnitt der Straßen so kalkuliert hatte, daß es auf drei 'talhoes' beschränkt blieb, ungefähr fünf Hektar. Übersetzt hieß dies, daß man ebenso leicht einen neuen Brand an alle Plantagen von Ribeirao Preto legen konnte, ohne die geringste Möglichkeit, es zu löschen: Zucker brennt schnell ab, mit einer gigantischen Flamme. Die Botschaft war so klar, daß schon wenige Stunden danach Lohnerhöhungen zwischen den 'Boias Frias' und den Latifundisten vereinbart wurden. MIt dem Erlöschen des Feuers war auch der Zorn der 150 000 Boias Frias von Ribeirao Preto abgeklungen...

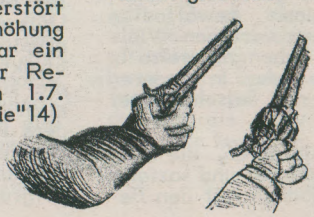
An der Spitze der Rebellen standen keine Gewerkschaftsführer, auch keine Politiker, nicht einmal ein linker Priester. Die Boias Frias hatten die Aktion von sich aus und spontan begonnen. Im Morgengrauen hatten sie alle Straßen um Guariba und Babedouro blockiert und waren dann, bewaffnet mit ihren angespitzten 'facios', auf die Straße marschiert. Als das Militär mittags eingriff, war es zu spät. Geschäfte und ein großes Magazin waren geplündert worden, die Geschäftsräume der Wasserversorgung waren zerstört und abgebrannt (die Erhöhung der Wassergebühren war ein zusätzlicher Grund der Revolte)"(L'Espresso vom 1.7. 84, zit. nach "Autonomie"14)

Wie weit geht der Kampf der Landarbeiter? Was fordern sie in ihren konkreten Kämpfen, wie übersetzen sie ihre Feindseligkeit als Klasse dem Kapital gegenüber in Schritte oder Etappen? Mit welchen Zugeständnissen geben sie sich vorerst zufrieden, warum müssen sie sich zurückziehen, und wo sieht das Kapital Ansatzpunkte zur Zersetzung und Neuzusammensetzung der Klasse?

Die "Autonomie" analysiert diesen Aufstand von Ribeirao Preto als exemplarischen Beleg dafür, daß das Kapital angesichts der "Subjektivität und Gesellschaftlichkeit der Armut" zu keiner Enteignung dieser Gesellschaftlichkeit, und nicht mehr zu ihrer erneuten Vergegenständlichung in neuen Arbeitsverhältnissen in der Lage ist.

Zur Geschichte der Zuckerrohr-Arbeiterkämpfe

Die Kämpfe der Zuckerrohrarbeiter Süd- und Mittelamerikas gehören mit Sicherheit zu den blutigsten und härtesten Kämpfen seit Jahrhunderten auf dem ganzen Kontinent. Aus ihnen sind unzählige revolutionäre Formationen hervorgegangen. Ähnlich wie die Minenarbeiter Boliviens und Chiles ist ihre Arbeit eingegliedert in internationale Verwertungs- und Akkumulationszyklen, ist von daher stets konstituierender Bestandteil bei der Herausbildung des Weltproletariats gewesen.



Seit Jahrhunderten sind diese Teile des Proletariats der absoluten Mehrwertauspressung ausgesetzt, der brutalen Vernutzung ihrer Arbeitskraft, immer wieder mündend in Vernichtung durch Arbeit. Wenn wir also die aktuellen Zuckerrohrarbeiterkämpfe verstehen wollen, müssen wir folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

- die langen Traditionen der proletarischen Organisierungsformen und Kämpfe

- die Erfahrungen, die Zuckerrohrarbeiter zeitweilig auch in städtischer Kleinindustrie machen

- die Zusammenhänge dieser Kämpfe mit der derzeitigen und zukünftigen Neuzusammensetzungen der Klasse auf dem Land.

Die unmittelbaren Forderungen der Zuckerrohrarbeiter (wie auch anderer, vor allem im exportorientierten Agrobusiness Beschäftigter) gehen in die Richtung, daß zumindest die Tarifabkommen eingehalten werden, und daß die Mindestlöhne angehoben werden. (Zur ersten Forderung gehört die Anwendung korrekter und einheitlicher Meßinstrumente für die nach Stücklohn bezahlte eingebrachte Ernte, die Bezahlung nach dem erkämpften Tariflohn ohne Betrug und willkürliche Neufestsetzung durch Großgrundbesitzer; zur zweiten Forderung ist anzumerken, daß die gesetzlich garantierten Mindestlöhne auf dem Land bei weitem unterschritten, in vielen Abteilungen der Großindustrie bei weitem überschritten werden.)

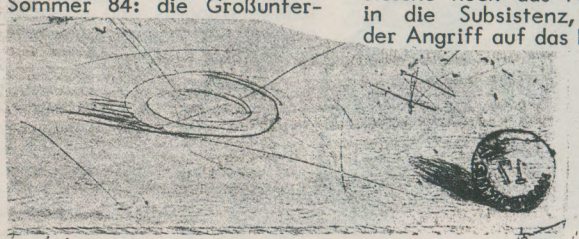
Landbesetzungen von Zuckerrohrfeldern mit dem Ziel des Anbaus von Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf hat es bisher nicht in größerem Ausmaß gegeben. Um die Perspektiven, die in den laufenden Kämpfen angelegt sind, besser herauszuarbeiten, sollten wir uns vor Augen halten, daß es sich nicht nicht um einen homogenen Block handelt, der allen Kapitalstrategien entschieden entgegentritt, sondern daß die Landarbeiter unterschiedliche Verhaltensweisen, Vorstellungen und Praxisbezüge haben. Am Verhältnis zur Arbeit lassen sich drei Generationen von Landarbeitern ausmachen: **1. Die Alten.** Zyklische Jahreseinteilung, sie kennen genau die Pflanzen und den Boden, es gilt bei ihnen "Liebe" zur natürlichen Umgebung. Ihre Kampftraditionen sind Landarbeiterligen, Demonstrationen durch die Felder, Dörfer, in die Städte, unter hohen Opfern, weil die Polizei dabei meist ein Gemetzel unter den Demonstranten veranstaltet. **2. Die Mittleren.** Sie kennen Land- wie Industriearbeit; diese Generation hat die Aufstände Ende der 60er, Anfang der 70er getragen.

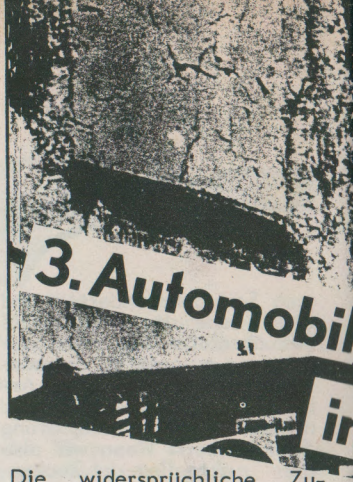
Sie haben das Boia-Fria-System, die Vertreibung durch die "Grüne Revolution" an die Stadtränder, nie akzeptiert (Boias-frias heißt "Kaltesser", so werden die Landarbeiter genannt, die an den Stadträndern wohnen und zur Arbeit auf die Felder gekarrt werden, um dort den ganzen Tag ohne warme Mahlzeit zu verbringen). **3. Die Jungen.** Für sie ist die Arbeit auf dem Feld genauso entfremdet wie die Arbeit in der Fabrik. Sie haben keinen Bezug mehr zum selbständigen Pflanzen, zum Wissen das dazu nötig ist. Sie sind zahlenmäßig die größte Gruppe, sie richten ihre Forderungen am ehesten nach klasseneinheitlichen Gesichtspunkten aus und bilden den heute stärksten antagonistischen Zug. (Zur Spaltung durch unterschiedlich gestaffelte Löhne siehe weiter unten.) Sie akzeptieren durch die parallele Slum- und Großstadterfahrung am wenigsten die alten patriarchalischen Verhältnisse auf dem Land, und den hierarchischen Parteitypus. Diese Generation ist Träger der "authentischen" Gewerkschaftsbewegungen, der Arbeiterpartei PT, sie ist Protagonist der Kampfzyklen Ende der 70er, Anfang der 80er (die allerdings nicht denkbar sind ohne das Mittun der Mittleren und Älteren, zum Teil kam es aber auch zu schärfsten Auseinandersetzungen mit den alten Organisationsformen).
Direktes, basisbezogenes Politikverständnis und entsprechende Aktionsformen überwiegen bei ihnen.

Die Dynamik, die das Kapital gegen die Landarbeiterkämpfe entfaltet, richtet sich zum Teil frontal gegen die sich Organisierenden und Aufständischen, zum Teil versucht sie aber auch, Landarbeiter einzubinden in neue Arbeitsrhythmen und Anstellungsverhältnisse. Am häufigsten ist aber sicher die flexible Reaktion der Großgrundbesitzer: Nachgeben, um nachher genauso weiter zu machen wie vorher. Am Beispiel Guariba: Nach der polizeilich-militärischen Einnahme der Stadt, nach Annahme der wesentlichen Forderungen der Landarbeiter (Einhaltung des Mindestlohns, Anwendung genormter Meßinstrumente und Abschaffung der Willkür bei der Bezahlung) ändert sich in den darauffolgenden Wochen und Monaten nichts wesentliches, d.h. es fehlt an der Durchsetzungskraft der ausgehandelten Zugeständnisse auf dem Land. Es kommt in der Folge zu weiteren kleinen Aufständen, insgesamt verbleibt dieser Kampfzyklus in dem allgemeinen Rahmen des punktuellen, zeitlich begrenzten Erfolgs und des flächenmäßigen und saisonalen Mißerfolgs.

Um weitere Aufstände und Organisationsansätze zu umgehen, verlagern die Investoren ihre Kulturen in andere, neue Gebiete, oder karren andere Arbeitskräfte aus weiter entfernten Gebieten auf die Felder. Und eine neue Spielart entsteht, genau am Brennpunkt Guariba im Sommer 84: die Großunternehmen bieten einem Teil der Arbeitskräfte an, sie zu mehreren Saisons im Jahr, d.h. zu verschiedenen Ernten (Getreide, Soja, Kaffee usw.) einzusetzen und ihnen durch Festbeschäftigung mehr Lohn zu garantieren. Besser genährte, rotierende Festeingestellte, vor allem Jugendliche, abgespalten von dem Heer unterernährter Boias-Frias. So soll die Gesellschaftlichkeit zersetzt und in neue Verwertungszusammenhänge integriert werden, wie sie nur die größten Agrobusinesskonzerne aufbauen können.

Auch gegen die Landarbeiter, die sich in der Bewegung der Landlosen organisiert haben, laufen vergleichbare Spaltungsversuche: Seit 86, also seit dem Jahr, wo die immer wieder versprochene, aber nie durchgeführte Agrarreform beginnen sollte, entstehen kapitalgelenkte Experimente einer reduzierten Agrarreform, wo die neue Abhängigkeit der dann entstehenden Produzenten (viele kleine Kapitalisten) durch Kredit-, Saat- und Verkaufsvorgaben auf Spaltung der Klasse hinausläuft. Die Klassenbewegung, die sich auf die Aufteilung des Landes hinorganisiert, zielt gegen die modernisierte Landwirtschaft des Agrobusiness - und nicht auf die subsistenzartige Urbarmachung oder auf die von der Modernisierung bisher nicht erfaßten Ländereien. Ihr Ziel ist weder das "Aufholen" scheinbar zurückgebliebener Landstriche noch das Abtauchen in die Subsistenz, sondern der Angriff auf das Kapital.





Die widersprüchliche Zusammensetzung der Automobilarbeiter nach ihrer Herkunft und ihrer Schulbildung hat viel mit ihren Stärken und Schwächen zu tun. Wir können das am Beispiel eines großen Autokomponentenbetriebs in Sao Paulo verdeutlichen, der Montage-, Stanz- und Lackierungsarbeiten verrichtet. Aus nebenstehender Statistik läßt sich ersehen, inwieweit die Arbeiter aus dem Landesinnern kommen oder kulturell noch mit Europa verflochten sind. Sie zeigt, daß gerade die weniger Qualifizierten Kinder von Migranten aus dem Landesinnern sind - sie werden das Subjekt der kommenden Kämpfe sein.

Eine Untersuchung über die Schulbildung der argentinischen Autoindustrie-Arbeiter zeigt, daß sie sich in wesentlichen Punkten von den Belegschaften anderer Betriebe unterscheiden: 90% hatten den Grundschul-abschluß (allgemein in der argentinischen Industriearbeiterklasse: 40%), und 42% hatten die Sekundarstufe einer technischen Fachschule (allg.: 8%) angefangen, wenn auch nur 8% sie bis zum Abschluß absolviert haben.

Mit anderen Worten handelt es sich um Arbeiter, deren Eltern in dem revolutionären Umbruch ab 1945 die Schulbildung für ihre Kinder durchgesetzt hatten; insbesondere in den technischen Fachschulen gelang es den Gewerkschaften und Peronisten, sich den maßgeblichen Einfluß auf Curri-

arbeiterkämpfe den 60ern u. 70ern

	ungelernt	halbqual.	Facharb.	
mit Ausländer verheiratet	-	5 %	21 %	
Vater Ausländer	-	9 %	28 %	
Mutter Ausländerin	-	7 %	24 %	Über 75 % dieser Arbeiter leben schon
Herkunft	ungelernt	halbqual.	Facharb.	seit über 20 Jahren
Sao Paulo	38 %	44 %	29 %	in Sao Paulo, dennoch
Interior	9 %	12 %	36 %	ist der Großteil von
Subtotal	37 %	56 %	65 %	ihnen noch auf dem
Nordosten	55 %	32 %	13 %	Land geboren.

Lohneinheit	Ford, VW	Lohneinheit	Zulieferbetrieb
		1 - 2	15 %
1 - 4,5	69 %	2 - 4	64 %
4,5 - 11	26 %	4 - 7	21 %

(Ich habe die Löhne auf überschaubare Lohneinheiten zurückgeführt, d.h. 1 = z.B. 100,-- DM, 25 sind dann 2500,- DM.)

cula, soziale Zusammensetzung der Schüler usw. zu sichern (wie sie es langfristig nutzten, schließlich sogar im Sinne eines vom Kapital zurückgewonnen Verwertungsanspruchs, ist eine andere Frage).

Lohnpyramide: Arbeiter in der Automobilbranche verdienen wesentlich mehr als in anderen Berufszweigen. Das gilt vor allem für Ungelernte oder gering Qualifizierte, die das Maximum an Lohn nur in der Autoindustrie rausholen können. Löhne in Sao Paulo in den 70ern:

Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters liegt über dem der unteren Angestelltenkategorien. Der Facharbeiterlohn liegt sogar über dem von technischen Angestellten, REFA-Experten usw. 1974 lag der Durchschnittslohn in der Autoindustrie in Sao Paulo um 40% über dem übrigen Durchschnittsindustrielohn, und sogar doppelt so hoch wie im Textilbereich. In den Großbetrieben ist der Lohn extrem gestaffelt und differenziert. Jedes Jahr Betriebszugehörigkeit bedeutet wesentlich mehr Lohn.

Rotation: Seit den Kämpfen 1962/63 (in denen noch die traditionelle Arbeiterklasse die Führung innehatte: Eisenbahner, Hafenarbeiter, alte Großbetriebe) beginnt in Argentinien wie in Brasilien die erhöhte Rotation. In den folgenden Jahren kommt es zu erhöhter Konfliktualität in praktisch allen Bereichen und Terrains des Arbeiterkampfs. Die Reaktion des Kapitals, die Installation von Militärre gimes, hat in Brasilien relativen "Erfolg", in Argentinien weniger, die Machthaber lösen sich öfter nach ihrem Scheitern ab. Auf politischer Ebene werden die Arbeiterstrukturen immer wieder zerschlagen, auf Betriebsebene soll das Mittel der Rotation die Kontrolle wahren:

Die Beschäftigungslage wird an die Produktivität angebunden, damit werden erhebliche Schwankungen erzeugt, womit ein kontinuierliches Auswechseln der Belegschaften möglich wird: vor allem wer länger als 3 oder 4 Jahre im Betrieb gearbeitet hat, wird aufgrund seiner Kampf- und Organisationserfahrungen als latent gefährlich angesehen und steht auf der Abschußliste. Das Prinzip gehört auch zu den Mechanismen der Lohnpyramide, denn durch die Entlassung der "Alten" und ihrer Ersetzung durch "Neue" wird der Lohn niedrig gehalten.

Beispiele:

In einem Autogroßbetrieb in Sao Paulo wächst die Beschäftigung 1974 in einem Monat um 60%; als der Verkauf steil abfällt, werden 40% Ungelernte und 25% halbqualifizierte Arbeiter entlassen.

Ford Sao Paulo 1977: von 500 entlassenen Arbeitern haben nach Umfrage 50% mehr als 4 Jahre in derselben Fabrik gearbeitet. Nur 50% von ihnen finden neue Arbeit.

3. Automobilarbeiterkämpfe in den 60er und 70er Jahren

Argentinien

Aus einer Untersuchung in Argentinien, Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre: 3 von 4 Entlassenen aus der Automobilindustrie waren unter 30 Jahre alt, Ungelernte durchschnittlich 26, halbqualifizierte Arbeiter durchschnittlich 27 Jahre alt. 55% waren über 3 Jahre im Betrieb, 6% weniger als 1 Jahr.

Getroffen werden vor allem die Halbqualifizierten mit Schulbildung (siehe oben). Die Arbeitslosigkeit ist zwar statistisch nicht sehr hoch, aber die meisten finden nicht wieder einen so relativ hoch bezahlten Job.

Entlassungen vergrößern die Zersplitterung unter den Arbeitern. Sie gehen in den Dienstleistungsbereich, in andere Industriebetriebe, machen sich "selbständig", eröffnen kleinste Klitschen oder beginnen zu "handeln", werden arbeitslos und besorgen ihr Einkommen illegal.

Mit einer Ausnahme: Die Militanten in Buenos Aires und Cordoba (Argentinien) schaffen es in den 60ern und 70ern immer wieder, mit den anschließenden Einstellungswellen in die Autobetriebe zu kommen. Bis sie 1973-76 die Kämpfe der Arbeiterklasse sogar erfolgreich auf das Ziel der Durchbrechung dieser Zwangsmobilisierung und auf den Aufbau revolutionärer Arbeitermacht orientieren können. Das ist eine Kernerfahrung, die die gleichzeitig laufenden Kämpfe in den Jahren 1973-76 zusammenführt und in eine konkrete revolutionäre Perspektive bringt.

Zum Verlauf dieser Kämpfe

Der Cordobazo (Argentinien). Cordoba ist das zweitgrößte Industriezentrum Argentiniens mit etwa 1 Million Einwohner. FIAT und IKA-Renault sind die Kernbetriebe, um die sich die Industrie der ganzen Stadt gruppiert. Auslöser des Cordoba-Aufstands vom Mai 69 war die Ankündigung, daß die Regierung den "englischen Samstag" (der ganze Samstag wird bezahlt, aber nur zur Hälfte gearbeitet) abschaffen wollte. Nach einer Reihe von Kapitaloffensiven war es den Betrieben nicht gelungen, die Konfliktualität und den Absentismus herunterzuschrauben, daher dieser Angriff von Staatsseite aus.

Ende Mai 69 ging der Aufstand in den Betrieben los und die ganze Stadt schloß sich an. Die langjährige Zusammenarbeit von Arbeitern und Studenten, von Automobil- und Zuliefererarbeitern zahlte sich in den wenigen Stunden aus: Als Polizei und Militär anrückte, organisierten die Arbeiter die bewaffnete Verteidigung der Stadt. Noch heute wird in ganz Südamerika in Arbeiterdiskussionen immer wieder auf die Erfahrungen des Cordobazo zurückgegriffen. Trotz der vielen Toten und der blutigen Repression berufen sich inzwischen sogar die etablierten reformistischen Parteien und die Gewerkschaften auf diesen Aufstand.

Der Cordobazo signalisierte den Beginn einer heißen Phase, die durch lange Betriebskämpfe vorbereitet worden war. In den folgenden Jahren kommt es unter der Militärdiktatur zu zahlreichen Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und einer argentinischen Strömung des Operaismus (um die Zeitschrift "Clasismo"). Die späteren Auseinandersetzungen im Anschluß an Betriebsbesetzungen (1971-72), der 2. Cor dobazo ("Viborazo") gegen FIAT im März 1971 übertreffen alle bisher gekannte Militanz, die Automobilarbeiter sind unangefochten vorne im Klassenkampf. Bei FIAT werden die Entlassungen gestoppt, die Kontrolle liegt seit 71 praktisch bei den Arbeitern, in den Fabriken soll "das repressive Klima abgeschafft" werden.

In den Jahren 71-75 verschmelzen die aktivsten Arbeiterkerne mit den revolutionären Bewegungen, die den bewaffneten Kampf aufgenommen haben. Zahlreiche Betriebsinterventionen erfolgen bewaffnet, die Gewerkschaftsführer werden von der Basis gezwungen, Manager zu verhaften und als Geiseln zu nehmen.

1973 beginnt das letzte, schmutzige Geschäft des Peronismus, ein letztes Mal an die Regierung zurückgekehrt: Sozialpakte werden abgeschlossen, und mit blutiger Gewalt versucht die Regierung, eine zentralisierte Kontrolle über die Gewerkschaften wiederzugewinnen. Die Basis hat sich längst von den Gewerkschaften gelöst, hat entweder eigenständige Organe geschaffen, oder benutzt ab und zu regionale, umgekippte Gewerkschaftsstrukturen.

Die Regierung stoppt unter diesem Druck 1973 tatsächlich Entlassungen bei GM, die Arbeiter müssen wieder eingestellt werden. Aber an einer anderen Front geht sie bereits zum Gegenangriff über: die Inflation wird zur Hyperinflation, Austeritätsprogramme werden verkündet. Juli 1975: Automobilarbeiter verlassen spontan aus Protest gegen

die inflationsbedingten Lohnkürzungen und gegen das Austeritätsprogramm die Fabriken. Sie bleiben einfach massenhaft weg. Das Beispiel macht Schule, ganz Argentinien ist in einem spontanen, von keiner Gewerkschaftszentrale organisierten Generalstreik, eine Woche lang. Die Regierung nimmt das Austeritätsprogramm zurück.

Offener Krieg (Argentinien)

Da die Arbeiter die offizielle Gewerkschaftsführung häufig nicht mehr anerkennen, beginnen die Fabriken, mit jhren Belegschaften direkt zu verhandeln.

Oktober 75: FIAT zieht sich zurück, schließt den Materfer-Betrieb, solange, "bis die Voraussetzungen einer zivilisierten Koexistenz gesichert sind". Die Manager waren von den Arbeitern festgenommen worden. Das Langsamarbeiten habe die Produktion auf ein Drittel fallen lassen. "Es ist unmöglich gewesen, (in den letzten Monaten) Ordnung, Autorität, Sicherheit und Produktionsrhythmen wiederherzustellen".

Ab Sommer 75 bilden sich Koordinationskomitees in den Stadtteilen, getragen von den Streikbewegungen der Großbetriebe. In diesen Komitees entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern, Militanten und Organisierten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auch außerhalb der Fabrik. Für die Arbeiterklasse sind diese Komitees wichtig für die entstehenden Strategiedebatten und die Festigung informeller Strukturen, angesichts der Desintegration der CGT - Gewerkschaft. Vor allem im Norden und Westen von Buenos Aires und in Cordoba entstehen aus den Komitees wichtige parallele Strukturen.

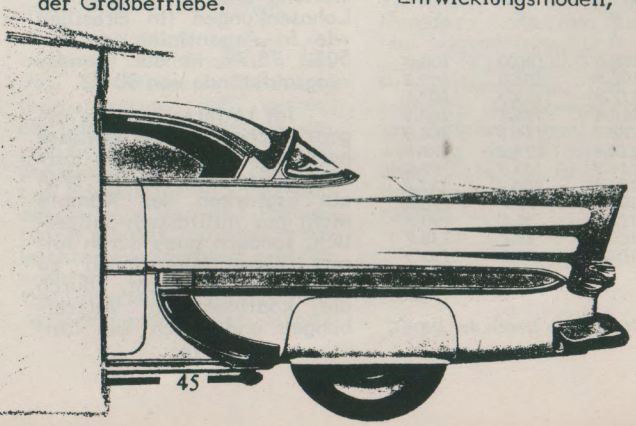
Es ist die Zeit, in der fast jeder Arbeitskonflikt in bewaffnete Aktionen mündet. Die politischen Organisationen bereiten sich auf einen "langanhaltenden Volkskrieg" vor. Es wird offen darüber diskutiert, daß die Aktualität der US-Strategie - der Installierung von Militärdiktaturen in ganz Süd-amerika - in Argentinien nur noch eine Frage von Monaten ist.

1976 - Militärputsch

Schon 1975 war in den nordwestlichen Provinzen der Notstand ausgerufen und das Militär gegen Guerilla und die Kämpfe der Zuckerrohrarbeiter eingesetzt worden. Schon 1975 installierte die Regierung Isabel Peron / Lopez Rega die Todesschwadrone als verdeckten bewaffneten Arm der Konterrevolution. 1975-77 schließen sich die Mörderbanden im Dienst des Kapitals zusammen, d.h. gehen über zur planvollen Ermordung von über 30 000 Menschen. Die Daten liefern Werkschutz, rechtsperonistische Gewerkschafter, Polizei, Geheimdienste. Die schwarzen Listen, d.h. die Ankündigung der gezielten Massenmorde, werden den Opfern vorweg zugestellt. Die kämpfenden Organisationen ziehen sich teilweise vom Land zurück, wo sie dem Militär nicht standhalten können, und begeben sich in den Schutz der Arbeiter der Großbetriebe.

Trotz Einsatz des Militärs in den Fabriken gelingt es der Militärdiktatur in den ersten zwei Jahren nicht, die Arbeitermacht dort völlig zu brechen. 1976 ist der drastische Produktionsabfall in der Automobilindustrie noch ganz auf Langsamarbeiten und Sabotage zurückzuführen: 1976 werden in Argentinien weniger Fahrzeuge produziert als 1966! Im Herbst 1976 findet ein großer Streik in der Automobilindustrie statt, aber nur vereinzelt können die Arbeiter an den terroristischen Lohnverfügungen der Diktatur vorbei Lohnerhöhungen durchsetzen, die der allgemeinen Lohnabwertung um 40-50% seit 1976 wirkungsvoll entgegensteuern (so 1978 die Mercedes-Benz-Arbeiter). Angesichts der massiven Unbeugsamkeit und dem relativen Mangel an gut ausgebildeten Arbeitern wagt das Militär nicht, in der Öffentlichkeit zu chilenischen Verhältnissen überzugehen. Die tatsächliche Repression in den Arbeitervierteln - abseits der Öffentlichkeit - ist zielsicherer und fast mörderischer als in Chile.

Die letzte Antwort, als Versuch, die Massenarbeiter-Festungen zu schleifen, erteilt das transnationale Kapital weltweit ab 1978/79 mit einem weiteren Schub an internationaler Flexibilisierung der Produktion, mit dem Mittel der "Schuldenkrise". Dieser Schub beendet das Entwicklungsmodell, das je



3. Automobilarbeiterkämpfe in den 60er und 70er Jahren

nach Produktionssektor 1930-1945 (Automobilindustrie: 1958/59) in den drei Kontinenten verankert worden war. Mit transnationalem Kapital war eine Produktionsstruktur errichtet worden, die jetzt innerhalb weniger Jahre liquidiert oder zutiefst umgestaltet wird.

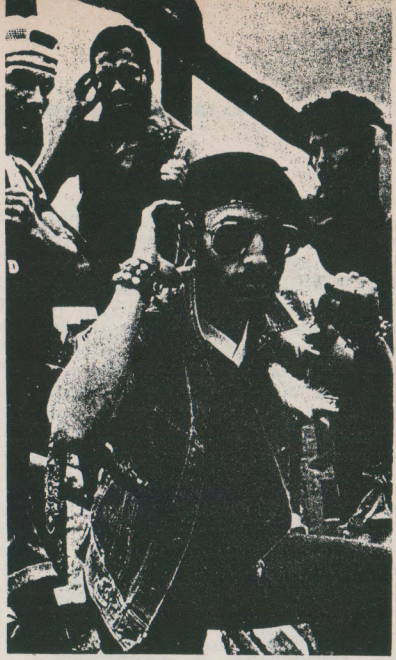
Ähnlich wie mit dem Beginn des New Deal in den USA war der direkte Anlaß für diesen Umbruch, für das Installieren neuer Arbeits- und Gesellschaftskontrollinstanzen, der erreichte Grad von Organisation und Widerstand der Arbeiter. Bevor weiter unten die neuen Charakteristika benannt werden, zunächst ein paar Zahlen zur Kenntlichmachung des Einbruchs, den die Arbeiter Argentiniens 1975-76 in die Autoproduktion schaffen, und zur dann einsetzenden Umkehrentwicklung:

Entwicklung einiger Industrie-Indikatoren (1970=100)

	Produktionsvolumen	Beschäftigung	Produktivität
1970	100.0	100.0	100.0
1971	106.9	103.0	103.8
1972	112.8	105.3	107.1
1973	116.8	108.6	107.5
1974	122.7	114.8	106.9
1975	118.4	119.2	99.3
1976	114.9	115.3	99.6
1977	121.4	108.2	112.2
1978	108.1	97.7	110.6
1979	125.1	95.6	130.9
1980	122.3	88.2	138.7
1981	102.8	77.1	133.3

Quelle:

Ausarbeitung nach Daten der INDEC



Brasilien

Im Mai 78 setzen 280 000 Arbeiter von 250 Unternehmen im Industriegürtel durch Streik Verbesserungen für eine Million Arbeiter der Region durch. Der Kampf hatte sich auf alle Ebenen, von der Abteilung bis in die Wohnbezirke, ausgedehnt und dauerte sechs Monate lang. Vorreiter waren die Automobilarbeiter, die bisher nur einmal (1973-74) einen Steppenbrand in Brasilien ausgelöst hatten. Im März 1979 beginnt die zweite Runde dieses Zyklus, er versetzt auf die Jahre gesehen der Militärdiktatur als nicht mehr greifendem Machtmittel den Todesstoß und mündet seit der Produktionsumstellung und den weltweiten Lohnsenkungen (in Brasilien wie in Argentinien um 40-50%) 78/79 in die Plünderungsaufstände von 80-82.

Im Unterschied zur argentinischen Arbeiterklasse hatte das brasilianische Entwicklungsmodell seit 1964 ein Erstarken der Kämpfe nicht nur militärisch-polizeilich, sondern auch durch immer neue Migrationen zu verhindern versucht, durch die kontinentalen Vertreibungen und durch den Einsatz von Hunger als Waffe gegen die aufständischen halb land- halb slumgeprägten Zusammenhänge.

Gerade das brasilianische Entwicklungsmodell weist als Teilstück transnationaler Ausbeutung stark nazistische Züge auf. Bis 78/79 gelingt es weder Arbeitern noch Migranten oder Bauernligen, das Modell an wesentlichen Punkten umzudrehen und als Klasse zu benutzen. Nazistisch insofern, als die "Eroberung" engstens gekoppelt war und ist mit Kapitalimport und die "Eroberten" in paternalistisch geführte Arbeitsverhältnisse oder in die schleichende Vernichtung getrieben werden.

Dieses Modell, das wie auch in Argentinien über die politischen Umbrüche 1930-1945-1957/64 eingesetzt und gefestigt wurde, kippt 1978/79. Es ist das Heer der nach Sao Paulo migrierten Armen, die in den Zentren der Industrialisierung die brasilianischen Arbeitsverhältnisse in den Kämpfen von Grund auf erschüttern und die wesentlichen Pfeiler dieses Systems einknicken. "Politischer" Ausdruck ist das Entstehen der "authen tischen" Gewerkschaften und der Arbeiterpartei (PT), die in den folgenden Jahren aber zugleich zum Dreh- und Angelpunkt neuer Instanzen politischer Abgehobenheit gegenüber der Klasse geworden ist.

Ab 1979/80 folgt eine Entlassungswelle auf die andere, die alten Produktionsverhältnisse werden umgekrempelt und mit den weltweit gleichen Instrumentarien - technologischer Angriff, Auswechseln der Belegschaft, Flexibilisierung - liquidiert bzw. kapitalintensiv neu ausgerichtet. (Die VW-Käferproduktion ist im Herbst 86 eingestellt worden, neue Produktionslinien werden im internationalen Verbund jetzt hochgezogen.)

4. Schluß ?

Zwei große Fragen müssen gestellt werden, wenn wir die benannten Kämpfe auf die weltweite Dimension des Klassenkampfs beziehen.

a) Warum ist das Entwicklungsmodell der Transnationalen erst so spät gescheitert (und nicht 1967/68 oder 1973-76), warum haben die revolutionären Bewegungen 1973-76 nur an wenigen Punkten (Vietnam, Angola, Zimbabwe) den Umsturz geschafft, warum sind sie aber in den meisten Ländern in blutigste Stellungskriege - Krise des Kapitals/Erdölkrise als Waffe und bewaffneter Kampf/Vernichtungsdiktaturen - verwickelt worden?

b) Was bedeutet das Scheitern des Entwicklungsmodells für den weltweiten Klassenkampf, wie weit drückt sie eine allgemeine historische Krise des Kapitals aus?

Zu a.: David Campora (MLN Uruguay) hat kürzlich von den Diskussionsprozessen, in denen sich die Tupamaros zur Zeit befinden, hier in der BRD berichtet und die Niederlage der Tupamaros an folgenden Punkten festgemacht, die sich unter Vorbehalten auch auf andere Länder übertragen lassen: Zum einen sei die Machtfrage nicht wirklich gestellt worden, zum anderen sei der Gegner (USA und Militär) nach einer jahrelangen Kette ausschließlicher Erfolge unterschätzt worden.

Für Argentinien gilt, daß der Militärputsch dort nicht überraschend kam. Die kämpfenden Organisationen hatten sich seit Jahren auf Widersprüche im Lager der Bourgeoisie eingestellt, die im Augenblick der Zuspitzung der Kämpfe manifest werden würden, und hatten nicht alle Kräfte auf die Machtfrage selbst, auf den Sturm auf die Zentren des Kapitals und der Gesellschaft konzentriert. - Die Diktatur, selbst die Wiederherstellung kapitalistischer Ordnung mit offen faschistischen Mitteln, verlief als Schulterschluß zwischen allen Kapitalfraktionen. Kommando und Arbeitshierarchie waren an allen Punkten so weit geschwächt, daß der Bourgeoisie alle Mittel recht waren. In der gleichen Zeit ideologisierten die kämpfenden Organisationen noch über "nationales Kapital" und die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, die sich durch eine Militärdiktatur nur verschärfen und der Guerilla die Arbeit nur erleichtern würden. Die politische Perspektive machten diese Organisationen nach wie vor an Entwicklungsmodellen "nationaler Art" fest, die mit den politischen Erfordernissen der Praxis, der Entfachung des Klassenkampfes, mehr und mehr in Widerspruch gerieten.

Zwar richteten sich die Austeritätsprogramme ab 1973/74 auch und besonders fühlbar gegen die Mittelschichten, die die anstehenden Umbrüche aber nicht als Proletarisierung, sondern als notwendige Umstellung des Kapitals auf die internationalen Märkte hinnahmen.

Schließlich müssen wir auch die Konsequenzen aus der furchtbaren Erfahrung thematisieren, daß gerade die Organisationsansätze, die vom Land ausgingen (d.h. von den potentiell dem Hungertod Ausgelieferten, ohne daß das so begriffen und thematisiert wurde), militärisch am leichtesten liquidiert werden konnten, und sich ihrem theoretischen Programm widersprechend in den Schutz der Großfabriken oder sogar der Kirche (in Brasilien) zurückziehen mußten. Die Großfabriken hielten in Argentinien am längsten der Diktatur als nicht kontrollierter Raum stand, und die Arbeiter nahmen vorübergehend viele Militante in die Fabriken und Stadtteile auf.Die Organisationsfrage und die Kampfbedingungen erinnern in den Vernichtungs- und Produktivitätsperspektiven an den Kampf gegen den Nazifaschismus: einerseits das aufständische Land als Ghetto, andererseits der langanhaltende Volkskrieg in den Fabriken, gegen die Zentren gerichtet, als Partisanenkampf.

Ist die Lage heute und in Zukunft anders oder ähnelt sie im Grunde den Ausgangssituationen der 60er Jahre? Zumindest kann man feststellen, daß das, was damals begrenzte Gebiete waren, heute Regionen kontinentalen Ausmaßes sind. Das Proletariat Zentralamerikas ist heute aufständisch, während sich das Proletariat Südamerikas auf einen kontinentalen, langanhaltenden Kampf gegen und in den Zentren des transnationalen Kapitals einstellt.

Lokale Bekämpfung der Aufstände und der proletarischen Zusammenhänge durch Militärdiktaturen greift nicht mehr, stattdessen richten sich die weltweiten militärisch-polizeilichen Bestrebungen auf die Abschottung zwischen den kontinentalen Regionen, zwischen Zentren und Migrantenherkunft, zwischen "Krisengebieten" und Produktionszonen. Die massenhafte Durchbrechung dieser Abschottungen, die Ausweitung des Klassenkampfs über diese Grenzen hinweg bekommt strategischen Charakter.

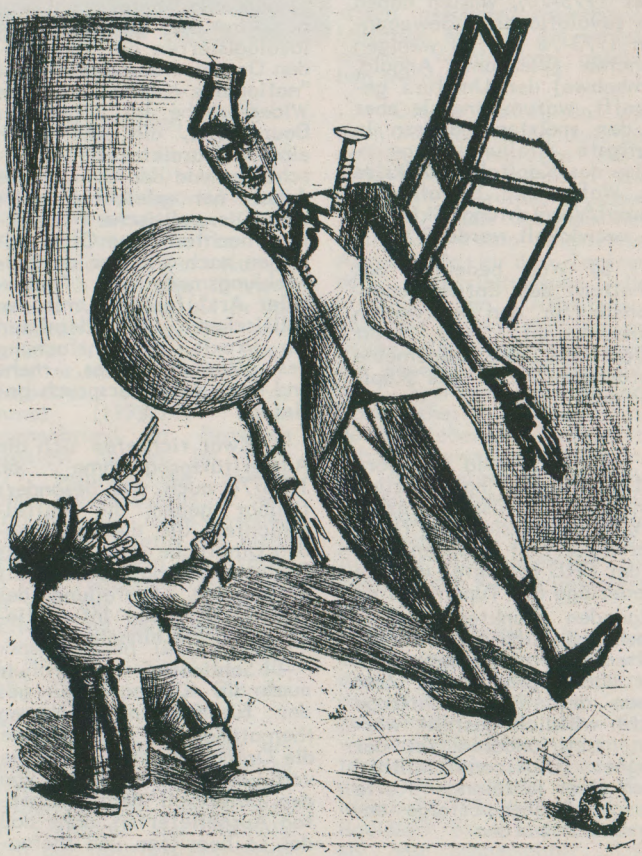
4.Schluß ?

Zu b.: Zwei falsche Lesarten der Krise spuken in der linken Szene herum: Da ist einmal die nicht aus-gesprochene These von der Allmacht des Kapitals, das aus jeder Krise fast noch gestärkt hervorgehe, und dann die folkloristische Auffassung der ewigen Ablösungen von Militär und "Demokratie" in den drei Kontinenten.

Das Ende des gegenwärtigen Entwicklungsmodells kann man heute allerorten konstatieren, ohne daß dies der Behauptung gleichkommt, daß das weiter in die Krise geratene Kapital nicht mehr in der Lage wäre, neue Ausbeutungszyklen und Produktionsverhältnisse zu etablieren. Jede Krise des Kapitals ist in Konsequenz nicht nur Angriff auf die Arbeiterklasse, sondern zwingt das Kapital strategisch gesehen mehr und mehr zum Rückzug: 1973/74 war nicht nur die Zeit der Erdölwaffe für das Kapital, sondern es begrenzte in der Folge die Entwicklung nur noch auf einen mittleren Restbestand der sogenannten "Schwellenländer". 1978/79: Von den "Restländern" bleibt nur noch Brasilien und Südkorea übrig. Länder wie Argentinien, ab 1984/85 auch Mexiko, fallen raus. Weltweit konzentriert sich das transnationale Kapital mehr und mehr auf abgeschottete Zonen. "Entwicklung" obliegt nicht mehr dem im Land gebundenen transnationalen Kapital, sondern den "Strukturprogrammen" des IWF, der EG usw. Das transnationale Kapital investiert ab 1982-83 in Vorhaben, die Produktionsumstellungen und -verlagerungen fast von einem Tag auf den anderen möglich machen. Furore machte vor Jahren das Projekt Weltauto, das als Modell sicher nicht die ausschließliche Zukunft der Automobilindustrie benennt, aber in der Tendenz den wachsenden Verbund der Automobilindustrie über die Firmengrenzen hinweg kennzeichnet: gemeinsame Forschung, Produktio nen von "Bausteinen", mit denen sich verschiedene, firmenspezifische Automodelle zusammensetzen lassen, sind schon heute Realität.

Zur Zeit spielt sich im Rahmen dieser Umstellung eine riesige Welle der Liquidierung der "alten" Arbeiterzusammenhänge und ihres Wissens, und der neuen Vergegenständlichung dieser Erfahrung in Technolgie und Produktionsstrukturen ab.

Im Unterschied zu früheren Ablösungen von Militärdiktaturen durch "Demokratien" ist dieses Mal der Wechsel nicht von keynesianistischen Ansätzen begleitet, sondern geht mit der Fortführung des transnationalen Programms einher, mit dem Programm der Austerität, der internationalen Flexibilisierung und des technologischen Angriffs. Und: im Unterschied zu früheren Restrukturierungen, die mit groß angelegten Investitionsangriffen auf die gesamte Klasse geführt wurden, erfolgt jetzt punktuelle Investition und Nettokapitaltransfer zurück ins Zentrum der Krise, in die USA. ★



MATERIALIEN ZUM LIBANON

DIE DISKUSSION UM DEN REVOLUTIONÄREN PROZESS IM ARABISCHEN RAUM

Die Versuche der letzten Wochen, eine Mobilisierung und Solidarität zu den pälästinensichen Kindern, Frauen und Männern zu entwickeln, die in den Lagern im Libanon einem vernichtenden "Lagerkrieg" ausgesetzt sind, haben die Schwäche eines hiesigen revolutionären Internationalismus gezeigt. Dafür gibt es neben den Schwierigkeiten hierzulande auch Gründe, die in der Situation der revolutionären Kräfte in dieser Region liegen. Der Verweis auf den palästinensischen Befreiungskampf, auf bewaffnete Kämpfer, auf Massenmobilisierungen und Hungerunruhen kann nicht darüber hinweghelfen, daß ein revolutionärer Prozeß in dieser Region seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre blockiert ist.

In den ägyptischen Unruhen im Januar 1977 waren die revolutionären Kräfte (z.B. die Ägyptische Kommunistische Arbeiterpartei mit ihrer kritischen Stellung zu den orthodoxen nationalkommunistischen Gruppen) noch ein wichtiger Faktor. Durch eine umfassende Repressionswelle gegen sie auf der einen, die Hofierung und Unterstützung der religiösen Fundamentalisten durch die Regierung auf der anderen Seite, verloren sie ihren Einfluß. Ähnlich verlief der Prozeß in Jordanien, wo das Regime den "Moslembrüdern" zeitweilig einen bedeutenden Einfluß in den Moscheen verschaffte. Der Abschluß des Camp-David-Abkommens und die Entwicklung der iranischen Revolution nach 79 besiegelten - trotz ihrer äußeren Widersprüchlichkeit - diese Entwicklung, bildeten den Abschluß einer Kampfphase im gesamten arabischen Raum, die als Phase der Unruhen gegen die "Amerikanisierung" charakterisiert werden könnte. Sie richtete sich gegen die Militarisierung der Länder, den Ausbau eines neuen Repressionsapparates und neuer Knäste, gegen die wirtschaftliche Zerstörung und die gezielten sozialen Verschlechterungen. Das letzte Zentrum, das in dieser Situation den revolutionären Kräften noch blieb, war der Libanon, genauer Beirut. Von hier war die Auseinandersetzung um eine revolutionäre Politik, die Kritik an den nationalkommunistischen Orientierung des Nasserismus oder Baathismus ausgegangen, und die libanesische Linke bezog sich schon sehr früh - z.B. in den April-Unruhen des Jahres 1969 - ausdrücklich auf den palästinensichen Befreiungskampf als Katalysator eines revolutionären Prozesses im Libanon. Die Ausschaltung Beiruts als revolutionärem Zentrum 1982 und die erneute Konfessionalisierung der Konflikte im Land bilden daher einen dramatischen Einschnitt in der revolutionären Entwicklung.

Die Dimension dieses gesamten Rückschlags, der mit einem extremen ökonomischen Angriff auf die Lebensbedingung der Klasse verbunden ist, haben wir bisher nicht ausreichend diskutiert - wohl auch deshalb, weil unsere eigene revolutionäre Debatte immer wieder steckenbleibt. Die anfangs sehr wichtige Debatte um die iranische Revolution, wie sie u.a. von der "Autonomie" in ihrer neuen Folge eingeleitet wurde, brach schlicht ab. Und auch die nochmalige Mobilisierung 1982 gegen Israels Angriffe im Libanon und die Massaker in den Lagern - schwach genug im Vergleich zu einer gleichzeitigen Massenbewegung aus Angst vor dem drohenden(!) Krieg - konnte die Zurückdrängung der revolutionären Kräfte nur nachzeichnen. In den jüngsten Vorbereitungen einer Mobilisierung gegen die seit 1985 laufenden Angriffe und Massaker gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon sind bereits einige wichtige Punkte der Auseinandersetzung angesprochen worden. Dazu gehört die Diskussion um die Bedeutung einer nationalstaatlichen Orientierung und ihr Verhältnis zu den Kämpfen der Klasse, dazu gehört die Diskussion über die Rolle der religiösen Mobilisierung, weil manche unter dem Eindruck der iranischen Revolution zu große Hoffnungen auf einen sozialrevolutionären Gehalt der religiösen Wiederbelebung gesetzt haben. Wichtig ist dies auch, um die immer wieder stattfindenden Hungerrevolten in der Region, deren Mobilisierungsstruktur und ihre Bedeutung für die Subjektivität und Autonomie der Klasse genauer einschätzen zu können, als es in ihrer geläufigen Charakterisierung als IWF-Riots geschieht. Und eng verbunden mit diesen beiden Fragen ist schließlich die Situation der Frauen, als Frage der inneren Klassenstruktur in diesen Ländern. Für sie ist jedenfalls am deutlichsten greifbar, welche Formen von Klassenspaltung mit der religiösen Mobilisierung verbunden sind und wie diese gerade in dem Modell "Fortschrittlicher Nationalstaatlichkeit" zur Kontrolle des fortbestehenden Klassenkonflikts durch die Nationalbourgeoisie eingesetzt wird (siehe etwa Libyen oder Algerien).

siehe Flugblatt S.73

Der Abdruck der folgenden Texte zum Libanon ist nur ein erster Schritt: Material für die Diskussion. Ob die Debatte endlich weitergeführt wird, hängt wesentlich davon ab, was sich in den nächsten Monate an Praxis hier entwickelt. Wir überlegen, einen Reader zu dem Thema zu machen mit bisher unzugänglichen Texte aus dem Arabischen, Analysen über die Klassenzusammensetzung in der Region, die Kampfzyklen, Texte zur Situation der Frauen bzw. von der arabischen Frauenbewegung und zur Diskussion in der arabischen Linken. Bei diesem Projekt sind wir noch auf Leute mit Arabischkenntnissen und ÜbersetzerInnen aus dem Französischen und Englischen angewiesen. Wer an dieser Arbeit Interesse hat, kann sich ja mal bei uns melden!

Aus dem einleitenden Artikel in MERIP REPORTS * June 1985 zum Thema Libanon:

...

In dieser Ausgabe untersucht Salim Nasr die Bewegung der Enteigneten, aus der die Amal stammt, genauer. Wie Nasr deutlich macht, war die Bewegung des Imam Musa al-Sadr keineswegs die einzige wichtige politisierende Kraft innerhalb der schiitischen Gemeinschaft. Insbesondere die Kommunistische Partei des Libanon und später die Organisation der Kommunistischen Aktion rekrutierten sich stark aus der schiitischen Gemeinschaft und zusammen mit der Arabisch Sozialistischen Aktionspartei-Libanon sollten diese Organisationen die Libanesische Nationale Widerstandsfront ins Leben rufen, die gegen die israelische Besatzung seit dem September 1982 vorging. Diese säkularen Parteien, genauso wie die militanteren schiitischen Sektenparteien (Islamische Amal und Hizb Ullah) scheinen für die Mehrzahl der bewaffneten Aktionen gegen die israelischen Streitkräfte und deren örtliche Kollaborateure verantwortlich zu sein. Die Amal konnte sich freuen, daß diese Aktion als ihr Verdienst angesehen wurden. Die Bewegung des Musa al-Sadr war zwar Kristallisator der anfänglichen Politisierung der Gemeinschaft während der Jahre bis zum Bürgerkrieg, in denen die sozialen und politischen Kämpfe im Libanon beharrlich mit den Sektenidentitäten verbunden waren. Als dieser Krieg und die militärische Aggression Israels im Süden über den Libanon hereinbrachen, war Amal keine bestimmende Kraft in in den Ereignissen, aber sie trat erfolgreich und eindrucksvoll als politische Stimme der "enterbten" schiitischen Massen auf.

Die Amal entstand 1975 als die Miliz, der bewaffnete Ausdruck, von Sadr's Bewegung der Enteigneten. Amal ist das Initialwort aus Afwaj al-Muqawamah al-Lubnaniyya (Libanesische Widerstandsbrigaden); es bedeutet im Arabischen außerdem "Hoffnung", und in diesem Sinne wurde die Amal in den Jahren, in denen militärische Sicherheit vorrangiges Interesse der schiitischen Bevölkerung wurde, zur Identität der Bewegung von Musa al-Sadr.

Die Geschichte der Amal seit 1975 ist verflochten mit der der palästinensichen Bewegung im Libanon, einer Geschichte, die zu den mörderischen Angriffen auf die palästinensischen Lager Beiruts im Mai 1985 geführt hat. Die Amal-Miliz wurde anfangs von Fatah trainiert und unterstützt, und im ersten Jahr des Bürgerkriegs war sie ein kleinerer Teil der Libanesischen National Bewegung (LNB). Amals Anschluß an die LNB war kurzlebig. Musa al-Sadr erklärte seine Unterstützung für die syrische Intervention im Januar 1976 gegen die vereinigten Kräfte von LNB und PLO. Die selbst unter den Schiiten noch begrenzte Anziehungskraft der Amal wurde im Juni 1976 deutlich, als die LNB-PLO-Kräfte in der Lage waren, sämtliche Basen von Amal in nur zwei Tagen zu übernehmen. Die Feindseligkeiten verschärften sich im August 1976, als ein Repräsentant der Amal, Shaikh Muhammad Ya'qub, verdächtigt wurde, mit den Falangisten und den Syrern zu kollaborieren, um ein von der PLO gehaltenes, aber größtenteils schiitisches Beiruter Viertel zu Fall zu bringen. Die meisten politisierten Schiiten gehörten zu dieser Zeit noch zu den reformistischen oder revolutionären multikonfessionellen Parteien, die die LNB bildeten, und der Einfluß von Amal ging in der Periode 1976-78 erheblich zurück.

Das Wiedererstarken der Amal kann an einer Reihe von Entwicklungen zwischen März 1978 und Februar 1979 festgemacht werden: die als Operation Litani bekannte Invasion Israels; das Verschwinden Musa al-Sadr's bei einer Reise nach Libyen; und der Erfolg von Ayatollah Khomeini im Iran.

Die Operation Litani bezeichnet eine wichtige Veränderung der israelischen Politik unter der neuen Likud-Regierung, von der Vergeltung zur "unbarmherzigen Spaltung" des Südlibanon. Dies hatte die beabsichtigte Wirkung, eine anti-palästinensische Haltung unter der örtlichen Bevölkerung zu nähren. Das half außerdem, den Süden als Rekrutierungsbasis für die mit der PLO verbundenen libanesischen Gruppen abzuschneiden, den Zugang auf die Amal zu begrenzen. Ursprünglich als Miliz zur Verteidigung gegen Israel gedacht, betrachtete Amal nun die Palästinenser als ihren Hauptfeind, insbesondere die Fraktion, die von "feindlichen Staaten" - Irak und Libyen - unterstützt wurden. Fatah erkannte die Bedeutung guter Beziehungen zur Amal; sie bemühte sich, öffentliche Feindseligkeiten zu vermeiden und die der Amal gegenüber feindlich auftretenden palästinensischen Gruppen zu disziplinieren.

Die Amal behielt für ihren Teil eine öffentliche Position der Unterstützung für den palästinensischen Widerstand bei (zum Beispiel in ihren Publikationen), aber selbst zur Fatah verschlechterten sich die Beziehungen in der Periode 1980-82 ständig. Speziell im Süden wurden die Palästinenser allgemein zunehmend als Eindringlinge betrachtet und für die wiederholten verwüstenden Angriffe Israels verantwortlich gemacht. Fatah und andere PLO-Organisationen trugen zu diesem Prozeß bei, indem sie sich den Südlibanesen durch ihre Arroganz und "Überheblichkeit" (al-tajawuzat) entfremdeten. Die Konsequenzen wurden im Juni 1982 vollends sichtbar, als Amal-Kräfte das Heranrücken israelischer Panzer und Truppen von der Küste überwachten. Im Gegensatz dazu gehörten die Amal-Kräfte in Beirut zu den mutigsten und verbindlichsten Kämpfern gegen die israelische Belagerung.

Über das Verschwinden des Imam Musa al-Sadr auf einem Besuch in Libyen im August 1978 ist sehr wenig bekannt. Libyen behauptet, er sei von Libyen nach Rom geflogen; Musa al-Sadr's Anhänger bestehen darauf, er habe diesen Flug nie angetreten. Dieses Geheimnis hat der Abwesenheit al-Sadr's durch die Entsprechung zum "verborgenen Imam" in der schiitischen Doktrin eine symbolische Bedeutung verliehen. Einem Bericht zufolge, "stimmen mehr als nur ein paar Amalführer darin überein, daß ein 'verschwundener' Imam für die politische Mobilisierung der Massen zweifellos von größerem Wert ist als ein 'gegenwärtiger'."

Ein drittes Moment bei der Wiederbelebung der Amal war der Erfolg der iranischen Revolution und der Triumph eines spezifisch schiitischen Modells von politischer Macht. Viele der schiitischen Shaiks hatten im Iran studiert; Musa al-Sadr selbst war durch Heirat mit der Familie Ayatollah Khomeini's verbunden. Diese iranische Mitwirkung war anfangs mehr anfeuernder als materieller Natur: wie Abu Khalil sagt, "erreichte ihr Schiismus neue Dimensionen. Er hörte auf, eine reine Sektenidentifikation in einem Land mit mehr als 17 Sekten zu sein." Die materielle Unterstützung der militanteren Herausforderer der Amal durch den Iran, über Syrien, war eine spätere Entwicklung.

Ein vierter zugrundeliegender Faktor war die im Libanon allgemeine, insbesondere unter den Schiiten fühlbare, Auffassung, daß die Libanesische National Bewegung und ihr Programm einer Entkonfessionalisierung gescheitert waren, nicht nur gegenüber ihren falangistischen, syrischen und israelischen Widersachern, sondern auch unter den verschiedenen Teilen der Bewegung. Die Bewegung hatte ihre Triebkraft und Spannung verloren. ...

Übersetzung eines Artikels von SALIM NASR (Merip Reports * June 1985)

Ursprünge der schiitischen Bewegung

Viele sahen in der schiitischen Revolte in West-Beirut und in den südlichen Vorstädten im Februar 1984 den plötzlichen und unerwarteten massenhaften Aufstand einer sich rapide ausweitenden sozialen Gruppe inmitten einer tumulthaften religiösen Wiederbelebung. Aber der Februaraufstand war eine bedeutende soziale Bewegung, deren Ursprünge in einer tiefgreifenden sozialen Transformation der schiitischen Gemeinschaft über die letzten 30 Jahre hinweg liegen - von der libanesischen Unabhängigkeit am Ende des II. Weltkrieges bis zum Beginn des Bürgerkrieges 1975.

Einen spektakulären Ausdruck erhielt die schiitische Bewegung zuerst unter der Führung des charismatischen Imam Musa al-Sadr im Winter 1974. Von den abgelegenen Regionen im Süden und Nordosten bis zu den Toren von Beirut drückte die Bewegung des Iman al-Sadr die Transformation der Schiitengemeinschaft in eine bedeutende neue Kraft in der sozialen und politischen Landschaft aus. Sie repräsentierte die Bewegung der Schiiten nach Beirut und zum Zentrum des politischen Geschehens im Libanon hin. Am 6. Februar 1984 erhob sich die schiitische Gemeinschaft im Herzen der Hauptstadt in einer Revolte, mit der sie sich selbst als Kraft, die in jedes neue Arrangement des libanesichen politischen Systems einbezogen werden muß, behauptete.

VERSCHIEBUNG NACH BEIRUT

In den späten 40er Jahren waren fast 85% der libanesischen Schiitengemeinschaft in zwei "Kernländern" konzentriert, eins im Süden, in dem als Jebel Amel bekannten Gebiet, und das andere in der nordöstlichen Region von Ba'lbek-Hermel. Sie bildeten ein homogenes und ländliches Volk. Nicht mehr als 10% der ganzen Gemeinschaft lebte in Städten. Die große Mehrheit der schiitischen Bauern lebte auf dürren Parzellen mit mageren Böden und sehr begrenzten Wasserquellen. Sie praktizierten einen unbewässerten Subsistenzanbau (vorrangig Getreide, Olivenbäume und Weinberge im Süden, Getreide und ein paar Obstgärten in Ba'lbek). Nur der Tabakanbau, für den die trockenen Plateaus des Südlibanon gut geeignet sind und der als cash crop (zur Vermarktung) betrieben wird, expandierte seit den 30er Jahren. Aber noch 1948 war der Tabakanbau sehr gering. Von etwa 3 000 bis 4 000 Bauern wurde er auf nur 3 % der kultivierten Fläche angebaut.

Im Gebiet von Hermel war der Kollektivbesitz (musha'a) von Land die dominierende Eigentumsform, die sich mehr auf Weidegebiete als auf genau bestimmten Grundbesitz bezog. Im Ba'lbek Gebiet

existierten große Privatländereien neben Feldern in dörflichem Kollektivbesitz. Die Aufsplitterung größerer Flächen in kleinere, private Grundstücke erfolgt seit den 30er Jahren, aber der bäuerliche Kleinbesitz blieb unbedeutend, außer in der Nähe von Städten und größeren Dörfern in Jebel Amel. Die Bauern weiteten ihre Landnutzung schrittweise durch Vertragsanbau auf fremden Flächen und den Ankauf von Land bankrotter Feudalherren aus, den sie mit Ersparnissen aus der Lohnarbeit auf dem Land und in der Stadt finanzierten. Mit der Zeit entstand daraus eine aufsteigende mittlere Bauernschaft. Aber die Verteilung des Landbesitzes blieb äußerst ungleich. Die großen Ländereien machten immer noch Dreiviertel des besten Bodens in den schiitischen Gebieten aus.

Nur sehr wenige Schiiten lebten in den Städten, jedoch entstand in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine Anzahl kleiner Städte in den schiitischen Gebieten. Vorrangig entstanden sie aufgrund der Karawanenwege zwischen dem nördlichen Syrien, dem südlichen Syrien, Palästina und der libanesischen Küste. In Städten wie Tyrus, Bint Jbeil, Nabatiyyeh, Jwayya, Khiam und Ba'lbek wurden Märkte abgehalten, auf denen die Leute Geschäfte abschlossen und die verschiedenen regionalen Agrarprodukte ausgetauscht wurden. In dieser geschäftlichen Atmosphäre entwickelte sich eine daran angebundene Kleinindustrie (cottage industries) - zum Beispiel das Schuhmachen in Bint Jbeil und Töpferei in Rashayyah al-Fakhar.

Trotz dieser Veränderungen hatte die schiitische Gemeinschaft bis dahin noch nicht die sozialen Umbrüche, Bauernrevolten oder beschleunigte Ausdehnung einer exportorientierten Landwirtschaft erlebt, die die Maronitische Region am Berg Libanon im Zuge ihrer Integration in die kapitalistische Weltökonomie bereits transformiert hatte.

(Anm.d.Ü.: Unter den christlichen Bauern kam es schon Mitte des 19.Jh. zu Revolten, die zur Kommune von Kasrawan 1858 - 1860 führten. Durch die Revolten gegen die Feudalherrschaft in diesen Gebieten, entwickelte sich hier schon früher eine kapitalisierte Landwirtschaft.)

1948 machte die schiitische Gemeinschaft nur 3,5% der Beiruter Bevölkerung aus, sie war sozial, wirtschaftlich und auch kulturell peripher (68,9% Analphabeten im Vergleich zu 31,5% unter den Katholiken 1943). Sie war gleichermaßen peripher im politischen System des Libanon, das sich unter dem französischen Mandat entwickelt und mit der Unabhängigkeit konsolidiert hatte. Der zwischengemeinschaftliche (interkonfessionelle) Nationale Pakt von 1943 war im wesentlichen eine Machtaufteilung zwischen den maronitischen und sunnitischen politischen Eliten. Von den 20er Jahren bis zur Mitte der 50er Jahre war die politische Repräsentation der Shia praktisch von sechs prominenten Landbesitzerfamilien monopolisiert - den Asads, den Zeins und den Ossirans im südlichen Libanon und den Hamadehs, den Haidars und den Husseinis in Ba'lbek und Bint Jbeil. Diese Elite war in zerstrittene, rivalisierende Cliquen gespalten. Sie schwankten ständig zwischen Allianz und Opposition zur zentralen Macht in Beirut hin und her. Die schiitische Gemeinschaft, die weniger als ein Fünftel der Bevölkerung ausmachte, war am Ende der 50er Jahre eine unbedeutende Kraft in der libanesischen Gesellschaft und Politik.

Während des folgenden Vierteljahrhunderts änderte sich diese Situation radikal. Die Exportlandwirtschaft weitete sich rapide aus. Das Bankwesen und die kommerziellen Zusammenhänge, die in Beirut, Sidon und Zahle ihre Basis hatten, breiteten sich in die ländlichen schiitischen Gebiete aus. Die traditionellen sozialen und produktiven Beziehungen wurden dadurch vollständig umstrukturiert. Die Pachtlandwirtschaft verschwand praktisch (bis sie

1970 nur noch 5% der Arbeiter ausmachte). Die Lebensmittelproduktion verringerte sich stark (nur 15% des Lebensmittelverbrauchs war 1970-1975 im Land angebaut). Die Landwirte spezialisierten sich zunehmend auf zwei Branchen der Exportlandwirtschaft: fast zwei Drittel des Werts der Agrarproduktion konzentrierten sich auf Obstbaumplantagen und Geflügelzucht. Die Zahl der entlohnten Landarbeiter, die auch die nicht-libanesische Arbeitskräfte einschließt, stieg an. Darüberhinaus befand sich die Bauernschaft in einem Zustand der permanenten und sich vertiefenden Krise, verschuldet bei und ausgebeutet von den Händlern, den Geldverleihern und den kleinen örtlichen Banken, und den Anbietern von Maschinen, Kunstdünger und Pestiziden. Die Entwicklung bestimmter industrieller Agrarproduktionen wie Tabak oder Zuckerrüben wurde durch machtvolle Handelskartelle wie die der Zigaretten- und Zucker-Importeure blockiert, die auf die Politik der Regierung einen starken Einfluß hatten. Tausende von Kleinpächtern und armen schiitischen Bauernfamilien wurden durch Verschuldung und Bankrott entwurzelt, gezwungen ihren Boden zu verkaufen und auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen in die elenden Vorstädte von Beirut zu gehen. Bis 1975 wanderten mehr als 40% der ländlichen Bevölkerung ab, im Süden waren es über 60%. Des weiteren vollzog sich die schrittweise Integration der entfernteren schiitischen Landstriche unter der Aufsicht der staatlichen libanesischen Verwaltung und der vorherrschenden kommerziellen und finanziellen Interessen mit Sitz in Beirut. Sie begann mit der (libanesischen) Unabhängigkeit, beschleunigte sich aber während der 60er Jahre.

Auch ein dritter Vorgang wurde wirksam: die Wanderungsbewegung in andere Länder. Unter dem französischen Mandat richtete sich die Wanderung in erster Linie nach West-Afrika. Sie erfaßte Dörfer und Marktflecken wie Nabatiyyeh, Bint Jbeil, Tyrus und Jwayya. Während der 50er und 60er Jahre orientierte sich die Wanderungsbewegung zunehmend auf die arabischen ölproduzierenden Länder (vor allem Kuweit und Libyen) und sie ergriff eine weit größere Zahl von Dörfern. Die Auswanderung hatte beträchtliche soziale Auswirkungen auf die schiitische Gemeinschaft. Die örtlichen Machtbeziehungen in den Dörfern verschoben sich. Traditionell angesehene Familien und solche mit religiösen Bindungen verloren Gewicht an reiche Heimkehrer, die Land und Obstgärten kauften, neue Handelsnetze schufen und eigene Zusammenhänge von sozialem Einfluß aufbauten. Eine neue schiitische Bourgeoisie schälte sich heraus. Als Neuankömmling konnte sie nicht direkt mit der christlichen und der sunnitischen Bourgeoisie konkurrieren und mußte deshalb Glück und Reichtümer in Sektoren von vergleichsweise geringerer Bedeutung suchen: Immobilienhandel und -entwicklung, Zitrusfruchtanbau, Freizeitbetätigung und im Handel mit Afrika. In den frühen 70er Jahren erweiterte diese schiitische Bourgeoisie ihr Tätigkeitsfeld. Überseeisches schiitisches Kapital fand den Weg jetzt in die Banken, Industriebetriebe und in die großen Geschäftshäuser. Am Ende des Prozesses stand eine neue schiitische Elite mit religiösen Leitfiguren, Politikern und Finanzleuten.

Vorabend des Bürgerkriegs

Um das Jahr 1974 hatten die Schiiten aufgehört, eine ländliche Gemeinschaft, ansäßig auf unergiebigem Land in Randgebieten, zu sein. Fast zwei Drittel von ihnen lebten nun in Städten (63%) und mehr als 45% dieser Stadtbewohner konzentrierten sich auf Beirut und seine Vororte. Die Schiiten waren jetzt in zwei Gruppen gespalten: Eine im Zentrum und die andere an der Peripherie des libanesischen Systems. Jedoch blieben die Bindungen zwischen den beiden Gruppen sehr eng.

Hohe Geburtenzahlen und die Verbesserung der sanitären Verhältnisse auf dem Land beschleunigten den Exodus der Schiiten in die Metropole. 1948 gehörten der Gruppe der Schiiten 225 000 Menschen an. Dies entsprach 18,2% der Gesamtbevölkerung. Sie waren die drittgrößte Gemeinschaft nach den Maroniten und den Sunniten. 1975 waren sie auf schätzungsweise 750 000 angewachsen und stellten nahezu 30% der Bevölkerung, vielleicht die größte Gemeinschaft im Land. Kurz zuvor noch waren sie mehrheitlich Analphabeten gewesen, gefesselt an eine im Niedergang begriffene Landwirtschaft, beherrscht von einer kleinen traditionellen Großgrundbesitzer-Elite und einem reaktionären Klerus. Nun hatte ihre Klassenstruktur bedeutende Änderungen durchgemacht: Es gab eine neue wandernde Bourgeoisie, eine Mittelschicht von Gehaltsempfängern in den Städten, ein Industrieproletariat in den Vororten von Beirut und einen Zusammenhang der Wanderarbeiter in den arabischen Öl-Staaten.

Die Schiiten verfügten nun über eine aktive und radikalisierte Intelligentsia, eine ehrgeizige und unternehmungslustige Gegenelite und weitere, neue Schichten mit neuen Bedürfnissen. Sie widersetzten sich den Spielregeln und stellten die Verteilung von Macht und finanziellen Mitteln im System des Libanon infrage. Vor diesem Hintergrund bildete sich in den frühen 70er Jahren die Bewegung des Imam al-Sadr, ein Ausdruck des demographischen und sozioökonomischen Vorrückens der Schiiten von der Peripherie hin zum Stadtstaat Beirut.

Die Bewegung trug verschiedene Namen: "Bewegung des Imam Musa al-Sadr", "Bewegung der Enteigneten (Enterbten)" (Harakat al-Machrumin), "Bewegung für die Rechte der Schiiten" oder noch einfacher "Schiitenbewegung". Wie auch immer die Bezeichnung lautete, es war eine Massenbewegung in der libanesischen Schiitengemeinschaft, geführt und inspiriert von ihrem geistigen Kopf und charismatischen Führer, Imam Musa al-Sadr.

In den Jahren vor 1975, dem Beginn des Bürgerkriegs, versuchte die Bewegung ihren sozialen und

politischen Forderungen durch verschiedene Formen der Mobilisierung, des Drucks und der Aktionen Nachdruck zu verleihen. Sie erzielte tiefgreifende Wirkungen nicht nur auf das Gleichgewichtssystem der Sekten sondern auch auf das Funktionieren des politischen Systems und der staatlichen Verwaltung. Sie war eine Volksbewegung mit einer starken ländlichen Basis, die die wichtigen nicht zum Einzugsbereich Beiruts gehörigen Städte ebenso ergriff, wie sie sich unter den Sippen von Ba'lbek verbreitete und unter den entwurzelten Zuwanderern in Vororten der Hauptstadt. Angefeuert durch die Predigten und die kraftvolle persönliche Handlungsweise des Imams al-Sadr selbst, war sie im Kern eine allgemeine spontane Aufwallung, die ihre bestimmenden Merkmale von der Religion und ihrer sozialen Basis erhielt. Ihre Hauptstützen waren die enteignete städtische Wanderbevölkerung, die mit Armut geschlagenen Menschen auf dem Land, das wachsende Kleinbürgertum, das seine Entwicklungschancen blockiert sah und die neue Bourgeoisie, für die im politischen System kein Platz war.

Die Bewegung redete in der Sprache der Moral und der Religion und sie stützte sich auf Themen, die in der schiitischen Tradition der Auflehnung verwurzelt waren. Als eine Bewegung der moralischen "Wiedergeburt" und der Neuordnung der Gemeinschaft stellte sie offensichtlich eine Reaktion auf den Zusammenbruch des ländlichen Libanon und auf die Krise dar, in der sich die Zuwanderer in den Städten befanden. Zugleich war sie eine politische Bewegung der Selbstverteidigung gegen die immer häufigeren israelischen Angriffe und ein Druckmittel, das den Staat zum Handeln veranlassen sollte.

Die Bewegung trug weithin autonome Züge. Ein spezifisches Charakterbild entwickelte sie zuerst im Sommer 1973. Gleichwohl bildete sie auch einen Aspekt der allgemeinen Mobilisierung und des im Libanon in den 70er Jahren zwischen den Teilgemeinschaften hervortretenden Konflikts. So bestritt sie gemeinsam mit der libanesischen Linken und der palästinensichen Widerstandsbewegung oft größere Aktionen. Die Verbindungen zur palästinensischen Widerstandsbewegung waren anfangs ziemlich eng. Seit 1975 versorgten die Palästinenser den militärischen Arm der Bewegung, die Amal, mit Trainingslagern, Ausbildern und Waffen. Auch gab es eine ausgeprägte politische und religiöse Verwandtschaft zwischen der libanesischen Bewegung und der persischen Opposition gegen den Schah, soweit sie durch den Ayatollah Khomeini geführt wurde.

Die Bewegung weitete sich mehrere Jahre lang ziemlich gleichmäßig aus. Gelegentlich gab es Abschnitte von angespannter Aktivität: Massenversammlungen wurden abgehalten, religiöse Feiern, politische Aktionen, Sit-Ins, Streiks organisiert und nationale Solidaritätstage unterstützt. Ereignisse dieser bedeutenderen Art waren während der Jahre 1974 und 1975 praktisch Monat für Monat zu verzeichnen.

Ziele und Widersacher

Die Bewegung beschrieb ihren Feind meist als eine Gruppe, äußerst selten als System. War von einem System die Rede, dann immer vom konfessionellen System des Libanon, das beschuldigt wurde, seine Bürger ungleich zu behandeln und ihrer Entwicklung im Wege zu stehen. Von Klassenbeziehungen war nie und nirgends die Rede. Auf den Gegner bezog man sich in den Kategorien von Ausbeutung und Unterdrückung. Die beliebtesten Angriffsziele stellten die politischen Zentren dar, in erster Linie die politische Elite des Libanon, in zweiter Hinsicht der Staat Israel. Angriffe auf die Zentren der wirtschaftlichen Macht fehlten. Der Feind wurde fast immer an seinem Verhalten charakterisiert, kaum durch seine Interessenslage.

Hauptzweck der Bewegung war die Verteidigung einer sozialen Gemeinschaft in der Krise - ausgelöst durch den Zusammenbruch im ländlichen Libanon, durch die israelischen Angriffe, durch ländliche Massenflucht und Proletarisierung. Auch strebte die Bewegung "Gleichheit" mit anderen Gemeinschaften innerhalb des libanesischen konfessionellen Systems an, ihren Anteil an der Regierung und Verwaltung, am Staatshaushalt und an der Wirtschaft insgesamt.

Unter den Themen, die die Bewegung aufwirft, treten zwei Schwerpunkte hervor: Einmal die Beziehung zwischen der schiitischen Gemeinschaft und dem Staat und die sich aus dieser Beziehung ergebende Verteilung des Wohlstands. Die Auseinandersetzung kreiste hier oft um die ungerechte Zuteilung von Regierungsämtern und Posten in der Verwaltung sowie um die diskriminierende Wirtschafts- und Sozialpolitik (nicht genügend Entwicklungs- und Bewässerungsprojekte, Einschränkung bei der Tabakproduktion usw.). Auch ging es um die extreme Rückständigkeit der meisten schiitischen Siedlungsgebiete und um das politische Machtmonopol einer Minderheit. Das andere Hauptthema der Bewegung war das Verhältnis der schiitischen Gemeinschaft zum arabisch-israelischen Krieg. Unabhängig wies man auf die israelischen Angriffe hin, die sich auf den Südlibanon konzentrierten, auf die Notwendigkeit nationaler Selbstverteidigung und auf das Recht und die Pflicht zur allgemeinen Selbstverteidigung.

Nachdrücklich vertrat die Bewegung den Standpunkt, wirtschaftliche Entwicklung sei das Mittel, um den Südlibanon und die Region Ba'lbek auf das Niveau des übrigen Landes zu heben. Ausführliche Zusammenstellungen von Maßnahmen wurden eingebracht. Deren Schwerpunkte lagen auf Bewässerungsprojekten (Staudämme, Bewässerungssysteme, Rückhaltebecken) und auf der Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Straßen). Die Auffassungen der Bewegung von wirtschaftlicher Entwicklung waren eng. Sie beschränkten sich auf kurze Zeiträume und regionale Komplexe. Mehr noch, die Bewegung verstand wirtschaftliche Entwicklung in den Kategorien der Verteilung, nicht der Produktion.

Sie verlangte einen ehrlich bemessenen Anteil und hielt sich an den Staat als Alleinverantwortlichen für wirtschaftliche Entwicklung oder Rückständigkeit.

Gesellschaftliche Ziele scheinen für die Bewegung im Vordergrund gestanden zu haben: der Angriff auf das Monopol der Vorrechte, eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands, der Kampf gegen konfessionelle und regionale Ungleichheit. In zweiter Linie stehen die politischen Ziele: Verstärkung der Rolle der Schiiten und ihrer politischen und religiösen Führung im nationalen Zusammenhang sowie die Einleitung ernsthafter nationaler Verteidigungspolitik. Wirtschaftliche und kulturelle Ziele scheinen nicht so wichtig gewesen zu sein.

Mobilisierung und politische Aktion

Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die Bewegung des Imam al-Sadr unter den Schiiten breite Unterstützung fand. Er fügte einen klassenübergreifenden Block zusammen, der die Vereinigung aller Sektoren der schiitischen Gesellschaft anstrebte. Schrittweise bewirkte die Bewegung eine politische und soziale Neuausrichtung innerhalb der Schiitengemeinschaft selbst. Bis Anfang 1975, bevor die Bewegung sich durchsetzte, war die Gemeinschaft politisch dreigeteilt:

1. Die Gefolgschaft der traditionellen Führung, einschließlich der Großgrundbesitzer, Sippenoberhäupter, konservativen Geistlichkeit, Pachtbauern, Kleinbauern und Landarbeiter und des Subproletariats;
2. Die Anhänger der Bewegung der Enteigneten (al-Sadr), einschließlich der neuen ländlichen Bourgeoisie und der Bourgeoisie der "emigrierten" Geschäftsleute, Kleinhandwerker und Händler, der krisengeschüttelten kleinen Landbewohnerschaft, der neuen intellektuellen Elite (Fachleute und Verwaltungskräfte), jungen Büroarbeiter, Lehrer und Neu-Einwanderer in die Städte (Arbeiter, Niedrigentlohnte in Verwaltung und im Dienstleistungssektor);
3. Die Parteigänger der marxistischen und baathistischen Linken unter Einschluß einiger Teile der neuen Intelligentsia (Professoren, Rechtsanwälte, Journalisten, Lehrer), verarmter Landbewohner, Land- und Industriearbeiter.

Die Bewegung des Imam al-Sadr gewann nur schrittweise die Vormachtstellung. Ständig war sie auf der Rechten und der Linken von Gruppen umgeben, deren Anhänger sich aus verschiedenen sozialen Schichten rekrutierten und die ihr den Vorrang erst im Frühjahr 1975 zubilligten. Demonstrationen und Versammlungen können als Indikatoren für die relative Stärke der drei Gruppen dienen: Die Bewegung mobilisierte 1974 regelmäßig zwischen 70 000 und 100 000 Menschen zu Massenaktionen. Diese Aktionen hatten ungeheure Dimensionen und sie waren in dieser Größenordnung im Libanon unbekannt. Die Linke konnte zwischen 20 000 und 30 000 Menschen in Bewegung setzen - von denen die Hälfte Schiiten waren - während die traditionell hochgeachtete Persönlichkeit Kamal As'ad 5 000 bis 10 000 auf die Beine bringen konnte.

Die linke Intelligenz der Schiiten, aktiv in den fortschrittlichen Parteien, hatte sich während der Jahre 1973 und 1974 gegenüber der Bewegung des Imam zurückgehalten. Nun aber war al-Sadr in einen offenen Waffengang mit der traditionellen schiitischen Führung unter Kamal As'ad eingetreten. Damals war As'ad Sprecher des Parlaments und Führer eines Blocks von neun schiitischen Abgeordneten. Zu Beginn des Jahres 1975 erzwang die steigende Popularität der Bewegung schließlich den Abtritt As'ads. Die Bewegung konnte auch ein Bündnis mit den zweitrangigen traditionellen Standespersonen erreichen sowie eine mehr kooperative Haltung auf Seiten der schiitischen Linken, deren Bereitschaft, "von Innen" zu arbeiten, sich im Mai 1975 in der Wahl von sieben ihrer Kandidaten in den Hohen Rat der Schiiten niederschlug. Fünf bis sechs Jahre nach ihrem ersten Sichtbarwerden hatte die Bewegung des Imam al-Sadr der schiitischen Gemeinschaft endlich eine starke und einige politische Führerschaft gegeben.

Religiöse Symbolik

Die Bewegung mobilisierte die schiitische Gemeinschaft inmitten einer allgemeinen ideologischen Krise. Die Wertvorstellungen der alten feudalen und vom Stammesdenken geprägten Welt brachen zusammen. Mit der Ausbreitung des Baathismus, des Kommunismus und des Nasserismus löste sich die überlieferte Autorität des Staats und der Za'ims (die Führer der verschiedenen Konfessionen, Anm.d.Ü.) auf. Die traditionelle religiöse Weltanschauung verlor Terrain an die liberale und urbane Marktideologie.

In einem symbolischen Sinn war die Bewegung als Kampf gegen viele alte Gebräuche zu verstehen. Er richtete sich gegen die Entfremdung der schiitischen Massen und gegen traditionelle Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Bauern und ländlichen Führungsgestalten. Der Kampf richtete sich auch gegen die Muster der Beziehungen zwischen Massen und Zentralregierung, gegen althergebrachte Vorstellungen vom Status der Shi'a-Religion und ihrem Platz in der Geschichte des Libanon, gegen die überkommene Religion, so wie die herrschende Ideologie sie einflößte, und gegen das Bild, das die Regierungspropaganda von der Bewegung selbst entwarf.

Die Bewegung stütze sich stark auf das religiöse Erbe der Schiiten mit seiner Symbolwelt, seinen Ritualen, seinen Werten und Heldengestalten. Die Ideologie der Shi'a war immer die eigentliche islamische Ideologie des sozialen Protests gewesen. Die Bewegung unternahm es, die Symbolik neu zu inter-

pretieren, den Ritualen einen zeitgemäßen Sinn zu unterlegen und ihre Bedeutung für die Kämpfe der Gegenwart herauszuarbeiten. Mit den Worten al-Sadr's zum Zeitpunkt der Wahlen zum HRS im Frühjahr 1975: "Unsere Bewegung ist mit diesem Anspruch angetreten, weil wir an Gott glauben und weil wir wissen, daß der Gläubige, den das Schicksal der Enteigneten gleichgültig läßt, ein Ungläubiger und ein Lügner ist." Die schiitische Symbolik lieferte eine unmittelbare Übersetzung der sozialen Kämpfe in einen religiösen Sprachzusammenhang und gab ihnen damit einen Beziehungsrahmen. "Ich ermuntere alle Bewohner der südlichen Landstriche, ihre Rechte einzufordern, denn wer seine Rechte nicht fordert, ist ein stummer Teufel", sagte der Imam am Jahresende 1974. "Der Tabakpreis ist zwölf Jahre lang nicht mehr gestiegen. Alle anderen Dinge werden teurer während der Tabakpreis gleich bleibt, so als handelte es sich um ein Almosen für die Armen. Man fordert von uns, daß wir unsere Steuern zahlen, das Geld geht aber an die Monopolisten und ihre Helfershelfer. Unsere Abgaben haben wir entrichtet, aber haben wir Sicherheit? Kümmert sich der Staat um uns?"

Die Bewegung nutzte die religiöse Symbolik, um das kollektive Gedächtnis der Gemeinschaft zu aktivieren - die schiitische Geschichte ständig wiederholter Revolten gegen die Umayyaden, die Abbasiden, die Mameluken, die Ottomanen und die Franzosen. Symbolische Gestalt gewinnt diese Geschichte im Leben des Imam Hussein, jenem Helden der schiitischen Gemeinschaft, dessen tragischer Lebenslauf alljährlich während des 'Aschura-Festes dargestellt wird.

Die Benutzung der religiösen Symbolik hatte einen Kult des charismatischen Führers zur Folge, worauf während der kritischen Jahre 1974/75 viele Zeichen hinwiesen. Al-Sadr's Portrait fand sich auf den Häuserwänden der Städte und Dörfer und es wurde von Demonstranten getragen. Zu den am häufigsten gerufenen Parolen gehörte der Satz "Unser Blut und unsere Seelen gehören Dir, Imam!". Al Sadr versuchte, ein Gefühl der Einheit zwischen sich und den Massen zu schaffen. Er ging barfuß in der Menge und ließ es zu, daß er berührt und geküßt wurde. Berichten zufolge wurde während einer Massenversammlung in Tyrus sein Gewand zerissen. Sein Turban soll von der Berührung durch so viele Hände schwarz gewesen sein. In all seinen Reden versucht er, sich mit dem Bild des idealen Imam zu identifizieren, mit dem geistlichen Führer, dem rechtschaffenden Mann, dem vollendeten Moslem. Oft verglich er sich mit den schiitischen Gründergestalten, mit Imam Ali - Vetter des Propheten - und seinem Sohn, dem Imam Hussein.

Al-Sadr präsidierte bei Versöhnungsfeiern verfeindeter schiitischer Sippen und zerrissener Familien. Er ermutigte sie, überkommene örtliche Streitigkeiten im Sinne einer weiter gefaßten Gruppensolidarität beizulegen. Zahlreiche religiöse und bürgerliche Feiertage verbrachte er in Dörfern des südlichen Grenzgebietes, um Feierlichkeiten vorzustehen, während die örtliche Hierarchie zum Feiern gewöhnlich in die Hauptstadt reiste. Auch an symbolischem Widerstand beteiligte er sich. Im Februar 1975 betete er in der Moschee von Kfar Schuba, einem Grenzdorf, das von Artillerie und Bomben der Israelis halb zerstört und von seinen Bewohnern aufgegeben worden war. Durch die Medien rief er die Dorfbewohner und alle Menschen im Süden auf, zurückzukehren und sich zu verteidigen. Gegen Ende Juni 1975 trat er in einer Moschee in Beirut in einen Hungerstreik, um gegen den Bürgerkrieg zu protestieren. Sein Verhalten löste eine Serie von Protestaktionen im gesamten schiitischen Siedlungsgebiet aus, mit Dutzenden von örtlichen Demonstrationen und Streiks und der Besetzung einiger Regierungsbehörden.

Gewalt und sozialer Wandel

Die Bewegung brachte zwei Einstellungen zur Gewalt als Mittel der Veränderung hervor. Offiziell lehnte sie Gewalt ab, die sich gegen den Gegner im eigenen Land richtete, während sie alle Formen der Druckausübung und der gewaltfreien Aktionen ausdrücklich unterstützte, einschließlich Massenversammlungen, Streiks und Demonstrationen. Andererseits begrüßte und plante die Bewegung aktiv Gewalt gegen den äußeren Feind (Israel). Da sie sich nach ihrem Verständnis mit einem Staat konfrontiert sah, der militärisch abgedankt hatte, und mit Streitkräften, die durch die politisch herrschende Schicht gelähmt wurden, rief die Bewegung zur allgemeinen Selbstverteidigung auf und schuf sich ihre eigene militärische Organisation, ihre Übungslager und ihre Kader.

In Wirklichkeit praktizierten die Anhänger der Bewegung jedoch gewisse Formen der Gewalt gegen örtliche Gegner, was bewaffnete Demonstrationen und Straßensperren einschloß. Polizeiwachen wurden gelegentlich von Bewaffneten besetzt und geplündert, wie in Marjayoun im Februar 1975, einer Protestaktion gegen den Mangel an Verteidigung für die Grenzdörfer, und in Ba'lbek im Juni 1975, wo der Hungerstreik des Imam al-Sadr unterstützt werden sollte. Zahlreiche Anhänger der Bewegung nahmen vermutlich ebenso wie bewaffnete Kader im späten Mai 1975 an den ersten Zusammenstößen des Bürgerkriegs im südlichen Beiruter Vorort Schiyah teil.

Schrittweise entwickelte sich in der Bewegung der Umgang mit den Aktionsformen und der Übergang von den Taktiken politischer Pression zum Aufbau einer militärischen Organisation. Von Juni 1973 bis Februar 1974 wurden Demonstrationen auf den Straßen organisiert, Briefaktionen, Petitionen und institutioneller Druck erprobt. Zwischen Februar und November 1974 wurden die Verhandlungen unterbrochen, dafür gab es bewaffnete Massenver-

sammlungen, Streiks und Drohungen mit zivilen Widerstandsaktionen. Im Dezember 1974 nahm die Bewegung zum erstenmal an Nachwahlen zur gesetzgebenden Versammlung teil. Von Januar bis Mai 1975 kehrte man zu Petitionen, Demonstrationen und zum politischen Druck zurück. Von Mai bis Juli 1975 wurde zu Generalstreiks, Hungerstreikaktionen und Straßensperren aufgerufen, und es kam zur offiziellen Geburt des militärischen Arms der Bewegung, der Amal. In diesem Crescendo der Aktionen brachten taktische Flexibilität und die Anforderungen des Augenblicks eine Vielzahl von Formen und Kombinationen der politischen Aktion hervor.

Doch blieb das entscheidende Merkmal der Bewegung die Spontaneität der Massen, die über die Pläne der Organisatoren oft weit hinausgingen.

Zurück nach Beirut

Das Ende des ersten Abschnitts im libanesischen Bürgerkrieg (Dezember 1975) war auch das Ende der ersten Phase der Bewegung. Das Jahr 1976 brachte die offene und unmittelbare Beteiligung der Palästinenser und der syrischen Armee sowie den Zusammenbruch des libanesischen Staats und seiner Streitkräfte. Von nun an sollte der libanesische Konflikt ganz andere Züge tragen. Im neuen Abschnitt lösten die Bewegungen der religiösen Gemeinschaften sich auf oder bildeten sich um. Die schiitische Bewegung sollte in veränderter Form wiedererstehen. Von 1977-78 an spielte sie eine bedeutende Rolle im Kampf.

Der leitende taktische Grundsatz der Bewegung läßt sich klar bestimmen: Ständige Konzentration auf den Hauptfeind und den Hauptwiderspruch. Kein Abreißen sämtlicher Brücken zum Gegner - Bewahrung der Möglichkeit, jeden Augenblick wieder in Verhandlungen einzutreten. Teilnahme an allen Versöhnungsversuchen mit dem Ziel, die grundsätzlich schlechten Absichten des Gegners aufweisen zu können. Beharren auf dem Unterschied zwischen der libanesischen Armee (bereit zur Landesverteidigung) und der Staatsführung, die die Verantwortung für die mangelhafte Verteidigung des Landes trägt. Vermeidung aller direkten und ausdrücklichen Angriffe auf Einzelpersonen, auch wenn sie Gegner sind, um die Chance ihrer Abspaltung von der anonymen gegnerischen Gruppe offenzuhalten. Vermeidung aller unwiderruflichen Festlegungen, ausgenommen wenige grundsätzliche Bereiche wie die Verteidigung des Südlibanon und die Rechte der Glaubensgemeinschaft. Vermeidung von unprovozierten Angriffen oder Kritik gegen Rechts oder Links und äußerste Zurückhaltung gegenüber Kritik von dort.

Die Bewegung schien Beirut den Rücken zuzukehren. Sie hielt tumulthafte Versammlungen und bewaffnete Demonstrationen fern der Hauptstadt in der Provinz ab, in traditionellen schiitischen Ballungsgebieten wie Tyrus oder Ba'lbek. Angesichts der Monopolstellung der Hauptstadt im politischen Leben des Libanon richtete die Bewegung ihren Blick ganz bewußt auf diejenigen Gebiete, die vom Wachstum des Stadt-Staats Beirut ausgenommen blieben. Drohungen und Pläne, in der Hauptstadt bewaffnete Massenversammlungen durchzuführen, wurden nie verwirklicht. In jener ersten Phase beschränkte sich die Bewegung in Beirut auf Predigten hinter verschlossenen Türen, Versammlungen von Intellektuellen und Studenten, politische Verhandlungen und Kontakte zu anderen Gruppierungen.

Die Einstellung der Bewegung zur Metropole war ambivalent: Sie drohte von außen und besänftigte von innen. Nur ein einziges Mal demonstrierte die Bewegung ihre Fähigkeit, das Zentrum in den Griff zu nehmen, nämlich im Juni 1975, als der Imam al-Sadr seinen dreitägigen Hungerstreik abhielt, um gegen die Kämpfe in Beirut zu protestieren. Er machte diese Aktion im Herzen der Stadt, im Inneren der Moschee des Amiliyyeh-Collegs, einer sehr alten Einrichtung in einem der ältesten schiitischen Stadtviertel. Sein Streik löste eine Reihe von z.T. gewaltsamen Aktionen in den entlegeneren Gebieten aus. Unterstützergruppen und Delegationen aus allen schiitischen Siedlungsgebieten des Landes trafen sich friedlich an einem zentralen Sammelpunkt in der Stadt.

Die Bewegung befand sich im Übergang, auf dem Weg hin zur Stadt; sie war in der Stadt gegenwärtig aber nicht städtisch. Ihre Führungsgruppe war ein Abbild dieser Verhältnisse. Sie bestand aus 17 Männern, deren Wohnorte gleichmäßig verteilt waren und die eine berufliche Vielfalt darstellten: Sechs kamen aus Beirut (drei Anwälte, zwei hohe Beamte, ein Polizeioffizier), sechs weitere stammten aus den Vororten Beiruts (drei Geistliche, zwei Professoren, ein Journalist), die übrigen fünf lebten in den Provinzen (zwei Bankangestellte, ein Geistlicher, ein Professor, ein Sippenoberhaupt). Mehr als zwei Drittel der Führung war in Groß-Beirut ansässig, doch gehörte keine der alten schiitischen Familien, die schon lange in der Hauptstadt lebten, zu ihr. Zehn Jahre später, 1984, sollte diese neue Führungsgruppe Zutritt zur Regierungsgewalt erhalten, als Nahib Berri Justizminister wurde und Hussein Husseini Sprecher des Parlaments.

Die Probleme der Stadt waren im ursprünglichen Programm der Bewegung nur von untergeordneter Bedeutung. Nur zwei der insgesamt 17 Punkte, die in die endgültige Fassung der Forderungen aufgenommen wurden, beschäftigten sich mit der Stadt. Die Bewegung verstand sich gegenüber der Stadt als Drucksystem, das diese zwang, dem flachen Land Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die "ungleiche Entwicklung" auszugleichen. 1984 war die "Frage der südlichen Vororte" zusammen mit der israelischen Okkupation im Südlibanon in den Mittelpunkt ihres Programms gerückt. Die schiitische Bewegung war nun in Beirut angekommen und trat damit auf die Bühne der Nation. ★

Schon in Heathrow werden die Belfast-Passagiere in einer Sonderabteilung am äußersten Ende des Flughafengebäudes abgefertigt: unsere Taschen werden vollständig ausgeräumt, wir selbst mehrmals nach Waffen abgetastet. In Belfast dann die gleiche Behandlung für jeden, der den Flughafen betritt. Hier ist Hochsicherheitszone. Die Abfahrt vom Parkplatz über künstliche Bodenwellen, die Wachtürme mit Flutlicht - alles erinnert ein wenig an die DDR-Grenze. Für meine englische Begleiterin Anne ist hier "Ausland". sie wundert sich, daß keine Paßkontrolle stattfindet. Hier beginnt ein Teil Großbritanniens, über den sie so gut wie nichts weiß, für den sich auch ein Großteil der englischen Linken nie sonderlich interessiert hat.

Unsere Gastgeber wollen uns gleich einen ersten Eindruck von der Lage vermitteln. Wir fahren noch am selben Abend zusammen in die Innenstadt. Am Vormittag hat hier anläßlich des ersten Jahrestages des Nordirland-Abkommens ein Marsch von 100 000 Loyalisten stattgefunden, die um den Verlust ihrer Vorrechte fürchten, wenn Irland und England gemeinsam innerhalb der EG die Politik in den sechs Grafschaften bestimmen. Pa trick will sehen, was sie im City Centre angerichtet haben: im TV sprach man von 150 eingeworfenen Scheiben.

Es ist nicht mehr viel Verkehr. Wir sehen die ersten Panzerwagen der Army: grau lackiert, mit dickem Blech bis zum Boden verkleidet; aus der geöffneten Hecktür ragt das britische Schnellfeuergewehr mit dem gelochten Lauf. Überall Straßensperren. Auch wir werden angehalten, ein Soldat mit Panzerweste mustert die Wageninsassen.

In der City selbst ist nicht viel zu sehen, die meisten Schaufenster waren in guter Voraussicht eh mit Holz abgedeckt worden. Wir fahren die Falls Road hinauf durch die katholischen Stadtviertel. Für Dave ist es das zweite oder dritte Mal in seinem Leben, daß er hier durchkommt; zu Fuß oder ohne den Schutz seiner katholischen Begleiter würde er sich nicht herwagen. Dann geht unsere Fahrt aus der Stadt hinaus Richtung Norden.

Die Newtown, in der wir eine Woche lang wohnen werden, liegt in der Nähe der Schnellstraße in einer leicht hügeligen Landschaft ohne jeden Baum, der Wind bläst eine beinahe weg, kaum daß sie aus dem Auto ausgestiegen ist. Die Siedlung besteht aus den üblichen Council Houses - endlosen Backstein-Reihenhäusern mit je 10 qm Grünfläche vor Vorder- und Hin tertür. Ohne die riesigen, aufgemalten Hausnummern hätte ich mich regelmäßig verlaufen, so gleich sieht alles aus. Das Zentrum der Siedlung oben auf dem Hügel bildet eine Ladenzeile mit Friseur, Fish & Chips und einem Zeitschriftenladen, der alles Notwendige führt und - als wichtigste Verbindung zur Außenwelt - einer Bushaltestelle.

Das Haus selbst ist guter britischer Standard aus den 70er Jahren: großer Wohnraum, oben drei Schlafzimmer, Bad, Zentralheizung. So gut habe ich Sozi-Empfänger noch nicht wohnen sehen. Dave und Bernadette sind beide seit längerem arbeitslos. Seit sechs Wochen haben sie ein Kind. Sie sind nicht verheiratet. Trotzdem bekommt nur er "Supplementary Aid", etwa 135 DM die Woche. Dazu kommt eine Art Mutterschaftsgeld, für das Baby gibt es nochmal Geld extra. Die Miete wird automatisch bezahlt, bleibt nur noch die Stromrechnung - und die kann von der Sozialhilfe gepfändet werden: dieses Gesetz wurde Anfang der 70er Jahre speziell für Nordirland gemacht, um gegen die massenhafte Verweigerung der Miet- und Stromzahlungen in den Proletariervierteln vorzugehen.

Die Kohle, die bar ausgezahlt wird, reicht natürlich hinten und vorne nicht. An Klamotten ist nicht zu denken. Der Küchenschrank ist voll mit No-name-Dosengemüse aller Art. Ein Bier in der Kneipe kostet fast drei Mark, die Busfahrt in die City hin und zurück nochmal das gleiche. Bleibt das TV als billigstes Vergnügen. In der Siedlung selber kennen sie nichtmal ihre unmittelbaren Nachbarn. Bernadette benutzt Dave's Nachnamen, um nicht sofort als Katholikin identifiziert zu werden. Eine Siedlung weiter hat man in der Woche zuvor einer katholischen Familie das Haus abgebrannt.

Hier fällt mir zum ersten Mal auf, daß alle Leute voneinander wissen, welcher Religion sie zugehören, danach ordnen sie sich gesellschaftlich ein. Gemischte Bezie-

hungen sind für traditionelle Vorstellungen immer noch ein Problem - auch für Dave und Bernadette ist ihr Zusammenleben noch ein Experiment, dessen Ausgang man nicht so recht weiß.

Bernadette kommt aus einer katholischen Arbeiterfamilie mit acht Kindern. Bis 1977 haben sie in der Falls Road gewohnt, dann ist die Mutter allein mit den Kindern in eine Kleinstadt nördlich von Belfast gezogen: zum Teil war es auch eine Flucht vor den "Troubles" mit großem T, wie die Kampfbewegung seit '69 und die militärische Besetzung zusammenfassend bezeichnet werden. Bernadette schildert, wie die Häuser der Nachbarn abgefackelt wurden, Familien ausziehen mußten; die ständige Präsenz der Army, die täglich selbst die Schulkinder an den Straßensperren nach Waffen durchsuchte. Schon bei der Schilderung der Lebensverhältnisse im Viertel bekommt sie Streit mit Dave, der die Dinge - wie er sagt - von der anderen Seite her mitgekriegt hat. Er kommt aus einer protestantischen Arbeiterfamilie und ist in einer Kleinstadt in der Nähe von Belfast aufgewachsen. Mit Dreizehn hat er sich die Rote Hand der Loyalisten auf den Arm tätowieren lassen. Als die Ulster Volunteer Forces ihn später für ihre Truppe rekrutieren wollten, wurde es ihm allerdings zu heiß. Er bewegte sich eher in Kreisen von "Hooks" - Jugendbanden in den Ghettos, die von Autoklauen, Brüchen und Überfällen leben. Er meint, wir müßten uns auch die protestantischen Ghettos anschauen, hier seien die sozialen Bedingungen keineswegs besser; nur so könne man verstehen, warum sich so viele protestantische Jugendliche der UVF oder der Ulster Defence Army anschlössen.

Die beiden halten sich im übrigen fern von den aktuellen politischen Auseinandersetzungen, wollen vor allem mit den "sectarian" Organisationen nichts zu tun haben. Bernadette's Bruder hat nach siebzehn Jahren "Troubles" nur noch zynische Sprüche übrig, wenn er sich die neuesten Bombenattentate der IRA im Fernsehen anschaut. In der Kneipe abends hat jeder Stories zu erzählen von verunglückten Anschlägen, vom Volunteer, der die Streichhölzer vergessen oder aus Versehen sein Moped abgefackelt hat.

Dave und Bernadette haben beide die in den 70er Jahren neueingerichteten Studiengänge für Jugend- und Sozialarbeit absolviert - wie die meisten Leute übrigens, die wir in den folgenden Tagen kennenlernen. Eine ganze Generation, die in den Unruhen der siebziger Jahre aufgewachsen ist, sich aber zum großen Teil von den traditonellen "sektiererischen" (sectarian bezieht sich auf die Religionsspaltung) Organisationen entfernt bzw. nie etwas damit zu tun gehabt hat. (Die Bürgerrechtsbewegung, die in den 60er Jahren von der Uni aus losging, wollte ja genau immer diese Überwindung der gespaltenen Arbeiterklasse.) Sie alle prägen heute die Scene von Community Centres, Neighbourhood Workshops, Sozialen Beratungsstellen, die in den letzten Jahren eingerichtet worden sind. Sie bewegen sich zwischen Arbeitslosigkeit und ABM-Stellen, und politisch oft zwischen allen Fronten.

Ich hatte praktisch keine Zeit gehabt, die Reise einigermaßen vorzubereiten, d.h. Kontaktadressen zu sammeln, mit Leuten zu reden, die schon mal dort waren. In den 70er Jahren und dann anläßlich des "Großen Hungerstreiks" ist hier in der BRD ja sehr viel über Nordirland und vor allem über die IRA diskutiert worden. Andererseits hatte ich aber auch wenig Bock auf den üblichen Polittourismus: Wandbilder fotografieren, Buchladen besuchen, offizielle Parteikontakte, wo man doch wieder nur offizielle Verlautbarungen runtergespult bekommt. Und die Fraktionsstreitereien innerhalb der republikanischen Bewegung lassen sich von der BRD aus anhand irgendwelcher Presseerklärungen auch nicht durchschauen. So habe ich die Möglichkeit ergriffen, über private Kontakte nach Belfast zu kommen. Ich habe mir erhofft, so am ehesten den "ganz normalen Proletarier-Alltag" in Nordirland mitzukriegen - was von außerhalb ja immer schwer vorstellbar ist, wenn in den Zeitungen nur über Bombenattentate und Knast berichtet wird. Ich wollte wissen, wie die Arbeitslosigkeit dort funktioniert, wo es neue Arbeits plätze gibt, was dran ist an der sogenannten "kooperativen Arbeiterschaft", mit der in Anzeigenkampagnen immer wieder für die Ansiedlung von Industrie geworben wird, in einem Land, in dem doch angeblich bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Nordirland ist wegen der niedrig gehaltenen Löhne traditionell Standort für die britische Industrie, später für US- und westdeutsche Industrie; nun ist interessant, welche Rolle dem Land im Rahmen der EG zukommt bzw. wie die politischen Konflikte dort auf gesamteuropäischer Ebene gelöst werden; ob es z.B. eine Angleichung der Verhältnisse gibt, was Einkommen, Arbeitszwang und Sozialgeld betrifft, oder ob für die "europäische Peripherie" besondere Bedingungen gelten.

Belfast ist ziemlich klein, von einem Hügel aus können wir die ganze Stadt überblicken. 100 000 Einwohner haben Belfast in den letzten 15 Jahren verlassen. Die meisten sind in die kleineren Städte im Norden gegangen, wo nach dem Niedergang der traditionellen Textilindustrie die modernere Industrie angesiedelt wurde - fernab von den Bürgerkriegsunruhen, in vorwiegend protestantisch bewohntem Gebiet. Mit dem Bus fahren wir ins Zentrum. Unterwegs wieder eine Straßensperre. Ein RUC-Bulle mit Panzerweste sucht unter den Sitzen nach größeren Gegenständen. Des gleiche Spiel nochmal, als wir die Gate Area erreichen: das Geschäftszentrum ist mit einem eisernen Zaun vom Rest der Stadt abgetrennt und nur durch bewachte Tore zu betreten. Die Kontrollen sind eher formal, es hat schon lange keine Anschläge mehr im Zentrum gegeben. Aber auf Schritt und Tritt die Bullen mit Panzerwesten, die grauen Panzerwagen, die britischen Soldaten, die mit ihren langen Gewehren rumfuchteln - ganze vier Monate tun sie Dienst hier, dann werden sie wieder ausgetauscht.

Wer sich nur in dem Gebiet zwischen Bahnhof und City Hall bewegt, könnte denken, in einer "ganz normalen" europäischen Großstadt zu sein: genau das wird ständig propagiert, soll einer auf Schritt und Tritt bewiesen werden. Das Geschäftszentrum ist glänzend modernisiert worden: überall riesige Neubauten, Ladenpassagen sind voll verglast, als hätte es hier nie Straßenschlachten gegeben oder vielmehr: als wolle man zeigen: wir haben keine Angst vor neuen Troubles. Das soll das neue Belfast sein: glänzende Handelsmetropole für die gesamte Insel. Die kaputten Scheiben vom Sonntag sind fast alle erneuert, an die Schwerbewaffneten im Straßenbild hat man sich schon fast gewöhnt. Das riesige Transparent an der City Hall "Ulster says No" wirkt wie eine Demonstration neuen Selbstbewußtseins.

Rund um die innerhalb der Gate Area eingeschlossene Fußgängerzone liegen die vier- bis fünfstöckigen Backsteinbauten der alten Fabriken, Handels- und Lagerhäuser. Sehr viele stehen leer, sind halb verfallen oder werden gerade abgerissen. Von der alten Textilindustrie, in der jahrhundertelang die katholischen Proletarier für Hungerlöhne malochten, ist so gut wie nichts übrig geblieben. An ihrer Stelle entstehen neue Geschäftshäuser, Banken, Versicherungen. Auch die angrenzenden protestantischen Arbeiterviertel sind eine einzige Baustelle: die halb verfallenen Häuserreihen werden abgerissen, daneben Straße für Straße neue Einfamilienreihenhäuser aus Backstein errichtet, kaum anders als in den Falls. Der einzige Unterschied sind die vielen Autos, die hier geparkt sind. Dazwischen die Wandmalereien der Loyalisten, die völlig absurd wirken in dieser Gegend: Wilhelm von Oranien zu Pferde, der Union Jack - alles sehr farbig, der einzige Farbfleck in dieser tristen Umgebung ohne jedes Grün.

Arbeitslose...

Das Fotoprojekt "Belfast Exposed" organisiert Ausstellungen zu allen möglichen Themen: zur Situation in den katholischen Vierteln oder im protestantischen Ghetto Shankhill, zum IRA-Hungerstreik 81, der noch stark im Gedächtnis ist. Wir besuchen eine Ausstellung mit Bildern, die eine Gruppe von jugendlichen Arbeitslosen über ihre Situation gemacht hat: das Nicht-wissen-was-anfangen, Herumhängen ohne Ziel mit Kumpels, die Geldnot, Spaziergänge - aber alles ohne Selbstmitleid, eher mit Witz über die eigene Situation, die hier eine allgemeine ist. Die richtige Maloche über einen längeren Zeitraum scheinen die meisten der Gruppe nie kennengelernt zu haben. Eher die Qualifikationsprogramme für Jugendliche, für die es 75 DM die Woche gibt. "Belfast Exposed" läuft selbst über ABM-Stellen, nach einem Jahr ist für die meisten Leute dort Schluß. Sie werden arbeitslos und müssen auf den nächsten ABM-Job dieser Art warten. Das Arbeitslosenzentrum ist gleich im Nachbarhaus. Hier werden Leute beraten, wie sie an Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe kommen, was für Zusatzleistungen es gibt, wie sie sich wehren können. Von hier aus werden Kampagnen gegen neue Kürzungen organisiert, sie veröffentlichen Listen mit den Regelsätzen, arbeiten mit allen möglichen anderen Projekten zusammen. Das Arbeitslosenzentrum und die Leute, die darin arbeiten, sind natürlich auch vom Council finanziert, über ABM-Programme zumeist...

Arbeitslos zu sein ist normal für einen Proletarier in Belfast. Es gibt keine Jobs, das weiß doch jeder. Seit die "Mills", die alten Spinnereien und Textilfabriken, dichtgemacht haben, bleiben für die Malocher aus den katholischen Vierteln nur wenige Jobs, vor allem im Dienstleistungsbereich. Und das Arbeitslosengeld funktioniert lange nicht so effektiv als System des Arbeitszwangs wie etwa in der BRD. Sicher, sie schicken einen zum "Job Center", wo eine Menge Jobs aushängen, aber wenn die Sozialhilfe auch nicht viel weniger ist....

Frauenzentren

Das Frauen-Zentrum ist gleich gegenüber. Ein großer Raum mit Hunderten von Info-Blättern an den Wänden: über alle Arten von Sozialberatung, Weiterbildung, Frauenhäuser bis zur Strip-Search-Kampagne gegen die Durchsuchungspraktiken an politischen Gefangenen - das ist jedoch eher eine Ausnahme. Das ganze Zentrum wirkt eher wie die für Frauen zuständige Filiale eines riesigen Sozialprogramms. Aus einem Faltblatt können wir entnehmen, daß es einen speziellen Fonds für Community-Projekte gibt, der nach Bewerbern sucht. Eine Frau im Zentrum wird zwar als Forscherin finanziert und hat auch mal eine Untersuchung über weibliche Friseurlehrlinge gemacht, die sie uns gibt: über die Situation der Frauenarbeit allgemein können sie uns aber nur wenig Informationen geben. Sie schicken uns zur Gewerkschaft oder zum EOC (Equal Opportunity Committee), das für die Durchsetzung der 1976 gesetzlich festgelegten Gleichstellung der Frauen zuständig ist. (Das ist einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Norden und Süden für die Frauen: hier gelten - bis auf die Abtreibungsfreiheit - die britischen Gesetze, hier gibt es vom Reformismus finanzierte Einrichtungen, die von den Frauen im Süden mit in Anspruch genommen werden; das ist einer der Gründe, warum "die Frauenbewegung" von republikanischer Politik mit dem Ziel Wiedervereinigung so wenig hält...).Das Frauenzentrum wird natürlich auch vom Council finanziert und verfügt über drei ABM-Stellen. Der mittelständisch-akademische, schon leicht bürokratische Geist, der hier weht, läßt uns bald die Flucht ergreifen.

Trotz unerbittlicher Nachfrage gelingt es uns nicht, über unsere Kontakte auch nur eine Frau kennenzulernen, die einen ganz normalen Job macht: In Belfast gibt es keine Arbeit für Frauen, wird uns immer wieder gesagt. Entweder sind sie Hausfrauen, erwerbslos oder Studentinnen, oder sie haben eben so eine ABM-Stelle in einem Jugendzentrum oder Community-Projekt. Irgendwann gehen wir dann doch zum EOC. Das Büro befindet sich im protzigen Neubau der Industrie-und Handelskammer. Im Flur der fünften Etage liegt alles voll mit Prospekten über Weiterbildung, Berufschancen, Rechtsansprüche von Frauen in Nordirland. Und Beverly Jones, an die uns verschiedentlich Frauen verwiesen haben, hat sogar fünf Minuten Zeit für uns: eine Frau aus der Frauenbewegung, Mitte Dreißig. Ihr Büro hängt voller Plakate zu den letzten Kampagnen, die Zusammenarbeit mit Frauenzentrum und Frauenhäusern scheint eng. Ich erzähle, daß ich in der Elektronikindustrie arbeite und an Kontakten zu Kolleginnen in Nordirland und überhaupt an Infor ma tionen über die Arbeitsbedingungen hier interessiert bin. Sie hört aufmerksam zu, sagt, daß sie öfter mit solchen Firmen zu tun habe, weil sie sich weigern, Frauen andere Jobs als die am Fließband zu geben. Eher kennt sie sich allerdings bei Ingenieurfirmen aus, wo sie sich für qualifizierte Jobs für Frauen stark macht. Sie verschwindet kurz und drückt mir dann einen Stapel Broschüren und Statistiken in die Hand, darunter eine Glanzbroschüre des EOC, in der Frauen vorgestellt werden, die sich zur Technikerin, Informatikerin oder Computer-Managerin haben ausbilden lassen.

Westbelfast

Wir überqueren die Westlink, die vor drei Jahren mit EG-Geldern finanzierte Stadtautobahn, die das City Centre vom katholischen Westbelfast besser abtrennt als die alten Gittertore: eine 20-30 m breite Schneise mit Auto-Unterführung. Dahinter beginnt die Falls Road. Für die Westlink sind alte Häuserreihen abgerissen worden. Die neue Bebauung mit Backstein-Reihenhäusern ist zurückgesetzt worden, die Falls Road wird dadurch an dieser Stelle noch breiter und überschaubarer. Dann kommt Divis, der legendäre Neubaukomplex, der hier Ende der 60er Jahre anstelle der baufälligen Arbeiterhäuschen errichtet wurde. Das Hochhaus überragt mit seinen 17 Stockwerken die übrigen, untereinander verbundenen Wohnblöcke. Die beiden obersten Stockwerke hält die Army besetzt. Mit einer Kamera auf dem Dach kann sie alle Bewegungen auf der Hauptstraße bis zur Westlink überwachen. Mehrmals täglich ist der Aufzug für die Army reserviert. Als wir nach unserem ersten Besuch hier den Lift verlassen, zucke ich doch etwas zusammen. Mir ragt eine Gewehrmündung entgegen, hinter der sich ein Soldat mitten im Flur aufgebaut hat. Draußen noch mehr Army. Dorothee ist den

Umgang mit ihnen gewohnt, sie macht lokkere Sprüche. Sie kommt aus den Falls und wohnt seit einiger Zeit hier in Divis. Ihre beiden Brüder sind damals interniert worden; kaum war der eine wieder frei, ist er zu vier oder fünf Jahren Knast verurteilt worden; weil es keinerlei Beweise gab, um ihn wegen Mordversuchs zu verurteilen, hängte man ihm Waffenbesitz an. Der Knast hat ihn völlig fertig gemacht, er macht heute gar nichts Politisches mehr. Dorothee sagt, daß die meisten, die in den letzten 15 Jahren eingefahren sind, die ihnen vorgeworfenen Sachen nicht begangen hätten und sich deshalb oft nicht offensiv dazu verhalten konnten. Sie selbst sei früher auch gegen Gewalt gewesen, aber sie habe inzwischen begriffen, daß all die Dinge hier in Westbelfast: die Organisierung der Divis-Bewohner, die Stadtteilkomitees, die neuen Häuser usw. nicht möglich wären ohne die bewaffnete Macht der IRA, die damit hier im Viertel allgemein anerkannte Schutzfunktion für die Bewohner hat. Sie spricht immer nur von der IRA. Ich frage sie nach der Bedeutung der IRSP; sie versteht erst bei INLA, wen ich meine: die hätten keine Strukturen im Viertel, die seien doch die schlimmsten Militaristen, würfen nur Bomben.

Wir gehen die Straße weiter hinauf zum Frauenzentrum, das es hier seit wenigen Jahren gibt. Diesmal kommen wir in kein Info-Büro, sondern in einen großen Raum mit Kamin und Sesseln davor und Kinder-Spielecke, der eher an die deutschen Zentren erinnert. Drei oder vier Frauen sind an diesem kalten Vormittag hier zum Plausch versammelt, alle aus dem Viertel. Die alte Frau mit den weißen Haaren verstehe ich leider nur sehr schlecht, der Akzent ist ein Riesenhindernis. Sie will wissen, ob es in Deutschland auch Frauenzentren gibt. Es gibt auch hier Beratung für Frauen, Gesprächsgruppen und eine der Frauen wird vom Council bezahlt. Für "education" fehlen, wie sie bedauert, die Mittel. Verschiedene Arbeits- und Aktionsgruppen treffen sich hier, doch darf natürlich keine parteipolitische Propaganda gemacht werden - schließlich ist es vom Council finanziert. Das heißt vor allem absolutes Verbot für republikanische Zeitungen, keine offizielle Zusammenarbeit mit Sinn Fein. Dorothee erklärt uns hinterher, daß es das Zentrum erst gibt, seit es vom Council finanziert wird. Sie findet es ganz normal, daß sonst niemand diese Arbeit machen würde. Sie kritisiert allerdings die Frauen hart, daß sie nicht fähig seien, von hier aus politische Aktionen zu organisieren, mehr aus dem Zentrum zu machen als einen Treffpunkt.

Soziale Integration

Mit einem der Black Taxis, die den Transport im Linienverkehr in Westbelfast organisieren und Teil der republianischen Selbstverwaltungsstruktur sind, fahren wir den Hügel hinauf nach Andersonstown. Hier treffen wir Brendan, auch ein Ex-Kommilitone von

Bernadette, Dave und Dorothee. Mit seinen abgewetzten Jeans und den langen Haaren sieht er eher wie ein Freak aus. Wir treffen ihn an seinem Arbeitsplatz im Büro des Belfast Com-munity Centre. Er hat hier vor kurzem eine auf ein Jahr befristete ABM-Stelle gekriegt. Anhand eines Informationsblattes erklärt er uns die Arbeitsweise des Community Centres, das sich als Dachorganisation von Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Beratungsgruppen, Mietergruppen etc. versteht und ihnen materielle und lo-gistische Unterstützung gibt. Mit einer Bedingung: parteipolitische Enthaltsamkeit. Diese Art von Sozialpolitik kann natürlich nur funktionieren, wenn sie tatsächlich bestehende Gruppen unterstützt - und da sind auch immer Sinn-Fein-Leute drin. Und umgekehrt: Sinn Fein organisiert eigene Beratungszentren für Arbeitslose usw., will aber auch einen Fuß in den vom Council finanzierten Initiativen drin haben. So ist das Verhältnis ambivalent bis gespannt. Während ich mich noch wundere, wie dieser Freak mir seelenruhig erklärt, auf was für eine Drecksarbeit er sich da eingelassen hat, und wieviel Geld sich der britische Staat die Integration der Initiativgruppen (und dieser Generation insgesamt) kosten läßt, äußert er sich auch schon als allererster kritisch über diese ganzen Programme, innerhalb derer sich all unsere Bekannten bewegen. Er spricht von "optimaler sozialer Kontrolle", die der Staat damit ausübt. Seine Selbstzweifel, so einen Job überhaupt zu machen, sind offensichtlich. Andererseits hat er über seine Arbeit natürlich auch jede Menge Kontakte zu Gruppen in Westbelfast. Besonders zu den Leuten in den Divis Flats.

Mit Brendan zusammen schauen wir uns nächsten Morgen den Komplex nochmal genauer an. Beim Bau der Wohnanlage kamen damals mehrere Interessen zusammen: einmal wollte die Kirche ihre Gemeinde um sich scharen: die Blöcke sind praktisch um die Kirchtürme rum errichtet worden. Den Loyalisten kam es natürlich auch gelegen, die Katholiken auf möglichst nur einen Wahlkreis zu konzentrieren, damit sie nur einen Sitz im Stadtparlament erhalten könnten. Diese überschaubare Wohnanlage bildete aber auch die ideale Voraussetzung für die republikanischen Organisationen. Die Bewohner der Divis Flats sind zu 100 % katholisch und zu 100 % republikanisch. Divis war Schauplatz zahlreicher Schießereien mit der Army. Von den Hungerstreikenden der IRA kamen welche von hier; erst eine Woche vor unserem Besuch ist von einem Fenster aus ein britischer Soldat erschossen worden.

Divis ist nach der damals wohl mo-dernsten Form des Wohnungsbaus errichtet worden: aus Beton-Fertigteilen und Wänden in Sandwich-Bauweise. Die Wohnungsaufteilung ist variabel, z.T. mit demontierbaren Wänden. Es gibt Wohnungen in allen Größen mit 1-7 Zimmern, die sich zum Teil über 2-3 Stockwerke erstrecken. Die Wohnungen betritt man über ewiglange Außenflure, die in halboffenen Treppenhäusern enden. Alle Blöcke sind über diese Außenflure und Fußgängerbrücken miteinander verbunden. Noch bevor die Häuser damals ganz fertiggestellt waren, wurden schon Wohnungen besetzt, um die offizielle Zuteilung zu umgehen (Anfang der 70er Jahre gab es in Belfast Tausende von besetzten Wohnungen). Doch schon kurze Zeit später begann der Kampf der Divis-Bewohner um Renovierung und später dann für den vollständigen Abriß der Wohnblöcke. Denn die Konstruktion hatte sich als sehr anfällig erwiesen: überall begann Feuchtigkeit einzudringen, die Isolierung verrottete. Ratten und Kakerlaken machten sich breit. Die Verslumung der Blöcke geschah innerhalb weniger Jahre. In den Häusern funktioniert nichts mehr richtig, keine Treppenhausbeleuchtung, überall abbrökkelnde Fassaden, herunterhängende Isolierung, undichte Fenster. Das riesige Areal zwischen und unter den Wohnblöcken ist eine einzige dreckige Pfütze, in der die Kinder spielen. Und über allem die Kamera der Briten, manchmal unterstützt von einem Hubschrauber.

Ein Gutachten sprach bald von den "schlimmsten Wohnbedingungen in Europa". Die Bewohner und ihre Unterstützer organisierten verschiedene Kampagnen, einmal z.B. gegen den Asbest in der Isolierung. Am nächsten Tag trugen die Soldaten bei ihren Operationen Gasmasken... Um zu verhindern, daß neue Leute hier eingewiesen würden, wurden eine Zeitlang die Wohnungen - kaum hatten ihre Bewohner was Besseres gefunden - angezündet. Sehr viele Wohnungen stehen leer. Nur wer dringend eine Bleibe sucht, kommt hierher: sehr viele junge Frauen mit Kind zum Beispiel. Die Arbeitslosenrate der Bewohner beträgt heute annähernd 100 %. Inzwischen hat das Council die Zusage gemacht, die Divis Flats abzureißen und "normale" Häuser an ihre Stelle zu setzen.

Die Interessen der Bewohner vertritt das Residents' Committee, das seinen Sitz in einer der großen zweigeschossigen Wohnungen hat. Der Widerstand der Bewohner hat auch hier schon institutionalisierte Form angenommen. Der Chef des Komitees, so um die Vierzig, rennt mit Anzug und Krawatte rum. Brendan stellt uns Maureen vor, die hier arbeitet - und die ist eher wie die Frauen, die wir so aus unserer Scene kennen: Feministin, Bluessängerin, hat jahrelang in London gelebt, dort das irische Frauenzentrum mit aufgebaut (was z.B. wichtig ist für all die Irinnen, die für eine Abtreibung aufs Festland reisen müssen).

Hier in Divis zu wohnen könnte sie nicht ertragen, schon während ihres Arbeitstages hier im Büro muß sie für alle und alles da sein. Sie erklärt uns den Aufbau der Selbstverwaltungsstruktur. Das Residents Committee verfügt heute über 56 ABM-Stellen aus dem ACE-Programm. Diese Leute arbeiten in sieben verschiedenen Bereichen: im Drop-in-Centre für Jugendliche, das in einem einstöckigen Gebäude im Hof eröffnet worden ist; in Werkstätten, wo arbeitslosen Jugendlichen handwerkliche Kenntnisse vermittelt werden - allerdings zum vollen ACE-Satz. Dann gibt es ein Kinder-Projekt, bei dem Künstler aus verschiedenen Nachbarschafts-Workshops aus Belfast mitarbeiten; dann gibt es eine Kantine, wo es den ganzen Tag über sehr billig Essen und Getränke gibt; dann natürlich ein Sozialberatungsbüro und außerdem ein paar Leute , die für die Instand-haltung der Gebäude zuständig sind. In Zusammenarbeit mit sympathisierenden Architekten betreibt das Komitee eine Alternativplanung für die Bebauung des Geländes nach dem Abriß. Als sehr positiv bewertet es Maureen, daß die Kirche keinen Fuß im Komitee drin hat. Andererseits betont sie, daß Divis zum Synonym geworden sei für die Unterdrückung der katholisch-republikanischen Minderheit in Nordirland. Die Siedlung und der Kampf der Bewohner sind "zu Tode analysiert worden", wie Sinn-Fein-Boss Gerry Adams, der gewählte Abgeordnete von Westbelfast, im Vorwort zur neuerschienenen Dokumentation schreibt. Darüber sein Foto: Anzug und Krawatte, gepflegter Bart, verbindliches Lächeln. Aber Maureen steht auf ihn, er habe sich jahrelang für die Belange von Divis eingesetzt. Bisher waren die Aktionen und Demonstrationen der Bewohner sehr populär, sind breit unterstützt worden. Nachdem die Regierung nun zugesagt hat, Divis auf absehbare Zeit abzureißen (zwei Flügel mußten schon beim Bau der Westlink daran glauben), wird es das politische Problem sein, wie die Organisierung der Bewohner und die politische Initiative über Divis hinaus fortgeführt werden kann - so hat es Brendan formuliert.

Zum Abschluß des Aufenthalts noch ein Interview mit einem Hauptverantwortlichen von Sinn Fein aus Derry, der gerade in Belfast ist. Anne hat ihn auf einer Veranstaltung in London kennengelernt, wir haben einen Gesprächstermin mit ihm im vollständig ver-

gitterten und kameraüberwachten Office an der Falls Road.

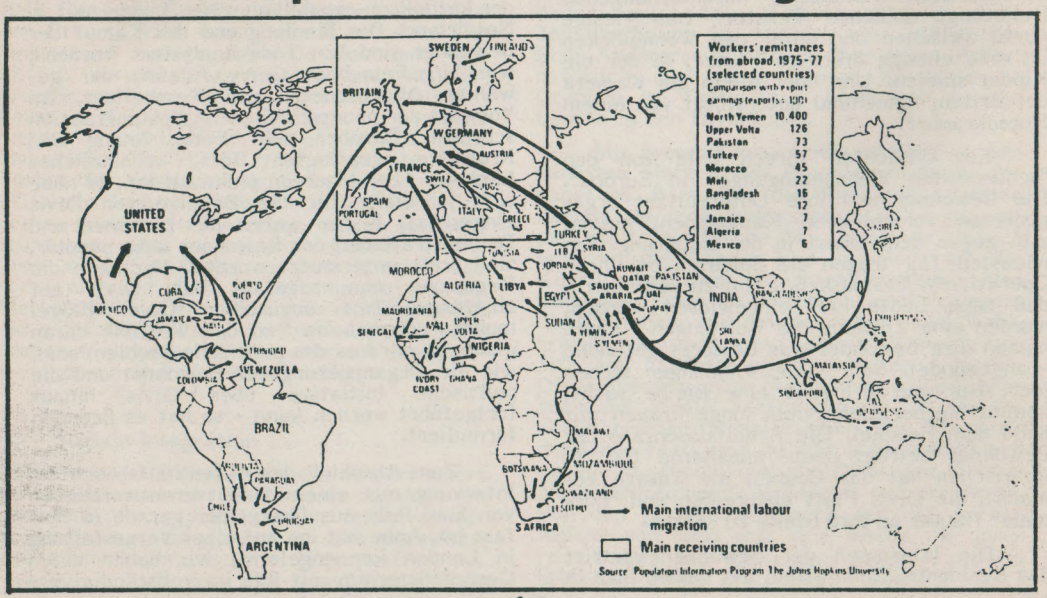
Ich befrage ihn zur Beschäftigungssituation in Nordirland. Im Augenblick geht die Produktion, sagt er. Es sei ja bekannt, wenn Liverpool Schnupfen habe, breche in Belfast schon die Grippe aus oder so ähnlich. Den größten Boom habe es hier übrigens Anfang der 70er Jahre gegeben, als die IRA eine großangelegte Bombenkampagne auf Geschäftsgebäude gemacht habe. (Diese Politik sei später geändert worden, weil sie ineffektiv war und und zu große Risiken für die Genossen selbst und unschuldige Bürger mit sich brachte.) Über Elektronikindustrie in Nordirland wußte er nichts; im Süden in der Gegend von Shannon sei in den letzten Jahren viel mit Hilfe staatlicher Subventionen angesiedelt worden; die beschäftigten aber meist nur wenige Leute und schlössen eh nach ein paar Jahren wieder.

Die Löhne in Nordirland seien immer niedrig gewesen und die Arbeitslosigkeit immer sehr hoch: selbst in Boom-Zeiten habe es in der Bogside in Derry 20-30 % Arbeitslose gegeben, heute sind es dort 80 %. Das sei seit Generationen so. Über die Pazifizierungsfunktion der Sozialpolitik und insbesondere die Finanzierung aller möglichen Initiativgruppen sind wir uns schnell einig. Er sagt, in einigen Bezirken in Belfast kriegen die Arbeitslosen Wohnungen und sogar Häuser, das verbessere zweifellos ihre Situation; damit hätten sie aber auch etwas zu verlieren und seien abhängig vom Staat. Da die Bezahlung der Mieten und der Rechnungen über die Sozialversicherung vom Staat organisiert sei, kriegten viele Leute gar nicht mehr mit, wenn die Strompreise erhöht werden; sie verlören nach und nach die Fähigkeit, ihr Leben selbst zu organisieren. Die neuen Wohnsiedlungen seien so angelegt, daß sie gut kontrollierbar sind. Die Leute müssen oft ihren alten Bezirk verlassen, um eine Wohnung zu kriegen. Damit werden aber die Communities zerstört. Das einzige Gegenbeispiel sei Divis...

Das Gespräch ging noch über weitere Punkte, war aber insgesamt nicht viel aufschlußreicher. Die IRA bzw. Sinn Fein hat in den letzten Jahren begonnen, sich in Arbeitsloseninitiativen, Stadtteilkomitees etc. reinzuhängen. Zu all dem vertritt sie aber keine revolutionäre Position. Von der Lage in den neuen Industriegebieten z.B., die weit außerhalb der katholischen Wohnbezirke liegen, haben sie wohl einfach keine Ahnung. Ihre Politik ist v.a. darauf gerichtet, innerhalb der katholischen Bevölkerung die Mehrheit zu erobern. Mit Rücksicht auf die Kirche tritt die Partei immer noch nicht für Abtreibungsfreiheit ein - kein Wunder, daß viele Frauen nicht an einer Politik interessiert sind, die offiziell v.a. für die Wiedervereinigung mit dem Süden eintritt, ein Land, in dem die Lebensbedingungen für Frauen sehr viel schlechter sind, wo es noch immer keine Ehescheidung gibt.

Im Vordergrund der IRA-Propaganda stehen nach wie vor v.a. die heroischen Jungs, tausendmal für Journalisten in Pose gestellt, bewaffnet mit schwerem Gerät, in grüner Uniform im Busch. Bewaffnete Politik, aber kein revolutionäres Programm.....

Die Hauptströme der Arbeitsmigration



THESEN ZUR FLÜCHTLINGSFRAGE

"Es ist durchaus zu erwarten, daß wir im Zusammenhang mit dem Wachstum der Weltbevölkerung in eine dreifache Größenordnung hinein noch vor Umsiedlungsproblemen in der Dimension von Völkerwanderungen gestellt sein werden. Der Auswanderungsdruck aus den Ländern der Dritten Welt mit ihrem explosiven Bevölkerungswachstum wird sich angesichts von Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit um ein Vielfaches steigern. Die aktivsten Gruppen werden mit dem Mut, der Hartnäckigkeit und der Verschlagenheit der äußersten Verzweiflung auszubrechen suchen. Sie werden auf allen Wegen, mit allen Mitteln, unter allen Gefahren in endlosen Massen herandrängen - überallhin, wo es nur um ein geringeres besser zu sein scheint als in ihrer Heimat. Die "Boat-People" waren nur eine erste von dieser Zukunft kündende Welle.

Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen."

(Neuffer: Die Erde wächst nicht mit, München 1982, S.61)

1.

Die Veränderung, die wir hier auf der Straße sehen: die Verschiebung von den südeuropäischen Arbeitsemigranten hin zu den Bewohnern der Flüchtlingslager, Ghanaern, Tamilen, Kurden, Libanesen, ist nur ein schwaches Abbild der Wandlung internationaler Migrationsbewegungen, die sich im Übergang zu den 80er Jahren durchgesetzt hat. Ob einer hier als Flüchtling gilt oder als Arbeitsimmigrant, hat in erster Linie damit zu tun, ob und in welcher Form seine Arbeitskraft gefragt ist, und wenig damit, warum er aus seinem Land aufgebrochen ist. Erst wenn der formelle Arbeitsmarkt gesättigt ist, beginnt man, nach Gründen für die Flucht zu fragen, aber nur, um zu beweisen, daß es sich um "Wirtschaftsflüchtlinge" handelt, die sich Sozialgelder erschleichen, und um die Flüchtlinge in den illegalen Arbeitsmarkt abzudrängen.

Im Begriff des Wirtschaftsflüchtlings steckt die Wahrheit, daß es eindeutige Grenzen zwischen den Fluchtgründen politischer Mittelschichten, für die das Asylrecht geschaffen war, der Arbeitsmigration und der Flucht als Suche nach Überleben und Einkommen nicht gibt. Wenn die Flüchtlingszahlen eine bestimmte Höhe überschreiten, erscheinen auch die tamilischen Lehrer und selbst die iranischen Kaufleute wie Vorboten der trikontinentalen Unterschichten, die hier an die Grenzen drängen könnten, um nicht in den Hungerlagern der drei Kontinente umzukommen.

Als asylrechtliches Problem kann die Flüchtlingsfrage nicht behandelt werden. A. Söllner hat auf die "katastrophische Disproportion ... in der Beziehung zwischen Flüchtlingsbewegungen und Asylrecht" hingewiesen (1) - vor dem Hintergrund, daß die Asylsuche als Einwanderungsform seit 1973/74 die Arbeitsimmigration in die BRD abgelöst hat und daß die Handhabung des entsprechenden Rechtstitels durch Polizei, Verwaltung und Justiz und weiter durch das Asylverfahrensgesetz und seine diversen Beschleunigungsnovellen nur der Zuzugsbeschränkung und der Regulation des illegalen Arbeitsmarkts gedient haben. So wichtig es ist, darauf zu verweisen, daß die politische Dramatisierung der Flüchtlingsfrage in diesem Land einem Kalkül der Abschreckung und der rassistischen Diskriminierung entspringt, dem Wunsch nach einem Prügelknaben für die Verschärfung des sozialpolitischen Kurses, so darf doch nicht übersehen werden, daß hinter der Panikmache der Lummers und Langes ein realer historischer Prozeß steht: eine internationale Migration, die wie kaum etwas anderes die Klassenkonfliktualität im Imperialismus ausdrückt. Sie ist

Produkt der Vertreibung, der Vernichtung der Lebensressourcen in den Herkunftsländern, Ausdruck des internationalen Einkommensgefälles und zugleich auch des Anspruchs auf Überleben, Zukunft und Einkommen.

In diesem Papier soll versucht werden, die Flüchtlingsbewegungen im imperialistischen Kontext zu verstehen, die Veränderungen gegenüber der Migration der 60er und frühen 70er Jahre aufzuzeigen und letztlich die Frage nach den Klassenverhältnissen im Imperialismus aus dieser Sicht aufzugreifen.

"Die ersten großen Migrationswellen des 20. Jahrhunderts", schrieb K. Newland 1979, "wurden meist durch politische Umwälzungen in Gang gesetzt: durch den 1. und 2. Weltkrieg, durch Revolution und Bürgerkrieg in Rußland und China, durch die Teilung des indischen Subkontinents und so weiter. Der Demograph Kingsley Davis hat geschätzt, daß derartige Konflikte zwischen 1913 und 1968 etwa 71 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht haben. Im Gegensatz dazu ist die Migration der späten 60er und 70er Jahre und die der nahen Zukunft ein Nachhall der Wanderungsbewegungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die zumeist ökonomisch motiviert waren. Freilich gibt es weltweit immer noch ungefähr 13 Millionen politischer Flüchtlinge, vor allem im südlichen Afrika, in Südostasien und im Mittleren Osten.

Die Unterscheidung zwischen politischen und ökonomischen Flüchtlingen ist manchmal schwierig, besonders dann, wenn die wirtschaftliche Lage in einem Land durch gewaltsame Konflikte unterhöhlt wird. Am stärksten sichtbar wird diese Grauzone heute bei den Millionen Flüchtlingen aus Indochina ..." (2).

Newlands Analyse ist heute nach wie vor aktuell, und doch ist in den letzten Jahren ein qualitativer Wandel eingetreten, der an mehreren Punkten augenscheinlich wird. Die Flüchtlingslager in Thailand, Somalia, Sudan, Pakistan, Mexiko, Honduras sind ein Phänomen dieses Jahrzehnts (3). Die soziale Zusammensetzung der Flüchtlinge hat sich gegenüber der Arbeitsmigration verändert: statt politischer Mittelschichten und flexibler Arbeitskräfte kommen zunehmend vertriebene Bauern, Nomaden, Landlose. In der BRD tritt dies noch wenig in Erscheinung; dem stehen vor allem die hohen Transitkosten entgegen (neben der Einführung der Visapflicht für die Bevölkerung aus Krisenregionen), und der Trend schlägt sich hier als Verschiebung der Herkunftsländer nieder. Aber in anderen Regionen der Welt wird deutlich, daß die Grauzone, die Newland für die Indochinaflüchtlinge beschreibt, inzwischen den Normalfall darstellt. Ganz gleich, ob in Zentralamerika, im südlichen Afrika, am Horn von Afrika, im mittleren Orient oder in Südostasien, die Zusammenhänge ähneln einander. Soziales Aufbegehren, Guerillabewegungen, die Ausdehnung des Exportfruchtanbaus oder Dürrekatastrophen (und diese hatten noch stets einen politischen Hintergrund) führen zur mehr oder weniger militärisch forcierten Vertreibung der Bevölkerung; die Menschen werden in Flüchtlingslagern aufgefangen, in denen sie teils der Triage ausgesetzt, teils dürftig verwahrt werden. Die Frauen und Kinder können dem kaum entrinnen, während sich die Männer auf den Weg machen in die Städte oder auf die Arbeitsmärkte der internationalen Zentren und Subzentren. Zu der klassischen Form internationaler Arbeitsmigration während der 60er Jahre - vom Land freigesetzt, in die Provinzstadt gezogen, von dort in die Hauptstadt, von dort in die Metropole oder ins Nachbarland, wo die Arbeitsstellen derer eingenommen werden, die ihrerseits in die Metropole gezogen sind - ist eine zweite Form von "Migrationskette" hinzugekommen - gewaltsam betrieben, unter grausamen Bedingungen und am Ende mit allenfalls minimalem Einkommen verbunden.

Es stimmt, daß zwei Faktoren zusammentreffen: eine Eskalation von Kriegen, Hungerkatastrophen, Pogromen in den drei Kontinenten und eine Kontraktion des Arbeitsmarkts in den Metropolen und auch in den trikontinentalen Subzentren, und daß beides zusammen erst die neue Qualität der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen bedingt. Aber beides hat eine gemeinsame Ursache in einer imperialistischen "Weltsozialpolitik", und auch wo die Schuld bei brutalen Militärregimes, bei autokratischen Eliten zu liegen scheint oder wo Naturkatastrophen ins Spiel kommen, steht die Vertreibung der Flüchtlinge und die Verschärfung ihrer Aufnahmebedingungen weltweit im selben imperialistischen Kontext.

(1) Alfons Söllner: Die Änderung des Grundgesetzes wäre nichts als blanker Zynismus, in: Frankfurter Rundschau 6.8.86.

(2) Kathleen Newland: International Migration - The Search for Work, Worldwatch Paper 33, Nov. 1979, S.6.

(3) Report of the UNHCR, General Assembly, Official Records: Forthieth Session, Suppl.No. 12, New York 1985, S.29 ff. - Die massive Zunahme der Flüchtlingszahlen hat die früheren Perspektiven der Integration und Self-Reliance in den Flüchtlingslagern in fast allen Regionen überholt.

Die Richtung der Migration, in die Städte und in die industriellen Zentren, folgte auch in den 60er und 70er Jahren nicht allein der Nachfrage auf den Arbeitsmärkten, sondern primär dem regionalen und internationalen Einkommensgefälle. Insofern ist Newlands Interpretation der Migration als "Search for Work" einseitig: immer ging es bei der Land-Stadt-Wanderung zuerst um die Suche nach Einkommen, nach Strom, Wasser, Nahrung, Ausbildung; die organisierte Anwerbung von Migrationsarbeitern in Mitteleuropa bis 1973, in den Ölstaaten des Mittleren Ostens oder in der südafrikanischen Minenindustrie, die einen gezielten arbeitsmarktspolitischen Hintergrund hatte, war eigentlich eine Ausnahme, setzt man die Zahlen in Relation zu den mehr als 500 Millionen Menschen, die seit den 50er Jahren vom Land in die trikontinentalen Städte gezogen sind. Die Entwicklungsperspektiven der "Development Decade" in den frühen 60er Jahren - nämlich die Modernisierung der trikontinentalen Agrarproduktion damit zu verbinden, daß die auf dem Land freigesetzten Menschen in eine abhängige industrielle Entwicklung einzubinden wären - brachen sich rasch an der Massenhaftigkeit der Land-Stadt-Migration und an den Ansprüchen an ein Leben in der Stadt, welche diese Menschen stellten: Die Entwicklungssoziologen konstatierten eine "Revolution of Expectations", und diese Erwartungen der trikontinentalen Unterschichten waren im Rahmen einer begrenzten, abhängigen Kapitalakkumulation nicht zu befriedigen (1). Es waren diese Erwartungen, die auch die internationale Arbeitsmigration speisten - eine Migration, die während der 60er und frühen 70er Jahre eine Lücke in den Arbeitsmärkten der westlichen Industriestaaten füllte und die während der 70er Jahre in den gigantischen Aufbauprojekten der mittelöstlichen OPEC-Staaten verwertet wurde (2). Dabei waren es selten die vertriebenen Bauern und Landlosen selbst, die zu internationalen Migrationsarbeitern wurden; meist bildeten sich neue "Migrationsketten", in denen eine mehrphasige Verschiebung vom Land in die Städte und von dort auf die internationalen Arbeitsmärkte stattfand.

Die Krise der "Development Decade", die Anfang der 70er Jahre mit einem Aufflackern der metropolitanen Lohnkämpfe und mit der Niederlage der USA im Vietnamkrieg zusammenfiel, wurde vom transnationalen Kapital mit einer Restrukturation auf mehreren Ebenen beantwortet: die "Ölkrise" wurde ein Mechanismus der Kapitalschöpfung, welcher der weltweiten Einkommensoffensive der Unterschichten einen Riegel vorschob und welcher über das "Petrodollar-Recycling" die industrielle Entwicklung auf die Zentren und die OPEC-Staaten konzentrierte; die Fakturierung der Arbeitskraft auf dem Weltmarkt (3) begünstigte daneben noch die Exportindustrialisierung einiger weniger Schwerpunkte, vor allem in den ASEAN-Staaten, während die meisten nicht-ölexportierenden trikontinentalen Länder vom Entwicklungszyklus abgekoppelt wurden. Das traf auf einige "Newly industrialized countries" genauso zu wie auf die "Lowest developed countries", die nun völlig dem Zugriff der internationalen Hilfsagenturen ausgeliefert waren.

Aber es gab in den Jahren nach der "Ölkrise" eine Tendenz, den sozialen Status quo nicht abrupt zu durchbrechen, sondern die je national formulierten Einkommensforderungen der Arbeiter- und Unterschichten abzupuffern: dies geschah in den Metropolen durch aufgeblähte Sozialbudgets, in den "Schwellenländern" über subventionierte Staatsbetriebe und unproduktive Verwaltungssektoren. Und auch für die ärmsten Bevölkerungsschichten der drei Kontinente wußten die Entwicklungsstrategen eine Antwort: Weltbank und ILO hatten den "informellen Sektor", die Produktivität der Armen, entdeckt und es wurden Akkumulationsmodelle entwickelt, bei denen diese Produktivität in die Wertschöpfung einfließen könnte (4). Diese sozialen Pufferungen mußten finanziert werden - durch Sonderziehungsrechte beim IWF, durch Kredite der Geschäftsbanken, durch Weltbankkredite. Neben den internen Transfers der transnationalen Konzerne, neben den ungleichen "Terms of Trade", neben den Ölpreisen der 70er Jahre war diese soziale Pufferung eine der Hauptursachen für das Ausmaß der Verschuldung, das in den 80er Jahren Leitthema und entscheidender Angriffspunkt imperialistischer Politik werden sollte.

Die Land-Stadt-Migration setzt sich in den 70er Jahren ungebrochen fort, ja sie wurde noch verstärkt durch Dürrekatastrophen und durch das Vordringen multinationaler Agrokonzerne, welche die subsistenzorientierte Agrarwirtschaft verdrängt: so in Mexiko, Brasilien, im Sahel, im Iran, auf den Philippinen. Auch die internationale Arbeitsmigration nahm insgesamt noch zu: freilich verlagerte sich nach dem "Anwerbestopp" mitteleuropäischer Staaten die Richtung der Migration. Die USA und die mittelöstlichen OPEC-Staaten verzeichneten nun die höchsten Zuwanderungsraten. Aber es gab auch schon Übergangsformen zu den heutigen Flüchtlingstrecks: die Indochinaflüchtlinge hatten es immer schwerer, in den benachbarten ASEAN-Staaten und in den USA unterzukommen. Und fernab, etwa in Thailand

und in mehreren Regionen Afrikas, gab es bereits Lager voller vertriebener Bauern und Nomaden, die heute das Bild bestimmen. Der Hunger wurde zu einem Instrument, zugleich die drohende "Überbevölkerung" der drei Kontinente einzudämmen, die ein Hindernis für die "Durchkapitalisierung" der Agrarproduktion war, und den Zusammenhang von Arbeit und Leben in "Food for Work"-Programmen durchzusetzen. Die Bevölkerungspolitik und Aufstandsbekämpfung mit Hilfe der Dürre, die derzeit in Äthiopien so grausam betrieben wird, hatte ihre Vorläufer in mehreren Dürregebieten der 70er Jahre (und nicht zuletzt im Äthiopien Haile Selassis) (5). Es bildeten sich die Grundmuster der neomalthusianistischen Politik heraus, in der die imperialistische Ideologie von der "Bevölkerungsbombe" eine praktische Durchsetzungsform fand: die Hungernden und Landlosen waren zur "Triage", dem Überlebenstest durch unterlassene Hilfeleistungen, freigegeben.

Diese Politik des Auslieferns der "Überflußbevölkerung" an Katastrophen ist heute weltweit perfektioniert - die Organisation der Katastrophen ist uns inzwischen so geläufig, daß sie uns nur noch als Zweizeiler in den Zeitungen oder als Anlaß für Musikfestivals erscheint. Keine Guerillabewegung, keine Befreiungsstrategie, die nicht durch Hunger eingekreist würde; keine Agrarmodernisierung, die sich nicht des Hungers bediente, um die überschüssige Bevölkerungsmehrheit zu vertreiben. Die Zerstörung der agrarischen Subsistenz ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß die Hungernden vom Nahrungsmittelweltmarkt direkt abhängig sind: Nahrung ist Geld, Hunger ist Geldmangel. Zahllose Hungernde leben derzeit in Ländern, die Agrarüberschüsse erzielen oder zu den größten Nahrungsmittelexporteuren gehören - wie Indien oder Brasilien, dem zweitgrößten Nahrungsmittelexporteur der Welt, der in den vergangenen Jahren wohl mehr Hungertote gezählt hat als ganz Afrika. Hunger ist mehr denn je eine direkte Folge des Imperialismus, eine Folge der Weltmarktbeziehungen, der Guerillabekämpfung, der Einbeziehung regionaler Entwicklungen in die Strategien der Weltmächte. Vietnam, Chile, Äthiopien, Afghanistan, Guatemala, Mozambique, El Salvador: wo stehen Flüchtlingselend und Hunger nicht vor diesem Hintergrund?

Was 1968/69 und Vietnam für den Imperialismus der 60er Jahre waren, das waren die iranische Revolution und die nicaraguanische Befreiung für den Imperialismus der 70er Jahre. Die iranische Revolution bedrohte die Drehscheibe des Petrodollars und die nicaraguanische war der imperialistischen Führungsmacht nicht minder bedrohlich - viel näher als Chile, viel verlockender als Kuba. Wie die "Ölkrise" die Antwort auf die erste Krise war, so hieß die Antwort nun "Verschuldungskrise". Das Weltkapital setzte sich als fordernder Gläubiger in Szene. Ein "Höhenflug des Dollar" wurde lanciert, mittels einer immensen staatlichen Kreditnachfrage in den USA und auf einer neuen Organisationsstufe des transnationalen Bankkapitals (6). Ein metropolitaner Akkumulationszyklus wurde in Gang gesetzt ("High Tech", Massenarbeitslosigkeit und Austrocknung des Sozialbudgets), die nationalstaatlichen Entscheidungsspielräume in den Metropolen wie in den trikontinentalen Staaten wurden begrenzt (und dies war die Voraussetzung für eine gleichzeitige "Weltsozialpolitik"), die Rohstoffpreise einschließlich der Ölpreise sanken, die Verschärfung des Ost-West-Konflikts gab den Hintergrund ab für die Aufrüstungspolitik der Führungsmacht, welche im Zentrum des neuen Szenarios stand.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Migration der 80er Jahre: die Faktoren der Vertreibung wurden schärfer (zum Beispiel der agroindustrielle Exportfruchtbau, die brasilianische Zuckerrohrpolitik), die sozialen Puffer wurden zurückgenommen (Streichung der Nahrungsmittelsubventionen unter dem Druck des IWF in vielen Ländern), der Ost-West-Konflikt vertiefte die regionalen Spannungen (im Nahen und Mittleren Osten, am Horn von Afrika, im südlichen Afrika, in Mittelamerika...). Endlos verlängerte regionale Kriege schienen wie geschaffen dafür, die sozialrevolutionären Aspirationen der Volksmassen im Zaum zu halten und die Bevölkerungen zu reduzieren: im Libanon, im Golfkrieg, in Kambodscha ...

Die "Investitionen in die Armen", welche die Weltbank seit der Ära McNamara propagiert hatte, wurden seit 1980 sistiert (7). Die Weltbank trat in den Schatten des Währungsfonds, der im Verein mit den Geschäftsbanken und dem Pariser Club den trikontinentalen Regierungen die Bedingungen für die Sanierung ihrer defizitären Budgets diktierte. Abwertung und Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Agrarexport und Streichung der Lebensmittelsubventionen ebneten den Boden für das transnationale Kapital auf Kosten der Bevölkerungsmassen. Die sozialpolitische Phraseologie der 70er Jahre war durch harte Kalkulationen ersetzt. Was an einer Bevölkerung zählte, waren Arbeitskraft und Kaufkraft - die trikontinentale "Überschußbevölkerung" kam in dieser Rechnung nicht mehr vor.

(1) Die Ausführungen in diesem Abschnitt stützen sich auf unsere Vorarbeiten in: AUTONOMIE N.F. Heft 10, Antiimperialismus in den 80er Jahren, Hamburg 1982.

(2) Die wichtigsten Ströme der internationalen Arbeitsmigration sind der im Anhang wiedergegebenen Karte aus: The Economist vom 3.12.1983 zu entnehmen.

(3) F. Fröbel u.a.: Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977; dies.: Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek 1986.

(4) Allerdings mußte sich die Weltbank vorrechnen lassen, daß ihre Armuts- und Kleinbauernprogramme hunderte Millionen Landloser zu unverwertbarer Überschußbevölkerung stempelten. R. Tezlaff: Die Weltbank, München 1980.

(5) H. Cleaver: Food, Famine, and the International Crisis, in: Zero Work 2, New York 1977.

(6) Zum Zusammenhang von Verschuldung und Weltsozialpolitik vgl. vor allem D. Hartmann: Völkermord gegen soziale Revolution, in: AUTONOMIE N.F. Heft 14, Hamburg 1985.

(7) D. Beckmann: Die Weltbank und die Armut in den 80er Jahren, in: Finanzierung und Entwicklung, Sept. 1986.

3.

Was die gegenwärtige Situation in Lateinamerika, Afrika und Asien so extrem macht, ist der hemmungslose Zugriff der Regimes auf diejenigen Bevölkerungssegmente, die der nationalen Modernisierung im Wege stehen, ist die Radikalität, mit der Nomaden, Bauern und Landlose gezielt vertrieben oder auch aus den Städten aufs Land zurückverfrachtet werden, wenn der Plan es so vorsieht. Gegenüber der Despotie modernisierter Staatsapparate wird die Bevölkerung zur Manövriermasse, die nur noch Entwicklungsfaktor oder Entwicklungshemmnis ist, guerillaverdächtig oder loyal, produktiv oder nutzlos. Diese Modernität der Bevölkerungspolitik hat die populistischen Strömungen der vergangenen Jahrzehnte abgelöst und fällt ineins mit der Weltsozialpolitik des Imperialismus - mag sie Erfolg westlicher oder östlicher Berater sein, ökonomisches Erfordernis unter der Knute des IWF oder Ausgeburt bolschewistischer Entwicklungsideologien. Die gigantischen Umsiedlungsprojekte in Indonesien, Brasilien, Äthiopien, die staatlichen Kollektivierungen dort oder in Mozambique, die Wehrdörfer auf den Philippinen, in Guatemala oder Afghanistan sind Ausdruck der gleichen Strategie, der es um Verwertung und Kontrolle der Bevölkerungsmassen geht, die sich als Subsistenzproduzenten dem staatlichen Zugrriff noch weitgehend entziehen konnten. Es geht darum, diese subsistenzbezogene Eigenständigkeit aufzubrechen, die Bevölkerung in den "cash-nexus" der Geldökonomie zu zwingen , sie zum berechenbaren produktiven Faktor zu machen oder auszuschalten. Regionale Guerillakämpfe sind nur zu oft Schrittmacher für diese Politik, weil sie zu schwach sind, die Subsistenz der Massen wirksam zu verteidigen, oder auch, weil sie dies nicht auf der Rechnung haben und schon viel zu sehr Spielball im Ost-West-Konflikt sind, als daß sie eine sozialrevolutionäre Linie verfolgen könnten.

Das, was in den frühen 60er Jahren als Kombination von Entwicklung und Counterinsurgency gedacht war - die "Grüne Revolution", die Transformation der Subsistenzfamilien in Kleinfamilien und städtische Arbeitskräfte, die Kapitalisierung der Agrarproduktion - und was im sozialen Patt der 70er Jahre endete, läuft nun, echter gesellschaftlicher Entwikklungsperspektiven beschnitten, als Torso ab. Dabei sind jetzt die Regimes und das Militär effizienter, die Vorgaben klarer, die Mittel brutaler. Die Vertreibung der "Überschußbevölkerung" ist kalkulierter Bestandteil einer solcher Politik, denn sie exportiert soziale Konflikte und schafft erst die "tabula rasa" für eine berechenbare und kontrollierte Modernisierungspolitik.

Das ist der Hintergrund für die neuen Migrationsströme, die in den letzten Jahren so stark zugenommen haben, der Hintergrund dafür, daß neben der internationalen Arbeitsmigration die Trecks der vertriebenen Bauern und Nomaden stehen. Die Formen der Vertreibung sind regional unterschiedlich, aber es handelt sich um Durchsetzungsformen einer Weltsozialpolitik, der es im wesentlichen um die gleichen Dinge geht: Eindämmung der sozialen Unrast, Isolation revolutionärer Bewegungen, Kontrolle des gesamten Territoriums und seine Anbindung an die Wertschöpfung, Konzeption einer Bevölkerung als Produktivkraft, Eindämmung seiner Ansprüche ...

Diese Zusammenhänge müßten für verschiedene Regionen genauer untersucht werden. In einigen Ländern sind sie offenkundig, zum Beispiel in Guatemala. Die Stichworte: Verankerung der Guerilla in den entlegenen Indiogebieten, Raids des Militärs, Spaltung der Bevölkerung. Ein Teil wird in Wehrdörfer gepfercht, in denen Gemüse für den US-Markt kultiviert wird, der Lohn wird in Grundnahrungsmitteln ausgezahlt ("frijol y fusil"). Der andere Teil flieht; die einen fristen ihr Dasein in provisorischen Niederlassungen im Urwald, die anderen folgen dem Weg der klassischen Rotationsmigration (pro Jahr zogen etwa 70 000 Guatemalteken zur Kaffe- und Zuckerrohrernte nach Mexiko; diesmal bringen sie ihre Familien mit). In Mexiko (es sollen sich dort bis zu 200 000 Flüchtlinge aufhalten)

kann ein Teil für Niedrigstlöhne als Tagelöhner unterkommen, ein Teil kommt in die Lager (registriert wurden dort etwa 50 000 Flüchtlinge). Viele Männer lassen nun ihre Familien zurück und versuchen, sich quer durch Mexiko in die Südstaaten der USA durchzuschlagen. Auch hier ernten sie Gemüse für den US-Markt, aber die Hälfte des Lohns eines US-Landarbeiters ist bedeutend mehr als die Hälfte eines mexikanischen in Mexiko... An diesem Beispiel wäre viel zu diskutieren: die internationale Gängigkeit der militärischen Befriedungskonzeption, die Schwierigkeit, zwischen "normaler" Saisonmigration und Flucht zu unterscheiden, die Einspeisung von männlicher Flüchtlingsarbeit in den illegalen US-amerikanischen Arbeitsmarkt... - Für andere Regionen ist die Situation unklar, zum Beispiel Afghanistan. 2 Millionen Menschen sind aus Afghanistan in den Iran geflohen (von den 3 Millionen, die nach Pakistan geflohen sind, wird später noch die Rede sein). Die Familien wohnen in Lagern nahe der Grenze. Was machen die Männer, die nicht den Kampf in ihrem Land aufnehmen? Ersetzen sie die Iraner, die an der Front verheizt werden und die Millionen, die aus dem Iran in die Türkei geflohen sind? Und wovon leben diese Iraner in der Türkei?

Zumeist aber vereitelt die hohe Zahl der Flüchtlinge die Integrationsperspektive in den jeweiligen Nachbarländern, und die Aufnahmeländer (vor allem Pakistan, Somalia, Thailand und Sudan) haben erkannt, daß sich mit überfüllten Lagern eher Nahrungsmittelhilfe mobilisieren läßt - in diesen Ländern ist das "Refugee-Businees" bereits kalkulierter Bestandteil des Staatsbudgets (1).

Aber diese Art von Refugee-Businees ist nur eine Episode am Rande, blickt man auf die ökonomische Bestimmung der Flüchtlinge als Arbeitskräfte. Derzeit könnte es scheinen, als würden Flüchtlinge auf den weltweit überfüllten Arbeitsmärkten nie unterkommen. Aber dies Bild täuscht. Denn vor den Erfahrungen der 70er Jahre erscheint die Flüchtlingsarbeit für den transnationalen Akkumulationsprozeß als überaus vorteilhaft.

In den Weltmarktfabriken der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung" hat sich nämlich herausgestellt, daß die trikontinentalen Arbeitskräfte zwar billig waren, aber auch unbeständig: wo sie nicht völlig aus den familiären Subsistenzzusammenhängen herausgelöst waren, zogen sie sich leicht in diese zurück, wägten den Job am Fließband gegen andere Einkommensmöglichkeiten ab, fuhren zur Ernte nach Hause, gründeten Gewerkschaften... Und auch für die Verwertbarkeit des "informellen Sektors" sind die Grenzen in den 70er Jahren deutlich geworden: Die trikontinentalen städtischen Massen lieferten weder Arbeitskräfte, noch brachten sie Investitionen auf; der "informelle Sektor" war viel mehr eine transformierte Form der Subsistenzsicherung, als eine moderne Form des zweiten Arbeitsmarkts (2). Die Erfahrungen in Europa nach dem zweiten Weltkrieg, in den USA bis heute, in Hong Kong und Taiwan und nicht zuletzt in den Arbeitslagern des Mittleren Ostens belegen demgegenüber, daß die Verwertbarkeit menschlicher Arbeitskraft dann besonders hoch ist, wenn diese ihrer sozialen Beziehungen entrissen und möglichst weit von der Heimat entfernt ist.

So nimmt es nicht Wunder, daß man über die Verwertung zukünftiger Flüchtlingsarbeit verhandelt, noch während aus Äthiopoen und dem Südsudan die Hungertoten gemeldet werden. Was liegt näher, als die Flüchtlingstrecks direkt in die Arbeitslager umzuleiten, statt sie - wie bei der klassischen Migration - den Umweg über die trikontinentalen städtischen Elendsquartiere nehmen zu lassen, wo sie sich dem Weltarbeitsmarkt entziehen würden? Was liegt näher, als sie einer "Internationalen Börse für den Austausch von Arbeitskraft" auf diesem Weltmarkt anzubieten, wie es K. Tidmarsh vom Internationalen Arbeitsamt (3) empfiehlt? Es gibt zahlreiche Erfahrungen in dieser Hinsicht: im Sudan werden Lücken des regionalen Arbeitsmarkts, vom Chauffeur bis zur Prostituierten, durch Flüchtlinge gefüllt, in Italien bilden die Philippininnen eine neue Schicht der Hausbediensteten, die Indochinesen beherrschen in Paris mit ihren Schwitzbuden die regionale Textilproduktion, die BRD gilt als "internationales Zentrum des Frauenhandels"... - "Refugees, an overlooked Ressource", schreibt ein Mr. Nairn im Wall Street Journal Europe (26.6.84) und der UNHCR betreibt, mit Weltbankkrediten, ein Projekt zur Ausbildung der "Refugee Labour" in Pakistan. Die afghanischen Flüchtlinge werden vor allem im Bausektor eingesetzt, während die pakistanischen Bauarbeiter nach Bahrain oder Saudi Arabien abgezogen sind. Weitere Hunderttausend werden im Punjab angesiedelt, als Bauern und Geiseln in der potentiellen Konfliktzone des Grenzgebiets zu Indien (4).

Aber welche Formen der Verwertung von Flüchtlingsarbeit sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt schließlich durchsetzen werden, ist noch offen. Eine Immigration in US-amerikanischer Größenordnung (in den Südstaaten halten sich angeblich 25 Millionen "Hispanics" auf) ist in anderen Regionen schwer vorstellbar. Die Perspektive eines "industrialisierten Flüchtlingslagers", wie es Hong Kong dar-

stellt, deutet sich neuerdings nirgends an. Was Westeuropa betrifft, sind Versuche in Gang, sich im Rahmen der EG, des Europarats und der OECD auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Die Schwierigkeiten, in diesem Rahmen ein gemeinsames Management für Flüchtlingsarbeit zu entwickeln, erklären sich u.a. aus der Bedeutung, welche die trikontinentale Arbeitskraft auf dem illegalen Arbeitsmarkt in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland bereits hat (allein in Italien sollen 500 000 Menschen aus Asien als Haushaltsbedienstete und Erntearbeiter beschäftigt sein). Während diese Staaten, die sich in den 70er Jahren in der Rolle der Emigrationsländer gesehen haben, jetzt den Vorteil extrem niedriger Arbeitskosten genießen, steht den mitteleuropäischen Regierungen die Gefahr der zweiten Generation von Einwanderern vor Augen: die schwarzen englischen Riots, die französische Angst vor "den Arabern", die schwierige Kontrolle der türkischen Jugendlichen in der BRD. Auf jeden Fall werden wir die Rolle, welche die internationalen Organisationen (die Organisationen auf europäischer Ebene, das Internationale Arbeitsamt, die UNO-Unterorganisationen, das IRK) in dieser Sache noch spielen werden, genau zu verfolgen haben.

Es gibt inzwischen auch eine wohlinstallierte Strömung unter den Wirtschaftswissenschaftlern, welche die transnationale Mobilität des Kapitals mit der erzwungenen Mobilität der Arbeitskräfte zu verknüpfen sucht. "The immigration restrictions are ... making immigration the most compelling exception to liberalism in the operation of world economy", schreibt Bhagwati (6), und er berichtet von Rechenmodellen, nach denen das weltweite Sozialprodukt auf das Dreifache gesteigert werden könnte, wenn auf dem Weltarbeitsmarkt Freizügigkeit herrschen würde. Der Kreis schließt sich. Die transnationale Kapitalakkumulation schafft einen Weltmarkt für Arbeitskraft. Der Mobilität des Kapitals muß die Mobilität des Faktors Arbeitskraft entsprechen. Auch wenn Bhagwati die Bedeutung der Nationalgrenzen für die Kontingentierung und rassistische Kontrolle der Weltmarktarbeitskraft unterschätzt, drückt sich in seiner Forderung nach Abbau der Migrationshemmnisse doch eine ernsthafte Perspektive für die Verwertung der Flüchtlingsbewegungen aus. Vernichtung und ökonomische Verwertung liegen in der imperialistischen Perspektive eng beieinander, ja sie bedingen einander.

(1) C. Braeckman: Otages des guerres modernes, in: Le Monde 22.2.86.
(2) Vgl. hierzu AUTONOMIE N.F. Heft 10, S.50 f.
(3) K. Tidmarsh: Une bourse internationale d'echange de main-d oeuvre, in: Le Monde 22.2.86.
(4) UNRISD: Afghan Refugees in Pakistan, Geneva 1984, S.32 f.
(5) J.N. Bhagwati: Incentives and Disincentives: International Migration, in: Weltwirtschaftliches Archiv 120/1984, S.680.

4.

Die Flüchtlinge sind Ausdruck der relativen Überbevölkerung, vertriebene Manövriermasse, überflüssig bei der Modernisierung der trikontinentalen Volkswirtschaften, Opfer der regionalen Kriege, die vom Imperialismus zur Eindämmung sozialer Unruhen in den drei Kontinenten geschürt werden, und sie sind zugleich Anbieter auf dem Weltarbeitsmarkt, potentielle Ressource der transnationalen Akkumulation, viel leichter verwertbar als die Menschen, die in den trikontinentalen Slums leben. Und die Flüchtlinge, die hier landen, wie besonders auch die Modalitäten ihrer Herkunft, ihrer Flucht, ihrer Erwartungen sein mögen, sind Boten einer viel breiteren Umschichtung der Weltbevölkerung und internationalen Neuzusammensetzung der Unterklassen, die hier in direkten Kontakt mit der metropolitanen Klassenrealität treten.

Die These von einer imperialistischen Weltsozialpolitik, welche hinter den jeweils besonderen Bedingungen der Vertreibung der Flüchtlinge steht (und diese These wäre als "Verschwörungstheorie" fehlgedeutet, denn es handelt sich ja nur um die Durchsetzungsform der transnationalen Kapitalakkumulation), ist uns wichtig, weil wir von hier aus die objektive Existenz einer transnationale proletarischen Unterklasse behaupten, einer Klasse, die wesentlich noch nicht in den Akkumulationsprozeß selbst einbezogen ist (bei der Arbeiterklasse in den Metropolen handelt es sich, wie wir gesagt haben, um einen historischen Sonderfall von Proletariat), sondern deren Enteignung und Entwurzelung im Zusammenhang mit der "Durchkapitalisierung" der Subsistenzzonen, mit der propagandistischen Tendenz des Weltkapitals verallgemeinerbar wird.

Der Begriff des Proletariats, den wir hier verwenden, geht auf die sozialen Bewegungen und die "soziale Frage" des 19. Jahrhunderts zurück, weil auch damals die aufgebrochenen und vertriebenen Armen, die noch nicht Arbeiter waren und nicht mehr Bauern oder protoindustrielle Handwerker, massenhaft mobilisiert und noch nicht in den Verwertungsprozeß einbezogen, der kapitalistischen Akkumulation gegenüberstanden - damals im nationalstaatlichen Rahmen (1). Heute freilich ist ein Akkumulationszyklus, der dies Proletariat zur Arbeiterklasse im engeren Sinn

transformieren könnte, nicht denkbar: es sind zu viele Arme und ihre demographische Progression ist zu groß für "preußische Lösungen". Deshalb scheint uns die wichtigste Frontlinie im internationalen Klassenkampf die zwischen der Massenhaftigkeit trikontinentaler Sozialbewegungen und der internationalen Bevölkerungs- und Sozialpolitik zu sein - eine Frontlinie, in der die moderne Sozialtechnik und das Riesenarsenal der Massenvernichtung schier unüberwindbar scheinen.

Wir meinen, daß in diesem Klassenwiderspruch auch subjektive Momente von unten bestimmbar sind, welche das internationale Proletariat als "Klasse für sich" konstituieren könnten. Freilich nützt es da wenig, auf antiimperialistische Bewußtseinsprozesse zu schielen oder antiimperialistische Passagen aus den Programmen der Befreiungsbewegungen zu zitieren. Wir müssen vielmehr das Verhalten der Massen selbst als soziale Bewegungsform begreifen, welche gegenüber dem imperialistischen Zugriff in Klassenkampf umschlägt: begreifen, daß die hohe Kinderzahl in den drei Kontinenten, die als Bevölkerungsbombe gerade dort verkauft wird, wo die Bevölkerungsdichte der Industrieländer noch längst nicht erreicht ist, den Anspruch auf Rache der Armen formuliert; begreifen, daß die Vertreibung und Entwurzelung zugleich ein Aufbruch ist, daß damit Erwartungen und Ansprüche geltend gemacht werden, die weder im "informellen Sektor" der Slums, noch auf dem illegalen Arbeitsmarkt der Metropolen aufgehoben sind - und schon gar nicht im "Recht auf Asyl". Nicht nur die "Grüne Revolution" und das Vordringen der Agromultis unterhalten die Abwanderung vom Land in die Städte - noch jede Revolution hat, in großem Ausmaß, die gleichen Migrationsbewegungen ausgelöst: was, wenn nicht die Erwartung einer besseren Zukunft und einer Zeitwende hat die Bauern und Landlosen in Bewegung gesetzt im Iran während der Revolution, in Nicaragua, zuletzt in Haiti nach dem Sturz Baby Docs?

Gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage ist der Doppelcharakter der Mobilität zu untersuchen - die Seite, die ihre Funktionalität für das Kapital bestimmt (die soziale Kontrolle in den Herkunftsregionen und die potentielle Verwertbarkeit), aber auch die andere: den Anspruch auf Einkommen, die Zirkulation von Erfahrungen und Kampfformen, die offensive Wendung der Vertreibung. Die Ära der klassischen Bauernkriege ist vorbei, und "nationale Befreiung" trikontinentaler Staaten ist anders denn als Umsetzung imperialistischer Sozialprogramme kaum noch denkbar. Jede Befreiungsbewegung, welche die Macht übernimmt, sieht sich sofort den Zwängen des Weltmarkts, des IWF, der Multis ausgesetzt, und noch jede Revolution war ein Stachel zur Durchdringung und Subsumtion der Bevölkerung unter ein neues Kommando (sei es unter dem Aspekt der Propaganda für eine nationalistische Ideologie, sei es Gesundheit und Alphabetisierung, sei es, weil die Weltmarktproduktion gesteigert werden muß, um das Staatsbudget zu stabilisieren) und hat deshalb die Tendenz zur Mobilisierung neuer Flüchtlingsbewegungen.

Wie aber ist Antiimperialismus dann noch zu fassen, wenn nicht als weltweiter Kampf an allen Fronten, als Kampf, der sich an all diesen Fronten gleichzeitig gegen die Herrschaft des Imperialismus auflehnt? Und welches soll das hegemoniale soziale Subjekt in diesem Kampf sein, wenn nicht die Mehrheit der Weltbevölkerung aus den Slums und Lagern? Die Gleichzeitigkeit von Soweto und Toxteth, die Landbesetzungen in Mato Grosso und auf Negros, die Revolten in Kairo und Seoul, das sind die Punkte, an denen sich der antiimperialistische Kampf entwickelt. Und auch, wenn es einem nicht leicht über die Lippen geht angesichts des realen Flüchtlingselends: Letztlich braucht die Ausbreitung eines sozialrevolutionören Antiimperialismus auch die Mobilität des Weltproletariats - der entscheidende Punkt ist, welche selbstbestimmten Momente und proletarischen Gebrauchsformen diese Mobilität gewinnen kann. Wenn wir von einer gigantischen Umschichtung der Weltbevölkerung auszugehen haben, dann ist die Frage noch offen, ob dieser Prozeß zur produktiven Reorganisation des Imperialismus führt oder zu einem antiimperialistischen Kampf auf neuer Stufe.

Auch wenn die Flüchtlinge hier in den Lagern und auf dem illegalen Arbeitsmarkt enden, so präsentieren sie doch einen Anspruch auf Überleben und Entschädigung, sie sind Teil des internationalen Klassenkampfs. Sich von einer antiimperialistischen Positionen her auf sie zu beziehen heißt, nicht nur ihr Recht auf Asyl, sondern ihren Anspruch auf Freizügigkeit, Selbstbestimmung, Einkommen zu verteidigen, heißt, den internationalen Klassenkampf in die Metropolen hereinzuholen und heißt, die Flüchtlinge vor der Verwertung als Manövriermasse repressiver Sozialpolitik zu schützen.

(1) A. Meyer: Massenarmut und Existenzrecht. Geschichte der sozialen Bewegungen 1789-1848, in: AUTONOMIE N.F. Heft 14, Hamburg 1985.

Ende.

SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSKAMPF !

Auszüge aus einem Flugi aus dem Ruhrgebiet

Massaker und Hungertod gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon. Die Lager Shatila, Burj Al-Barajneh und Rashidiyeh sind seit vier Monaten von der Außenwelt abgeschnitten. Über 50.000 palästinensische Flüchtlinge sind in den Lagern eingekesselt. Weder Nahrungsmittel noch Medikamente kommen durch die Blockade, jetzt fehlt es schon an Trinkwasser. Die Menschen hungern, Seuchen breiten sich aus.

Die Lager werden von den Amal-Milizen mit Unterstützung der 1. und 6. Brigade der libanesischen Armee und syrischen Spezialeinheiten belagert und beschossen. Hunderte Menschen fielen diesem Vernichtungskrieg schon zum Opfer. Nachdem der Widerstand in den Lagern militärisch nicht gebrochen werden konnte, soll er jetzt ausgehungert werden. Nach den Massakern in Tel El-Zaatar 1976, Sabra und Chatila 1982 wird jetzt zum dritten Mal eine Vernichtungsaktion gegen die palästinensischen Flüchtlinge geführt. Parallel dazu entfaltet das israelische Militär neue Repressionsmaßnahmen gegen das Lager Balata bei Nablus in der Westbank und geht mit allen Mitteln gegen die Kämpfe der Jugendlichen vor.

Aus der BRD werden zur gleichen Zeit palästinensische und libanesische Flüchtlinge in den Libanon abgeschoben. Mit brutalen Polizeieinsätzen werden die Abschiebungen in Berlin auch gegen einen breiten Widerstand durchgesetzt. In Essen wurde ein Libanese auf ausdrückliche Anordnung des Innenministeriums "nachts aus dem Bett verhaftet"(WAZ) und abgeschoben - obwohl in NRW noch ein Abschiebestopp für Libanesen besteht. Der Terror gegen die Flüchtlinge hier ist die Kehrseite der imperialistischen Politik der BRD im Nahen Osten. Während sie die Entführung von zwei Menschen als wichtigstes Problem herausstellt und mit Verweis darauf die Repression gegen Flüchtlinge aus dieser Region noch verschärft, kommen ihr die Massaker an den Palästinensern gelegen. Denn von einer endgültigen Ausschaltung der Palästinenser erhoffen sich der westdeutsche Imperialismus und das transnationale Kapital die für ihre Profite notwendige "Ruhe" im Libanon.

Der "Lagerkrieg" der Amal gegen die Palästinenser

Nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut 1982 hatte Israel geplant, aus dem Libanon einen politisch, militärisch und wirtschaftlich von sich abhängigen Staat zu machen. Diese Quasi-Annektierung scheiterte an der zunehmenden Stärke der schiitischen Milizen (vor allem der "Amal"), deren Mobilisierung der verarmten und vertriebenen Bauern und Tagelöhner. Sie traten zunächst zusammen mit den Palästinensern und Drusen dieser imperialistischen Durchdringung entgegen. Der israelische Staat setzte daher alles daran, diese Einheit aufzuspalten. Er deutete eine Kompromißlinie an, die ein eigenes Machtgebiet der Amal unter der Voraussetzung der Ausschaltung der Palästinenser dulden werde.

Die israelischen Angriffe auf den Südlibanon hatten sich gezielt immer auch gegen die schiitische Bevölkerung gerichtet, um sie gegen den vermeintlichen Verursacher der brutalen Überfälle, gegen die Palästinenser aufzubringen. Dies hat es den Machtinteressen, die hinter der Amal stehen, ermöglicht, Leute aus dem Südlibanon und Flüchtlinge in Beirut gegen die Palästinenser zu mobilisieren, obwohl die Menschen im Südlibanon ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit weiter vom israelischen Militär und des libanesischen Haddad unterdrückt werden (wie durch die gegenwärtigen Angriffe auf Sidon).

Palästinenser in den Lagern gestehen auch ein, daß sich reaktionäre Kräfte unter den Palästinensern den südlibanesichen Bauern gegenüber als neue Machthaber aufgespielt haben. Und sicherlich gibt es auch unter den Palästinensern bürgerliche Kräfte, die mit der Forderung nach einem eigenen Staat ihre eigenen Machtinteressen im Auge haben.

Die jetzige Situation müssen wir daher als eine tragische Pattsituation im Klassenkampf begreifen. Es gelingt dem Kapital nicht, den Widerstand in dieser Region einzudämmen. Alle kapitalistischen Entwicklungskonzepte für den Libanon, oder auch das neue Wirtschaftsförderungsprogramm von Israel und Jordanien für die besetzten Gebiete, stehen auf schwachen Füßen. Aber es gelingt der Klasse in dieser Region auch nicht, sich in einem revolutionären Prozeß über die von den Herrschenden benutzten religiösen Differenzen hinwegzusetzen. Umso wichtiger ist es, daß wir uns nicht in der Betrachtung der oberfächlichen Wirren verfangen. Vielmehr müssen wir versuchen, die Klassenlinien gegenüber dem Ausbeutungsinteresse des nationalen und transnationalen Kapitals und den Machtinteressen der verschiedenen Staaten in dieser Region herauszustellen.

FÜR DIE SOZIALE REVOLUTION IM NAHEN OSTEN !

Der Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser in den Lagern ist der aktuelle Schritt, mit der eine revolutionäre Kraft ausgelöscht werden soll. Sie waren ein Bezugspunkt für Hunderttausende von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren nach Beirut gekommen sind und in den südlichen Elendszonen leben. Und genau das ist es, was "grüne Revolution" und die fortgesetzte Industrialisierung in den Ländern dieser Region ausgelöst haben: Flüchtlingsströme, die das klassische Sozialgefüge umkrempeln und neue Ansatzpunkte der Revolte schaffen. Von solchen Brüchen wollen sich die Metropolen freihalten. Die repressive Politik der BRD und anderer Staaten gegen Flüchtlinge ist daher notwendiger Bestandteil ihres Imperialismus.

Diskussionsbeitrag einer Berliner Frauengruppe zum Artikel über Frauenarbeit in Nr. 40

Mal sehen, ob unsere Antwort auf euren Frauen-Diskussionsaufruf als ernstzunehmende Kritik durchgeht, oder ob wir nur eine weitere Mystifikation aufgebläht haben. Kann frau ja nie wissen. Wie merkt frau das eigentlich? (Grüße an die Freiburger Genossinnen! Wir schätzen die Erwiderung der KarlsruherInnen auf Euren Brief so ein: Sie ist dröge und arrogant.)

Was die Einleitung zu eurem "Flinke-Finger"-Artikel anbelangt, da habt ihr euch mindestens im Ton vergriffen. Und das ist womöglich nicht nur ein Formfehler, das ist schon auch politisch.

WIE FEMINISMUS UND KLASSENKAMPF ZUSAMMENGEHEN

("oder nicht" könnt ihr euch sparen)

*Wir werfen euch nicht vor, daß ihr ausschließlich Frauen-Lohnarbeit thematisiert. Da habt ihr wichtige Zusammenhänge klargestellt. (Wobei wir den Spruch "Immer mehr Frauen **arbeiten**" als groben Flüchtigkeitsfehler durchgehen lassen - ihr meint wohl **Lohn**arbeit.)*

*Wir wollen hier nicht Produktions- und Reproduktionsbereich gegeneinander ausspielen. Wir wollen herausarbeiten, inwiefern euer **Ansatz** falsch ist, weil ihr darin das Zusammenwirken von Kapital und Patriarchat **innerhalb** des Produktionsbereichs nicht benennen könnt und deshalb eure Kampfperspektive ("Aus flinken Fingern eine Waffe machen") zynisch wird.*

*Was wir an eurem Artikel gut und richtig finden, ist die Frage nach dem Stellenwert von so etwas wie "weibliche Subjektivität"/"spezifisch weibliches Arbeitsvermögen" für revolutionäre Frauenkämpfe. Uns geht's dabei aber gerade um das **Zustandekommen** dieser, in eurem Artikel erstmal vorausgesetzten "weiblichen Subjektivität" - als Ergebnis patriarchaler und kapitalistischer Zurichtung. Und zwar weil Frauen-Kämpfe dann revolutionäre Sprengkraft entwickeln, wenn sie "das ganze Leben thematisieren" und das heißt für uns: Gegen Kapitalismus **und** Patriarchat!*

MIT STICKNADELN UND SCHWÄTZEN DEN KAPITALISMUS ZERSETZEN!

Die KarlsruherInnen schreiben, daß sich in den letzten drei Jahren ein neuer kapitalistischer Boom vollzogen hat. Dieser wird im wesentlichen von Frauen getragen, was sie an der steigenden Zahl der erwerbstätigen Frauen festmachen. Als Begründung für die verstärkte Rekrutierung von Frauen wird Lohneinsparung (die Frauen-Löhne betragen ca. zwei Drittel der Männer-Löhne), Klassenspaltung und das gezielte Interesse des Kapitals an der "weiblichen Arbeitskraft" angegeben.Dem Kapital geht's um die Ausbeutung des "spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens", um die besonderen "weiblichen Qualifikationen" (S. 51). Die "weiblichen Qualifikationen" bestehen in der angeblich besonderen Fähigkeit von Frauen für feinmotorische Tätigkeiten, wie "Picken und Packen". Die flinken Fingerchen eignen sich halt ganz prima für Arbeiten in der Elektroindustrie und der Mikrochipherstellung. Ordnungsliebe, Organisationstalent und Kommunikationsfähigkeit prädestinieren Frauen geradezu zum Pflegen von Menschen (Krankheitswesen) und Räumen (Putzjobs aller Art). All diese Eigenschaften haften Frauen quasi naturwüchsig an. Dank der weiblichen Sozialisation, die dieses "spezifisch weibliche Arbeitsvermögen" hervorbringt (S. 48), müssen Frauen für manche Industrie- und Dienstleistungsjobs nicht besonders angelernt werden. Das also macht Frauen so begehrenswert fürs Kapital. Die "Naturressourcen" sollen in der Produktion und der entlohnten Reproduktion umfassend verwertet werden.

*Da haben die KarlsruherInnen beim Mystifikationen-Wegschaufeln doch glatt eine übersehen. Denn falls es **so ein** "spezifisch weibliches Arbeitsvermögen" gibt, ist es nicht die **Erklärung** für die vermehrte Rekrutierung von Frauen. Denn das würde bedeuten, daß die Arbeitskraft von Frauen überall dort eingesetzt würde, wo Sorgfalt, flinke Finger, Sauberkeit etc. gefragt sind. Wo sind denn die Chirurginnen? Die Lasertechnikerinnen? Auch Männern wird, z.B. über Lötbaukästen, Fingerfertigkeit ansozialisiert. Frauen sind weder besonders gut noch besonders schlecht für den einen oder anderen Job **qualifiziert**. Jeder Mann könnte und kann die gleichen schlecht bezahlten, miesen Jobs verrichten.*

Wir bestreiten nicht, daß es so etwas wie ne weibliche Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit gibt - im Gegenteil. Diese ist jedoch nicht per se gut oder schlecht (da gibt's sowohl einschränkende wie powervolle Ausformungen), sondern ein Ergebnis patriarchaler Zurichtung.

*Weibliches Arbeitsvermögen, weibliche Subjektivität tauchen im Artikel als **Eigenschaften** auf, die den Frauen wie angeboren anhaften und vom Kapital wie eine Naturressource angeeignet werden. Das "spezifisch weibliche Arbeitsvermögen" als "Naturressource" zu bezeichnen, ist vom Kapital aus gesehen schon ganz richtig.*

*Das heißt nämlich nur, daß da wesentliche Sachen **außerhalb** des Kapitalverhältnisses ablaufen. Wenn es um revolutionäre Kämpfe gehen soll, dann geht's auch um die Frage nach den Produktionsbedingungen dieser "Naturressource".*

Unter welchen Bedingungen kommt die eigentlich zustande? Indem das Patriarchat als Herrschaftsverhältnis mit keinem Wort erwähnt wird, gerät das Erklärungsmuster der KarlsruherInnen in die Nähe eines biologistischen Ansatzes.

Frauen werden nicht wegen ihrer Fähigkeiten, sondern wegen ihrer Billigkeit und einer bestimmten Haltung vernutzt. Weder die Billigkeit noch die Bereitschaft von Frauen, unter miesen Bedingungen bestimmte Tätigkeiten auszuüben, lassen sich aus dem Kapitalverhältnis erklären. Beides ist Ausdruck des patriarchalen Herrschaftszusammenhangs. Wenn die Entstehungsbedingungen des weiblichen Arbeitsvermögens ausgeblendet werden, bleibt so ein Be-

griff wie "bunte Neuzusammensetzung" inhaltsleer. Es ist nämlich keine "Zusammensetzung", die da skizziert wird, sondern eine völlig beliebige Aneinanderreihung von Eigenschaften, Verhaltenssprengseln und Vorurteilen. Die weiblichen Verhaltensweisen werden aber nur verständlich aus dem Zusammenhang mit den wirklichen Bedingungen, auf die sie sich tatsächlich beziehen. Isoliert man sie aus diesem Zusammenhang raus, so erscheinen sie nur noch sinnlos-borniert und sind für eine **Erklärung** völlig belanglos. In dem Karlsruher Artikel bezieht sich das Frauen-Verhalten auf nichts und deshalb setzt sich da auch nichts zusammen.

Und wenn die KarlsruherInnen dazu auffordern, diese patriarchale Zurichtung im Kampf gegen das Kapital zu verwenden, heißt das nichts anderes, als mit dem einen Unterdrückungsverhältnis (Patriarchat) gegen das andere (Kapitalismus) zu kämpfen. Das ist nicht revolutionär, sondern eine Selbstverarschung.

"MAN HOLT DIE FRAUENFRAGE REIN"

Unser Anliegen in diesem Beitrag ist es, die Diskussion um eine gemeinsame Vorstellung von "Patriarchat" voranzutreiben. Dies ist für uns die notwendige Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung und die Entwicklung einer kämpferischen Perspektive. Versuche und Ergebnisse einer langen feministischen Diskussion jedoch einfach als im Reformismus oder "Bauch" steckengebliebene Mystifikationen vom Tisch zu wischen, wie die KarlsruherInnen in ihrer Einleitung, bringt uns dabei nicht weiter. Uns geht's nicht darum, die "richtige" Analyse vom Verhältnis Kap./Pat. zu präsentieren, sondern mit dem Problem umzugehen, daß die revolutionäre Linke nicht einmal gemeinsame Begriffe und Problemstellungen entwickelt hat, um überhaupt darüber **reden** zu können.

Und dieses Defizit kriegen wir immer schon dann mit, wenn in politischen Zusammenhängen versucht wird, über das Geschlechterverhältnis zu reden (gängige Praxis: "Man holt die Frauenfrage rein"):

- Entweder werden bloß **individuelle** Verhaltensweisen eingeklagt (was sich zumeist am Gesprächsverhalten von Mackern festmacht und außerdem als scheinbar formaler Punkt aus dem "eigentlichen" politischen Thema rausfällt.)
- Oder das Geschlechterverhältnis wird als bloß **ideologische** Frage behandelt. So, als handle es sich nur um falsche Werte und Normen, denen mit ein bißchen Goodwill und aufgeklärtem Problembewußtsein schon beizukommen wäre. Und so, als ob das Pat. nur ein ideologischer Begleitumstand des Kapitals wäre. Das ist schon fast das klassische Nebenwiderspruchskonzept.
- Oder es wird der Kapital/Arbeit-Antagonismus als Hauptwiderspruch völlig durch den Männlich/Weiblich-Antagonismus ersetzt und damit das alte Nebenwiderspruchskonzept nur umgedreht.

Und natürlich sind diese praktischen Schwierigkeiten, sich über das Patriarchat und einen kollektiven Kampf dagegen - zu verständigen, nicht einfach dadurch aus dem Weg geräumt, daß wir uns einen möglichst ausgeklügelten Begriffsapparat zulegen.

Die Borniertheiten, auf die Frauen in Auseinandersetzungen mit Typen stoßen, sind nicht zuletzt Ausdruck der tatsächlichen Geschlechterspaltung und die läßt sich nicht wegdiskutieren. Das ist klar.

Wirkliche Probleme aber bereitet uns der in linksradikalen Frauenzusammenhängen oft erfahrene Mangel an einer gemeinsamen Basis der Auseinandersetzung.

Was sich die revolutionäre Linke bisher an Begriffen und Theorien für den Kampf gegen das Patriarchat entwickelt und angeeignet hat, stinkt uns deshalb, weil dadurch power und letztendlich Handlungsmöglichkeiten verloren gehen und wir selten über scheiß-individualisierende Äußerungsformen hinauskommen (stille Wut, Rumkotzen, Aussteigen).

Was wir von einer **Theorie** wollen, ist, daß wir mit ihr das Patriarchat als spezifisches (d.h. gegenüber dem Kapitalismus Eigenständiges, wenn auch verflochtenes) gesellschaftliches Unterdrükkungsverhältnis begreifen können: nämlich als ein System von materiellen und ideologischen Bedingungen, unter denen **alle** Frauen (auch die, die sich individuell gar nicht "weiblich" verhalten) gezwungen sind, ihr Leben/ihre Bedürfnisse zu organisieren.

Das sind die Zwangsverhältnisse, die Frauen dazu bringen, spezifische, "weibliche" Strategien zu entwickeln, um in dieser Gesellschaft wenigstens eine minimale Befriedigung ihrer Bedürfnisse sichern zu können.

ZWANG ZUR WEIBLICHKEIT - WEIBLICHKEIT ALS ARBEIT

Um das Vorausgegangene inhaltlich zu füllen, haben wir die Begrifflichkeit verwendet, die zur Erklärung und Verständigung über das Kapitalverhältnis entwickelt wurde. Es geht nicht um die Etablierung einer total neuen Sprachregelung, also daß in Zukunft einfach andere Wörter genommen werden. Aber wir denken, daß durch diese Begrifflichkeit (Arbeit, Zwang zur Arbeit, Lohn, Zusammensetzung) unser Anliegen deutlich wird:

Zu begreifen, daß es unsere eigenen materiellen Lebensinteressen sind, die da in zerstörerische patriarchale Formen gepreßt werden. Daß das Patriarchat gleichzeitig unsere Existenzgrundlage und unsere Unterdrückung ist. Und daß dieser patriarchale Widerspruch zwischen Lebensinteresse und Lebensmöglichkeiten keine individuelle Lösung finden kann.

Allen Frauen ist gemeinsam, daß sie sich permanent an einem gesellschaftlich produzierten Konstrukt von Weiblichkeit abarbeiten müssen. Dieses Konstrukt läßt zwar verschiedene Ausformungen zu, aber egal, ob Hausfrau/Mutter oder Autonome in Kleinfamilie oder Frauen-WG, jede muß sich auf Weiblichkeit beziehen und unterliegt dem Zwang zur weiblichen Arbeit. Das ist die Rahmenbedingung, innerhalb der Frauen ihre Existenz sichern und ihre Lebensqualität halten oder verbessern.

Wenn wir das Frau-Werden und Frau-Sein als Arbeit bezeichnen, können wir den materiellen Zwangscharakter patriarchaler Lebensbedingungen fassen - der für Frauen immer besteht, der "zu-

hause", in der Kneipe, auf der Straße, in der Familie oder der WG nicht wegfällt. Da wo Männer selbstverständlich und eindeutig Orte und Zeiten der Nicht-Arbeit, der sogenannten Freizeit, für sich beanspruchen können, existiert für Frauen erstmal kein solcher Ort.

Ganz offensichtlich ist das bei Hausfrauen, die permanent mit der psychischen und physischen Umsorgung von Mann und Kindern beschäftigt sind - und dazu gehören nicht nur die Tätigkeiten, die üblicherweise als Repro-Arbeit bezeichnet werden, dazu gehört auch das Sich-Attraktiv-Halten für den Mann, das Vor-dem-Spiegel-Stehen, das Den-Bauch-Einziehen, das geduldige Zuhören, etc.pp.

Zweifellos reproduzieren auch **die** Frauen männliche Arbeitskraft, leisten auch **die** Frauen gesellschaftliche Reproduktionsarbeit, die nicht Hausfrauen und Mütter sind. Indem sie sich anglotzen lassen (müssen) in der Szenekneipe, "schön" sind, es in Politdiskussionen schaffen, "Weiblichkeit" und Theoriegeklotze wohldosiert zu verabreichen. Wir müssen wohl nicht extra erwähnen, daß die Malocherin in der Fabrik dem Zwang zur Weiblichkeit genauso ausgesetzt ist: wie gesagt, es gibt keinen Bereich der Nicht-Arbeit. Frau kann sich nicht einfach "dazu entschließen", alles liegen und stehen zu lassen, wie Phönix aus der Asche aufzustehen, sich um die Bedingungen, denen sie unterliegt, einen Dreck scheren, "selbstbestimmte" Vorstellungen von Frausein, Schönheit, weiblichen Verhaltensweisen etc. kann sie nicht "einfach so" entwickeln, weil ihr mit jedem Schritt, mit dem sie aus dem herkömmlichen Rahmen fällt, Sanktionen drohen. Am offensichtlichsten werden die Sanktionen bei Abstrichen von den oftmals sowieso kümmerlichen und sogar beleidigenden Ansätzen von emotionaler Zuwendung und Anerkennung. Diese werden Frauen entzogen, wenn sie die weibliche Produktivität verweigern. Da **jede** Lebensäußerung von Frauen unters Patriarchat subsumiert ist, ist es nicht möglich, sich individuell außerhalb des Patriarchat-Zusammenhangs zu stellen. Auch die individuell "emanzipierten" Frauen unterliegen der patriarchalen Vernutzung.

Die Spielregeln für weibliche Handlungsmöglichkeiten sind Arbeitsbedingungen, die Frauen nicht selbst bestimmen. Sich außerhalb des Patriarchat-Verhältnis zu stellen - auf den Zwang zur weiblichen Arbeit zu pfeifen - oder - die weibliche Arbeit zu verweigern - kommt einem Lohnentzug und somit dem Entzug der gesamten Existenzbasis gleich.

FRAU SEIN, LIEB SEIN, SCHÖN SEIN UND DIE ZÄHNE ZUSAMMENBEIßEN WAS HEIßT'N HIER "SOLIDARITÄT"?

Ausgehend von dem Verständnis, daß alle Frauen dem Zwang zur Weiblichkeit ausgesetzt sind, versuchen wir zu formulieren, an welche Voraussetzungen eine kämpferische Perspektive gegen den Zwang zur Arbeit geknüpft ist. Damit stellen wir uns die Frage, auf welcher Gemeinsamkeit wir Frauensolidarität entwickeln können. Viele feministische Versuche in diese Richtung behelfen sich mit der Vorstellung, daß die patriarchale Herrschaft immer dasselbe Muster von Frauen-Unterdrückung benutzt. Ob das nun die weltweite Unfähigkeit von Frauen ist, den Mund aufzumachen oder das jahrhundertelange Objekt von Männerbegierde zu sein. Alle sind gleichermaßen vom Patriarchat unterdrückt. Über diese Eigenschaften und Verhaltensweisen wird eine vordergründige Gemeinsamkeit hergestellt, über die Solidarität entwickelt und auf deren Grundlage gegen das Patriarchat gekämpft werden soll.

Diese Gemeinsamkeit ist eigentlich nur noch eine gigantische Abstraktion vom wirklichen Leben, weil sie von den konkreten, spezifischen Bedingungen, denen Frauen unterliegen, absehen muß. So bleibt eine Gemeinsamkeit oft nur in den Köpfen übrig, als Wunsch und Appell an Frauensoli oder als einfühlsames Mitleiden. Und letztlich verwischen oder verlieren sich konkrete Kampfansatzpunkte.

Der weibliche Zwang zur Arbeit **realisiert sich in verschiedenen Formen**, je nachdem, zu welchen spezifischen Arbeitsbedingungen Frauen sich verhalten müssen. Es geht aber nicht darum, eine beliebige und bloß zufällige Unterschiedlichkeit festzustellen, sondern um die bestimmte Art, wie die unterschiedlichen Spielarten von Weiblichkeit aufeinander abgestimmt sind, sozusagen um eine patriarchale Strukturierung.

Diese Struktur, verstanden als kontrollierte Arbeitsorganisation, ist vorstellbar als technische Zusammensetzung. Was "Das Patriarchat" ist, erschließt sich nicht über die detaillierte Beschreibung einzelner Frauen-Schicksale, die dann anschließend über ein abstraktes gemeinsames Unterdrückt-Sein vereinheitlicht werden.

Die ganz bestimmte Kombination verschiedener Arbeitsbedingungen macht das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis aus.

Trotz demselben Hintergrund - dem Zwang zur Arbeit - greift durch die **gezielte Verschiedenheit** der unmittelbaren Bedingungen die Spaltung als unterdrückerisches Werkzeug patriarchaler Herrschaft. Die Frage, ob und wie sich revolutionäre Sprengkraft entwickelt, hängt davon ab, welche Antwort wir **darauf** finden.

Die Spaltung zu überwinden setzt voraus, zu bestimmen, wie gerade die Unterschiedlichkeit unseres Arbeiterinnenverhaltens auf das Ensemble der weiblichen Arbeitsorganisation antwortet. (Mit dem Wort "bestimmen" sind wir selbst sehr unzufrieden. Es unterstellt, daß es sich um eine einmalige Erkenntnis handelt, die dann nur noch umgesetzt werden muß. Das kann sich natürlich nur in der praktischen Auseinandersetzung, dem Kampf, entwickeln und "bestimmen".) An diesem Punkt schlägt die technische Zusammensetzung in eine politische um. Dem allgemeinen Zwang zur Arbeit setzen wir das gemeinsame Interesse nach Selbstbestimmung entgegen. Solidarität basiert dann nicht auf vordergründigen Gemeinsamkeiten, sondern sie ist der Prozeß, auf Grundlage der verschiedenen Bedingungen, dieses gemeinsame Interesse kollektiv und praktisch zu entwickeln. Darin liegt die Sprengkraft, die es ermöglicht, Ansätze selbstbestimmter Existenzsicherung zum radikalen Kampf gegen patriarchale Fremdbestimmung zu wenden.

Wie Feminismus und Klassenkampf zusammengehen - dazu haben wir noch kein Wort verloren. Die Frage nach einem Zusammenhang zu stellen, setzt voraus, die Sachen erstmal auseinanderhalten zu können. ♀

Der Chemische Knebel

Buchbesprechung

Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen

Vom Narrenturm und Scheiterhaufen zum chemischen Knebel und Mord auf Raten

Mit Schaudern blickt man heute auf die mittelalterlichen Foltermethoden zurück, mit denen in früheren Jahrhunderten unangepasste, ver-rückte, nicht verwertbare Menschen gequält und vernichtet wurden. Seit der Erfindung des Begriffes 'Schizophrenie' und der Erklärung der Psychiatrie zur Wissenschaft haben die Folterknechte im weißen Kittel versucht, ihren Repressionsapparat als medizinische Hilfe auszugeben.

Die ersten medizinischen Behandlungsmethoden der klassischen Psychiatrie sahen allerdings immer noch barbarisch aus. Bei Insulin-, Cardiazol- und Elektroschocks und bei gehirnchirurgischen Verstümmelungen (=Lobotomie) waren Schäden und Qual für die so Behandelten zu offensichtlich. Die Entwicklung der Neuroleptika brachte den großen Schritt nach vorn. Psychiater schwärmen von diesem "pharmakologischen Ersatz für Lobotomie", seiner einfachen Anwendbarkeit und breiten Wirkung und vom Abbau des Mißtrauens bei Behandelten und Öffentlichkeit.

So werben Pharmafirmen für ihre Psychogifte. Der chemische Knebel ist ein Grundpfeiler für den Ausbau der **Sozialpsychiatrie**, für den flächendeckenden psychiatrischen Zwang zur Normalität. Mit geringem Aufwand an Zeit und Geld können auf diese Weise hunderttausende ambulant 'ruhiggestellt' werden.

Die Notwendigkeit einer "sozialen Psychiatrie" wurde von den Psychiatern schon in den 20er Jahren betont. Angesichts der Radikalität der damaligen Kämpfe suchten sie nach einem Instrument, um "den zersetzenden Einflüssen des Internationalismus Einhalt zu gebieten." Durch Sterilisation sollte die "Erbkrankheit Schizophrenie" aus der Welt geschafft werden. Mit dem Aufbau einer **gemeindenahen Psychiatrie** wollten sie schon damals "ein dichtes Netz gesundheitlicher Betreuung über Deutschland ziehen und ein Netz spannen, durch das kaum jemand wird hindurchschlüpfen können."

Heute gelten die Betreiber der gemeindenahen und sozialen Psychiatrie als die fortschrittlichen Vertreter ihrer Zunft. Mit ihrer Kritik an bestimmten 'Mißständen' der alten Großanstalten stricken sie an dem Netz psychiatrischer Alternativeinrichtungen. Die psychiatrische Behandlung an sich, das Ruhigstellen mit Neuroleptika, bleibt selbstverständlich von ihrer Kritik ausgenommen. Denn sie bildet die materielle Grundlage für die gemeindenahe Ausweitung der Psychiatrie.

Schaut man sich die Wirkungsweise dieser 'Medikamente' an, dann wird klar, warum Psychiater heute für die Unterdrückung der "Psychisch Kranken" mit weniger Mauern und Ketten auskommen. Die spektakulären Erfolge im Kampf gegen die Psychiatrie in den 70er Jahren beruhten auch auf der öffentlichen Empörung über die mittelalterlichen Einsperrungsformen. Die chemische Einmauerung ist weniger sichtbar und angreifbar, sie verschleiert die Gewalt des Psychiatriesystems und erschwert den Kampf dagegen. Die lebenszerstörenden Wirkungen der Neuroleptika sind öffentlich kaum bekannt und werden von den Psychiatern als **Geheimwissen** gehütet.

Abb. 111:
Traditionelle psychiatrische Behandlung:
Einsperren und In-Ketten-legen der Unbequemen

Peter Lehmann will mit seinem Buch, in dem er auch die historische Entwicklung zur heutigen Form der Psychiatrie skizziert, das geheime Wissen der Psychiater öffentlich machen. Die schädlichen und z.T. tödlichen Folgen, die Psychiater mit Neuroleptika wissentlich erzeugen, werden mit Zitaten aus (z.T. unveröffentlichter) Fachliteratur belegt. Übersetzungen und Erklärungen der medizinischen Fachausdrücke machen diese Darstellung auch für Menschen ohne medizinische Vorbildung verständlich.

Funktionsweise und Auswirkungen von Neuroleptika

Neuroleptika vermindern Stoffwechsel und Sauerstoffzufuhr im Gehirn und blockieren Nervenimpulsübertragung und vegetatives System. Psychiater sprechen von einem "Zustand verlangsamten Lebens", einer "vita minima" oder einem "Winterschlaf", den sie durch die Gifte erzeugen. Dieser Zustand entspricht dem "hirnlokalen Psychosyndrom", das gewöhnlich nach bestimmten Hirnverletzungen und hirnchirurgischen Eingriffen auftritt. "Wir verwandeln den seelisch leidenden vorübergehend in einen hirnorganisch kranken Menschen, bei der EKT (=Elektrokrampf'therapie') nur globaler, dafür kürzer als bei der Pharmakotherapie" - so K.Dörner, einer der Gurus der Sozialpsychiater. Diese Feststellung ist schon absurd genug: die angebliche 'Gehirnkrankheit Schizophrenie' soll behandelt werden, indem die Schizophrenen in Gehirnkranke verwandelt werden? Aber sie enthält auch eine Lüge: die hirnorganischen Schäden sind nicht "vorübergehend". Psychiater weisen selbst darauf hin, daß die Mangelversorgung des Gehirns mit Sauerstoff zu bleibenden Schäden führt. Bei Obduktionen von mit Neuroleptika behandelten Menschen wurden in verschiedenen Teilen des Gehirns krankhafte Veränderungen und Verletzungen gefunden. Und dementsprechend sind dann auch die weiteren Folgen nicht mehr rückgängig zu machen. Die endlose Liste dieser weiteren Folgeschäden, der sogenannten "Nebenwirkungen", wird in dem Buch ausführlich behandelt.

Das Märchen von den "Nebenwirkungen"

Wenn Körperverletzungen oder Todesfälle infolge von Neuroleptika'behandlung' nicht mehr zu vertuschen sind, versuchen Psychiater sich mit dem Hinweis auf "Nebenwirkungen" oder eine "Überdosis" zu rechtfertigen - denn das Betreiben von systematischer und bewußter Vergiftung können sie schließlich nicht zugeben. P.L. weist nach, daß es die "Überdosis" nicht gibt. Sämtliche Schädigungen können schon nach kurzer "Behandlung" mit geringen Dosen auch der sogenannten schwachen Neuroleptika auftreten.

Und die "Nebenwirkungen"? Bei so vielen Nebenwirkungen stellt sich die Frage, was denn eigentlich die gewünschte Hauptwirkung dieser Medikamente sein soll. Neuroleptika werden hauptsächlich gegen "Schizophrenie" eingesetzt. Die Antwort auf die Frage, was diese angebliche Krankheit ausmacht, bleiben die Psychiater seit mehr als 100 Jahren schuldig. Ihr Suchen nach körperlichen Ursachen und Erbfaktoren blieb bislang völlig ergebnislos. Und wenn sie schon nicht wissen, was sie behandeln oder heilen wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Wirksamkeit ihrer Medikamente wiederum an den sichtbaren "Nebenwirkungen" abzulesen. Den Parkinsonismus, Schüttellähmung und Bewegungsunfähigkeit, sehen sie als Voraussetzung für die Wirksamkeit der Behandlung! Erst wenn diese Symptome auftreten, gilt die "neuroleptische Schwelle" als erreicht. Die sogenannten "Nebenwirkungen" sind also keine - sie sind die beabsichtigte Wirkung!

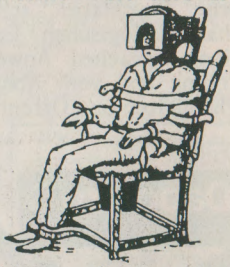


Abb. 18: Traditionelle psychiatrische Behandlung: Der sogenannte "Tranquilizer-Stuhl"

Manchmal geben Psychiater selbst zu, "daß die 'medikamentöse Zwangsjacke' mit ihrer Akinese (=Bewegungsunfähigkeit) oft gar nicht so unerwünscht ist." Genausowenig wie die psychischen Folgen von Parkinsonismus und Sauerstoffmangel, die durch Neuroleptika erzeugt werden: auf der einen Seite Verlust des Willens, Apathie, Gefühl der Leistungsunfähigkeit, Verblödung, Dahindämmern, auf der anderen eine Erregtheit, die sich in zielloser Geschäftigkeit niederschlägt. "Gleichmütig und gelassen tut der Patient, was man von ihm verlangt. Willen und Antrieb sind gehemmt." Die "Patienten" werden "kooperativer und zugänglicher", "gefügig, kontrollierbar, geben die ablehnende Haltung auf und werden lenkbar". Eine Pharmafirma preist dementsprechend die "Zähmungswirkung" ihrer Gifte an.

Pflegeleichte "Patienten", die ruhig ohne eigene Ansprüche und Willen tun, was man ihnen sagt, z.B. den ganzen Tag in Arbeits'therapien' oder Behindertenwerkstätten stumpfsinnige

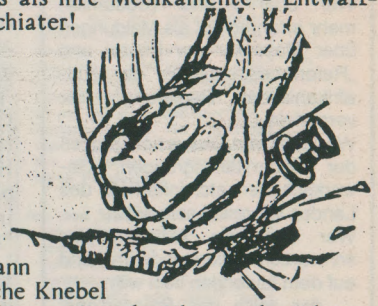
Arbeiten verrichten - damit wäre das Ziel der psychiatrischen Normalisierung erreicht.

Bleibt schließlich noch eine letzte "Nebenwirkung" dieses hilf- und hoffnungslosen Zustands zu erwähnen: Neuroleptika erzeugen Depressionen und Selbstmordabsichten - wogegen Psychiater dann die Wiedereinweisung in die Anstalt empfehlen ...

Gegen das Geheimwissen der Psychiater

P.L. weiß, wovon er schreibt. Er wurde 1977 selbst in eine Klapse eingewiesen und mit Neuroleptika vollgepumpt. Nach seiner Freilassung setzte er die Gifte selbständig ab. Er hat 1980 die IRREN-OFFENSIVE mitgegründet, eine Selbsthilfe-Organisation von Psychiatrie-Überlebenden, die gegen die Psychiatrie in allen ihren Formen kämpft. In einem jahrelangen Prozeß versuchte er, das Recht auf Einsicht in die eigenen Krankenakten zu erstreiten. Doch die Justiz stand auch in diesem Fall auf Seiten der Psychiatrie. Der Bundesgerichtshof entschied 1983, daß Krankenakten als Geheimakten der Psychiater anzusehen sind, und das Bundesverfassungsgericht wies 1986 die Beschwerde dagegen zurück.

Genauso verborgen bleibt den meisten Behandelten das Ausmaß des Risikos, dem sie durch die systematische Vergiftung ausgesetzt werden. Aber schon die direkt spürbaren "Nebenwirkungen" sind unerträglich genug. In verschiedenen Studien beklagen Psychiater, daß 40-50% ihrer Opfer innerhalb und außerhalb der Anstalten ihre Medikamente unzuverlässig einnehmen. Offene oder versteckte Medikamentenverweigerung ist Teil des täglichen Kleinkriegs in der Psychiatrie. Die Verbreitung der hier gesammelten Informationen kann dazu beitragen, den Widerstand gegen den chemischen Knebel zu verstärken. Und Kampagnen zur Medikamentenverweigerung können einen neuen Hebel im Kampf gegen die reformierte Psychiatrie bilden. Die Psychiater haben nichts als ihre Medikamente - Entwaffnet die Psychiater!



Peter Lehmann
Der chemische Knebel
Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen
(Mit Tips zum Absetzen)
P.Lehmann Antipsychiatrieverlag
Berlin 1986

Bestellung durch Einzahlung von DM 29,80 auf Konto P.Lehmann Antipsychiatrieverlag, Kto-Nr. 8929-104, Postgiroamt Berlin-West (BLZ 10010010)

BRUCHSTÜCKE heißt die Zeitung des Autonomen Knastbüros. BRUCHSTÜCKE für eine Gesellschaft ohne Knäste.

BRUCHSTÜCKE NR.1 bringt auf 104 Seiten Beiträge zur Geschichte und zur aktuellen Situation der Zwangsarbeit, linksradikale Positionen ebenso wie einen Überblick über die verschiedenen "Beschäftigungsarten" und dokumentiert Widerstand auf den unterschiedlichsten Ebenen.

BRUCHSTÜCKE kosten DM 10,- (inkl. Porto) und können nur per Überweisung auf das Konto 324498-501, Sonderkonto G. Albartus, Postgiromt Köln bezogen werden (Absender nicht vergessen!).
Kontaktadresse:
Autonomes Knastbüro,
Kurt-Schuhmacher-Platz 9,
4630 Bochum 1

AZANIA

AZAKO

KOORDINATION
FÜR PROJEKTE, KULTUR UND BILDUNG
Achtermannstr. 10/12
4400 Münster
Tel. 0251/511998

AZAKO-PRESSEDIENST

Wer über Azania (Südafrika) mehr erfahren will als Meldungen über Massaker der Polizei und „Reformbestrebungen der südafrikanischen Regierung" hier vermitteln...
Wer über den Diskussionsprozeß der Widerstandsgruppen, Gewerkschaften etc. innerhalb des Landes informiert sein will...
Wer über die Aktionen des schwarzen Widerstands im Land auf dem laufenden sein will...
... der sollte den Pressedienst der AZANIA-KOORDINATION für Projekte, Bildung und Kultur e.V. beziehen.
Ein- bis zweiwöchentlich (bei Bedarf auch öfter) Meldungen und Berichte aus Azania (Südafrika), über die Widerstandsbewegung in- und außerhalb des Landes.
Für Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen DM 40,— jährlich.
Kostenlose Probeexemplare (4 x)

Bestellungen durch Einzahlung von DM 40,— auf Kto. Nr. 752-466 bei PSchAmt Dortmund, BLZ 440 100 46

EIN BERATER DER MACHT
Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung

Helmut Meinhold ist seit fast 30 Jahren der wichtigste sozialpolitische Berater aller Bundesregierungen. Er berechnet, was bis zum Jahr 2030 mit der "Alterslast" zu geschehen hat; er verschiebt "produktive" und "unproduktive Bevölkerungskontingente". Gelernt hat er sein Handwerk als Wirtschaftsplaner und Regierungsberater im besetzten Polen bei der "Ausschaltung der Juden".

Einzelpreis: 7,-; bei größerer Abnahme Rabatt. Bestellungen über Wildcat möglich.

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt · iz3w

Nr. 140 · März 1987

Der Irak im Golfkrieg

Interview mit einem iranischen Asylbewerber

Strahlende Exporte

Themenschwerpunkt:

Fordismus und neue soziale Bewegungen

Zur Frauenbewegung in Chile heute

Brasilien:
Stadtteilbewegung,
Landlosenbewegung,
Straßenkinder

Rezension:
Bauernbewegung in Bolivien

Einzelpreis DM 5.-; Jahresabo: DM 40.- (DM 30.- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Dokumentation zur neuen Gesetzeslage

Aus dem Inhalt:

- **Einschätzungsartikel der »atom«**
- **Teil A: §129a und §130a**
  Gesetze u. Begründung im Wortlaut
  Stellungnahme der Bundesanwaltschaft
  Verfassungsschützer Lochte, Hamburg
  Stellnungsnahmen der Strafverteidiger
  Die Sicherheitsideologie Stümpers
  Geschichte der Gesinnungsjustiz
- **Teil B: Gesetzespaket vom 28.2.86**
  Einleitung/Zusammenfassung
  Staatssicherheit aus einem Guß
  Schleppnetzfahndung
  Rasterfahndung
  Regelungen zum Einsatz von V-Leuten
  Zugriff auf die Super-Datei ZEVIS
  Die Bedeutung der Volkszählung
- **Adressen, Ermittlungsausschüsse**

Die Dokumentation hat einen Umfang von 52 Seiten A 4 und kostet 4.-DM. Wiederverkäufer ab 5 Stck. für 3.-DM.
Bestellungen an:
Göttinger AK gegen Atomenergie
»atom«, Postfach 1945 in 34 Göttingen. Tel. 0551-7700158 oder:
Günter Garbers, Posener Str.22 in 2121 Reppenstedt.

Rote Brigaden
FABRIKGUERILLA
in Mailand 1980-81

Die 2. Auflage ist da!

Bestellungen: 8 Mark auf's Konto
(siehe Impressum)

Ex-Militante der
Kolonne WALTER ALASIA
erzählen ihre Geschichte

· Schwarze Katze

Hamburg
Nr. 4 erscheint Mitte April

Schwerpunkte:
Sozialrevolutionäre Massenlinie:
- Aktionen auf den Sozialämtern
- Stadtteilinitiativen
- Schulungszentrum

Praktischer Internationalismus:
- Gegen die Ausländerbehörde
- Grenzen auf für Alle!
- Internationales Café

Technologischer Angriff:
- Arbeit und AKWs

Gesundheit:
- Der blinde Fleck der autonomen Sozialbewegung
- Anmerkungen zum SPK

DM 4.00 in Briefmarken an
Schwarze Katze
c/o Café & Buch
Holstenstr. 186
2000 Hamburg 50

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.23

★ **Gentechnologie, Männersprache,**
★ **Antipädagogik, Soziale Bewegungen,**
★ **Neokonservative, Anarchafeminismus** – Bericht über das letzte FU-Treffen von Friederike Kamann
★ **RAF-Kritik und autonome Selbstreflexion** – von Lupus aus Frankfurt
★ **Spassguerilla** – über notwendige Aktionen ganz anderer Art zusammengestellt von Wolfgang Haug
★ **§ 130a, Kessel-Treiben und andere freiheitlich erprobte Herrschaftsmittel**
★ **Neokonservatismus am Beispiel Späths** – Libertäre Initiative Tübingen
★ **Spanienfilme** – über den ideologisch-politischen Standort ihrer Macher von Jörg Auberg
★ **Von der FAUD zur NSDAP** – eine Dortmunder Gruppenentwicklung nachgezeichnet von Andreas Müller
★ **Der arme Teufel** – Robert Reitzel neuentdeckt, eine Rezension von Heinz Hug

Einzelnummer: 5.– DM
SF-Abonnement: 15.– DM
Sondernummer ARBEIT: 5.– DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.– DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1
PSK Stuttgart, Kto.-Nr. 574 63-703

AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegkstr. 38 6000 Frankfurt

Die AKTION versteht sich als bundesweites Diskussionsforum von anarchistischen und antiautoritären Gruppen und Einzelpersonen. Viel Wert legen wir auf internationale Berichte, um über die dortigen Kämpfe zu informieren und libertäre Positionen dazu herauszubilden. In Bezug auf unsere eigene Situation geht es uns um eine kontinuierliche Fortentwicklung der Kämpfe von sozialen Bewegungen hin zu einer sozialrevolutionären Perspektive.

Aus dem Inhalt der Nr.26 2/87
- Lokalteile Göttingen, Darmstadt, Frankfurt
- Volkszählungsboykott
- Buchbesprechungen: "Leben ohne Chefs und Staat" und "Es brennt noch eine Flamme"
- Arbeitskämpfe in den spanischen Werften
- Die ungarische Revolution vor 30 Jahren, Teil II
- Abschied von den Autonomen
- Libertäre Tage in Frankfurt
- Interview mit Joschka Fischer
- 1. Mai-Aufruf
- Wehrpflichtverweigerung
- Sozialrevolutionäre Faschismuskritik

Außerdem: Leserbriefe, Kurzes

Die AKTION erscheint ca. alle zwei Monate und kostet 2,50 DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15 DM für 6 Ausgaben bzw. 30 DM für 12 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
K. Cohrs
Postscheckkonto 3337 97/601
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 2,50 + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein Probeexemplar zu.

Alle reden von "Militanter Untersuchung". Von dem Buch, das die theoretischen Grundlagen dazu liefert, haben wir noch einen ganzen Stapel:
Thekla 6 —Arbeiter untersuchung. Texte aus den "Quaderni Rossi". Für 7 Mark auf's Konto bekommt Ihr's zugeschickt.

ACHTUNG: Das Buch "Like a Summer with a thousand Julys" gibt es nicht mehr bei uns, sondern nur über SOFA oder in den Buchläden !!

Inhalt:

SCHWERPUNKT: INTERNATIONALES

EISENBAHNERSTREIK IN FRANKREICH
HAFENARBEITERSTREIK IN GENUA
STUDENTENBEWEGUNG IN FRANKREICH /
THESEN ZUR INTERNATIONALEN STUDENTENBEWEGUNG
LANDBESETZER UND AUTOMOBILARBEITER
IN ARGENTINIEN UND BRASILIEN
THESENPAPIER ZUR FLÜCHTLINGSFRAGE
ZUR LAGE IM LIBANON:
KRIEG UND SOZIALE AUSEINANDERSETZUNGEN
REISEBERICHT NORDIRLAND
KRITIK AN NR. 40: FRAUENARBEIT UND PATRIARCHAT